

AUFTRAG



HEFT 249 / 2003

42. JAHRGANG

42. WOCHEN DER
BEGEGNUNG IM



CONGRESZENTRUM
ROLDUC
KERKRADE

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

editorial	3	Bolivien – Schwerpunktland der MISEREOR-Aktion 2003 (Ludwig Ring-Eifel)	81
42. WOCHE DER BEGEGNUNG IN ROLDUC:		Christen im Irak (bt)	82
»CHRISTEN IN VERANTWORTUNG FÜR EUROPA ZWISCHEN WÄHRUNGSUNION UND WERTEGEMEINSCHAFT«		Wehrmacht: Soldaten jüdischer Herkunft (Joachim G. Görlich)	83
Einführung	4	Polen: Lebensretter ein deutscher Wehrmachtshauptmann (Joachim G. Görlich)	83
ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV) 2002	6	Polens Stauffenberg: Oberst i.G. a.D. Ryszard Kuklinski (Joachim G. Görlich)	84
Grußwort des Moderators des Priesterrates	12	Polens Damen in Uniform (Joachim G. Görlich) ...	85
Beschlussvorlage Nachbarschaftshilfe 2002/2003	13		
Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft	14		
BUNDESKONFERENZ DER GKS	20	MANN IN DER KIRCHE	
Geistlicher Beirat der GKS	25	Die Rolle der Medien in Gesellschaft und Kirche (PS)	86
Momentaufnahmen von der Woche der Begegnung	27		
Freiheit, Gerechtigkeit, Sinn (Paul M. Zulehner)	28	KIRCHE UNTER SOLDATEN	
Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS)	40	47. GESAMTKONFERENZ DER KATH. MILITÄRSEELSORGE ..	88
ISLAM UND WESTLICHE WELT		Internationale Kontakte	91
Teil 4: Islam und Sicherheitspolitik (Dieter Kilian)	42	Pater Rupert Mayer (Joachim Simon)	92
SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSETHIK		Militärseelsorge im Einsatz (Wiemers)	93
Globaler Krieg oder Frieden? (Jakob Schissler/Gerhard Preyer)	52	Ein Jurist leitet die Schweizergarde (KNA)	94
Am Rande des Krieges. Ist ein Angriff auf den Irak noch vermeidbar? (Volker W. Böhler)	56	Lexikon der Militärseelsorge von 1884 bis 1945 ...	95
NATO aus dem Tritt – Ungleichgewicht bedroht ihre Wirksamkeit (bt)	63	GKS-Seminar für Funktionsträger: GKS im Doppelpack	96
US-Studie: Weltweites Misstrauen gegen Washington (bt)	65	GKS im Bereich Niedersachsen	97
Plattform zivile Konfliktbearbeitung (Klaus Liebetanz)	65	Seelsorgekonferenz im Wehrbereich III (Ost)	97
Bundeswehr betritt Neuland bei Zivil-Militärischer Zusammenarbeit (ZMZ) (Klaus Liebetanz)	68	GKS im Bereich Nordrhein-Westfalen	98
KIRCHE UND GESELLSCHAFT		AK beim KLMD Sigmaringen/BK Baden-Württemberg	100
Familie im Kreuzfeuer: „Unter besonderem Schutz“ (bt)	69	Militärkirchengemeinde Lager Hammelburg	101
Warum sind sie noch drin? (Christoph Renzikowski)	71	Militärseelsorgebezirk Amberg: Bayerische Präsenz in Berlin	102
Katholische Verbände müssen ihr Profil schärfen (KNA/PS)	72	Militärseelsorgebezirk Walldürn-Tauber-bischofsheim	103
40 Jahre II. Vatikanisches Konzil – Was nach dem Konzil noch alles fehlt (GKP-Info)	73	Bereich Ausland: Holoman, New Mexiko, USA ...	104
Es gibt noch viel vom Konzil umzusetzen (ZENIT)	74	APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI)	
2003.Das Jahr der Bibel (KNA)	75	Generalversammlung 2002	106
GESELLSCHAFT NAH UND FERN		„Terrorismus“ aus kongo-brazzaville’scher Sicht ..	109
Futurologie: Was wird uns in Zukunft noch wichtig sein? (J. Michael Schnarrer)	77	CICO – COIC	111
		PERSONALIA	112
		BUCHBESPRECHUNGEN	116
		GEFUNDEN	70, 73
		KURZ NOTIERT	66, 69, 99, 100, 101, 102, 103, 104
		TERMINE	119
		AUTOREN	119

Die Redaktion des AUFTRAGs wünscht ihrer Leserschaft mit dem nachstehenden irischen Segensgruß ein glückliches und zufriedenes Jahr 2003, in dem uns hoffentlich die Teilnahme an einem Krieg erspart bleibt:

Du mögest immer Arbeit haben, für deine Hände etwas zu tun.

Immer Geld in der Tasche, eine Münze oder auch zwei.

Das Sonnenlicht möge immer auf deinem Fenstersims schimmern und die Gewissheit in deinem Herzen, dass ein Regenbogen dem Regen folgt.

Die gute Hand eines Freundes möge dir immer nahe sein, und Gott möge dir dein Herz erfüllen und dich mit Freude ermuntern.



editorial

Eigentlich hätte der AUFTRAG Nr. 249 im Oktober erscheinen müssen. Der Bundesvorstand hatte aber wegen der angespannten Haushaltssituation der GKS anders entschieden. Geplant war dann die Herausgabe Anfang Dezember. Dies wiederum verzögerte sich durch einen mehrwöchigen Ausfall des Chefredakteurs. Die Überlegung, im Januar die Leser mit einem Doppelheft zu entschädigen, wurde im Redaktionsteam verworfen, weil die 250. Ausgabe des AUFTRAGs bevorsteht. Und diese soll gewürdigt werden.

Mit dieser Jubiläumsausgabe wollen wir den 43. Jahrgang unserer Verbandspublikation im April beginnen. Wir hoffen darauf, dass es gelingt, die Entwicklung unserer Verbandszeitschrift in 42 Jahren vom ersten der KÖNIGSTEINER OFFIZIERSBRIEFE des Jahres 1961 bis zum AUFTRAG des Jahres 2003 darzustellen. Es wäre auch schön, wenn wir Stimmen einfangen könnten, die diese Entwicklung aus eigenem Erleben noch überschauen und beurteilen können oder solche, die einfach ihre Meinung zum heutigen AUFTRAG kund tun.

Aber zunächst zum vorliegenden Heft Nr. 249. Es enthält die notwendige Dokumentation der 42. Woche der Begegnung. Diese fand auf Einladung des Katholischen Leitenden Militärdokans „Ausland“, Prälat Walter Theis – über lange Jahre Geistlicher Beirat der GKS –, erstmals außerhalb Deutschlands im niederländischen Rolduc statt.

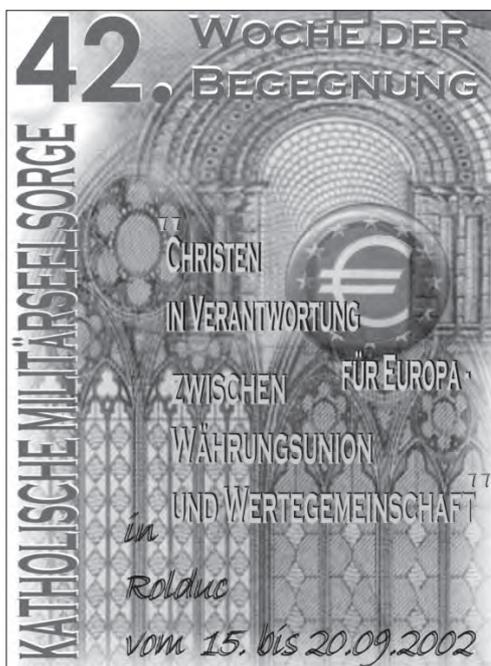
Desweiteren finden Sie Berichte über die diesjährige 47. Gesamtkonferenz der katholischen Militärseelsorge in Beilngries sowie über die AMI-Generalversammlung in El Escorial/Spanien

Trotz dieser für ein Verbandsorgan wichtigen Dokumentationen liegt der Schwerpunkt des Heftes aber erneut bei der Thematik „Sicherheitspolitik und Friedensethik“, wozu auch die Rubrik „Islam und westliche Welt“ zu rechnen ist. Niemand konnte Anfang Dezember 2002 beurteilen, ob wir wirklich „Am Rande des Krieges“ stehen, und konnte die Frage „Ist ein Angriff auf den Irak noch vermeidbar?“ beantworten. So hofft die Redaktion mit ihrer Leserschaft, dass die Gefahr eines Krieges, dessen Weiterungen und langfristigen Auswirkungen kaum abgeschätzt werden können, sich zugunsten einer Friedenslösung auflöst.

Mit der Krisenlage um den Irak und der Frage der Rechtmäßigkeit von Kampfeinsätzen deutscher Soldaten nach den Kriterien der katholischen Sozial- und Friedenslehre befasst sich der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS. Es liegt der Entwurf einer Erklärung vor, die aber zum Redaktionsschluss dieses Heftes noch nicht reif für eine Veröffentlichung war. Über die Position der katholischen Kirche kann man sich auf der Internetseite des Katholischen Militärbischofsamtes (www.kmba.de) aktuell informieren. Dort sind die jüngsten Aussagen des Militärbischofs u.a. dokumentiert.

Ihre Redaktion

Zum Titelbild: Logo des Kongress-Zentrums Rolduc bei Kerkrade in den Niederlanden, gastlicher Tagungsort der 42. Woche der Begegnung, der jährlichen Versammlung des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge.



»CHRISTEN in Verantwortung für Europa zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft«

Zentrales Treffen der in Räten und Verband organisierten Laien in der Katholischen Militärseelsorge vom 15. bis 20. September 2002 im Kongresszentrum Rolduc/ Gemeinde Kerkrade/Provinz Limburg/Niederlande

RICHARD SCHMITT

Zwischen Maastricht, als Symbol für die zur Währungsunion führenden europäischen Verträge, und Aachen, dem Zentrum des Reichs Karls des Großen, liegt der Tagungsort der diesjährigen Woche der Begegnung. Das ehemalige Kloster Rolduc, in dessen Mauern heute

unter anderem das Priesterseminar des Bistums Roermond, ein modernes Tagungs- und Kongresszentrum und ein Gymnasium der Gemeinde Kerkrade untergebracht sind sowie die hervorragend restaurierte ehemalige Klosterkirche aus dem 12. Jh., bildeten den Rahmen der Tagung und stellten den unmittelbaren Bezug zum Thema her.

Gastgeber der Woche der Begegnung war erstmals der Bereich Ausland mit Militärdekan Prälat Walter Theis. Die Organisation vor Ort lag bei dem Katholischen Standortpfarrer Brunssum Pater Bernhard Bornefeld und dessen Pfarrhelfer Helmut Königs. Der Seelsorgebezirksrat Brunssum engagierte sich in der Organisation und sorgte in Verbindung mit dem Katholischen Militärbischofsamt für einen reibungslosen Ablauf.

Der Termin der Woche der Begegnung war vom traditionellen Frühjahrstermin auf den Herbst verschoben worden, um die Jahresterminplanung des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) zu entzerren.

Gemäß dem Motto der Woche der Begegnung „Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft“ beschäftigten sich beide Gremien des organisierten Laienapostolats mit den Werten, die der Europäischen Union zugrunde gelegt werden sollten.

Fernab der Informationsflut und Hektik der letzten Wahlkampfwoche vor der Bundestagswahl konnten in der Abgeschiedenheit und der spirituellen Umgebung des ehemaligen Klosters Rolduc die Herausforderungen, die das zusammenwachsende Europa an den christlichen Glauben stellt und seinen Beitrag zu den tragenden Werten intensiv besprochen und bearbeitet werden.

Höhepunkt und Schnittstelle der Woche der Begegnung ist traditionell das Pontifikalamt und der Gästeabend des Militärbischofs, die aus terminlichen Gründen bereits am Dienstag stattfanden. Die Anwesenheit des niederländischen Militärbischofs Dr. Josef Maria Punt, des Weihbischofs der gastgebenden Diö-



Abteikirche des Bischöflichen Kongress-Zentrums Rolduc, nahe der limburgischen Stadt Kerkrade – in den benachbarten Niederlanden gelegen – Tagungsort der 42. Woche der Begegnung

zese Roermond Eberhardus de Jong sowie des evangelischen Militärgeneraldekans Erhard Knauer verdeutlichen die enge Verbundenheit über die Grenzen der Länder und Konfessionen hinweg.

Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut konnte bei dem Laientreffen seinen 60. Geburtstag feiern. Er zeigte sich nicht nur erfreut über die vielen Glückwünsche sondern auch außerordentlich großzügig. Neben zwei „freien“ Abenden für die Delegierten der Zentralen Versammlung (ZV) und die Teilnehmer der Bundeskonferenz der Gemeinschaft

Katholischer Soldaten (GKS) spendete er auch noch die Geschenke anlässlich seines Geburtstages dem Projekt Nachbarschaftshilfe 2002/03. So konnten zusammen mit den Spenden der Delegierten und der Kollekte im Rahmen des Pontifikalamtes bereits nach kurzer Zeit 2.000 Euro auf das Konto für die jugendlichen Minenopfer im Kosovo überwiesen werden.

Die nächste Woche der Begegnung 2003 wird wiederum im September auf Schloss Hirschberg/Beilngries, dem Bildungshaus der Diözese Eichstätt stattfinden. □



Figur der Jungfrau Maria an der Abtei Rolduc. Die Inschrift in lateinischer Sprache lautet „Jungfrau, unbefleckt empfangen, beschütze dieses Haus“. Dies ist ein sog. Chronogramm, in dem die Summe der aus röm. Buchstabenzahlen bestehenden Kapitalien die Jahreszahl 1857 der Erbauung der Gebäude ergibt.

(Fotos von der Woche der Begegnung: Friedrich Brockmeier)

Programm der Zentralen Versammlung (ZV)

– Auszug –

Sonntag, 15. September 2002

–16.00 Uhr Anreise und Empfang der Delegierten und Gäste
 17.00 Uhr Eröffnungsgottesdienst in der Kirche St. Mariä Himmelfahrt, Herzogenrath
 19.30 Uhr Begrüßung: Vorsitzender der ZV, Oberst Franz-Josef Pütz, und Eröffnung der Beratungen durch Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut
 anschl. Treffen der Delegierten aus den Bereichen der Katholischen Leitenden Militärdekanen

15.45-18.00 Uhr Arbeitsgruppen

1. Trennung/Einsatz: Familie was nun?
 2. Lebenskundlicher Unterricht – ein Auslaufmodell mit Zukunft?
 3. Der Mensch – göttliches Ebenbild oder wissenschaftliches Experimentierfeld
 4. Vielfalt der Kath. Militärseelsorge – das Beispiel Niederlande
- 18.30 Uhr Heilige Messe mit dem Militärbischof in der Klosterkirche Rolduc
 anschl. Abend der Begegnung

Montag, 16. September 2002

08.30 Uhr Morgenlob
 08.45 Uhr Vortrag mit Aussprache: „Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft“, Dr. Thomas Jansen, Brüssel
 11.00 Uhr Informationen, Berichte, Wahlen, Beschlüsse
 – die Arbeit im ZdK,
 – die Nachbarschaftshilfe 2001/2002,
 – Vorbereitung der Wahl eines Vertreters der ZV in das ZdK,
 – Einbringen von Beschlussvorlagen
 – Ökumenischer Kirchentag 2003 Berlin
 – Jahr mit der Bibel 2003
 14.45 Uhr Wort des Katholischen Militärbischofs, Bischof Dr. Walter Mixa

Dienstag, 17. September 2002

08.30 Uhr Morgenlob
 08.45 Uhr Berichte aus den Bereichen, Aussprache
 11.00 Uhr Wahl eines Vertreters der ZV in das ZdK
 11.20 Uhr Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse vom Vortag
 12.00 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates Militärfarrer Thomas Stolz, Calw
 15.00 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS aus der Verbandsarbeit
 15.20 Uhr Bericht des Vorsitzenden der ZV über die Vorstandsarbeit
 15.40 Uhr Verabschiedung von Beschlussvorlagen
 16.15 Uhr Wort des Katholischen Militärbischofs zum Abschluss der ZV
 16.30 Uhr Schlusswort des Vorsitzenden der ZV



Zentrale Versammlung (ZV) 2002 in Rolduc

Begrüßung

Oberst Franz-Josef Pütz begrüßte zum ersten Mal in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Versammlung (ZV) die Delegierten sowie Vertreter des KMBA und Gäste. Er deutete dabei an, dass der Vorstand und die Zentrale Versammlung ein Spiegelbild des Zustandes der Bundeswehr darstellen: „Wir sind nicht komplett“. Einige Vorstandsmitglieder und Delegierte seien aufgrund dienstlicher Erfordernisse nicht abkömmlich gewesen. Erstmals sollten auch Delegierte durch ihre Vorgesetzten nicht freigestellt worden sein. Dies gelte es im Einzelfall zu prüfen, forderte der Vorsitzende der ZV.

Mit besonderer Freude begrüßte Pütz die Delegierten und stellte heraus, dass StFw Konrad Becker, OSF Alois Schmidt und Oberst i.G. Werner Bös in den letzten Monaten für ihr Engagement in der Militärseelsorge mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden waren (s.a. AUFTRAG 248, S. 53 „Personalia“ und in diesem AUFTRAG Seite 112 ff.). Dies solle allen als Ermutigung für ihre Arbeit dienen.

Die diesjährige Woche der Begegnung in Rolduc finde erstmals im Ausland statt. Dies sei nach der Schwerpunktsetzung der letzten Jahre in den neuen Bundesländern logisch und folgerichtig. Die Aufträge der Bundeswehr verlagerten sich, die Militärseelsorge im Ausland und im Auslandseinsatz erhalte ein höheres Gewicht. Dies solle auch Anerkennung für die Anstrengungen beim Aufbau des Laienapostolates im Bereich Ausland sein.

Das Thema der ZV „Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft“ habe bereits im Vorfeld fruchtbare Diskussion angeregt, so Pütz, z.B. zu der Frage, ob dieses Leitwort mit einem Ausrufezeichen oder einem Fragezeichen zu versehen sei. Den Tagungsort in der EUREGIO Rhein-Maas zwischen dem Aachen Karls des Großen und der Stadt Maastricht hielt der Vorsit-



zende der ZV für diese Auseinandersetzung für besonders geeignet.

Am Beispiel des Hauses Europa und einer Skizze der Zustände darin machte Pütz deutlich, welche Konflikte und Spannungen in diesem Haus noch herrschen und stellte die Frage „Welchen Beitrag kann die Kirche zum Klima in diesem Haus leisten?“ Dabei schlug er den Bogen von Konflikten zwischen Katholiken und Anglikanern in Nordirland, dem Zusammenleben von Religionen, Generationen und Regionen mit sehr unterschiedlichem Wohlstand. „Uns Christen kann der Zustand des Hauses Europa nicht gleichgültig sein. Die Messlatte für die Hausordnung ist für uns das Evangelium.“ Er rief die Delegierten auf: „Lassen Sie sich anstecken von der Botschaft unserer Hausordnung, leiten von der Tugend der Geduld und der Kraft des Friedens.“

Die aktuelle Lage der Militärseelsorge und die Rolle und Verantwortung der Laien sei geprägt von der Bundeswehrreform und der Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001. „Die Militärseelsorge wird zu einem immer wichtigeren Faktor. Die geistliche Begleitung und Orientierung wird notwendiger denn je. Dies setzt Offenheit, Vertrauen und Glaubwürdigkeit voraus.“

Besonders begrüßte er den Ver-

treter des Priesterrates, Militärpfarrer Michael Stolz, den Vertreter der Pfarrhelfer Josef Königs sowie den Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberst Karl Jürgen Klein.

Nach einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr leitete der Vorsitzende zu der diesjährigen Zentralen Versammlung über, die nach seinen Worten gekennzeichnet sei von der Arbeit in den Arbeitsgruppen, die in den Sachausschüssen intensiv vorbereitet worden sei. Er schloss seine Begrüßung mit einem abgewandelten Zitat aus dem neuen Soldatengesang- und Gebetbuch: „Ich träume von einer Militärseelsorge, die Hoffnung hat, die an das Gute im Menschen glaubt, die gerade in einer Welt voller Furcht und Verzweiflung voll Freude auf Gottes Führung baut.“

Damit übergab er die Moderation der ZV an StFw Frank Hübsche, der als Delegierter der ZV im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) dem Vorstand der ZV angehört.

Eröffnung der Beratungen

Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut eröffnete die Beratungen der Zentralen Versammlung. Dabei bedauerte er zu Beginn, dass es keine Soldatinnen unter den Delegierten gebe.

„In einer sich ständig verändernden Welt, in einem Europa in dem wir Christen immer mehr zu einer Minderheit werden, ja manchmal gar in Gefahr sind zu Exoten zu werden, ist die Frage nach einer Wertegemeinschaft mehr als angebracht. Sie, die Laien, sind das Volk Gottes, sie bilden und bauen die Kirche auf. Es kann keine reine Klerikerkirche geben. Ebenso wenig wie eine Kirche der Laien. Unsere Kirche definiert sich von den Sakramenten her. Die sonntägliche Eucharistiefeier ist die Mitte unserer Kirche.“ Mit diesen Worten führte MGW Wakenhut in das Thema ein und fuhr fort mit der Frage, „Was können wir tun, um unserer

Verantwortung als Christen nachzukommen?“ Das gelte nicht nur für Europa, so wichtig das auch sein möge. Er führte weiter zu den Dingen, die ihn in diesen Tagen und Wochen bewegen:

„Die letzten beiden Jahre waren für die Militärseelsorge ausgefüllt mit der Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf und den daraus resultierenden Folgerungen. Für Sie, die Soldaten und ihre Familien, war und ist das eine hohe persönliche Belastung. All das geht nicht von selbst, verlangt Verzicht, manchmal auch Handeln ohne rechtes Verständnis für die angeordneten Maßnahmen.“

Im Bereich der Militärseelsorge habe sich einiges verändert. Es gebe keine Wehrbereichsdekane mehr, sondern katholische Leitende Dekane. Die Militärseelsorge habe die Angleichung an die regionale Organisation der Bundeswehr verlassen und eigene territoriale Strukturen geschaffen. Es gehe um die Schaffung von Strukturen, die über den Augenblick hinaus tragen. Das Bestreben sei die Schaffung von effizienten, lebensfähigen Seelsorgeeinheiten, in denen und mit denen unsere Militärseelsorge im Sinne einer kooperativen Pastoral ihre Aufgabe bewältigen könne. Erste Erfolge blieben nicht aus. Die Erfahrungen der zivilen Diözesen ließen sich auch in der Militärseelsorge verwirklichen. „Wir sind uns bewusst, dass die Neuorganisation nicht allein von oben verordnet werden, sondern nur in der Solidarität im bewussten und gelebten Miteinander gelebt werden kann. Dies braucht seine Zeit und muss wachsen. Dies umfasst die seelsorgliche Begleitung der Soldaten im Auslandseinsatz, die Seelsorge an den Familien zu Hause, den Lebenskundlichen Unterricht (LKU) und die 'gewöhnliche' Pastoral an den Soldaten

und ihren Familien in der Heimat.“, meinte der MGV.

Er appellierte ausdrücklich an alle diese Neuausrichtung mit zu tragen und den Militärbischof in dieser wichtigen Aufgabe nicht allein zu lassen und diesen Weg mit ihm zusammen als Volk Gottes zu gehen.

Weiterhin wies Prälat Wakenhut auf die Bedeutung des Kontaktes zu den jungen Militärseelsorgen in unseren östlichen Nachbarländern hin. Er berichtete von seinen jüngsten Erlebnissen in Polen und der dort sehr intensiven und tiefen Frömmigkeit. In diesem Zusammenhang seien Begegnung und Miteinander oft wichtiger als finanzielle Unterstützung.

„Wir können unserer Verantwortung als Christen für die Welt und die Menschen unso besser nachkommen, je besser unsere eigene kleine Welt und dazu gehört auch unsere Bundeswehr und die Militärseelsorge in Ordnung ist. Dass es uns gut geht da wo wir leben, dass wir uns aufgehoben und geborgen wissen, nicht nur weil wir nett zueinander sind, sondern weil wir uns unserer Aufgabe und Sendung als Christen bewusst sind“. Mit diesem Appell beendete

MGV Wakenhut seine Begrüßung und dankte all denen, die diese Tagung vorbereitet haben.

Arbeit in Arbeitsgruppen

Am Ende der Zentralen Versammlung im Mai 2001 in Berlin benannte der Militärbischof unter dem Stichwort „Was ist wichtig?“ drei Schwerpunkte für die weitere Arbeit: Einsatzbegleitung, Familienseelsorge und die Weiterentwicklung des Lebenskundlichen Unterrichts.

Daraus leitete der Vorstand ZV die Schwerpunkte seiner Arbeit ab. Aus denen sich wiederum die Themen für die Arbeitsgruppen während der ZV 2002 ergaben. Die Sachausschussvorsitzenden stellten die Ziele der Arbeitsgruppen kurz vor (s. Kästen zu den einzelnen ArbGrp S. 7-10).

- Arbeitsgruppe I: (Juliane Petersen) „Fernbeziehung bei Einsatz und Versetzung: – Familie was nun?“
- Arbeitsgruppe II (Hptm Forster) „Lebenskundlicher Unterricht- ein Auslaufmodell mit Zukunft?“
- Arbeitsgruppe III (OFA Dr. Martin Klein) „Der Mensch – göttliches Ebenbild oder wissenschaftliches Experimentierfeld?“
- Arbeitsgruppe IV (Hptm Hermann Webels) „Vielfalt der katholischen Militärseelsorge – das Beispiel der Niederlande“.

ARBEITSGRUPPE 1:

Fernbeziehung bei Einsatz und Versetzung: Familie – was nun?

An den Anfang stelle ich ein Zitat eines amerikanischen Colonel: „Der Soldat steigt ein, die Familie entscheidet, ob er bleibt oder geht.“

Aufgrund der Einsätze und Versetzungen zerbricht bei uns eine nicht geringe Anzahl von Ehen und Partnerschaften. Wochenendehen, das haben viele von uns selbst erfahren, sind auch nicht unbedingt der Hit. Die Trennungserfahrenen werden jetzt sagen: „Das haben wir hingekriegt, meine Frau hat das gepackt und die Probleme mit den Kindern waren auch nicht so schlimm.“ War es wirklich so? Wie war es für Sie zurück zu kommen? Wie war es für Ihre Familie, Sie wieder in den Alltag einzufädeln? Haben Sie beide da anknüpfen können, wo Sie aufgehört haben, oder haben Sie sich doch verändert? Haben Frau und Kinder Ihnen wieder den Platz eingeräumt, den Sie vorher hatten?

Ein Freund erzählte mir nach langer Trennung fassungslos: „Ich verbiete meinen Kindern irgend etwas und sie gehen zur Mutter und fragen, ob sie mir wirklich gehorchen müssen“.

Ich bin sicher, dass das Paar und die Familie für die Trennung einen hohen Preis zahlen. Er mag unterschiedlich hoch ausfallen, aber ich finde, er ist auf jeden Fall zu hoch. An den Einsätzen und den dadurch bedingten Trennungen können wir nichts ändern, aber am Preis. Daher möchte ich Sie herzlich bitten, Ihre Erfahrungen einzubringen und mit uns zu diskutieren. Ich bin sicher, wir können diesen Preis senken. (Juliane Petersen)

Bildungsteil

Mit dem Referat „Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft“ (s.S. 14-19) eröffnete Dr. phil. Thomas Jansen, der seit Jahren in der Europäischen Kommission für den Dialog

mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften zuständig ist, den zweiten Tag der Zentralen Versammlung. Er war viele Jahre Mitglied im ZdK und später dessen Berater.

In seinem Vortrag schlug Dr. Thomas Jansen den Bogen von den ersten Schritten zur Montanunion bis zur Erweiterung der Europäischen Union und den Arbeiten des Europäischen Konventes mit dem Ziel einer Verfassung der zukünftigen Europäischen Union. Dabei geht es gestern wie heute um die Verwirklichung eines Projektes mit ethischen und spirituellen Dimensionen.

Nach dem Vortrag und einer lebhaften Diskussion berichtete Oberst i.G. Werner Bös über die Strukturen und die Organisation des ZdK.

Projekt Nachbarschaftshilfe

Auch in diesem Jahr legte der Vorstand Rechenschaft über das zurückliegende Projekt „Eine Pfarrkirche für Priedaine“ in Lettland ab. Das Projekt diente dem Umbau eines alten Kinogebäudes zu einer Kirche für die katholische Gemeinde. Die katholische Militärseelsorge konnte zu diesem von RENOVABIS betreuten Projekt mit 9.800 Euro zu einem erfolgreichen Abschluss beitragen. Die Überlegungen zu einem neuen sozial-caritativen Projekt der Militärseelsorge wurden wiederum in Zusammenarbeit mit RENOVABIS angestellt. Nach Auswertung verschiedener Alternativen wurde der ZV das Projekt „Hilfe und Unterstützung für Kinder und jugendliche Landminenopfer im Kosovo“ vorgeschlagen. Der Beschluss dazu erfolgte mit großer Mehrheit.

Bereits im Verlauf der Woche der Begegnung wurde durch

Spenden des Vorstandes der ZV, Kollekten, Spenden der Delegierten und einer Spende des Militärgeneralvikars (anlässlich seines 60. Geburtstages erhaltenen Geschenke) eine Summe von ca. 2.000 Euro für dieses Projekt gesammelt. Dieser großartige Start wurde mit der Hoffnung verbunden, dass alle Seelsorgebezirke das Projekt zu ihrem eigenen Anliegen machen mögen und so wiederum ein gutes Spendenaufkommen für diesen sozial-caritativen Zweck zu verzeichnen sein wird. (Projektbeschreibung s.S. 13).

Ökumenischer Kirchentag 2003

Dipl.Theologe Manfred Heinz, berichtete über die Vorbereitungen zum Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) 2003 in Berlin. „Ihr sollt ein Segen sein“, lautet das Motto. Christen wollen gemeinsam Zeugnis geben von ihrem Glauben, gemeinsam teilhaben an der Gestaltung der modernen Welt und Gesellschaft sowie gemeinsame Schritte auf dem Weg zur Einheit gehen.

Es werden mehr als 100.000 Dauerteilnehmer erwartet. Zur Gestaltung lägen mehr Anträge vor, als im Programm untergebracht werden könnten, berichtete Heinz aus seiner Arbeit im Vorbereitungsteam.

Ein Kernstück des ÖKT wird die „Agora“, der Marktplatz sein, auf dem sich auch die Katholische und die Evangelische Militärseelsorge mit einem gemeinsamen Stand unter Einbeziehung von GKS und CoV (Cornelius Vereinigung) beteiligen werden.

Der ökumenische Kirchentag wird sich mit vier großen Themen befassen:

1. Glaube bezeugen, im Dialog leben.
2. Die Einheit suchen, in Vielfalt einander begegnen.
3. Menschenwürde achten, die Freiheit wahren.
4. Die Welt gestalten, in Verantwortung leben.

Im Programm wird es auch eine Fülle von musischen und kulturellen Veranstaltungen geben.

Wie bei allen Katholikentagen der letzten Jahre wird es auch beim ÖKT einen Tag der Militärseelsorge geben, der in der Berliner Kirche des Militärbischofs St. Bonifatius durchgeführt wird. An dem großen ökumenischen Gottesdienst mit dem Katholischen und dem Evangelischen Militärbischof wird sich wieder eine Stunde der Begegnung anschließen. Am gleichen Tag findet auch ein großes Forum zum Thema „Entwicklung und Frieden“ statt, das durch den Leiter des Institut für Theologie und Frieden in Barsinghausen, Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, inhaltlich vorbereitet wird.

Für alle interessierten Soldaten wird eine ökumenische Werkwoche/Rüstzeit in der Julius-Leber-Kaserne durchgeführt. Die Einladun-

ARBEITSGRUPPE 2:

Lebenskundlicher Unterricht – ein Auslaufmodell mit Zukunft

Sachausschüsse unterstützen den Vorstand in seiner Arbeit durch die Übernahme konkreter Aufgaben. Sie greifen Probleme auf und unterbreiten Lösungsvorschläge. Detaillierte Aufgaben wurden im Rahmen der Jahresplanung festgelegt. Ein Höhepunkt der letzten ZV war der Bischofstag. In seinen Ausführungen nannte der Militärbischof unter anderem den Schwerpunkt: Weiterentwicklung des Lebenskundlichen Unterrichts.

Der Sachausschuss I „Dienstalltag und Christsein“ hat im vergangenen Jahr Vorschläge und Meinungen zu diesem Thema gesammelt. Dies muss jetzt geordnet und durch weiteres Wissen und Erfahrungen angereichert werden.

In der Arbeitsgruppe wird nach einem Eingangsreferat von Ihnen erwartet, dazu aus Ihrer Erfahrung bei zu tragen. Dabei sollen vier Fragen bearbeitet werden:

1. Was können wir Laien tun, um die Durchführung von LKU, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren vor Ort zu fördern.
2. Wie kann den verantwortlichen Vorgesetzten der LKU wieder näher gebracht werden?
3. An welchen Dienststellen/Ausbildungseinrichtungen muss es LKU in welcher Form stattfinden?
4. Welche Themen sollten besonders vor dem Hintergrund des Wandels von der Verteidigungsarmee zur Einsatzarmee Berücksichtigung finden?

Ziel ist die Erarbeitung eines Papiers mit Vorschlägen für die praktische Arbeit vor Ort und die Vorlage der Themen an das KMBA. (Hptm Alois Forster)

Tisch der Geistlichkeit bei der ZV (v.r.): MGV Prälat Walter Wakenhut, Bischöflicher Beauftragter für die ZV Msgr. Georg Kestel, KLMD Bereich Ausland Prälat Walter Theis und der Moderator des Priesterrates Militärpfarrer Thomas Stolz.

gen werden in den nächsten Wochen versandt. Eine hohe Beteiligung katholischer Soldaten wäre wünschenswert.

Ökumenische Jahr der Bibel 2003

Militärdekan Msgr. Georg Kestl, Referatsleiter Seelsorge im KMBA, informierte in Anlehnung an das Thema ökumenischer Kirchentag über das Ökumenische Jahr der Bibel 2003. Die Bibel als Bestseller. Der Verkauf der Bibel in Form von Kunst- und Sonderdrucken floriere. Sie stehe in den Bücherschränken, werde verschenkt und doch vielleicht zu wenig gelesen. Der Impuls 2003 ein Ökumenisches Jahr der Bibel zu veranstalten werde auch von der Militärseelsorge unterstützt und für die eigene Arbeit genutzt. Der Einzelne, aber auch Gemeinschaften sollten dieses Thema aufgreifen und umsetzen. Diese Aktion mit dem offiziellen Titel „Das Jahr der Bibel 2003“ werde als das zweite große ökumenische Vorhaben durchgeführt. Die Veranstalter sind neben der kath. und evang. Kirche, die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) sowie die großen christlichen Kirchen und Verbände.

Das Jahr der Bibel will insbesondere folgende Ziele erreichen:

- „Die Bibel öffentlich ins Gespräch bringen“.
- Dazu werde die Aktion Radio und Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, das Internet und an-



dere Medien nutzen.

- „Die Bibel in unserer Kultur erleben“.
- Dies solle durch Kooperation mit kulturellen Einrichtungen geschehen wie z.B.: Die Bibel und Bildung, Kunst, Musik, Theater, Ausstellungen, Museen, Literatur.
- „Die Bibel motiviert Gruppen und Gemeinden“.

Gruppen und Gemeinden sollten motiviert werden die Bibel als Lebensbuch (wieder) zu entdecken.

- „Die Bibel macht Mut zum Leben“.
- Das Jahr der Bibel wolle alle Menschen mit der Botschaft der Bibel erreichen und einladen sich auf die herausfordernde und lebensverändernde Botschaft dieses Buches einzulassen.

Die Öffentlichkeit werde durch drei Großveranstaltungen eingebunden. Die feierliche Eröffnung wird am Bibelsonntag dem 26. Januar 2003 in Frankfurt am Main stattfinden. Am Ostersonntag findet in München eine große Ostergala statt und am 21. Dezember wird mit einer großen Schlussfeier in Dresden der Abschluss begangen.

Das Leitwort des Bibeljahres lautet „Suchen. Und Finden. 2003. Das Jahr der Bibel“. Es bietet vielfältige Ansätze zur Arbeit in den Seelsorgebezirken, Mitarbeiter- und GKS-Kreisen. Als ökumenische Initiative solle auch an den Standorten übergreifend dieses Thema in das

ARBEITSGRUPPE 3:

Der Mensch –

göttliches Ebenbild oder wissenschaftliches Experimentierfeld

Im vergangenen Jahr wurden die Themen Präimplantationsdiagnostik, Stammzellenforschung, Euthanasie und das Klonen kontrovers diskutiert. Die Politik richtete verschiedene Ethikkommissionen ein. Es gab Streit quer durch alle Parteien. Insgesamt hatte man den Eindruck, dass es primär darum ging, die Forschungsfreiheit gegenüber der Unantastbarkeit der Würde der Person und des Lebens in den Vordergrund zu stellen mit dem Ziel international den Anschluss in der Forschung zu halten. Das Thema, das wir uns gestellt haben, erfordert, dass wir uns eingangs über einige Fragen klar werden müssen.

- Was ist überhaupt Leben?
- Was verstehen wir unter menschlichem Leben?
- Wann beginnt es überhaupt?
- Was ist ein sinnvolles menschliches Leben?

Wenn diese Fragen geklärt sind, können wir ins darüber klar werden, wie wir es dann gegenüber der Forschung zu halten haben. Wenn einer sagt, damit haben wir eigentlich nicht so viel zu tun, kann/muss man auch sagen, wenn wir nicht aus dem religiösen Glauben heraus eine Grundeinstellung zum Menschen und seiner individuellen Würde haben, hat das sehr wohl Auswirkungen auf das Miteinander bereits hier in der Gemeinschaft. Das geht weiter in die Familien und über deren Grenzen hinaus in die gesamte Politik. – Daher müssen wir uns mit diesem Thema sehr wohl auseinander setzen. (OFA Dr. Martin Keim)



Zentrum der Arbeit und der Jahresplanung gestellt werden.

MD Kestl drückte seine Hoffnung aus, dass die Delegierten diese Informationen als Planungshintergrund in die Arbeitskonferenzen und Standorte mitnehmen und bei geplanten Aktionen und der Themenplanung für das Jahr 2003 die Möglichkeiten kreativ und gewinnbringend nutzen. Dabei wies er auch auf den neuen Soldatentaschenkalender 2003 hin, in dem 15 Doppelseiten diesem Thema gewidmet seien.

Weitere Informationen sind in einem Ideenheft zum Jahr der Bibel 2003 zu finden, das allen Militärgeistlichen vorliegt. Im Internet wird unter der Adresse:

www.2003dasjahrmitderbibel.de laufend über das Projekt informiert.

Wort des Militärbischofs

(Auszug)

Militärbischof Walter Mixa, der sich zwei Tage Zeit für die ZV genommen hatte, brachte seine Freude zum Ausdruck, dass er die Möglichkeit mit engagierten Laien ins Gespräch zu kommen und zur persönlichen Begegnung habe.

Er stellte drei Themen in den Vordergrund seiner Betrachtungen:

- „Wir dürfen uns nicht in den Hintergrund drängen lassen“!

- Seelsorgliche Betreuung und Begleitung der Soldaten sowie ihrer Angehörigen und Bekannten bei Auslandseinsätzen.
- Der Lebenskundliche Unterricht ist eine zentrale unverzichtbare Forderung.

Der Militärbischof berichtete auch von seinen Eindrücken, die er aus Besuchen und Gesprächen bei der SFOR in Bosnien gewonnen hatte. Er freute sich, dass sich einige Soldaten angeregt durch ihre Erlebnisse im Einsatz derzeit ernsthaft und intensiv auf ihre Taufe und Firmung vorbereiteten.

Sorge bereitet Bischof Mixa, dass sich in Sarajewo der Islam in einer ungeheuren Geschwindigkeit ausbreitet. Moscheen würden wie Pilze aus der Erde wachsen und die Imane betrieben eine geradezu fanatisierende Darstellung ihres Glaubens. Dies führe zur Abwanderung der katholischen Bevölkerungsanteile an die dalmatinische Küste oder ins Ausland. In diesem Zusammenhang werde von örtlichen Christen beklagt, dass wir deutschen Katholiken die Gefahr des kämpferischen Islam nicht erkennen und in einer multi-kulti-Stimmung alles über einen Kamm scheren würden. Jeder glaube an irgend etwas. Es werde uns vorgeworfen, dass wir eine gleichgültige Haltung an den Tag legten und zwar in Bezug auf eine sachgerechte, überzeugende und bekennende Darstellung unsere christlich-katholischen Glaubens.

„Wir sind als Christen keine Scharfmacher. Wir sind aber von Je-

sus Christus aufgefordert, hinaus zu gehen in alle Welt und diese einmalige Wahrheit von der Großartigkeit der Liebe und Hingabe Gottes zu uns Menschen auch zu bekennen und das Licht unseres Glaubens nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern es zum Leuchten zu bringen“. Dazu sei das Schreiben der deutschen katholischen Bischöfe aus dem Jahr 2000 „Zeit zur Aussaat. Die missionarische und bekennende Kirche“ bestens geeignet, unterstrich Bischof Mixa und führte weiter aus:

„Wir müssen auch eine gewisse Schuld eingestehen. Eugen Biser spricht in diesem Zusammenhang von einem ozeanischen Atheismus. Es sagt damit, dass sich eine schlechende Gottlosigkeit breit mache. Eine sachgerechte, inhaltlich begründete Vertretung der eigenen religiösen Position in der Auseinandersetzung mit Anderen ist heute vielen Christen kaum noch möglich. Jeder glaubt irgend etwas. Die Wahrheitsfindung, das Ringen um die Wahrheit, Erkenntnis der Wahrheit und das Streben nach einem in sich begründeten Bekenntnis ist leider in den Hintergrund getreten. Da sind wir Priester und Bischöfe schuld. Wir haben oftmals die christliche Botschaft auf den Slogan ‘Seid nett zueinander’ verkürzt. Christentum kann nicht auf diesen Slogan verkürzt werden. Da hat unser Papst recht, wenn er sagt, dass eine durchhaltende Nächstenliebe, eine Opferbereitschaft, eine Tugend der Treue ohne Gottesliebe nicht möglich ist.“

In den letzten 25 Jahren haben wir in unserer kirchlichen Verkündigung zu wenig Katechese betrieben. Was der eigentliche innere Kern des Glaubens ist, haben wir nicht mehr mit dieser Kraft und in dieser Deutlichkeit gesagt. Aus den Gottesdiensten ist manchmal ein mehr oder weniger religiöses Happening gemacht worden. Gemeinsam sich wohlfühlen, zu beten, zu singen, shakehands zu machen, gemeinsam ein Brötchen essen. Keine Rede davon, dass es sich hier um das Opfer Christi handelt, um

ARBEITSGRUPPE 4:

Vielfalt der katholischen Militärseelsorge – das Beispiel Niederlande

Sie alle beschäftigen sich mit Militärseelsorge, vor allem unserer Militärseelsorge mit allen möglichen Themen und Strukturen. Der Sachausschuss III „Gemeindearbeit“ hat eine Befragung durchgeführt und steht vor der Auswertung der Ergebnisse.

Heute werfen wir den Blick über die Grenzen und befassen uns mit einem Vergleich von deutscher und niederländischer Militärseelsorge. Das Ziel ist es, über einen Vergleich der Strukturen und der Organisationsformen der amtlichen Militärseelsorgen und der Laienmitarbeit in beiden Ländern Anregungen für unsere eigene Arbeit zu erhalten. (Hptm Hermann Webels)

wahre Auferstehung, um Realpräsenz. Keine Gottesverehrung, keine Gottesanbetung, so allgemein religiös halt.

Bei der Frage auf die Inhalte bekommt man kaum eine vernünftige Antwort. Das ist mit unsere Schuld. Wir haben es versäumt unser Gewissen zu bilden. Zu fragen, was ist wirklich menschlich vor Gott, vor mir selbst in allen Verhaltensregeln. Das Erkennen, dass es Sünde gibt, dass es aber auch die Möglichkeit der Versöhnung gibt. Das alles ist mehr oder weniger vernachlässigt worden. Eine wirklich gute Quelle, aus der wir uns informieren können, ist der Katechismus der Katholischen Kirche. Ein außergewöhnlich tiefgründiges und umfassendes Compendium des katholischen Glaubens. Wir müssen – auch in der Militärseelsorge – inhaltliche Dinge des Glaubens wieder in den Mittelpunkt rücken. Katholische Christen sind oft nicht mehr imstand, über den Inhalt ihres Glaubens mit Andersgläubigen zu sprechen. Jüdische und muslimische Jugendliche können ihren Glauben gut begründen. Katholische Jugendliche sind meist unwissend. So kann das nicht bleiben. Es ist allerhöchste Zeit, dass wir uns aufmachen, dass wir uns klar als bekennende und überzeugte Christen auf den Weg machen. Das muss auch in unseren Gottesdiensten seinen Niederschlag finden. Unterschiede, z.B. zu den evangelischen Christen, müssen klar angesprochen werden. Dies muss auch auf dem ökumenischen Kirchentag klar und deutlich bekannt werden.“

Ein weiteres Anliegen war dem Militärbischof der Lebenskundliche Unterricht (LKU). Es werde ihm von vielen Seiten, auch von evangelischen Generälen, immer wieder die Wichtigkeit und Notwendigkeit bestätigt. „Wir dürfen damit nicht das Schlampern anfangen“. Die Fragen, „Woher kommen die Spannungen auf dieser Welt?“, „Wie entsteht dieser Hass und die Bereitschaft zu Terrorismus bis hin zu Selbstmordkommandos?“, „Woher kommt der Hunger auf dieser Welt?“, „Wie begründet sich der Einsatz militärischer Gewalt vor dem Hintergrund unseres Glaubens?“, das seien wichtige Themen für den LKU.

Als weiteren Punkt führte Bi-

schof Mixa seine Sorge um unsere Soldaten im Einsatz an: Wie können diese ihre Freundschaften, Bindungen, Partnerschaftlichen Beziehungen in dieser Zeit erhalten? Wie geht es jungverheirateten Paaren und Vätern mit kleinen Kindern in der Zeit des Einsatzes? Wie können wir ihnen helfen in dieser Situation der Trennung? Muss die Dauer des Einsatzes zwingend immer sechs Monate sein? Gibt es Möglichkeiten der Verkürzung bzw. Flexibilisierung?

Vor diesem Hintergrund habe er als Militärbischof vor der Deutschen Bischofskonferenz zwei Bitten vorgebracht.

(1) Die Militärseelsorge brauche aufgrund der Situation der Bundeswehr als Einsatzarmee ganz dringend qualifizierte und geeignete Priester aus den Diözesen. Daneben sei die Einstellung von Pastoralreferenten/-innen sowie Gemeindeferenten/-innen für die Familienseelsorge dringend erforderlich.

(2) Die Betreuung der Soldatenfamilien an den Wohnorten durch die Ortspfarreien sei von erheblicher Bedeutung und müsse von diesen aktiv wahrgenommen werden.

Berichte aus den Bereichen der Katholischen Leitenden Militärdekane

Auch in diesem Jahr berichteten die Moderatoren aus den neu geschaffenen Dienstaufsichtsbereichen über die Arbeit des letzten Jahres und die Lage in den jeweiligen Bereichen. Es wurden insbesondere die Themen der Vakanzen, die Umsetzung der neuen Ordnung für die Gremien des organisierten Laienapostolates und die Zusammenarbeit der Gremien vorgetragen. Dabei wurde ein breites Spektrum von Erfolgen und Problemen in der täglichen Arbeit deutlich. Dem großen Engagement an der Basis und der in vielen Fällen guten Zusammenarbeit mit den Militärgeistlichen standen auch Misserfolge und Frustrationen gegenüber. Insgesamt konnte jedoch festgestellt werden, dass bei allen Problemen und Schwierigkeiten die Kirche unter Soldaten lebendig und vielfältig ist.

In der anschließenden Aussprache gab MD Theis seiner Freude darüber Ausdruck, dass durch die gute Zusammenarbeit zwischen Laien und Militärseelsorgern die neue Ordnung ohne wesentliche Einbrüche eingenommen werden konnte und im Wesentlichen gut funktioniere. Dies sei bei der hohen Belastung der Soldaten und der Militärpfarrer durch die Einsätze eine herausragende Leistung. Es sei auch Aufgabe der Laien, gegebenenfalls ihre Rechte aus der Ordnung einzuklagen und in der Diskussion mit den Militärpfarrern zu verdeutlichen. Er drückte seine Dankbarkeit gegenüber den deutschen Bischöfen für die Abstellung geeigneter Pfarrer in die Militärseelsorge aus.

MD Kestl betonte die Übereinstimmung der Berichte mit den Berichten der dienstaufsichtsführenden Dekane. Er machte an einigen Themen noch einmal die Spezifika der Mitarbeit der Laien in der Militärseelsorge deutlich.

Im weiteren Verlauf wurde die Wahl eines Vertreters der Zentralen Versammlung in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken durchgeführt. Der Vorsitzende, Oberst i.G. Franz-Josef Pütz, wurde einstimmig gewählt.

Es folgten das Grußwort des Vertreters des Priesterrates, Militärpfarrer Thomas Stolz, (s.S. 12) und der Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein über aktuelle Themen der GKS.

In seiner Zusammenfassung hob der Vorsitzende der ZV hervor, dass die Arbeit des Vorstandes geprägt war von den Schwerpunkten des Militärbischofs mit den drei Themen Einsatzbegleitung, Familienseelsorge und Lebenskundlicher Unterricht. Die konkrete Umsetzung in den Sachausschüssen habe sich im Programm der diesjährigen Zentralen Versammlung niedergeschlagen und werde anhand der Ergebnisse der Arbeitsgruppen konsequent fortgesetzt.

Abschließend dankte Oberst Pütz allen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Zentralen Versammlung beteiligt waren. □

Eine gut funktionierende Gemeinde muss auch ohne Gemeindevorsteher existieren und arbeiten können.

Grußwort des Moderators des Priesterrates

MILITÄRPFARRER THOMAS STOLZ

Die Zusammenarbeit von Priester und Laien in den Standorten und Seelsorgebezirken sowie die Erwartungen der Priester aus Sicht des Priesterrates an die Laien ist der Punkt, über den ich heute zu Ihnen sprechen möchte. Weiterhin möchte ich Ihnen die Themen vorstellen, mit denen sich der Priesterrat beschäftigt und ich werde einige Impulse, Wünsche und Ermutigungen an Sie weitergeben aus der Sicht des Priesterrates und nach meiner persönlichen Sichtweise.

Zu Beginn möchte ich auf eine wichtige Aussage des hl. Paulus hinweisen, die ich persönlich als wichtig für den „Geist“, also das „Selbstverständnis“, unserer Kirche halte. Eben jenes Wort, von dem „einen Geist und den vielen Gliedern“, von dem einen Geist, der die vielen Geistesgaben vergibt und die Menschen in unterschiedlicher Art und Weise befähigt, sich gegenseitig zu ergänzen. So dass aus den anscheinend vielen unterschiedlichen Geistern oder Geistesgaben und Fähigkeiten wieder der eine Geist Gottes sichtbar wird, der alles bewegt und befähigt.

Die Kirche ist in ihrer Struktur klar gegliedert und jedem „Stand“ kommt seine Aufgabe zu. In der „normalen“ Ortskirche sind die Strukturen und auch die Aufgaben der einzelnen Personen und Gruppen besser fest zu machen und auch umzusetzen. Da ist der Bischof mit seinen Dekanen, Dechanten, Pfarrern und Vikaren, Kaplänen und da sind die Räte und Vorstände der gesamten Ortskirche, die unterschiedlichen Vertreter und Vertreterinnen der Vereine, Gruppen und Verbände, die sich beraten und unterstützen, die sich austauschen und ergänzen, um letztlich gemeinsam mit dem Bischof und seinen Mitarbeitern der ganzen Ortskirche ihr eigentliches Bild und Profil geben.

In der Militärseelsorge haben wir ähnliche Strukturen und Einrichtungen, aber durch die oft kleine Zahl von Gläubigen und die Größe der Fläche und die Verzweigtigkeit in die Ortskirchen und Pfarrgemeinden hinein, ist es nicht unbedingt immer einfach einem Seelsorgebezirk oder einem Standort das christliche Gemeindebild und -gefühl zu

geben, wie ich und viele andere es möchten.

Die Militärseelsorge ist mehr als jede andere Gemeindestruktur auf ihre einzelnen Mitglieder angewiesen, da viele Aufgaben, die eigentlich der Priester wahrnehmen müsste, er nicht wahrnehmen kann, da der Priester in vielen Bereichen eingebunden und gefordert ist und oft nur selten die Zeit mitbringt, die nötig wäre. Ebenso sind viele Priester durch die vermehrten Begleitungen von Einsätzen längere Zeit von ihren Standorten abwesend. Aus diesen genannten Punkten geht ganz klar hervor, dass es auf alle Glieder der Gemeinde ankommt, diese zu tragen und ihre Aufgaben zu erfüllen.

Eine gut funktionierende Gemeinde muss sich eigentlich dadurch auszeichnen, dass sie auch ohne Gemeindevorsteher existieren und arbeiten kann.

Ich erhoffe mir von unseren Landesgremien, dass die einzelnen Gruppen in den Standorten gestärkt und motiviert werden, ihre Vorstellungen und Ideen mit einzubringen, mitzuarbeiten und den Standortgemeinden ein breites und vielfältiges Bild zu geben.

Weiter ist zu wünschen, wenn die Laiengremien sich als Sprachrohr der Soldaten fühlen und die Gemeindeleitung auf Fehler und Versäumnisse aufmerksam machen. Die einzelnen Gemeindeglieder haben oft einen besseren Einblick in die Geschehnisse und Problematiken der Menschen an den einzelnen Standorten.

Die Kaffeepause – beliebte Möglichkeit zur Diskussion und weiterem Gedankenaustausch.

v.l.n.r.: Stabsfeldwebel Frank Hübsche, der die ZV moderierte, Militärpfarrer Thomas Stolz, Moderator des Priesterrates, Oberstleutnant Klaus Nitsch, Moderator der Arbeitskonferenz beim LKMD Sigmaringen und Hauptmann Wolfgang Becker, Vorsitzender der GKS im Bereich Baden-Württemberg.



ten. Der Priester kann dies oft nicht haben und braucht Informationen und auch Korrektur.

Es geht mir nicht darum, dass die einzelnen Seelsorger vor Ort entlastet werden, sondern dass sie positiv ergänzt und gestützt werden, um den vielen Seelsorgebereichen gerecht werden zu können.

Das Selbstverständnis, welches wir in den Pfarrgemeinden, Land auf, Land ab, an Laienmitarbeit erleben, muss auch in der Militärseelsorge Fuß fassen. Nicht alles wird gehen, aber vieles wird möglich sein.

Unser Militärbischof hat ange-regt, dass auf der hauptamtlichen Ebene alle Berufe der Kirche, Pries-ter, Diakon, Pastoralreferent und Gemeindereferent auch in der Mili-tärseelsorge vorhanden sein müssen, um die Vielfältigkeit der Kirche deutlich zu machen.

Ich kann mir gut vorstellen und halte es für erstrebenswert, gleiche Vielfältigkeit auch in der Laienarbeit zu erreichen, um so ein ganzheitli-ches Bild von Kirche auch in der Mi-litärseelsorge zu erreichen.

Themen, die den Priesterrat beschäftigen

- Ein wesentlicher Punkt ist immer die Personallage.
Wie viele Standorte sind vakant, wer geht, wer kommt ?
Dies ist immer ein spannender Punkt und im Moment kann gesagt werden, dass die meisten Stellen besetzt sind. (Heute hörte ich an-deres!)
In diesem Zusammenhang sind die Auslandseinsätze der Pfarrer auch immer ein Schwerpunkt und die damit verbundene Abwesenheit der Pfarrer von ihren Standorten.
- Überarbeitung und Neustrukturie-rung der Militärseelsorge war ein Thema, welches uns die letzten Sitzungen sehr beschäftig-te. Immer wieder gibt es zu diesem Thema neue Vorschläge und auch Nachfragen. Ich denke aber, dass wir im Allgemeinen mit der neuen Struktur recht zufrieden sein kön-nen und wir jetzt dazu übergehen müssen, diese mit Leben zu füllen.
- Zusammenarbeit von Priestern und Laien am Standort,

dazu ist für die nächste Sitzung des Priesterrates im November ein Referat erarbeitet worden.

- Weitere ständige Themen sind die jährlichen Großveranstaltungen der Militärseelsorge wie
 - Soldatenwallfahrt Lourdes,
 - Gesamtkonferenz,
 - das Jahr mit der Bibel 2003,
 - die Arbeit des ZFG (Zentralinsti-

tut für Ehe und Familie in der Ge-sellschaft) und die

- Umsetzung in die konkrete Ar-beit der Militärseelsorge.

- Ein weiteres „Sorgenkind“ ist un-ser Kompass, dessen Anklang bei den Soldaten immer noch nicht so ist, wie wir erhoffen. Hier sind noch Verbesserungen nötig. □

BESCHLUSSVORLAGE NACHBARSCHAFTSHILFE 2002/2003

„Hilfe und Unterstützung für jugendliche Landminenopfer im Kosovo“

1. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten empfiehlt, die Aktion Nachbarschaftshilfe für den Zeitraum 2002/2003 als sozial-caritative Maßnahme katholischer Soldaten fortzuführen. Sie soll in diesem Jahr unter dem Leitgedanken stehen: „Hilfe für landminen-geschädigte Kinder und Jugendliche im Kosovo“.
2. Die Durchführung der Nachbarschaftshilfe erfolgt in Absprache und unter Zuhilfenahme der Solidaraktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa „RENOVABIS“.

3. Projektbeschreibung:

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kosovo seit Mitte der 90-er Jahre waren geprägt durch massiven Einsatz von Landminen. Auch nach der Stationierung der KFOR-Truppen sind noch unzählige Minen im gan-zen Kosovo vorhanden und konnten bisher, trotz großer Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, nicht geräumt werden. Insbesondere in ländlichen Gegenden sind Minenexplosionen an der Tagesordnung. Häufig sind Kinder Opfer von Explosionen, da sie sich spielenderweise sehr unbe-fangen verhalten und sehr oft vergessen, welche Gefahren im Boden lau-ern.

Der JESUIT REFUGEE SERVICE (Jesuitenflüchtlingsdienst) Südosteuropa hat sich bereits seit 1997 der Problematik der Kinder, die Opfer von Land-minen geworden sind, angenommen. Medizinische Betreuung, Beschaffung von Prothesen, Ermöglichung von Operationen und im Einzelfall Hilfen für die Familien waren und sind Teil des Programms. Auf der Basis der bishe-rigen Erfahrungen in Bosnien wurde im Kosovo ein ähnliches Projekt initi-iert. Bei der Zielgruppe der Programms handelt es sich derzeit um 195 Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 19 Jahren mit minen-typischen Verletzungen und tiefen seelischen Traumata.

Der Gesamtkostenansatz für eine Laufzeit von drei Jahren beträgt eine Million Euro. Der Kostenansatz erfolgte unter Berücksichtigung der Erfah-rungswerte des gleichgearteten Projekts in Bosnien. RENOVABIS gewähr-te eine Anschubfinanzierung von 175.000 Euro, so dass der Programmab-lauf gesichert ist.

Das vorliegenden Projekt ist bislang das einzige seiner Art im Kosovo, das Minderjährige ganzheitlich zu betreuen sucht. Das zur Verfügung ste-hende Personal ist bereits erfahren und stammt aus der Region, die kirchli-che Einbindung ist seitens des Projektträgers gewährleistet.

Der Vorstand der Zentralen Versammlung beabsichtigt, einen im Koso-vo eingesetzten katholischen Soldaten mit der Beobachtung des Projekts vor Ort zu beauftragen.

Das Projekt Nachbarschaftshilfe 2002/2003 wurde sowohl von der ZV als auch von der Bundeskonferenz der GKS angenommen.

Spendenkonto: Kath. Soldatenseelsorge, Stichwort „Nachbarschaftshilfe“
Commerzbank, BLZ 380 400 07, Kto 2532786

Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft

THOMAS JANSEN

Das Werteprofil der Europäischen Union

Die Gründe, die im Laufe der Jahrzehnte viele Christen bewegen haben, für die Einigung Europas einzutreten, sind auch heute von brennender Aktualität.

Gestern wie heute geht es um die Verwirklichung eines Projekts mit ethischen und spirituellen Dimensionen:

- der Respekt vor der Würde eines jeden Menschen;
- Vergebung und Versöhnung;
- die Bereitschaft der Größeren unter den Mitgliedern, ihren Willen nicht den Kleineren aufzuzwingen;
- die Solidarität der Reicherer mit den Ärmeren.

Unser Verständnis vom Menschen, geprägt durch die Gestalt und die Liebe Christi, hat dem europäischen Bewusstsein eine starke Vorstellung von Solidarität gegeben, die zu einem wesentlichen Element der europäischen Identität geworden ist.

Aktuell und notwendig ist eine solche, vom christlichen Menschenbild ausgehende Ethik der Einigungspolitik vor allem im Hinblick auf das Europa, das erst noch – durch die Einbeziehung der Völker und Staaten Mittelosteuropas und die Entwicklung einer neuen, föderalen und demokratischen Verfassungsordnung – zu schaffen sein wird.

Im Namen dieser Ethik ist von den Verantwortlichen in den europäischen Institutionen ebenso wie von den Regierenden in den Mitgliedsstaaten zu verlangen, dass sie immer wieder die Prioritäten und die Motive für das Einigungswerk deutlich machen. Die aktive Bemühung um die Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt muss dabei ihren hohen Rang behaupten.

Aber auch das Europa, das schon geschaffen wurde, braucht dringend die ethische Inspiration, ohne die die Europäische Union als politisches

Gemeinwesen auf Dauer keinen Bestand haben wird; jedenfalls würde sie durch eine entsprechende Sinngebung erheblich gestärkt.

Die Verabschiedung der Charta der europäischen Grundrechte durch den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs vor zwei Jahren hat das Werteprofil der Union sichtbar gemacht und ihrer Politik, die weitgehend von wirtschaftlichen Werten geleitet wurde, eine überzeugendere Orientierung geben.

Es reicht natürlich nicht, die Notwendigkeit einer Ethik der europäischen Integration festzustellen. Die Werte und Prinzipien, die das Einigungswerk inspirieren könnten und sollten, müssen auch explizit gemacht werden.

Im Hinblick auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft zu Beginn der 50er-Jahre ist es leicht, die folgenden Prinzipien und Werte als maßgebend und motivierend auszumachen: *Friede, Versöhnung, Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit*.

Diese Werte wurden damals wiedergewonnen aus den schrecklichen Erfahrungen des Krieges, der von einem entfesselten Nationalismus und einer totalitären, die Menschenwürde verachtenden Ideologie, die Gott leugnete, ausgelöst worden war.

Sie bilden das Gerüst des ethischen Konsenses, an dem der Prozess der europäischen Einigung und seine wichtigste Konkretisierung, die Europäische Union aufgerichtet wurde.

Eine Ethik der Einigungspolitik

Wie wurden diese Prinzipien damals in Bezug auf die in der historischen Situation anstehenden politischen Probleme verstanden?

Der *Friede* zwischen den Staaten war eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und die Entfaltung der Völker und ihrer Ge-



sellschaften, die es nach den Verwüstungen des Krieges wieder aufzubauen galt. Dieser Friede musste in Taten und Tatsachen verankert und durch eine institutionalisierte supranationale Zusammenarbeit dauerhaft gesichert werden.

Die *Versöhnung* zwischen den früheren Feinden war eine notwendige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. Sie verlangte erhebliche Anstrengungen, um den Anderen zu verstehen, und in seiner Verschiedenheit zu akzeptieren; dieser Lernprozess sollte durch die gemeinsame Arbeit im Dienste eines Zukunftsprojekts erleichtert werden, nämlich durch die Schaffung einer Organisation zur gemeinschaftlichen Verwaltung der Produktion von Kohle und Staat der beteiligten Länder.

Die *Solidarität* zwischen den europäischen Nationen war eine notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des gemeinsamen Projekts, also der Europäischen Gemeinschaft. Diese Solidarität musste im gemeinsamen Handeln und in der gemeinsamen Lösung der gemeinsamen Probleme gesucht werden.

Die *Gerechtigkeit* war eine notwendige Voraussetzung für eine lebendige, von allen Partnern mitgetragene Solidarität; sie sollte sich stützen können auf Verträge, welche die Beziehungen zwischen den Partnern innerhalb der Gemeinschaft organisieren und die Regeln für das Zusammenleben über die Grenzen hinweg bereitstellen; und sie sollte sich konkretisieren in der gemeinschaftlichen Politik.

Die *Freiheit* schließlich war eine notwendige Voraussetzung für

die Entfaltung der menschlichen Würde und für die Realisierung all dieser Prinzipien: in der politischen Aktion ebenso wie in den Manifestationen der Gesellschaft und im privaten Leben der Menschen.

Heute sind wir durch die Probleme der Gegenwart und Zukunft dazu aufgefordert, eine Neubelebung dieser Prinzipien vorzunehmen und Konsequenzen für die aktuelle Entwicklung daraus zu ziehen. Tatsächlich sind sie für die Union heute ebenso unverzichtbar wie sie es während der ersten Jahrzehnte für die Gemeinschaft waren.

Aber im Hinblick auf die Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, müssen diese Prinzipien in einer allgemeineren Weise interpretiert und angewandt werden.

Denn heute steht nicht mehr in erster Linie der Friede *zwischen* den europäischen Völkern und Staaten auf dem Spiel, sondern – angesichts der Globalisierung – einerseits der Weltfriede, der von den eklatanten Unterschieden zwischen den reichen und den armen Kontinenten, aber auch von Fanatismus und Terrorismus, bedroht wird, sowie andererseits der innere, gesellschaftliche Frieden, der bedroht wird durch Armut, Ausgrenzung und durch den Verlust an sozialem Zusammenhalt.

Deshalb geht es heute um die Versöhnung und um die Rekonstruktion der Solidarität innerhalb unserer europäischen Gesellschaften und innerhalb der 'Weltgesellschaft'.

Dementsprechend muss, um das Auseinanderfallen der Gesellschaften und die soziale Ungerechtigkeit zu überwinden, das Recht als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens auf allen Ebenen zur Geltung gebracht werden, auch insbesondere auf der Ebene der 'Einen Welt'.

Neue Werte

Jenseits der klassischen Prinzipien aber, die dem europäischen Einigungswerk zugrunde liegen, gewinnen heute, in einem veränderten Kontext, neue Werte als leitende Prinzipien für die europäische Politik an Bedeutung. Sie ergeben sich aus einer neuen Konzeption der politischen und sozialen Verantwortung.

Zum Beispiel die *Nachhaltigkeit* als Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen, die

eine Politik der 'nachhaltigen' Entwicklung verlangt.

Oder die *Subsidiarität*, die auf zwei verschiedenen Ebenen wirkt: nämlich einerseits als politische Subsidiarität, die ihren Ausdruck findet als Autonomie der Akteure in den Gemeinden, Regionen und Mitgliedsstaaten für die Angelegenheit ihres jeweiligen Bereichs sowie die damit einhergehende Mitverantwortung für die Lösung der Probleme der Gemeinschaft oder Union; und andererseits als soziale Subsidiarität, die ihren Ausdruck findet als Autonomie der Akteure der Zivilgesellschaft, für ihren jeweiligen, selbstgewählten Verantwortungsbereich.

Eine Seele für Europa

Sie werden sich vielleicht erinnern, dass der frühere Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, zu Beginn der 90er-Jahre – in Anlehnung an einen Ausspruch von Robert Schuman – dazu aufrief, Europa eine Seele zu geben. Er forderte vor allem die christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften zu entsprechenden Beiträgen auf.

Bei den Bemühungen, Europa eine Seele zu geben, geht es allerdings nicht nur darum, die Prinzipien des europäischen Einigungswerks in Erinnerung zu rufen. Es geht auch um die Anwendung dieser Prinzipien – und das wird, angesichts der komplexen Wirklichkeiten, in denen sich der politisch Handelnde zurecht finden muss, immer nur in einer unvollkommenen und im übrigen widersprüchlichen Weise möglich sein.

Mit anderen Worten: bei der konkreten Umsetzung der europäischen Politik erleben wir (wie überhaupt in der Politik), dass es mit einfachen Verweisen auf die Grundsätze nicht getan ist. Die Suche nach der richtigen Lösung setzt ein ethisches Bewusstsein und ständige Wachsamkeit voraus, die sich an jenen Grundsätzen orientiert, ohne dabei zu vergessen, dass diese Grundsätze gelegentlich in verschiedene Richtungen weisen können.

Deshalb setzt die Suche nach der richtigen Lösung auch Risikobereitschaft voraus, die sich vor Konflikten nicht scheut, wenn es darum geht, einerseits den Interessen der verschiedenen Seiten unter Berücksich-

tigung der vertraglich oder gesetzlich festgelegten Verpflichtungen gerecht zu werden, und andererseits Kurs zu halten auf die wesentlichen Ziele der Einigung Europas.

Bei der praktischen Umsetzung der europäischen Politik geht es um die Gestaltung der Zukunft des menschlichen Zusammenlebens, der Gemeinschaftsbildung, der gesellschaftlichen und politischen Organisation. Also geht es um Menschheitsfragen.

Europa eine Seele geben bedeutet in diesem Sinne auch, dass die Erklärung und Erleuchtung dieser Fragen, die in die persönliche Befindlichkeit des Einzelnen eingreifen und seine Identität betreffen, nicht zuletzt auch von religiösen und philosophischen Instanzen erwartet werden muss. Auch von den Kirchen, die also aufgefordert sind, ihren Beitrag zur Deutung und Sinngebung des europäischen Einigungswerks zu leisten.

Die Aufforderung, Europa eine Seele zu geben, bedeutet aber noch etwas anderes: das europäische Einigungswerk ist gekennzeichnet durch eine Geste der Öffnung und durch einen Impuls zur Überwindung der Gegenwart. Es ist ein teleologisches Vorhaben. Das heißt: es ist der Zukunft zugewandt.

Es ist aber auch ein vergängliches und ungewisses Vorhaben. Wir wissen nicht, unter welchem Vorzeichen das europäische Einigungswerk schließlich in die Geschichte eingehen wird. Aber wir wissen, dass der Auftrag, Europa eine Seele zu geben, trotz der Vergänglichkeit der politischen Dimension eine unvergängliche Bedeutung in sich trägt, die unbeeindruckt von den Zeitläuften Gewissen und Herz des Menschen anspricht. Denn sie appelliert an unsere Fähigkeit, der menschlichen Freiheit eine sinnstiftende, ethische Dimension zu verleihen.

Staaten-Union und Bürger-Union

Die Europäische Union, in der sich der europäische Einigungsprozess konkretisiert, ist also mehr als irgendeine internationale Organisation mit begrenzter Reichweite, und auch mehr als ein Zweckverband zur Mehrung der wirtschaftlichen

und materiellen Bedürfnisse seiner Mitglieder, mehr als die Wirtschafts- und Währungsunion.

Tatsächlich handelt es sich bei der Europäischen Union um eine politische Gemeinschaft von Staaten und deren Bürgern, die ihre Aktionseinheit im wesentlichen nach demokratischen und föderalen Prinzipien organisieren.

Diese Gemeinschaft, die also sowohl eine Staaten-Union als auch eine Bürger-Union ist, verfügt über politisch legitimierte und verantwortliche Institutionen:

- ein **Parlament**, das den Willen und die Erwartungen der Bürger zum Ausdruck bringt;
- einen **Minister-Rat**, der die Interessen der Mitgliedstaaten vertritt;
- eine **Kommission**, die sich um die Formulierung des Gemeinschaftsinteresses und des Gemeinwohls bemüht;
- einen **Wirtschafts- und Sozialausschuss** und einen **Ausschuss der Regionen** als Organe der Vertretung spezifischer Interessen und der Konsensbildung, die einerseits die organisierten gesellschaftlichen Kräfte und andererseits die Gebietskörperschaften repräsentieren;
- sowie – nicht zuletzt – einen **Gerichtshof**, der über die Einhaltung der in der Union geltenden Regeln und Gesetze wacht.

Der Auftrag dieser Europäischen Union besteht darin, durch die Politik und die Projekte ihrer Institutionen die großen Aufgaben zu bewältigen, die von den Mitgliedstaaten alleine nicht bewältigt werden können.

Grundlage für die Entwicklung und die Politik der Europäischen Union sind die zwischen den Mitgliedsstaaten vereinbarten Verträge:

- der Pariser Vertrag von 1951,
- dann der Römische Vertrag von 1957,
- dann der Luxemburger Vertrag von 1987,
- dann der Maastrichter Vertrag von 1992 und
- der Amsterdamer Vertrag von 1997,
- sowie schließlich der Vertrag von Nizza aus dem Jahr 2000,

der allerdings wegen einer vorläufig gescheiterten Volksabstimmung in Irland noch nicht ratifiziert ist.^{*)}

Auf dem Weg von Paris und Rom über Luxemburg und Maastricht und Amsterdam nach Nizza sind diese Verträge (heute zusammengefasst im Vertrag über die Europäische Gemeinschaft und im Vertrag über die Europäische Union) immer mehr zu einer Verfassung geworden, welche die Prinzipien des Einigungswerks und des daraus entstandenen Gemeinwesen auf vielfältige Weise zum Ausdruck bringt.

Besonders augenfällig wird dieser Verfassungscharakter im Art. 6 EUV, der die Union auf die „**Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit**“ verpflichtet. Und um zu unterstreichen, dass es sich hier nicht bloß um eine gutgemeinte, wohlfeile Absichtserklärung handelt, wird bestimmt, dass einem Mitgliedsstaat, der dieses Gebot verletzt, die Rechte, die ihm aus dem Vertrag erwachsen, entzogen werden können.

Das ist sehr bemerkenswert. Denn diese Bestimmung stellt die nationalstaatliche Souveränität, die im Zuge der Europäisierung und Globalisierung als Praxis schon weitgehend obsolet geworden ist, nun auch als Theorie zur Disposition und unterwirft sie einem Wertesystem. Im Ansatz handelt es sich hier um den ‘Bundeszwang’ den wir aus bundesstaatlichen Verfassungen kennen.

Die Prinzipien, die im Unionsvertrag ebenso wie im Gemeinschaftsvertrag zum Ausdruck gebracht werden, entsprechen eben jenen Werten, von denen ich sagte, dass sie die Gründung der Europäischen Gemeinschaft zu Beginn der 50er-Jahre motiviert hatten.

Und es ist gewiss kein Zufall, dass es vor allem christlich orientierte Politiker waren, die damals entsprechende Impulse gaben und die wir noch heute als die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft in Erinnerung haben: Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer.

Die doppelte Herausforderung: Erweiterung und Vertiefung

Die fortschreitende Integration der nationalen Gesellschaften und der staatlichen Strukturen im Rahmen der Union sowie die Erweiterung

der Union nach Osten verpflichtet dazu, die Identität der Europäischen Union zu erkennen.

Dabei kann es sich in der humanistischen und personalistischen Tradition der europäischen Demokratien nur um eine offene Identität handeln, die alle einseitigen oder ausschließenden ethnisch-nationalen oder konfessionell-religiösen Bezugnahmen vermeidet.

Das Selbstverständnis der Union findet einen gültigen Ausdruck nicht zuletzt in dem, was wir das europäische Gesellschaftsmodell nennen, und in der europäischen Verfassungsordnung. Ihre Grundlagen müssen immer wieder durch Benennung und Begründung bewusst gemacht werden, damit sie dem Verhalten und dem Handeln der Europäer eine zuverlässige Orientierung geben können.

Insbesondere in einer Stunde, in der die Europäische Union wieder einmal an einem Scheideweg steht. Sie sieht sich heute gleichzeitig mit zwei Herausforderungen konfrontiert: der Herausforderung der Vertiefung im Sinne einer Verdichtung und Verankerung ihres politischen Systems in demokratischen und föderalen Strukturen und der Herausforderung der Erweiterung um eine beträchtliche Zahl neuer Mitgliedsstaaten. Beide Herausforderungen enthalten die gleiche Hoffnung, obwohl sie oft als widersprüchlich dargestellt werden: nämlich eine wirkliche politische Gemeinschaft mit einer für eine Union von Staaten und Nationen spezifischen föderativen Struktur zwischen allen europäischen Ländern zu schaffen.

Diese europäische Föderation, welche die Verschiedenheit der politischen Geschichte, der Traditionen und der Kulturen ihrer Mitglieder respektiert, ist vorläufig notwendigerweise offen im Hinblick auf ihre territorialen Grenzen, ihren Auftrag und ihre politische Ordnung. Aber es ist jetzt unverzichtbar, ihre Konturen festzulegen durch die Erarbeitung einer europäischen Verfassung.

Deswegen ist die Einberufung des Europäischen Konvents mit dem

*) Inzwischen in einer neuen Volksabstimmung im Oktober 2002 von der irischen Bevölkerung mit Mehrheit angenommen (Anm. d. Red.)

Auftrag, einen Vorschlag für die zukünftige Verfassungsordnung der Union zu erarbeiten, nachdrücklich zu begrüßen. Die lebendigen Kräfte der Zivilgesellschaft aus den Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländer sind eingeladen, sich an diesen Beratungen zu beteiligen.

Auch von den Organisationen der Christen in Europa wird erwartet, dass sie Beiträge zu dieser Debatte leisten. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) wird in seiner Vollversammlung im November Stellung beziehen und seine Erwartungen und Vorschläge formulieren.

Gleichzeitig bemühen wir uns im ZdK auch darum, besondere Beiträge zur Vorbereitung und zum Erfolg der Erweiterung der Europäischen Union durch die Anregung und die Veranstaltung von Begegnungen der katholischen, der protestantischen und der orthodoxen Traditionen, die auf unserem Kontinent lebendig sind, zu liefern. Neben dem notwendigen Dialog von Kirche zu Kirche ist es jetzt an der Zeit, die Begegnung zwischen den Gläubigen und ihren Organisationen zu entwickeln und zu vertiefen.

Gesamteuropäische Wertegemeinschaft

Die Herausforderungen, denen wir uns in der Europäischen Union heute und morgen gegenüber sehen, machen deutlich, dass es auch in der nächsten Phase des Prozesses der Neugestaltung unseres Kontinents wesentlich darauf ankommen wird, die alten und die neuen Werte der europäischen Einigungspolitik mit Leben zu füllen.

Es geht dabei – neben der Erweiterung der Union und die Integration der mittelosteuropäischen Staaten – vor allem um die Bewältigung folgender konkreter Aufgaben: neben der schon angesprochenen Entwicklung einer demokratischen und föderalen Verfassungsordnung geht es vor allem um die Erneuerung der Gesellschaft durch die Anpassung des europäischen Sozialmodells an die neu-

en Bedingungen, sowie um die Mitwirkung an der Schaffung einer neuen Weltordnung, die den technologischen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen angemessen ist.

Bei der bevorstehenden Erweiterung handelt es sich gewiss um die größte und schwierigste Aufgabe, der die Gemeinschaft beziehungsweise die Union je gegenüber gestanden hat, vergleichbar bestenfalls mit der Gründung und Ingangsetzung des Einigungsprozesses vor fünfzig Jahren. Auch hier wirken die Werte mobilisierend, deren Befolgung zum Erfolg der europäischen Integration während der Gründungsphase geführt haben.

Hinsichtlich der Bedingung für eine Einbeziehung der Staaten Mittelosteuropas in die europäische Wertegemeinschaft und Einigungsbewegung war von Anfang an klar, dass deren politische und gesellschaftliche Ordnungen mit dem System der Europäischen Union kompatibel sein müssen, das heißt, dass sie demokratisch und pluralistisch und rechtsstaatlich sein müssen.

Deshalb ging es und geht es vor allem: um die Rekonstruktion der staatlichen, demokratischen Ordnungen und von bürgernahen Verwaltungen; um die Normalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne der pluralistischen Toleranz; um die Überwindung des Nationalismus und der Konflikte zwischen den

Volksgruppen; und um den Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft.

Der Brückenschlag zwischen Ost und West und das Zusammenleben in der Europäischen Union kann und wird in dem Masse gelingen, wie die beiden Teile Europas zu einer Wertegemeinschaft zusammenwachsen.

Die Weichen sind gestellt. Der Integrationsprozess ist im Gange. Von Tag zu Tag rücken die zukünftigen Mitgliedstaaten politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich enger an die alten Mitgliedstaaten heran. Jenseits der ideellen Bedeutung dieses Vorgangs hilft ihnen diese Entwicklung und die damit verbundenen materiellen Leistungen der Union, sich auf ihre Mitgliedschaft vorzubereiten und beitragsfähig zu werden.

Wenn aber die zukünftigen Mitglieder beitragsfähig werden müssen, so muss die Union selbst erweiterungsfähig sein. Das heißt, sie muss die Probleme lösen, die mit einer Erweiterung von 15 auf 25 und mehr Mitgliedstaaten verbunden sind: die politisch-institutionellen Probleme, die wirtschaftlich-sozialen Probleme und auch die finanziellen Probleme, deren Bewältigung einen erheblichen zusätzlichen Aufwand an Solidarität seitens und ihrer derzeitigen Mitglieder erforderlich macht.

Was in dieser Hinsicht bereits geleistet wurde und noch zu leisten sein wird – das würde ein bloß wirtschaftlich interessierter Staatenverbund ebensowenig leisten können



Militärbischof Walter Mixa begrüßt beim Gästeempfang während der Woche der Begegnung den kath. Militärbischof der Niederlande Dr. Josef Maria Punt, rechts der Weihbischof im Bistum Roermond Eberhardus De Jong

wie eine bloß internationale, nach diplomatischen Regeln funktionierende Organisation. Auch hieran zeigt sich die besondere Qualität der Europäischen Union: sie ist als Gemeinschaft der Versöhnung, als Friedensgemeinschaft, als Solidargemeinschaft, als Rechtsgemeinschaft vor allem eine Werte-Gemeinschaft.

Das europäische Gesellschaftsmodell

Aber die Qualität einer solchen Werte-Gemeinschaft kommt vor allem darin zum Ausdruck, ob es ihr gelingt, eine Gesellschaftsordnung, zu verwirklichen, die den Werten entspricht, denen sie verpflichtet ist.

In der Stellungnahme der Europäischen Kommission für die Regierungskonferenz, die den Vertrag von Amsterdam hervorgebracht hat, hieß es einleitend:

„Das europäische Einigungswerk gründet sich auf Wertvorstellungen, die allen europäischen Gesellschaften gemeinsam sind; sie verbinden die Grundwerte der Demokratie – Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – mit den Prinzipien der Marktwirtschaft, der Solidarität und des Zusammenhalts.

Zu diesen Werten gehört auch der gleichberechtigte Zugang der Bürger zu den universalen Diensten sowie zu Versorgungs- und Dienstleistungen der solidarischen Daseinsvorsorge.

Das europäische Gesellschaftsmodell ist im Vertrag über die Europäische Union in Form allgemeiner Ziele – wie der Verwirklichung eines hohen Beschäftigungsniveaus und einer nachhaltigen Entwicklung mit Hilfe spezifischer Politiken – und durch die Förderung des sozialen Dialogs verankert.

Zu einem Zeitpunkt, da Europa in eine neue politische Phase eintritt, müsste die Förderung dieses Gesellschaftsmodells bekräftigt und präzisiert werden.“

Auch die Diskussionen, die in den Mitgliedstaaten über anstehende, als notwendig erkannte Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie der allgemeinen Gesellschaftspolitik geführt werden, beziehen sich auf das europäische

Gesellschaftsmodell, wenn zum Beispiel vom „état social“, vom ‘welfare state’ oder von der ‘Sozialen Marktwirtschaft’ die Rede ist. Denn es handelt sich um ein Leitbild, also um ein wichtiges Element der europäischen Identität

Der Kern des europäischen Gesellschaftsmodells besteht im Wesentlichen aus einer Wirtschaft, die das Spiel der Kräfte im Markt zur Geltung kommen lässt, es aber einbindet in ein Regelwerk, das Missbräuche verhindert, und das gleichzeitig auf die Versorgung mit den sozialen Grundbedürfnissen sowie auf ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit abstellt.

Die dadurch erreichte Stabilität steht auch im Dienste der Freiheit des Marktes; die dadurch gewonnene Leistungsfähigkeit ermöglicht es, die Mittel für die soziale Versorgung und Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

Die Präsenz des Staates in den Unternehmen der öffentlichen Dienste, die eine gleichmäßige und sozial gerechte Versorgung garantieren, gehört ebenso wie die Existenz von Sicherungssystemen (für das Alter, den Krankheitsfall, die Arbeitslosigkeit) mit obligatorischer Partizipation als einer Form der institutionalisierten Solidarität zu den weiteren wichtigen Merkmalen des europäischen Gesellschaftsmodells.

Die Unterschiede dieses europäischen Modells zu dem der amerikanischen Gesellschaft sind markant; ganz zu schweigen von den Modellen, die den Entwicklungen der Gesellschaften in bestimmten, gleichfalls von Marktwirtschaft und industriellen Produktionsweisen gekennzeichneten Ländern Ost- und Südostasiens zugrunde liegen.

Gefahren und Probleme

Das europäische Gesellschaftsmodell ist in Gefahr geraten. Denn die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die verbunden ist mit der Ausgrenzung einer immer größeren Anzahl von Menschen und Bevölkerungsgruppen durch Armut, die Verschlechterung des sozialen Klimas als Folge einer allgemeinen Individualisierung der menschlichen Beziehungen, die verbunden ist mit einer allmählichen Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, führt

zur Vermutung des Versagens bzw. zu Zweifeln über die Fähigkeit dieses europäischen Modells, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es ist evident, woher diese Schwäche rührt: Einerseits hat im Laufe der Jahre eine Inflation von Leistungsversprechen dazu geführt, dass das Gleichgewicht zwischen der individuellen Verantwortung für das Ganze und der gesellschaftlichen Verantwortung für den Einzelnen verloren ging. Hinzu kommt, dass eine gewisse Verkrustung des institutionellen und prozeduralen Systems, welches das Gleichgewicht zwischen dem Gesetz des Marktes und dem Gebot der Solidarität gewährleisten soll, zu einem Mangel an Beweglichkeit geführt hat; jedenfalls hat seine Fähigkeit, auf Veränderungen zu reagieren, erheblich gelitten.

Andererseits hat der mit der Globalisierung von Wirtschaft und Kommunikation einhergehende Konkurrenzdruck zur Folge, dass zur Erhaltung der Arbeitsplätze im Standort Europa erhebliche Abstriche an den Leistungen der Sicherungssysteme und einschneidende Reformen ihrer Wirkungsweisen vorgenommen werden müssen.

Schließlich ist mit dieser doppelten Gefahr, dem das europäische Modell ausgesetzt ist, eine vehemente Attacke auf die ihm zugrunde liegende Philosophie verbunden; sie ist teils ideologisch motiviert, teils interessenbedingt und zielt auf die Vernachlässigung der sozialen Dimension.

Wettbewerbsfähigkeit (nach außen) und Leistungsfähigkeit (nach innen) stellen – ganz abgesehen von den materiellen Erfordernissen – auch eine wesentliche Voraussetzung für die Behauptung der Europäischen Union als politische Persönlichkeit dar. Denn wenn es nicht gelingen sollte, tragfähige und sinnvolle Antworten auf diese Herausforderungen zu finden, wird die Beeinträchtigung der Akzeptanz des Gemeinwesens Europa notleidend bleiben. Andererseits liegt gerade im anhaltenden Mangel an Akzeptanz des von der Union zur Verfügung gestellten Handlungs- und Lösungsrahmen eine der großen Gefahren, denen die europäische Wirtschaft und Gesellschaft ausgesetzt ist: die Maßnahmen, die zur Anpassung oder Erneuerung

erung notwendig sind, können nur greifen, wenn sie für die europäische Dimension konzipiert und durchgeführt werden.

Der Europäische Konvent

Lassen Sie mich zum Schluss einige Anmerkungen machen zu dem bereits erwähnten Europäischen Konvent, der seit März dieses Jahres unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing an der Verfassung der zukünftigen Europäischen Union arbeitet.

Die Einberufung dieses Konvents durch die Staats- und Regierungschefs ist ein Ausdruck dafür, dass wir uns in einem Übergang befinden: einem Übergang von einer Union der Staaten, die von der Diplomatie und der Bürokratie geschaffen und gelenkt wurde, zu einer Union der Bürger, die nach den Regeln der Demokratie gestaltet wird. Mit anderen Worten: wir sind auf dem Wege vom Vertrag zur Verfassung.

Dieser Prozess ist seit langem im Gange. Ich habe darauf hingewiesen: Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat er eine Beschleunigung erfahren – durch die Einführung der Unionsbürgerschaft, die Anerkennung der Subsidiarität als einem leitenden Prinzip der Integration, der Anerkennung der Regionen als Akteure der Integration, des Ziels der Währungsunion etcetera. Ein Durchbruch gelang mit dem Konvent zur Erarbeitung der Charta der Grundrechte, der unter dem Vorsitz unseres ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Jahre 2000 tagte.

Mit der Beschleunigung dieses Prozesses ist übrigens auch die Frage nach den Beziehungen zwischen der Europäischen Union bzw. ihrer Institutionen und den Kirchen oder Religionsgemeinschaften auf der Tagesordnung.

Das Mandat des Europäischen Konvents ist außerordentlich weit gefasst und erlaubt die Behandlung aller nur denkbaren Fragen, die im Zusammenhang mit der Gestaltung der Union stehen.

Der Konvent ist außerdem hoch legitimiert. Alle vier für die Union konstitutiven Legitimationsebenen sind integriert: die nationalen Parlamentarier vertreten die Bürger und

Völker der Mitgliedstaaten, die europäischen Parlamentarier vertreten die Bürger und das Volk der Union, die Vertreter der Regierungen repräsentieren das nationalstaatliche Interesse, die Vertreter der Kommission das europäische Gemeinschaftsinteresse. Durch die Mitwirkung der Parlamentarier und Regierungsvertreter der zukünftigen Mitgliedsstaaten ist eine zusätzliche, politisch-historische Legitimation einbezogen.

Als Beobachter sind dabei: die neuen Akteure der Integration, nämlich die organisierte Zivilgesellschaft über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), die Sozialpartner über ihre europäischen Organisationen, die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften über den Ausschuss der Regionen (AdR).

Die starke Legitimation, das umfassende Mandat und der persönliche Rang der Mitglieder lassen erwarten, dass der Europäische Konvent sich weder von der Bürokratie noch von der Diplomatie oder den Regierungschefs gängeln lassen wird. Er wird sich verhalten wie eine Verfassungsgebende Versammlung. Tatsächlich ist der Konvent eine Verfassungsempfehlende Versammlung. Das Ergebnis seiner Arbeit wird – nach dem geltenden Vertragsrecht – von einer Regierungskonferenz beschlossen und anschließend von den Parlamenten ratifiziert werden müssen.

Die erste Phase der Arbeiten des Konvents, nämlich die Phase der Anhörung und der allgemeinen Debatte, ist mit der letzten Plenar-Sitzung vor der Sommerpause im wesentlichen abgeschlossen. Diese Phase umfasste 6 Plenar-Sitzungen und 2 Sonder-Sitzungen. Davon war eine (im Juni) den Problemen, Erwartungen und Vorschlägen der Zivilgesellschaft gewidmet, die andere (im Juli) war der Jugend-Konvent.

Diese erste Phase war notwendig, um herauszufinden, wo die Möglichkeiten des Konsenses liegen, und welche Fragen zu beantworten sind. Die Übung war erfolgreich. Auf der Grundlage der Erfahrungen und Vorschläge, die in diesem Zusammenhang gemacht wurden, wird es im Laufe der kommenden Monate möglich sein, eine erste Struktur-Skizze für den Text der zukünftigen Verfassung zu zeichnen. Präsident Giscard

d'Estaing hat die Vorlage eines solchen Vorentwurfs für Oktober/November angekündigt.

Dann wird die Arbeit am Text und an den Formulierungen beginnen. Mitte kommenden Jahres soll das Ergebnis vorliegen, damit die im Herbst 2003 einzuberufende Regierungskonferenz rechtzeitig vor dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten im Jahre 2004 den neuen Verfassungsvertrag beschließen kann.

Europa in der Welt

Als Christen können wir uns nicht zufriedener geben mit einem vereinten Europa in einer zerrissenen Welt, mit einem friedlichen Europa in einer kriegerischen Welt, mit einem reichen Europa in einer armen Welt. Wir müssen dem Risiko entgegenwirken, dass sich unser gealterter Kontinent auf sich selbst zurückzieht, ermüdet durch die Geschichte, und sich darin genügt, die Früchte seines Geistes und die großen Momente seiner Vergangenheit genussvoll zu betrachten.

Europa muss jetzt Verantwortung übernehmen:

- bei der Beherrschung der Globalisierung,
- bei der Erhaltung des Friedens in der Welt und wenn nötig auch bei der Wiederherstellung des Friedens,
- bei der Gestaltung einer neuen Welt mit menschlichen Zügen, mit nachhaltiger Entwicklung, mit einer modernen Methode des Regierens und Verwaltens der internationalen Angelegenheiten, die den Dialog und den Kompromiss bevorzugt, um die Gewalt und die Vernachlässigung der Ärmsten zu überwinden.

Die Europäer müssen bereit sein, die politischen und ökonomischen Kosten einer solchen Verantwortung zu tragen. Für uns als Christen gründet eine solche Bereitschaft im universellen Charakter unseres Glaubens. Und eine solche Bereitschaft entspricht den Werten, die jene engagierten Christen motiviert und inspiriert haben, die vor fünfzig Jahren den Prozess der europäischen Einigung in Gang gesetzt haben.

Es gibt viele Gründe, ihnen nachzueifern! □



Bundeskonzferenz der GKS

RICHARD SCHMITT

Die Bundeskonferenz der GKS begann in diesem Jahr bereits am Dienstag mit der Anreise der Delegierten nach Rolduc. Mit dem Pontifikalamt, an dem drei Bischöfe teilnahmen und dem Gästeabend starteten sie in die Bundeskonferenz. Sie stand unter dem gleichen Motto wie die Zentrale Versammlung, „Christen in Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft“. Neben vielfältigen verbandsinternen Themen bildete der Vortrag von Prof. DDr. Paul M. Zulehner über die Auswertung der Europäischen Wertestudie (s.S. 28 ff.) den Höhepunkt der Bundeskonferenz.



Der Bundesvorsitzende, Oberst Karl-Jürgen Klein, eröffnete am Mittwoch, dem 18. September, die Bundeskonferenz und begrüßte die Delegierten, unter denen sich wieder viele Ehemalige und Pensionäre befanden. Er sprach Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut die herzlichsten Glückwünsche der GKS zu seinem 60. Geburtstag aus. Dem Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Msgr. Georg Kestl, dankte er für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Bundeskonferenz. Weiterhin begrüßte er den gastgebenden Militärdekan Prälat Walter Theis, den Vertreter des Priesterrates Militärfarrer Thomas Stolz sowie den Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge (KS) Detlef Warwas, dem er viel Erfolg in seiner neuen Aufgabe wünschte. Dem Vertreter der

Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), StFw Frank Hübsche, dankte er ausdrücklich für sein Engagement.

Als weitere Gäste begrüßte er

- Josef Königs für die „aktion kaserne“ und den BDKJ
- Carl-Heinz Pierk, den Chefredakteur des Kompass, sagte ihm die Unterstützung der GKS zu und rief die Delegierten auf, durch Beiträge zum Gelingen dieses wichtigen Presseorgans beizutragen
- HFw Harald Rupsch, den stellvertretenden Vorsitzenden der evangelischen Cornelius-Vereinigung (CoV) und wies auf die vielfältigen ge-

Bundeskonzferenz der GKS vom 17. – 20. September 2002 Tagesordnung (Auszug)

Dienstag, 17. September

- 17.30 Uhr Pontifikalamt des Katholischen Militärbischofs
19.00 - 22.00 Uhr Empfang, gegeben durch den Katholischen Militärbischof

Mittwoch, 18. September

- 08.30 Uhr Hl. Messe
10.00 Uhr Eröffnung der Bundeskonferenz
– Wort des Militärgeneralvikars
– Bericht des Vorsitzenden der ZV
– Bericht des Bundesvorsitzenden
– Wort des Geistlichen Beirats
11.30 - 12.30 Uhr Fragen und Aussprache zu den Berichten und zum schriftlichen Lagebericht der GKS
13.30 - 14.45 Uhr Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS)
15.20 - 16.00 Uhr Bericht zum Sachstand „Zukunft der GKS“
16.00 - 18.00 Uhr Sachausschüsse präsentieren sich und ihre aktuellen Themen
– Aussprache im Plenum
19.30 Uhr Treffen der Bereiche der GKS beim KLMD

Donnerstag, 19. September

- 08.30 Uhr Hl. Messe
09.45 - 10.45 Uhr Vortrag „Europäische Wertestudie“
Prof. Dr. Paul Zulehner
11.00 - 12.15 Uhr Diskussion im Plenum
14.00 - 22.00 Uhr Kulturelles Programm EUREGIO
Fahrt 3-Länder-Eck Maastricht – Aachen
Führungen
Abendessen in der OHG Aachen – Gut Neuhaus

Freitag, 20. September

- 08.00 Uhr Hl. Messe
09.00 - 10.00 Uhr Aussprache zur Zukunft der GKS,
10.30 Uhr Beschlüsse und Verabschiedung von Erklärungen
Die Arbeit der GKS im kommenden Jahr
– Unser Jahresthema
– Geplante Veranstaltungen und Aktivitäten
Abschluß der Bundeskonferenz und
Schlußwort des Bundesvorsitzenden

meinsamen Aktivitäten im nächsten, von ökumenischer Zusammenarbeit geprägten Jahr hin.

Schließlich dankte Oberst Karl-Jürgen Klein seinem Stellvertreter OSF a.D. Hans-Jürgen Mathias, der die Bundeskonferenz moderierte und wünschte dem aus dienstlichen Gründen abwesenden stellvertretenden Bundesvorsitzenden OTL Paul Brochhagen alles Gute und Erfolg in seiner neuen Verwendung als stellvertretender Regimentskommandeur. Danach stellte er den neuen Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann vor und verdeutlichte die Aufgabenverteilung zwischen dem Bundesgeschäftsführer und dem Haushaltsbeauftragten, Hptm a.D. Günter Hagedorn. In Vertretung des Chefredakteurs AUFTRAG begrüßte er OTL Richard Schmitt, der in diesem Jahr die Berichterstattung übernimmt und mittelfristig OTL a.D. Paul Schulz in der Aufgabe des Chefredakteurs ablösen wird.

Wort des Militärgeneralvikars

MGV Walter Wakenhut dankte für die vielen Glückwünsche zu seinem 60. Geburtstag und berichtete vom Empfang in Berlin. Der hochrangige Besuch mache den Stellenwert, den die Militärseelsorge in der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr genieße, deutlich. Die Seelsorge am Arbeitsplatz werde wahrgenommen und geschätzt. In den derzeitigen bewegten Zeiten sei dies wichtig, um die erforderliche Unterstützung für die vielfältigen Aufgaben im Einsatz und die Seelsorge an den Familien und den Standorten zu erhalten.

Er berichtete von der Neuordnung der Militärseelsorge mit der Einrichtung der Katholischen Leitenden Militärdekane (KLMD). Dies sei eine von der Regionalstruktur der Bundeswehr, die in vier Wehrbereichen organisiert sei, abweichende regional orientierte Struktur und diene dazu, auch weiterhin überschaubare Größenordnungen in der Militärseelsorge zu erhalten. Die Einnahme dieser Struktur sei abgeschlossen.

Die Ortsebene werde im Sinne einer kooperativen pastoralen Organisation in diesem und im nächsten Jahr neu geordnet. Dabei würden die Erfahrungen der Ortsdiözesen in die



Die Kaffeepause, ein wichtiges Element bei Tagungen, hier können wichtige Fragen geklärt und Probleme informell gelöst werden. Im Bild oben der Bundesgeschäftsführer der GKS, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann, im Gespräch mit dem Vorstand der Kath. Soldatenseelsorge, Detlef Warwas, aufmerksam verfolgt von Hauptfeldwebel Harald Rupsch, dem stellvertretenden Vorsitzenden der evangelischen Cornelius-Vereinigung (CoV).

Zum Foto Seite 20: Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, vor der Bundeskonferenz, hinter ihm der Bundesgeschäftsführer und der stellvertretende Bundesvorsitzende, Oberstabsfeldwebel a.D. Hans-Jürgen Mathias, der die Bundeskonferenz moderierte. (alle Fotos von der Bundeskonferenz F. Brockmeier)

Militärseelsorge durch Einführung von Pastoralreferenten /-innen und Gemeindeferenten/ -innen übertragen. „Wir sind damit auf einem guten Weg“ führte der MGV aus und begründete dies damit, dass durch die Zusammenfassung kleinster Einheiten zu größeren Einheiten in Seelsorgebezirken auch schwierige Phasen wie einsatzbedingte Abwesenheiten von Militärpfarrern und Vakanzen leichter und besser zu tragen seien. Die Umsetzung dieses Konzeptes erfordere von allen Beteiligten, den Laien und den Militärseelsorgern, ein Umdenken und Mittragen dieses Ansatzes. Er schloss seine Ausführungen mit dem Aufruf „Gehen Sie diesen Weg in Solidarität mit dem Militärbischof mit“.

Wort des Geistlichen Beirats

Der Geistliche Beirat der GKS, DMD Msgr. Georg Kestl, verwies auf seine geistlichen Impulse, die den Delegierten in schriftlicher Form vorlägen. (s.a.S. 25 f.) Ergänzend dazu führte er noch einige Punkte aus:

- Wichtig sei in diesen hektischen Zeiten die Pflege eines guten Dialogs. Kommunikation, Vermittlung von Ideen und Inhalten, das Miteinander müsse gepflegt werden.
- Eine besondere Bedeutung habe dabei die Kameradschaft als Dimension christlichen Verständnisses des „Miteinandergehens“.
- Die Verbandsarbeit sei eingebettet in ein Umfeld, das sich in starker Bewegung befindet. „Wir müssen die Mitte finden zwischen der Gefahr, zu allem etwas sagen zu wollen und dann nicht mehr wahrgenommen zu werden, und der Gefahr des vollständigen Rückzuges, der Resignation“.
- „Schmerzliche Veränderungen bieten auch eine Chance zur Neugestaltung der Zukunft“. Dies stelle eine große Herausforderung dar, die ohne Resignation und in einer positiven Grundhaltung angepackt und gestaltet werden sollte. Hier könne im gemeinsamen Handeln im Verband eine große Chance liegen.
- Ein Wesensmerkmal des deutschen Katholizismus seien die Verbände.

Dieser „Verbandskatholizismus“ habe die Chance, Impulse zu setzen und Kräfte wirksam zu bündeln. Dies treffe auch und besonders auf die GKS zu, die als einziger Verband in der Militärseelsorge diese Bündelung und Konzentration besonders gut leisten könne.

- Die GKS sei ein Verband, der in den Kasernen sein Christsein und außerhalb der Kaserne sein Soldatsein nicht verstecke. Dies stelle die missionarische Dimension der Verbände dar. Jede Aktivität unter den Soldaten – vom einfachen Ansprechen bis zur Durchführung von Veranstaltungen – sei missionarisches Zeugnis. Die Militärseelsorge sei eine evangelisierende Seelsorge, da sie sich mit Menschen beschäftige, die nicht in der Kirche und im Glauben verwurzelt seien.

Zum Schluss rief er dazu auf in diesem Tun nicht nachzulassen und dabei die missionarische Dimension im Blick zu behalten.

Grüßworte

Moderator des Priesterrates

Der Moderator des Priesterrates, Militärpfarrer Thomas Stolz, dankte für die Einladung und überbrachte die Grüße des Priesterrates. Dabei dankte er für die vielfältige geleistete Arbeit der Laien in der Militärseelsorge. Die Arbeit der Laien werde in unserer Kirche immer wichtiger. Die Militärseelsorge sei im Umbruch und in der Phase der Neuorientierung. Gerade dabei seien die Priester auf die Arbeit und Mühen der Laiengremien, ihre Ideen und Vorschläge angewiesen. Die meisten Militärpfarrer sähen das genauso. „Es geht um das Heil und Wohl der Kirche und damit um das Heil und Wohl der Menschen in einer wilden und turbulenten Zeit“. Die Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorgern und Laien müsse eine Selbstverständlichkeit werden. Dazu sagte er die Unterstützung und Anerkennung des gesamten Priesterrates zu.

Vertreter der KAS

StFw Frank Hübsche, stellvertretender Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn), erinnerte

an die Vielfalt des Laienapostolates und den Beitrag der KAS zur Betreuung der Soldaten und die geschichtliche Entwicklung. Der Gründungsimpuls der KAS waren unter anderem die Überlegungen des BDKJ, dass es für die Soldaten der neu aufzustellenden Armee Orte der Begegnung mit der Zivilgesellschaft geben müsse. Daraus habe sich das Konzept der Freizeitheime entwickelt. Mit der Wiedervereinigung wurde das Konzept der offenen Betreuung entwickelt und umgesetzt. Gleichzeitig mit den Einsätzen wurde in Anlehnung an die Erfahrungen anderer Armeen das Konzept OASE entwickelt und in enger Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS) realisiert. Zur Zeit werde über die Betreuung der Soldaten in Afghanistan nachgedacht. Der Vorteil der Flexibilität der Einrichtungen der KAS und EAS müsse zum Vorteil für die Soldaten genutzt werden. Ein zukünftiges Betätigungsfeld sei die Betreuung der Soldaten und ihrer Familien nach dem Einsatz.

Vertreter des BDKJ

Josef Königs, Geschäftsführer der „aktion kaserne“ im BDKJ, dankte für die Einladung und überbrachte die Grüße des Vorstandes. Er nahm die Gelegenheit wahr über den BDKJ zu informieren und insbesondere den Abschluss der Debatte über die friedensethischen und sicherheitspolitischen Grundlagen zu berichten. Dazu habe der BDKJ nach langen Diskussionen zwei Beschlüsse gefasst. Zum einen seien Kriterien erarbeitet worden, an denen künftig der Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb der bündnisbezogenen Landesverteidigung gemessen und bewertet werden könne. Zum anderen wurde der Beschluss gefasst, die Allgemeine Wehrpflicht auszusetzen.

Der Verband bleibe grundsätzlich pazifistisch. Er könne sich jedoch Situationen vorstellen, die es notwendig machten, über einen Einsatz von Streitkräften auf der Grundlage dieser Kriterien zu befinden.

König dankte ausdrücklich dem AUFTRAG für den vollständigen Abdruck beider Erklärungen. Weiterhin berichtete er über die Reaktionen aus dem politischen Raum.

Der BDKJ war beim Weltjugendtreffen in Toronto aktiv und präsent. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen werde der BDKJ die Vorbereitung des nächsten Weltjugendtreffens in Köln übernehmen.

Vertreter der Cornelius-Vereinigung

Der stellvertretende Vorsitzende der evangelischen Corneliusvereinigung (CoV), HfW Harald Rupsch, bedankte sich für die Einladung und wies auf das verbindende Element Christsein und Soldatsein zwischen CoV und GKS hin. Er brachte seine Freude über die wachsenden und vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten zum Ausdruck. Eine Fortsetzung werde der Ökumenische Kirchentag 2003 in Berlin bieten. Es gehe um den Ausdruck der Gemeinsamkeiten, ohne die Unterschiede zu verschweigen. Er sprach die Einladung zu einem gemeinsamen Vorbereitungsseminar im April 2003 in Berlin aus.

Schließlich berichtete der Vorsitzende der Zentralen Versammlung, Oberst i.G. Franz-Josef Pütz, vom Ablauf und den Ergebnissen der Zentralen Versammlung.

Lagebericht des Bundesvorsitzenden

Der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein ergänzte den jedem Delegierten vorliegenden Lagebericht. Dabei ging er auf ihm wichtige Punkte ein:

- Er dankte allen Beteiligten für die Hilfe bei der Einrichtung des Büros des Bundesgeschäftsführers der GKS im KMBA. Damit sei die Grundlage für eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit, bei der weiterhin vollständigen Unabhängigkeit des Verbandes, gelegt.
- Die Arbeit der Sachausschüsse in den letzten Jahren sei aus seiner Sicht gut und basisorientiert. Dies gelte es fortzusetzen, auch wenn die Zeit für die Einbindung der Pensionäre auf fünf Jahre begrenzt worden sei.
- Er dankte den Sachausschüssen für Ihre Arbeit und stellte die Zusammenarbeit mit den jungen Militärseelsorgern in den östlichen Nachbarländern besonders heraus.
- Die nächste *GKS-Akademie*

Oberst Helmut Korn, die unter dem Titel „*Soldat, Ehe-Familie, Partnerschaft*“ vom 28. April bis 2. Mai 2003 in Fulda geplant sei, bedürfe der intensiven Werbung. Hier dankte er besonders dem Schirmherren der Akademie, Generalmajor Karl-Heinz Lather, für sein Engagement. Die Akademie diene unter anderem auch der Werbung für den Verband. Viele neue Mitglieder hätten ihren Weg zur GKS über die Akademie Oberst Helmut Korn gefunden.

- Im Auftrag des Bundesvorstandes richtet der Bereich Nordrhein-Westfalen ein *Seminar für Funktionsträger der GKS* aus. Hier gelte es die richtige Zielgruppe anzusprechen und für die Teilnahme zu gewinnen. Im Rahmen dieses Seminars würden die Hilfen gegeben, die erforderlich seien, einen neuen Kreis zu führen bzw. Aufgaben zu übernehmen.
- Die *Seminare „Dritte Lebensphase“* seien weiterhin ein wichtiges Angebot im Spektrum der GKS und hoch anerkannt. Für diese Seminare sei durch Frau Mathias ein neues Faltblatt erarbeitet worden, aus dem der Charakter des Seminars, die Teilnehmergruppe und die Randbedingungen klar hervorgingen. Wichtig sei die Abgrenzung zu ähnlichen Seminaren, z.B. des Bundeswehrverbandes.
- Der *Ökumenische Kirchentag 2003 (ÖKT)* sei eine große Herausforderung und brauche die Teilnahme vieler Menschen aus dem Bereich der Basis. Dieser ÖKT sei geeignet, die seit Jahren hervorragende ökumenische Zusammenarbeit in der Militärseelsorge zu dokumentieren.
- Eine Auswertung der *Wochenendveranstaltungen der Kreise* habe ergeben, dass es erforderlich sei, noch einmal auf die Thematik und den Charakter dieses Angebots zu einzugehen. Aus dem Programm und den Inhalten müsse klar werden, dass es sich um eine Veranstaltung auf der Grundlage der Ziele der GKS handele. Die GKS müsse sich erkennbar von anderen Veranstaltern abheben und ihr eigenes Profil deutlich machen. Der Bundesvorsitzende warb hierfür um die Mithilfe der Kreise und Bereiche.
- *Pensionäre* seien in der GKS ein

wichtiges und belebendes Element. Ohne die Mitarbeit der Pensionäre seien viele Dinge nicht leistbar, da die aktiven Soldaten immer höhere dienstliche Belastungen zu tragen hätten. Eine Dominanz der Pensionäre sei nicht erkennbar.

- Das *Handbuch der GKS* werde überarbeitet und in Zukunft in digitaler Form auf CD-ROM herausgegeben. Dies sei sicher gewöhnungsbedürftig und am Anfang mit diversen Schwierigkeiten verbunden. Die zu erzielende Kosteneinsparung sei jedoch erheblich und daher zwingend geboten. Die Arbeitsgruppe unter dem Bundesgeschäftsführer strebt die Herausgabe noch in diesem Jahr an.
- Ein großer Teil des Handbuchs besteht aus der Dokumentation der bisherigen *Erklärungen der GKS*. Diese sollen in Form eines Buches in der blauen Reihe veröffentlicht werden. Damit könne jedes Mitglied und andere Bedarfsträger diese wichtige Quellen im Originaltext nachlesen.

Zum Schluss dankte der Bundesvorsitzende allen Delegierten für ihr ehrenamtliches Engagement. Dies sei nur möglich, wenn dieses Engagement auch mit einer inneren Befriedigung verbunden sei.

Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS) wurde über die Entwicklung der Mitgliederzahlen (aktueller Stand 298) berichtet sowie Rechenschaft über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge gelegt. Der Vorsitzende des Förderkreises, Oberst Karl-Jürgen Klein, dankte insbesondere dem Geschäftsführer OSF Hubert Berners für sein außergewöhnliches Engagement und die akribische Arbeit als Schatzmeister. Insgesamt sei die Entwicklung des Förderkreises befriedigend. Lediglich die noch immer anzutreffenden Meinungen und Vorurteile, der Förderkreis sei nur für Pensionäre und Ehemalige da, müssten nun durch Information und Werbung endgültig ausgeräumt werden. Es müsse auch, so der Bundesvorsitzende der GKS, lang-

fristig über einen Mitgliedsbeitrag für alle Mitglieder nachgedacht werden, wenn die Kirchsteuermittel weiterhin stark zurück gingen..

Berichte aus den Sachausschüssen

Die Berichte aus den Sachausschüssen informierten über den Stand der Arbeit und gaben Motivation und Anregungen für die Arbeit auf allen Ebenen der GKS.

Der Bundesvorsitzende leitete ein mit der Information zur Arbeitsgruppe „*Zukunft und Strukturen der GKS*“. Den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe hat Oberst a.D. Jürgen Bringmann übernommen. Ergebnisse sind noch nicht zu vermelden.

Der *Internationale Sachausschuss (IS)* ist einer von vier Sachausschüssen des Bundesvorstandes. Er ist zuständig für die Bearbeitung und Koordination von Aktivitäten der GKS im Ausland und mit internationalem Bezug. Die Aktivitäten in diesem Aufgabenbereich waren im letzten Jahr geprägt von der Organisation der Jakobuswallfahrt in Deutschland und der Ausrichtung der AMI-Konferenz in Erfurt. Dabei haben die örtlichen GKS-Gliederungen sehr gut unterstützt. Dafür wurde der Dank des Sachausschusses ausgesprochen. Daneben vertrat der Vorsitzende des IS, OTL i.G. Reinhard Kloss, die GKS bei einem Seminar in der Ukraine durch einen Vortrag zu dem Thema „Die Würde des Menschen in Uniform“ (s.a. AUFTRAG 248, S. 89 ff. „Ukraine: Christ, Politik und Staatsgewalt. Die neue Ukraine“).

Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann berichtete über die Arbeit des *Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“* in den letzten 1½ Jahren. Zunächst sei eine Handreichung zum Wort der deutschen katholischen Bischöfe „Gerechter Friede“ erarbeitet und an die Kreise verteilt worden.

In einem weiteren Arbeitsschwerpunkt wurde das Thema „Religion als Konfliktursache? Fallbeispiel Islam“ bearbeitet. Ziel sei ursprünglich die Erarbeitung einer Handreichung für die Kreise gewesen. Die Komplexität des Themas lasse dies aus Sicht des Sachaus-

schusses jedoch nicht zu. Die aktuelle Entwicklung im Irak habe in letzter Zeit die Arbeit dominiert. In einer ersten Bestandsaufnahme seien die Grundlagen aus Sicht der katholischen Friedenslehre analysiert und Projektgruppen mit Unterstützung externer Teilnehmer eingerichtet worden. Diese Arbeitsform sei erforderlich, um das äußerst verflochtene Thema sachgerecht durchdringen zu können.

Die Position der GKS sei eindeutig. Unter völkerrechtlicher Sicht sei ein Krieg im Irak ohne Mandat des VN-Sicherheitsrates völkerrechtswidrig. Die Thematik sei jedoch auch bei Völkerrechtsexperten umstritten. Achmann versprach, der Sachausschuss werde die Entwicklung aufmerksam begleiten und ggf. kurzfristig eine Erklärung für den Bundesvorstand erarbeiten. Dieses Thema müsse sehr sensibel und verantwortungsvoll auch mit Blick auf die Mitglieder der GKS behandelt werden.

In Vertretung des Vorsitzenden des *Sachausschusses* „*Innere Führung*“, OTL Gerhard Stolz, trug OTL Helmut Jermer zu den Arbeiten des SA vor. Hier gab es viele Parallelen zum SA „Sicherheit und Frieden“. Der SA setzt sich aus 12 Mitgliedern zusammen. Einige Pensionäre stehen vor dem Rückzug aus dem SA, einige Aktive sind durch hohe dienstliche Belastung an einer

intensiven und kontinuierlichen Mitarbeit gehindert. Daher seien neue Mitglieder sehr willkommen.

Die Schwerpunkte seit der letzten Bundeskonferenz waren u.a. die Themen „Frauen in der Bundeswehr“, „Eid und Feierliches Gelöbnis – Anspruch und Wirklichkeit“ sowie das Thema „Wehrpflicht“. Einige dieser Themen seien Dauerbrenner und trotzdem immer wieder aktuell durch die politischen Entwicklungen. Innere Führung bei Auslandseinsätzen sei ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit.

Ziel des SA sei auch weiterhin Multiplikator für die GKS-Kreise zu sein, Positionspapiere zu erarbeiten und diese der GKS-Basis als Arbeitsgrundlage zur Verfügung zu stellen. Der SA denke in Verbindung mit dem Bundesgeschäftsführer über ein berufsethisches Seminar im Wechsel mit der Oberst Korn Akademie nach. Es sollte kürzer und preiswerter in der Durchführung und auf keinen Fall eine Konkurrenz dazu sein. Die ersten Konzepte liegen vor. Das Seminar könnte frühestens im Jahr 2004 erstmals durchgeführt werden.

Der *Sachausschuss* „*Konzeption und Information*“ konzentriert sich derzeit auf die Gestaltung und Vorbereitung des Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin. Dazu werde in Zusammenarbeit mit KMBA, EKA, CoV, KAS und EAS eine neue Informationsstellwand erarbeitet. Hierfür werde Bildmaterial aus allen Bereichen der GKS benötigt.

Haushalt der GKS

Im Anschluss an die Vorträge der Sachausschüsse trug der Bundesvorsitzende über den Haushalt der GKS in den Jahren 1999 bis 2002 vor. Es wurde deutlich, dass mehr als 50 Prozent der Ausgaben für Veranstaltungen und Zwecke der Basis vorgenommen werden. Dies sei für den Bundesvorsitzenden ein sehr guter Anteil und diene als Messlatte. Sollte dieser Anteil unterschritten werden, sei dies Anlass nachzusteuern. Bisher sei kein Antrag eines Kreises aufgrund fehlender Haushaltsmittel abgelehnt worden. Besonders wichtig sei ihm die Transparenz über alle HH-Mittel, um Gerüchten und Fehlinterpretationen vorzubeugen. Dabei

wies er noch einmal eindringlich auf die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung hin.

Der zweite Tag der Bundeskonferenz der GKS wurde eingeleitet durch den Vortrag von Prof. DDr. Paul M. Zulehner. In seinem überaus engagierten Vortrag trug er den Delegierten die Erkenntnisse aus der Auswertung der neuesten europäischen Wertestudie vor (s.S. 28 ff.). Dem Vortrag folgte eine intensive und engagierte Aussprache. Die Delegierten konnten vielfältige Anregungen für die Arbeit des kommenden Jahres mitnehmen.

Der Nachmittag führte die Delegierten nach Maastricht und Aachen. Beide Städte sind eng mit Gegenwart und Vergangenheit der Euregio Maas-Rhein verknüpft. St. Servatius in Maastricht war im vierten Jahrhundert maßgeblich an der Christianisierung des Raumes zwischen Maas und Rhein beteiligt. Seine Spuren sind noch heute in der Stadt sichtbar. Unter fachkundiger Führung wurde die Brücke von den christlichen Wurzeln zur Gegenwart der Verträge zur Währungsunion geschlagen. Ein überraschendes Orgelkonzert rundete die Führung ab.

In Aachen galt der Besuch dem Dom und der Domschatzkammer. Hier atmet der Geist der Jahrhunderte in den Ausstellungsstücken. Er wurde erweckt durch die engagierte Vorstellung der Führer in der Domschatzkammer. Beeindruckt verließen die Delegierten diesen größten und bedeutendsten Kirchenschatz nördlich der Alpen.

Die Ursprünge des christlichen Glaubens, die daraus resultierenden Werte und die realen Vorteile der Währungsunion konnten bei diesem kulturellen Teil der Bundeskonferenz hautnah erlebt werden.

Der Tag endete im Offizierheim Gut Neuhaus in Aachen mit der Verabschiedung verdienter Mitglieder des Bundesvorstandes.

Nach einem Abschlussgottesdienst, einer kurzen Aussprache im Plenum ging die Bundeskonferenz mit einer Führung durch die Kirche des Klosters Rolduc zu Ende. Die nächste Bundeskonferenz findet von im Rahmen der 43. Woche der Begegnung (15.-20.09.2003) auf Schloss Hirschberg/Beilngries, dem Bildungshaus der Diözese Eichstätt statt. □



Abgang: Mit dem Einholen der Fahne sind die Bundeskonferenz und auch die Woche der Begegnung beendet

GEISTLICHER BEIRAT DER GKS

GKS Ferment in Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft

Seit 18 Monaten ist Militärdekan Msgr. Georg Kestel Geistlicher Beirat der GKS als Nachfolger von Prälat Walter Theis. Im Lagebericht der GKS 2002 zur Bundeskonferenz zieht Kestel eine erste Bilanz und gibt zugleich wichtige Impulse für die Arbeit des Verbandes in der „Kirche unter Soldaten“.

MILITÄRDEKAN GEORG KESTEL

In der neuen Funktion als Geistlicher Beirat der GKS durfte ich seit April 2001 die Arbeit im Bundesvorstand begleiten und konnte auch an einigen Sitzungen verschiedener Sachausschüsse teilnehmen. Momentan befinden wir uns in einer Phase, in der gerade die Ausschüsse überlegen, wo ihre Arbeitsschwerpunkte in der nächsten Zeit liegen. Das heißt, dass sie Anfragen und Impulse der GKS-Kreise und der Arbeitskonferenzen aufnehmen, bündeln und weitertragen. Dieses Verhältnis zwischen den übergeordneten Gremien und der Basis ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, ein Hinhören und Sprechen von beiden Seiten, ein Stützen und Tragen „von unten“ wie „von oben“. Ohne den Begriff der Kameradschaft ein weiteres Mal unnötig zu strapazieren: christliches Miteinander im katholischen Verband ist zwar ungleich mehr als diese grundlegende soldatische Tugend, bleibt jedoch unabdingbar auf sie angewiesen.

Die Rolle des Geistlichen Beirates dabei verstehe ich als diejenige des Vermittlers, der je nach Notwendigkeit Brücken schlagen kann zwischen dem Verband und dem Amt, aber auch zwischen einzelnen Teilen und Interessengruppen der GKS selbst.

1. Verbandsarbeit zwischen Kontinuität und Wandel

Die Phase der Neuorientierung, in der sich die GKS befindet, spiegelt die vielfältig differenzierte, rasch wechselnde und stark problembeladene Situation in den Streitkräften wie auch in der Kirche wider. So erfordert die weltweite Sicherheitslage weiterhin unsere gespannte Aufmerksamkeit in friedensethischen Fragen; durch Einsätze, Umstrukturierung und wachsende Internationa-

lität in der Truppe dürfen wichtige Güter wie die Innere Führung nicht abgebaut werden.

Die Schwierigkeiten bei der Weitergabe des Glaubens und der Mangel an Seelsorgern sollten keineswegs zur Resignation führen. In allen Fällen gilt es, die nicht zu übersehenden Chancen im Umfeld schmerzlicher Veränderungsprozesse zu sehen. „Die Ernte ist groß, aber es gibt nur wenig Arbeiter“ (Lk 10,2) – an diesem Jesuswort darf man nicht nur, wie es meistens leider geschieht, die zweite Satzhälfte wahrnehmen, und diese vornehmlich als biblische Urversion der Klage über fehlende geistliche Berufungen interpretieren. Die Ernte ist groß! Also: Es gibt etwas einzubringen in die Scheunen, Gott lässt Früchte wachsen! Wir müssen sie nur suchen, sehen, wertschätzen! Das Geschäft der Nahrungsbeschaffung, die Arbeit zwischen Saat und Ernte war und ist nicht immer die leichteste Tätigkeit. Aber Gott sorgt für seine Geschöpfe – mit leiblicher und geistlicher Nahrung. „Die Erde bringt von selbst ihre Frucht ... es wird Nacht und wird Tag, der Samen keimt und wächst und der Sämann weiß nicht wie“ (Mk 4,27f.). Deshalb stimmt es einfach nicht, so Bischof Wanke von Erfurt, dass die Welt pauschal gottloser geworden ist. Richtig sei allerdings, dass die Situation der Kirche in einer veränderten Welt zunehmend urchristlicher, biblischer geworden sei.

Herausragendes Merkmal des Christen ist es allemal, die „weltlichen“ wie „kirchlichen“ Gegebenheiten nicht einfach passiv hinzunehmen und ihre Mängel in falscher Leidensauffassung auch noch zur gottgewollten Prüfung hochzustilisieren. Vielmehr zeichnet den Glaubenden jene im wahrsten Sinn des Wortes positive Weltanschauung aus, die aus der Zusage von Gottes Zuwen-



dung an uns Kraft und Hoffnung schöpft, die Zukunft zu meistern, weil sie Spuren seines Reiches trägt. GKS – das heißt, dass ganz bewusst katholische Soldaten ihr dienstliches, kirchliches und privates Umfeld im Licht des Glaubens betrachten, erhellen(!), deuten, verändern. Und sie tun es nicht als Einzelkämpfer, sondern in der Gemeinschaft von gleichgesinnten Kameraden und Familienangehörigen – als kirchlicher Verband eben. Einer von vielen Aspekten dieses Gemeinschaftsprinzips ist es, die Erfahrungen der nicht mehr aktiven Soldaten bei deren Ausscheiden aus der Bundeswehr zu bewahren und für die weitere Arbeit fruchtbar zu machen. Allerdings ist ebenso klar, dass die wesentlichen Funktionsträger und Repräsentanten aktive Soldaten sein müssen.

2. Die heilsgeschichtliche Stunde der Verbände

So sehr man gerade mit dem Blick auf die letzten hundert Jahre in Deutschland zu Recht von einem „Verbandskatholizismus“ spricht, so stark begleitet andererseits eine kontroverse Diskussion um ihre Rolle in Gesamtkirche und Gemeinde die Existenz der Verbände von Anfang an. Ich weise darauf hin, dass gerade bei uns in der Militärseelsorge die vorhandenen Kräfte wirksam gebündelt werden können, da hier manche „zivilkirchliche“ Kontroversen und Fragestellungen weniger stark auftreten, so etwa:

Führt die Vielfalt der Verbände nicht zu einer Aufspaltung der Kräfte, anstatt die schwindenden Ressourcen zu konzentrieren? Kommt ein stark selbstbezogenes Verbandsdenken überhaupt noch an die zahlreichen gesellschaftlichen Milieus heran? Wie lassen sich die Spannungen lösen zwischen den Verbänden und den Territorialgemeinden? Müssen sich Verbände primär durch eine pfarrbezogene Wirksamkeit auszeichnen, ja legitimieren? Ist die Vielfalt der Verbände auf Dauer lebensfähig?

Wie gesagt, diese Probleme tauchen bei uns in der „spezialisierten“ Kirche unter den Soldaten nicht so stark auf. Ein Grund mehr, als GKS innerhalb der Militärseelsorge in positiver Grundstimmung die vorhandenen Chancen und Möglichkeiten der Arbeit zu sehen!

3. Die missionarische Dimension der Verbände

„Angesichts der Erneuerungsprozesse und der Neupositionierung vieler Verbände in einer sich wandelnden Gesellschaft und Kirche“ - so die Analyse der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz, plant die Vollversammlung der DBK in der nächsten Zeit einen Studientag zum Thema „Die Zukunft der katholischen Verbände“. Hintergrund ist das Wort der Bischöfe vom Herbst 2000: „Zeit zur Aussaat. Missionarisch Kirche sein“.

Ermutigend auch für die GKS klingt es, wenn es darin heißt: „Einen besonderen Reichtum kirchlichen Lebens in Deutschland stellen die Verbände dar, die ihren Ort am Schnittpunkt von Kirche und Gesellschaft haben. Dies gibt ihnen insbesondere die Möglichkeit, den christlichen Weltauftrag spezialisiert wahrzunehmen. Indem die Verbände Überzeugungen des christlichen Glaubens und seine Wertvorstellungen in die verschiedenen Räume von Staat, Kultur und Gesellschaft durch Wort und Tat einbringen, sind sie und mit ihnen die Kirche missionarisch geprägt. Selbst, wenn die Mitgliederzahlen eines Verbandes abnehmen, dürfen wir hoffen, dass auch profilierte Minderheiten in der Gesellschaft wahrgenommen werden und Einfluss nehmen können. Wer sich der Bedeutung des christli-

chen Beitrags für die Gesellschaft bewusst wird, verliert Ängstlichkeit und Kleinmut. Christliche Werte der Solidarität und Geschwisterlichkeit sind gerade in einer Welt des Konkurrenzkampfes, der Vereinsamung und Vermassung von besonderer Bedeutung, soll die Gesellschaft als humaner Lebensraum erhalten bleiben“ (Nr. 30).

Die Pastorkommission versteht dieses Dokument als Angebot, mit dem viele Verbände in ihren Leitbild-Prozessen und in ihren Selbstverständnis-Diskussionen ihre Kirchlichkeit neu formulieren und zugleich sich ihrer Gründungsintention vergewissern könnten. Seien einst Kolping, Ketteler und andere aufgebrochen, das Evangelium in der neu entstandenen Welt der Industrie und der politischen Parteien vernehmbar zu machen, so gelte es heute in den neuen Erfahrungsräumen der Dienstleistungsberufe, der Medien und des zunehmend ökonomisch konditionierten Alltagslebens, die Kirche präsent zu machen. Gegenüber der Gründerzeit vieler Verbände, das gilt ja auch für den „Königsteiner Offizierkreis“ und die GKS bzw. für die Streitkräfte unserer Tage -, gebe es heute eine wachsende Zahl von Menschen, die faktisch noch nicht mit der Kirche in Berührung gekommen und mit einem pluralen Angebot von Weltanschauungen und religiösen Überzeugungen konfrontiert sind. Das führe bei einigen Verbänden dazu, dass sich Menschen an ihren gesellschaftlichen, sozialen und politischen Aktivitäten beteiligen, ohne schon zu einer bewussten Entscheidung für Jesus Christus gekommen zu sein. Wenn die Verbände ihre Aktivitäten missionarisch profilierten, sei dies kein Mangel, sondern eine Chance, Menschen die Begegnung mit Jesus Christus zu ermöglichen. Die Pastorkommission appelliert an die katholischen Verbände, auf ihren Konferenzen und in der täglichen Basisarbeit die Erneuerung des missionarischen Engagements zum Thema zu machen. Entscheidend sei, dass die Beziehung zur Kirche vor Ort bewusst gestaltet werde, ohne die missionarische Bewegung in die säkularisierte Gesellschaft hinein durch eine übergroße Konzentration auf innerkirchliche Strukturfragen zu vernachlässigen.

Angesichts der augenblicklichen Glaubenssituation und erst recht unter dem eben erwähnten missionarischen Gesichtspunkt hielte ich es für ganz falsch, wenn die Verbände aus falscher Rücksicht auf die innerkirchliche Lage oder aus ängstlicher Schonung der begrenzten Kapazitäten heraus ihr ganz spezifisches Eigenprofil zu Gunsten einer verschwommenen allgemeinen kirchlichen Kräftekonzentration abbauen würden. Dies gilt selbstredend auch für die GKS in ihrer Rolle als Ferment in der Bundeswehr, in der Kirche und in der Gesellschaft von heute. Rückzugsdenken und Festungsmentalität sind weder für das soldatische Handwerk noch für die „Militia Christi“ die angemessenen Leitbilder. Wenn es stimmt, dass die Glaubenssubstanz in Deutschland insgesamt schwächer geworden ist, dann müssen sich die Träger der einzelnen Charismen in ihrer jeweiligen Unverwechselbarkeit profilieren, mutig nach vorne wagen! Um es in der Sprache der Mathematik auszudrücken: Niemals darf der „Kleinste gemeinsame Nenner“ der Fluchtpunkt sein. Vielmehr ist stets der „Größte gemeinsame Teiler“ in den Blick zu nehmen, sprich: Im glaubend-wagenden Vorausgriff auf Gottes Heilszusage, also in der heilsamen Leitugend christlicher Zukunftshoffnung, peilen wir immer das Maximum des Möglichen an, setzen wir Stein um Stein am Aufbau des Reiches Gottes. Neutestamentliche Zeugen für diese aus dem Glauben geborene Realutopie stehen reichlich zur Verfügung: Der Glaube kann wirklich Berge versetzen (vgl. Mk 11,23), und das kleine Senfkorn birgt die Anlage zum großen schattenspendenden Baum (vgl. Mk 4,32). Unterhalb dieser Schwelle tut es der Christ nicht. Natürlich, das lernen wir bei Paulus, vollzieht sich jedes zielgerichtete und profilorientierte Engagement immer im Blick auf das Ganze, denn es gibt verschiedene Gnadengaben, aber nur den einen Geist, und die vielen Glieder bilden einen einzigen Leib (vgl. 1 Kor 12, 3b.12).

Was uns heute mit Paulus und den Aposteln der ersten Stunde verbindet, ist jene missionarische Dimension des Glaubens, die auch unsere Gemeinschaft Katholischer Soldaten neu entdecken darf. □

Momentaufnahmen von der 42. Woche der Begegnung



Rolduc / NL 15-20. Sep. 2002





Locker Stimmung nach einem ernsten Referat, v.li.: Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, Prof. Dr. Paul M. Zulehner, stellv. Bundesvorsitzender ÖStFw a.D. Jürgen Mathias und Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann (Foto F. Brockmeier)

Freiheit, Gerechtigkeit, Sinn

Europäische Wertestudien 1982, 1991, 1999

PAUL M. ZULEHNER

Schlüsselthemen wie Familie, Ehe und welche Lebensformen gepflegt und akzeptiert werden. Wie entwickelt sich diese Beziehungslandschaft in Europa? Wie steht es mit den Kindern und deren Erziehung? Wie werden die Geschlechterrollen definiert?

Die europäische Wertestudie hatte anfangs nur den Blick auf die Frauen gerichtet. Erst als wir Österreicher 1991 dazukamen haben wir gesagt: „Auch die Männer sind in Entwicklung, also wir“. Wie sieht es aus mit Sexualität, Arbeit und Wirtschaft in der Politik? Wie sieht die Moral – oder besser – wie sehen die Moralitäten in Europa aus? Was ist moralisch zulässig? Was ist moralisch nicht zulässig? Das ist für Theologen natürlich eine frivole Frage, weil man meint, die Moral stehe im Vorhinein fest und man solle nicht die Leute fragen, wie sie es gerne hätten. Wir haben aber nicht gefragt, wie sie es gerne hätten, sondern wie sie es faktisch halten.

Dann natürlich auch das große und weite Feld der Religion. Es ist uns klar geworden, dass das Einswerden Europas auch eine zu tiefst religiöse Dimension hat, wenn Sie sich einfach vorstellen, worauf ich noch zu sprechen kommen werde, dass unter den neuen Kandidaten auch Polen und Tschechien sind – ein hochreligiöses Land und ein tief atheistisches Land. Wie passt das zusammen? Sie haben die Frage ja im eigenen deutschen Haus. Wie geht es zusammen mit den neuen und den alten Bundesländern? Denn hier in den alten Bundesländern haben sie noch eine traditionell religiöse Kultur. Ostdeutschland dagegen ist eine der zwei atheisierenden Kulturen eines ehemals christlichen Europas. Wir

werden sehen, dass bei vielen Fragen diese weltanschaulichen Dimensionen eine größere Rolle spielen als uns lieb sein wird.

Es soll der Frage der Euthanasiegesetzgebung und anderer Fragen nachgegangen werden. 1991 und 1999 gab es eine Wiederholung der Studie und nun hat die Vorbereitung für eine weitere Wiederholung der Studie für 2005 begonnen.

Freiheit

Aus den Ergebnissen der Studie greife ich drei durchgängige Grundthemen heraus, die das neuzeitliche Europa immer schon beschäftigt haben. Da ist zuerst die Frage nach Freiheit. Europa ist vor allem in der Neuzeit seit der französischen Revolution ein Freiheitsprojekt. Unentwegt haben wir um die Ausweitung der Freiheitsgrade des Bürgers und der Bürgerin gerungen. Wir haben vor allem die individuellen Freiheitsgrade gefördert, die individuellen Freiheitsrechte. Das ist etwas, das vor allem bei der Auseinandersetzung mit der chinesischen Kultur eine Rolle spielt, da asiatische Kulturen an Individualität nicht interessiert sind. Die Wertsetzung der Person, des Individuums ist geradezu ein Markenzeichen Europas. In der Folge stellt sich die Frage, wie viel Selbststeuerung des Lebens verträgt denn unsere Kultur? Also, wie viel Individualität oder, wenn es dann kippt, wie viel Individualismus hält eine Kultur aus?

Gerechtigkeit

Im Kontrast dazu steht aber auch in Europa immer wieder die Frage auf der Tagesordnung: „Wie sieht es aus mit der Gerechtigkeit?“ Die Spannung zwischen Freiheit und Solidarität ist eine kulturelle und politische Ursprungspannung in der Geschichte des neuzeitlichen Europas.

Sinn

Die dritte Dimension ist die Frage nach dem Sinn des umfassenden Lebens. Ich glaube das sind wirklich

Der Vortrag präsentiert die letzte Welle der europäischen Wertestudie, die soeben bei uns im „Ludwig-Boltzmann-Institut für Werteforschung“ in Wien analysiert worden ist. Die deutschsprachige Veröffentlichung – redigiert von Hermann Bänz, Soziologe in Innsbruck – trägt den Titel „Die europäische Seele – Wie Europa lebt und glaubt“. Dieses lesenswerte Buch erscheint demnächst im Czernin-Verlag, Wien.

Der Beginn der europäischen Wertestudie liegt im Jahr 1982. An der Universität Leuven hatte der Pastoraltheologe Jan Kerkhofs damals die simple Frage gestellt, ob es ausreicht, dass die Zwölfergemeinschaft nur eine wirtschaftliche Gemeinschaft werden dürfe oder ob sie auch verbindende Werte besitze, so dass sie eine Wertegemeinschaft werden könne. Er hat diese Frage nicht philosophisch beantwortet, sondern er hat eine empirische Werteforschung in allen zwölf Ländern in Gang gesetzt.

Werte-volles Europa

Die Themen, die in der Wertestudie behandelt werden, sind die auch politisch relevanten

drei prägende und in Zukunft wegweisende und spielentscheidende Themen. Ebenso die Frage, wie diese drei Dimensionen in Europa in Zukunft kultiviert werden: Freiheit, Gerechtigkeit und Sinn.

Das ist auch das, was ich Ihnen heute vortrage. Bevor ich mit den Details beginne, möchte ich Ihnen sagen, warum diese drei Dimensionen der Kultur und ihre Entwicklung so absolut wichtig sind.

Freiheitsgrade ausweiten

Politologisch ist es unbestritten, dass es ohne Gerechtigkeit keinen Frieden gibt. Das ist ja auch zum Teil Ihr Kernthema in der Bundeswehr. Wie kann der Krieg vermieden und der Frieden geschaffen werden? Ich meine, dass es schon richtig ist, in einem ersten Schritt an eine Feuerwehreaktion zu denken. Waffen schaffen aber keinen dauerhaften Frieden. Das ist eine alte Weisheit der Bibel. Im Psalm 85 heißt es: „Gerechtigkeit und Frieden küssen sich“. Nur auf dem Boden wirklicher Gerechtigkeit – was ist Gerechtigkeit? – gibt es einen dauerhaften Frieden in der Welt. Wir haben zu viele Unrechtsverhältnisse in dieser einwandernden Welt. Das heißt, die Weltkultur ist latent kriegsproduktiv. Es ist schade, dass wir zu eher versuchen auf der Ebene der Symptome die Kriege zu vermeiden oder neu zu produzieren, statt im Hintergrund zu fragen, wie können wir denn mehr Gerechtigkeit schaffen, so dass Kriege überflüssig werden. Ich glaube das gilt für alle Krisenherde, für die bekannten wie für die weniger bekannten, und es gibt eine Menge nicht bekannter Krisenherde, die latent auch kriegsgefährdet sind.

Nun lautet aber die Frage: Wie kann man im Rahmen der Freiheit Gerechtigkeit schaffen? Wenn sie die Demokratie nicht aufgeben wollen und keine Solidardiktatur schaffen wollen, in der man Gerechtigkeit erzwingt, brauchen sie in den Demokratien Bevölkerungen, die eine solidarische Politik wählen. Das heißt, sie brauchen eine hohe Solidaritätsbereitschaft in den Bevölkerungen. Daher ist das Thema „Solidarität“ in Freiheitskulturen sehr wichtig. In der Analyse werden wir sehen, dass dies wirklich eine Schlüsselfrage ist.

Wir sehen auch, dass die Bereitschaft zur Freiheit und Solidarität etwas damit zu tun hat, wie einer sein gesamtes Leben entwirft. Wie weit reicht zum Beispiel die Welt, in der er lebt? Ich werde Ihnen nachher im Detail zeigen, dass heute eine Schlüsselfrage darin besteht, ob jemand nur diesseitsverliebt lebt oder ob er die Gnade hat, über den Tod hinaus zu hoffen, und er seine eigene Biographie in einen größeren Zusammenhang hinein buchstabiert. Das hat enorme Konsequenzen für den Entwurf des realen Lebens, wie unsere Forschungen zeigen. Sie werden übrigens an all diesen Fragen hoffentlich auch spüren, dass ich Ihnen in vielen Punkten sehr nahe treten werde, weil ich ihnen persönlich den Spiegel vorhalte. Wie halten Sie es mit Freiheit, mit Solidarität, mit der Frage der Sinnstiftung? Wie stark sind sie beschenkt mit diesen kulturellen Gaben? Das erfindet heute auch nicht jeder einzeln für sich, sondern wir atmen die Luft in der wir leben. Ich denke daher, dass ein solcher akademischer Vortrag auch so etwas wie eine Art spiritueller Persönlichkeitsentwicklung sein kann, wenn sie das für sich zulassen. Ich gestehe gern, dass ich als Theologe heute nicht mehr bereit bin abstrakt zu reden. Ich habe eher vor, den Leuten nahe zu treten, weil ich denke, dass dies ein Stück der neuen missionarisch-kommunikativen Offensive der Kirche ist. Dass es uns nicht mehr gleich ist, was die Leute fühlen und denken, sondern dass wir ihnen in einer freiheitlichen, fairen und respektvollen Weise mit unseren Positionen nahe treten.

Sie haben ja wahrscheinlich auch darüber nachgedacht wie Sie an junge Menschen herankommen. Ich sage: „Nur auf diesem Weg“. Nur indem sie kantig vor sie hintreten und klare Positionen vertreten. In Zeiten der gesellschaftlichen Diffusität zählt nur das, was mit sich identisch ist, was weiß, wofür es steht. Ich denke, das ist die Stärke der Kirche. Wir als katholische Kirche wissen noch weit besser als die evangelische Kirche, wofür wir stehen. Vielleicht lernen Sie auch eine Agentur wieder verstehen, die dann sich darum kümmert, dass wir versuchen mit einer Sprache zu sprechen. Diese Agentur heißt Glaubenskongregation. Sie macht

viele Fehler, aber sie leistet auch sehr gute Dienste.

Das zentrale Anliegen der europäischen Kulturen ist seit der französischen Revolution die Stärkung der Person, des Individuums und seiner persönlichen Freiheitschancen. Eine ganz zentrale Rolle spielt die 68er Revolution. Deren Hauptziel war es, die Freiheit der Eliten zur Massenkultur zu machen. D.h. kulturell durchzusetzen, dass jede Person ein Maximum an Selbststeuerung des Lebens hat. Ich mache es an einem österreichischen Beispiel deutlich: Wir haben eine Langzeitstudie mit dem Titel „Kehrt die Religion wieder?“ veröffentlicht. Religion im Leben der Menschen zwischen 1970 und 2000. Anhand einer Abfolge von empirischen Studien haben wir festgestellt, dass 1970 in Österreich 75 oder 78 Prozent sagte, das Wichtigste, was Kinder lernen müssten, sei Gehorsam. Wir Österreicher kommen aus einer sehr gepflegten Gehorsamskultur mit vielen politisch negativen Pronotationen wie das Dritte Reich. Heldenplatz wäre das österreichische Beispiel. Thomas Bernhard haben wir Nestbeschmutzer genannt, weil er uns daran erinnert hat, was wir sind. Also, die Österreicher hatten wirklich eine Gehorsamskultur. Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, war Gehorsam. Übrigens ein Gehorsamsbegriff, der nichts zu tun hat mit der biblischen Tradition. Der kulturelle Gehorsamsbegriff ist ein Unterwerfungsbegriff, während der biblische ein Freiheitsbegriff ist. Gehorsam im biblischen Sinn ist die radikalste Form der Freiheit, ist die zugespitzteste Form, in der ich alle meine Energie und meine Person hin auf eine Person, auf ein Projekt investiere. Das geht nur in Freiheit. Der gesellschaftliche Gehorsam ist eher Unterwürfigkeit. Es gilt im Grunde genommen, dass nur der Recht hat, wer oben ist - ohne nachzudenken ob das auch stimmt. 1990 haben in Österreich dieser Aussage nur noch 23 % zugestimmt. Das war eine Kulturveränderung. Sie können auch Kulturrevolution sagen. Wir haben Abschied genommen von einer Obrigkeitskultur, von den Untertanen. So publizierten wir dann auch 1991 die österreichische Studie „Vom Untertan zum Freiheitskünstler“. Wir haben schon damals

die Frage gestellt, ob die Österreicherinnen und Österreicher genau in der Mitte stecken geblieben sind. Nicht mehr Untertan aber auch noch nicht Freiheitskünstler. Das ist eine hochdramatische kulturelle Situation, dass wir den Leuten Freiheit in einem solch hohen Maß zumuten, sie diese aber möglicherweise individuell noch gar nicht meistern können.

Bleiben wir noch ganz kurz bei den 68ern, um sie zu verstehen. Was waren aus der damaligen Sicht die Agenturen der Fremdsteuerung? Sie haben gesagt, die Institutionen, Gewerkschaften, politische Parteien, natürlich die Kirchen und Ihre Institution, die Streitkräfte. Diese galten als repressive Fremdsteuerer und wurden abgelehnt wie z.B. auch die Institution, wo die Liebe gedrosselt oder gestaltet werden sollte, die Ehe. Es kam zu einem Abschied von der Ehe. Man nannte das die freie Liebe. Dies war kein moralischer Begriff, sondern ein Begriff der Selbststeuerung. Man hat im Grunde genommen gesagt, Fremdsteuern geschieht über die Normen, das sind repressive Einrichtungen und alle normativen Vorgaben sind in Frage zu stellen.

Das haben Sie doch alles miterlebt. Wenn Sie damals wie ich auf dem Gymnasium waren und vor dem Abitur standen, haben Sie vielleicht auch das rote Schülerbüchlein gelesen. Das war eine spannende Literatur. Für mich als gelerntem Katholiken stand darin, dass die meiste Repression durch die kirchlichen Sexualnormen entsteht. Was damals im roten Schülerbüchlein stand, steht heute in den Kirchenvolksbegehren. So hat sich die Welt entwickelt.

Die Krise der Autoritäten

Das Dritte war die Krise der Autoritäten. Diese gesellschaftliche Dreifaltigkeit der Autoritäten ist in eine fundamentale Krise geraten. Es zählt heute eigentlich nicht, ob Ihnen formal Autorität zugeordnet wird; in bestimmten Subkulturen wie Ihrer wahrscheinlich schon noch. Im öffentlichen Leben jedoch relativ wenig. Die Tatsache, dass jemand in der katholischen Kirche ein bischöfliches Amt hat, ist heute zwar bemerkenswert und gibt ihm die Macht über Geld und Personal zu entscheiden, dass er aber auch Einfluss auf die Seelen hat, verlangt jedoch eine

andere Qualität von Autorität, die es übrigens gibt.

Wir haben gerade letztes Wochenende den 97. Geburtstag unseres Altkardinal Königs gefeiert. Er hat Autorität. Selbst die Boulevardzeitung der Stadt der Wien hat mit dem Titel „König der Herzen“ aufgemacht. Das ist Autorität. Ich will damit sagen, dass der Abschied von der formalen Autorität nicht heißt, dass die Autoritäten untergegangen sind. So ähnlich werden wir auch mit den Normen und Institutionen verfahren. Der Abschied von der repressiven Seite der Normen wird langfristig die Normen nicht überflüssig machen.

Freiheitskrise

Nun kommt es heute in ganz Europa zu einer fundamentalen Freiheitskrise inmitten der verbürgten Freiheit. Ich weiß nicht, ob sie auch beobachten, dass viele Leute meinen, wir müssten die Freiheitsgrade immer noch ausweiten. Die Entwicklung der Kultur beschäftigt sich inzwischen bei dem Freiheitsthema mit etwas anderem, nämlich mit der wachsenden Freiheitsflucht der Menschen. Hier haben sie die schärfste aller denkbaren Formulierungen: „Die Zahl jener Menschen wächst, die die lästige Last der Freiheit wieder loswerden wollen“. Dies betrifft die Menschen in den Kirchen und in der Politik. In Österreich haben wir dafür auch Aushängeschilder, wir können das Personalisieren. Wir machen jedoch einen großen Fehler, wenn wir glauben, diese Personen seien daran schuld. Sie sind nur Symptom. Sie fangen auf, was kulturell latent läuft und das heißt Freiheitsflucht. Warum flüchten die Leute vor einer Freiheit, die sie haben? Man könnte mit Karl Marx formulieren: „Die Freiheitskultur beginnt ihre eigene Totengräberin zu werden“. Es ist paradox, jetzt wo die Freiheit verfügbar ist, fangen die Leute an, sie aufzugeben. Warum? Habermas hat mit „der neuen Unübersichtlichkeit“ einen vernünftigen Grund genannt. Sie bedrängt uns schon. Wer weiß heute schon, wie lang sein Eheprojekt hält? Wer von den Jugendlichen weiß heute, ob er Arbeit findet, wie lange er Arbeit hat, ob er später eine Pension bekommen wird oder nicht? Die Fragen der Menschen gehen ans Eingemachte,

würden wir in Wien sehr salopp sagen. Das sind keine vordergründigen Fragen mehr. Das sind Fragen, die die Menschen sehr verunsichern. Diesen Menschen sagen wir aber auch zugleich, „Du hast deine Chance, also nütze sie“. Wir machen die Menschen verantwortlich, aus ihrem Leben etwas zu machen. Es gibt auch schon ein Gegenbuch von Oltmanns mit dem wirklich spannenden Titel „Du hast keine Chance, also nütze sie“. In dieser Situation, in der ihm man sagt „Mach was aus Deinem Leben“, antwortet dieser, „aber ich kann das doch nicht“. Über Jahre haben wir den jungen Leuten an den Universitäten gesagt, das Beste, was sie für ihre Zukunft tun könnten, sei ein ordentliches Studium. Heute müssen wir ihnen davon abraten, weil wir zunehmend arbeitslose Akademiker produzieren – mit Ausnahme des Studiums der katholischen Theologie natürlich.

Fühlen Sie die neue Unübersichtlichkeit auch? Wir geben Schritt für Schritt gesellschaftliche Sicherheiten auf. Wir haben zum Beispiel ein neues Universitätsgesetz, d.h. wir haben keine Verbeamtung mehr, die ich noch genieße. Die nächste Generation muss sich daran gewöhnen, nach fünf Jahren evaluiert und nötigenfalls auch wieder gekündigt zu werden, was für die Effizienz gesund, aber für das Lebensdesign ziemlich bedrängend ist. Positiv heißt das, die Zahl der Universitätsprofessoren wird abnehmen, die man am Ende des Lebens nur umbetten muss. Das wird die Effizienz steigern, aber zugleich auch die Verunsicherung. Ich denke, es ist wichtig sich deutlich zu machen, dass die Übersichtlichkeit geplanter Karrieren für viele zu Ende geht. Da stehen sie nun mit ihrer Patchworkarbeit und mit ihren Patchworkbeziehungen. Schauen Sie sich die Begriffe an. Wir sagen, es ist nur mehr ein Fleckenteppich. Das sind fürchterliche Wörter, sie bedrohen die Menschen. Nun Sie werden als wirklich daseinskompetente Männer und Frauen sagen, dass das Ihnen, ebenso wie mir, nichts ausmacht, wenn die Anforderungen steigen. Ich empfinde das manchmal – wahrscheinlich aus meiner Position der Sicherheit heraus – auch als sehr lustvoll.

Es wäre gut, würde gleichzeitig

mit der Unsicherheit auch die Daseinskompetenz wachsen, was jedoch nicht der Fall ist. Wir beobachten, dass auf Grund des ramponierten pädagogischen Systems vor allem in den Familien die Daseinskompetenz nicht mehr ausreichend entwickelt wird. Ein Grund dafür liegt in einer tragischen Übermütterung der kleinen Kinder. Ich sage das jetzt sehr scharf, um das Problem gesellschaftspolitisch beim Namen zu nennen. Das Problem sind längst nicht mehr die Frauen, sondern die fehlenden Männer. Wir wissen heute psychodramatisch, dass das zu früh zur Welt gebrachte Wesen Mensch den Mutterschoß, den sozialen Mutterschoß, also die Symbiose außerhalb des Mutterschoßes, braucht. Das ist die Überlebensgrundlage. Irgendwann muss diese Symbiose jedoch gestört werden, und den Störer nennen wir Vater. Wenn der Vater fehlt bleibt im Grunde genommen ein Leben lang eine orale Grundstimmung vorherrschend, die durch eine Konsumkultur noch zusätzlich befrachtet wird. Woran erkennt man die orale Grundstimmung? Sprechen sie mit den Leuten, die in den ersten, zweiten Grundschulklassen arbeiten. Ich stelle die Frage, ob sich die Kinder in den letzten 20 Jahren geändert haben. Als Antwort erhalte ich, dass ein Viertel hoch neurotisiert ist und Viele diffuse Ängste haben. Das ist ein Phänomen unserer Kultur, ein dramatisches Phänomen, dass die Verängstigung der Kinder so groß ist. Die Kinder seien heute langweiliger oder aggressiver. Das sind genau die Symptome der inneren Leere und der mangelnden Daseinskompetenz. Unsere Gesellschaft leistet sich derzeit ein Erziehungssystem, das nichtdaseinskompetente Bürger nachliefert. Unserem österreichischen Familienminister habe ich das so erläutert: „Entweder investieren Sie präventiv in das Familiensystem, was billiger wäre, oder wir gehen auf einen nicht finanzierbaren Therapie und Polizeistaat zu. Denn

für die Langweiligen brauchen sie viele Therapeuten und für die Aggressiven brauchen sie viele Polizisten.“

Ich weiß nicht, welche Rolle das Familienthema in ihrem Wahlkampf gespielt hat. Nach Erfurt waren die öffentlichen Medien eine kurze Zeit lang voll mit der Suche nach den Ursachen. Warum läuft ein junger Mensch mit 17 Jahren nicht seinen Träumen nach, sondern zerstört sich und reißt andere mit in den Tod? Warum zerstört er Leben in dieser Lebensphase, in der wir hungrig waren nach Leben? Aus innerer Leere, aus Sinnlosigkeit, aus Aggressivität aus einer Mischung von allem beidem? Ich denke, wir stehen vor einem wichtigen europäischen Problem: Gelingt es uns, eine Generation nachwachsen zu lassen und zu fördern, die daseinskompetent für wachsende biographische Anforderungen ist. Zurzeit geht die Schere auseinander. Die jungen Leute fragen: „Wo ist der starke Mann, der mir das Unmögliche abnimmt, mit meinem Leben fertig zu werden?“ Ich denke, das ist demokratiepolitisch keine beruhigende Lage. Ich hätte dann ganz gern eine Kirche, die sich nicht nur rhetorisch zur Religionsfreiheit bekennt, wozu wir ohnedies lange Zeit gebraucht haben. Wie könnten wir eine Politik machen, die diese „riskante Freiheit“,

wie Ulrich Beck sie nannte, entlastet? Ich glaube, wir brauchen Instrumente zur Entlastung der zugemuteten Freiheit. Das ist paradox.

Zustand der Demokratien

Die Abbildung „Zustand der Demokratien“ zeigt die Länder in Europa mit dem Wunsch nach autoritären Regierungsformen, dem Wunsch nach Experten, Länder die einen leichten autoritären Wunsch haben und die gesicherten Demokratien. Wenn man das von der Meinungslage der Bevölkerung her sehen, sind es relativ wenig Länder, die aus der Freiheitsposition der Bevölkerung her heute gesicherte europäische Demokratien sind. Sie erkennen daraus, was es für ein Riesenprojekt werden wird, wenn wir uns europäisieren. Mit welcher vom Volk her getragenen Fähigkeit zur Demokratie werden wir denn in diesem Europa leben?

Projekt der Freiheitsermutigung

Das Projekt „Freiheitsermutigung“ sagt, dass wir in den 68ern die Freiheit vor Repressionen, vor repressiven Institutionen geschützt haben. Heute muss man die Freiheit vor depressiver Vereinsamung schützen. Das ist ein Schlüsselsatz in meiner



Freiheitsanalyse. Der verdient lange Meditation. Wir müssen heute die Freiheit nicht mehr vor dem Fremdzugriff anderer schützen sondern vor der inneren Angst, die aus der Vereinsamung des Menschen erwächst, also vor der depressiven Vereinsamung. Ich glaube, dass Freiheitsappelle nichts nützen. Es wird so etwas wie eine soziale Entlastung gebraucht. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten könnte z.B. so etwas sein.

Ich denke wir kommen wieder auf die Netzwerke zurück, die dem Einzelnen psychische Heimat bieten. Inmitten dieser entlastenden Netzwerke werden wir die Freiheit riskieren. Dort wird sie gut aufgehoben sein. Je solistischer Menschen in unserer Kultur leben desto weniger Entlastung haben sie. Wie viel Vertrauen Menschen in Europa zu Institutionen haben zeigt die Abbildung unten, die zwischen Europa West und Ost unterscheidet. Mit Bildungssystem, Gesundheitswesen, Heer, Kirche und Polizei liegen gleich alle uns interessierenden Institutionen vorne.

Das Gesundheitswesen wird in Westeuropa mehr geschätzt als in Osteuropa. Ich denke, wir sind eine Kultur, die aufgeklärt ist und die vor allem auf Wissen und Bildung setzt. Allerdings ist der Bildungsbegriff in starkem Wandel begriffen. Wir sagen heute, es gehe um die Persönlichkeit und nicht mehr allein um die Fertigkeiten. Persönlichkeitsbildung ist sozusagen die Schlüsselfrage aller Bildung geworden. Die Polizei ist im Westen sehr hoch bewertet, im Osten ganz niedrig. Sie sehen auch, dass Osteuropa sehr viel aufzuholen hat.

Eine zweite Graphik (Abb. auf der nächsten Seite) ist in Bezug auf die Kirchen noch viel interessanter. Die Frage des Vertrauens in die Kirche muss man in Relation setzen zu der Frage, wie vertrauen die Menschen den anderen Institutionen, wie steht im Vergleich die Kirche da? Es ist schon interessant, dass in vielen Ländern – wie den Niederlanden, Tschechien, Österreich, Slowenien, Frankreich und Deutschland – das Vertrauen in die Kirche unter dem liegt, das gesellschaftliche Institutionen haben. Die Kirche genießt im Osten dagegen interessanter Weise - wahrscheinlich ist das noch das Erbe der Verfolgung in Rumänien, Litauen, Kroatien, Ukraine d.h. in fast al-

len osteuropäischen Ländern – ein überdurchschnittliches Vertrauen. In Italien kommt noch dazu, dass alle politischen Institutionen mafiös sind und man hofft, dass es die Kirche nicht ist. Dann haben die noch dazu im Vatikan den Papst sitzen, der eine hochinteressante sozialpsychologische Meisterleistung vollbringt, weil er die einzige weltweit anerkannte moralische Autorität ist. Also, wenn sie etwas Schönes über diesen liebenswerten Papst sagen wollen, dann nicht nur, dass er der letzte Sozialist ist, weil er sich als Einziger der neoliberalen Globalisierung in den Weg stellt, sondern dass er im Grunde genommen auch eine der wenigen Führungspersonen dieser Welt ist, die bei den jungen Leuten ungeteiltes Vertrauen genießt. Dies ist eine hohe Kostbarkeit, die die Weltkultur in der Abwesenheit sonstiger Vertrauensträger hat. Sie sehen ja selbst, wie das in der Bundesrepublik Deutschland zz. mit dem Vertrauen in die politischen Institutionen und Personen bestellt ist.

Gerechtigkeit und Solidarität

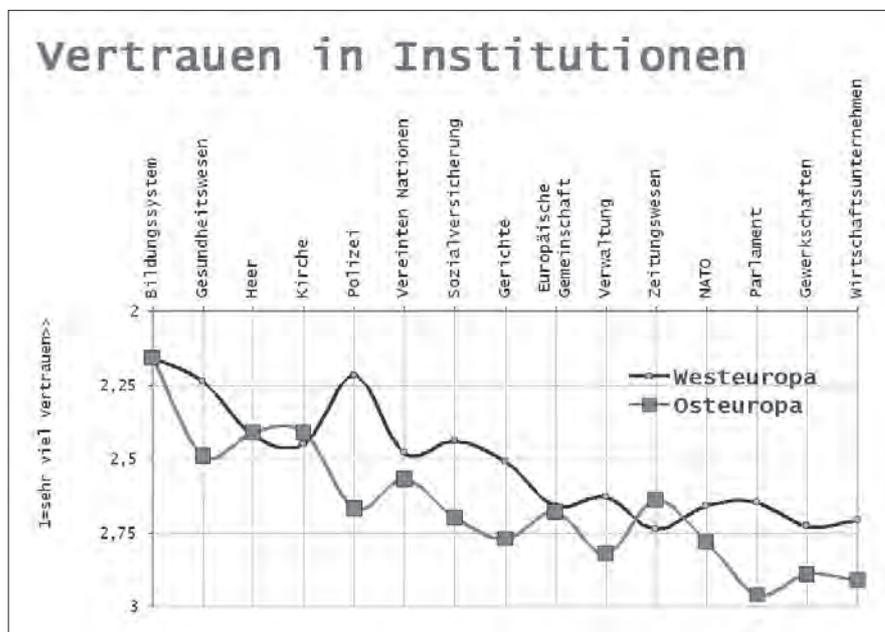
Zunächst zwei markante Zitate:
„Die absolute Freiheit verhöhnt die Gerechtigkeit. Die absolute Gerechtigkeit leugnet die Freiheit. Um fruchtbar zu sein müssen beide Begriffe sich gegenseitig begrenzen“

(Albert Camus, 1913-1960)

„Man muss der Freiheit immer Gerechtigkeit abringen“

(Jean B.H. Lacordaire, 1802-1861)

Lacordaire beobachtete wie die Freiheit der Kapitaleigner, der Fabrikherren im frühen demokratischen England dem Proletariat nichts genützt hat. Das ist eine katholische Erfahrung: Neben der marxistischen Tradition war die katholische Sozialtradition als erste sehr problemsensibel. Lacordaire sagt schon sehr früh „Liberalismus alleine genügt nicht“. Wir sehen übrigens auch heute wieder, dass die einen neuen Liberalisierungsschub darstellende Globalisierung mit der Deregulierung, der Privatisierung der Finanzmärkte und nicht der Märkte allein, nicht von Haus aus Gerechtigkeit schafft, sondern die gewachsenen Rechtssysteme (wie z.B. den Sozialstaat) in Bedrängnis bringt, weil das frei flotierende Finanzkapital von den Staaten so stark abwandert, dass die Staaten selber nicht mehr in der Lage sind, die sozialstaatlichen Errungenschaften zu finanzieren (alle sagen, wir müssten das Gesundheitssystem umbauen, es komme zu teuer). Wir stehen wirklich vor harten Fragen der Weltgerechtigkeit. Im Grunde genommen begibt sich das Eigentum seiner sozialen Pflicht, die, wie Athanasius und unsere frühen Kirchenväter schon gesagt haben, auf jedem Eigentum lastet. Das ist die typische katholische Nischenposition und Lacordaire - ein Dominikaner, wie man sich denken kann - vertritt die katholische Position, dass Freiheit immer mit Gerechtigkeit ins Einvernehmen zu setzen ist. Das ist heu-



te umso notwendiger. Ich möchte Ihnen ganz kurz entschlüsseln, warum dieses Solidaritätsthema so spielentscheidend ist.

Die Entsorgung Überflüssiger

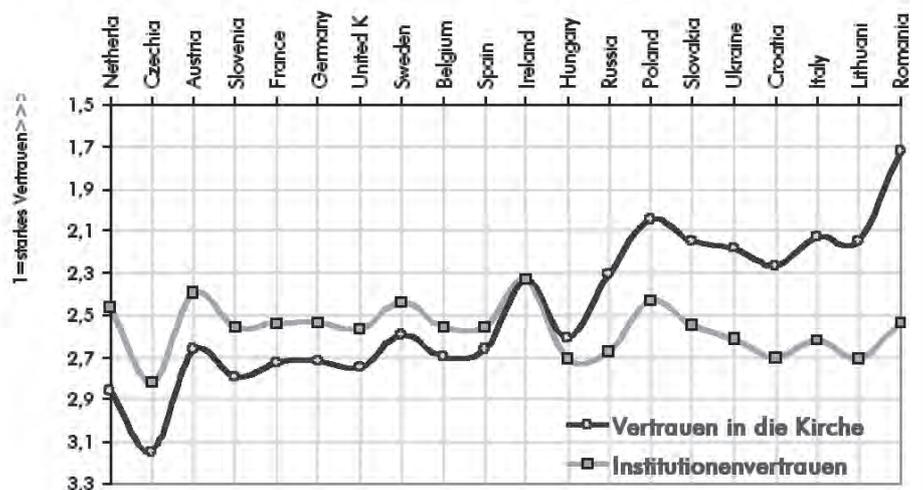
„Selbst in ganz reichen Gesellschaften kann morgen jeder von uns überflüssig werden. Wohin mit ihm?“ Das ist ein Meistersatz von Hans Magnus Enzensberger. Sie können heute sehr schnell deutlich machen, wer überflüssig zu werden droht. Wir brauchen uns dazu nur die Haupteigenschaften unserer modernen Kulturen ansehen. Wir sind eine Arbeitsgesellschaft, also wird überflüssig, wer keine Arbeit hat. Wir wissen aus unseren Männeranalysen, dass 40 bis 55-jährige erwerbslose Männer nicht wissen, wer sie sind und daher in höchstem Maße Selbstmord gefährdet sind. Die soziale Identität des Mannes ist eng an die Erwerbsarbeit gebunden. Die Frauen machen den gleichen Fehler und ziehen nach. Eine Frau ist nur dann eine Frau, wenn sie arbeitet. Ich denke, wir tanzen zur Zeit erwerbsmäßig um das goldene Kalb der Erwerbsarbeit und zahlen einen zunehmend hohen Preis dafür.

Wir sind eine Konsumgesellschaft. Wer am Konsum nicht teilnehmen kann, wird überflüssig. Wir sind eine Erlebnisgesellschaft, wer sich nicht an der Gesellschaft beteiligen kann, wird überflüssig. Denken sie an die Behinderten, die Pflegebedürftigen. Das sind die an den Rand geschlammte Gesellschaftsgruppen. Die Wissensgesellschaft erfordert, dass die Teilnehmer ihr Wissen rechtzeitig updaten können. Der Wissensverlust geht ziemlich rasch. Wenn sie in der Computerbranche zu Hause sind, wissen sie wie schnell sie dort lernen müssen. Da unterbricht ein Hausmann für fünf Jahre seine Arbeit. Wie soll der zurückkehren, wenn er sich nicht gleichzeitig weiterbildet. Bei den Frauen ist das ähnlich. Ich sage das jetzt nur um die gesellschaftlichen Implikationen dieser Wissensgesellschaft aufzuzeigen. Neuestens wird auch überflüssig, wer nicht die richtigen Gene hat. Die sortieren wir heutzutage durch Präimplantationsdiagnostik schon sehr früh aus. Wobei es immer eine abenteuerliche Frage ethischer Art ist,

warum die einen flüssig und die anderen überflüssig sind, zählig und überzählig. Wer bestimmt das? Wer spielt hier jüngstes Gericht? Wer wählt nach welchen Kriterien aus? Nun, sagen uns die Behindertenverbände, man wählt so aus, dass wir gleich mit diskriminiert werden. Wenn wir pränatal behindertes Leben diskriminieren, wird es auch gleichzeitig postnatal diskriminiert. Ich glaube wir sollten uns klar machen, dass wir zur Zeit, was die genetische Auslese betrifft, in einer neodarwinistischen Kultur leben, in der letztlich nur das Starke und Gesunde Ansehen und Kompetenz genießt. Nur das Eine wird gefördert und das Andere ist in Gefahr überflüssig zu werden. Hier eine Liste der Menschen die in Gefahr sind, in diesen Gesellschaften überflüssig zu werden. Das sind die unproduktiven und teuren Sterbenden. Da muss man jetzt alle Wehleidigkeit beiseite lassen. Unsere Philosophen und Hans Küng, als liberaler Theologe, drücken auf die Tränendrüsen und sagen: „Das ist doch ein Teil der Freiheit. Jeder soll gehen können, wann er will und wenn er Hilfe dazu braucht, soll man ihm das straffrei gönnen.“ – Ich rede hier in einem Land (*Niederlande, Anm. der Redaktion*) wo man zuerst begonnen hat, das auch zu praktizieren –. Ich denke, wir sollten doch anfangen anders zu reden und wissen, dass 43 % dessen, was einer in seinem Erwerbsleben in die Krankenvorsorge oder in die Gesundheitsvorsorge einbezahlt

hat, in den letzten sechs Lebenswochen verbraucht wird. Das ist die harte Zahl. Dann wissen wir auch, dass Euthanasie nicht ein Freiheitsprojekt, sondern ein ökonomisches Gesundheitswesensentlastungsprojekt ist. Jeder Tag, der eingespart wird, entlastet das Gesundheitssystem. Der Vorsitzende der deutschen Ärzteschaft hat auch schon das geeignete Wort dafür gefunden: Er nennt das „sozial verträgliches Frühableben“. Nehmen sie die Behinderten, nehmen sie die Langzeiterwerbslosen, nehmen sie die Kinder, die in unserer Gesellschaft immer mehr stören. Meine Stadt Wien ist, wenn überhaupt, autofreundlich aber nicht kinderfreundlich. Sie können Kinder nicht mehr alleine auf die Straße lassen. Sie haben keinen Lebensraum mehr. Im Süden von Wien wurde die Peer Alwin Hanson-Siedlung neu gebaut. Man hat Parkplätze und Parkgaragen gebaut. Einen Kinderspielplatz hat man schlicht vergessen. Die Stadtplaner in Wien wissen nicht mehr, dass es morgen noch Kinder geben wird - wird es vielleicht auch nicht mehr; oder vielleicht nur noch in den Zentren, wo die ausländische Familien leben, die sich nach wie vor einer hohen Kinderfreundlichkeit erfreuen, während wir unsere eigene Zukunft vergessen haben. Ganze Kontinente die stören. Wer kümmert sich heute um Afrika? Das ist eine große dramatische Frage in unseren Einrichtungen für Entwicklungszusammenarbeit. Das Geld für intelligente Entwicklungsprojekte schwin-

Durchschnittliches Vertrauen in Institutionen sowie in Kirche



det immer mehr. Wir fürchten die Migration aus diesen Regionen. Aber wir tun nichts dagegen, dass die Menschen um des Überlebens willen Armutsflüchtlinge werden. Gleichzeitig betrügen wir unsere Bevölkerung, indem wir sie Wirtschaftsflüchtlinge nennen. Wissen Sie, wer ein prominenter Wirtschaftsflüchtling ist? Das ist zum Beispiel Boris Becker, der

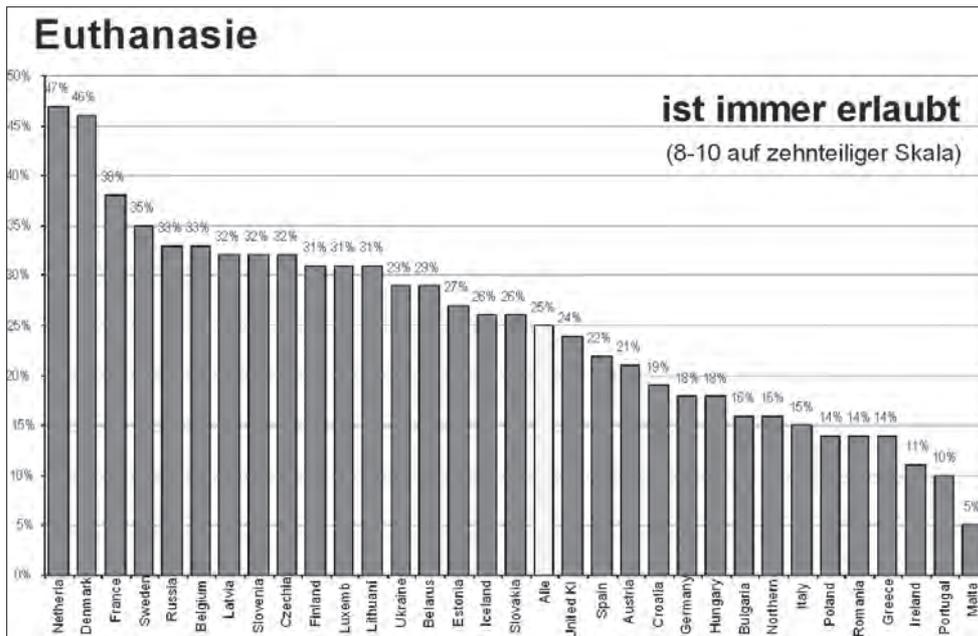
fragen, was dabei unser Geschäft als Kirchen ist, meine ich, dass wir doch für eine Zivilisation des Lebens und nicht des Tötens stehen. Ich glaube, dass ist ein markanter Unterschied.

Ich möchte noch einen größeren Zusammenhang herstellen. In der europäischen Wertestudie haben wir eine Reihe von möglichen moralischen Positionen vorgelegt. Zum Bei-

fremden Auto, alkoholisiert Auto fahren oder Hinterziehen von Steuern. Die Abbildung „Moralitäten“ vergleicht die atheisierenden Bevölkerungsteile mit den intensivsten Christen. Auch um die Frage zu stellen, ob es Auswirkungen auf das Moralsystem hat, wenn jemand Gott ernst nimmt. Eine sehr banale Frage. Hat es Folgen, wenn wir uns in Gott eingraben? Hat das Folgen für den Umgang mit den Menschen?

Erst einmal sehen wir an dieser Graphik, dass man in Europa das Glück haben müsste, als Auto zur Welt zu kommen. Dann wäre man moralisch exzellent geschützt. Es ist nichts so verpönt wie mit einem fremden Auto eine Spritztour zu machen. Das steht ganz oben auf der Skala, während Abtreibung ganz unten steht. D.h. ein parkendes Auto ist geschützter als ein ungeborenes Kind. Das macht nachdenklich, weil wir im Grunde genommen eine Kultur sind in der die Produktion toter Güter wesentlich mehr zählt als die Reproduktion des Lebens. Sagen wir es ein wenig ausgeweiteter und schauen gleich, was wir für diese Berufe bezahlen. Alle lebensdienlichen Berufe sind schlecht bezahlt. Vater und/oder Mutter zu sein wird gesellschaftlich überhaupt nicht honoriert, obwohl es eine gesellschaftliche Höchstleistung ist, der Gesellschaft Leben zu reproduzieren. Kinder zu haben dürfte nicht als privates Vergnügens gelten, sondern als eine gesellschaftliche

Meisterleistung anerkannt werden. Kindergärtnerinnen, Tagesmütter, Grundschullehrerinnen, Leute die in der Pflege arbeiten sind miserabel bezahlt. Ich wohne neben einem großen Krankenhaus, die Krankenschwestern kommen fast alle aus Indien und Vietnam. Wir haben bei uns keine Menschen, die bereit sind, für diesen Lohn Krankenpflege zu betreiben. Es ist ein erstaunliches Land, das für das Lebensdienstliche kein Geld hat. Vergleicht man daneben jemand der Mikrochips produziert, so wird der hoch bezahlt – oder auch wer Panzer und

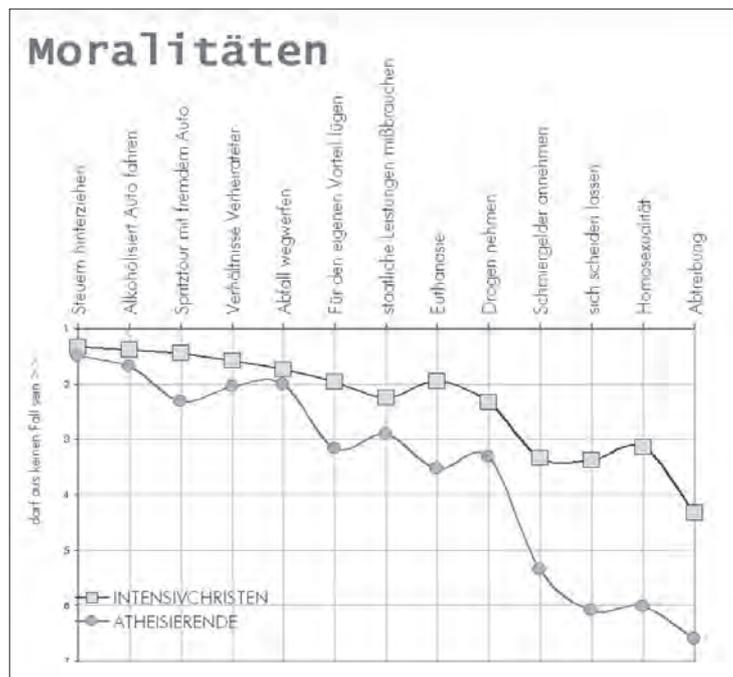


nach Monaco geht. Das ist ein Wirtschaftsflüchtling oder ein österreichischer Universitätsprofessor, der sich nach Deutschland berufen lässt.

Ich zeige ihnen, wie dramatisch und unterschiedlich die Lage ist am Beispiel der Frage, ob Euthanasie moralisch erlaubt ist. Unsere Auswertung der europäischen Wertestudie zeigt deutlich, dass die Politik wirklich der Meinungslage folgt.

Das Diagramm „Euthanasie“ zeigt, dass es in den Niederlanden, in Dänemark oder Frankreich, Schweden, Russland und Belgien eine überdurchschnittliche Akzeptanz der Euthanasie gibt. In den Niederlanden sagen 47 % dass Euthanasie erlaubt sein soll, und die Politik hat das eingelöst. Es gibt allerdings Länder wie Malta, Portugal und Irland die euthanasieresistent sind. Wenn sie

spiel die Akzeptanz von Abtreibung, Homosexualität, Scheidung, Annehmen von Schmiergeldern, Euthanasie, Missbrauch staatliche Leistungen, Lügen zum eigenen Vorteil, Wegwerfen von Abfall, Verhältnisse Verheirateter, Spritztour mit einem



Waffen herstellt wird hochbezahlt.

Es ist für mich eine Hoffnung, dass das Leben bei den gläubigen Christen in Europa vielleicht doch besser aufgehoben ist. Wäre das nicht ein stolzer Satz für uns? Meine persönliche pastoraltheologische Politik ist es zu sagen, auch in Westeuropa sind die Kirchen besser als ihr Ruf. Sie schlagen sich zur Zeit weit unter ihrem Wert. Die Kirchen tragen dazu bei, dass die Gesellschaften weniger kühl und weniger hart sind. Denken Sie sich einmal die kirchlichen Einrichtungen in den Ländern Westeuropas weg, so wären die Gesellschaften härter und kühler. Ich glaube, wir können wirklich stolz darauf sein, dass es uns Christen gibt. Wir sind ein Segen für das Land. Treten sie bitte öffentlich so auf und hören sie auf, über die eigene Kirche zu jammern. Das machen wir hausintern, aber nicht öffentlich. Wir sollten uns das wirklich angewöhnen. Wir brauchen ein Jammerverbot in der katholischen Kirche.

Wegzweigung für Europa

Europa steht in dieser Frage an einer Wegzweigung. Der Weg führt entweder in eine Entsorgungskultur oder in eine wirkliche Solidarität. Das bedeutet, dass wir viele Menschen brauchen, die eine solidarische Politik unterstützen. Es ist ein christliches Urprogramm, sich für mehr Gerechtigkeit stark zu machen. Es stellt sich damit natürlich die Frage nach der Solidaritätsbereitschaft der Menschen. Wir haben zur Zeit große regionale Studien über die Solidaritätsausstattung unserer modernen freiheitlichen Kulturen mit folgenden Ergebnissen:

Die Menschen haben einen großen Wunsch nach Solidarität. Die Antwort auf die Frage was das Wichtigste ist, was Kinder lernen müssen, heißt heute nicht Gehorsam, sondern Solidarität. Ich halte das für einen Fortschritt. Teilen lernen. Die Eingrenzung ist natürlich schmerzlich, da das nur eine Solidarität im Modus des Wünschens ist. So wären wir gerne. Aber den Politikern, den wirtschaftstreibenden Pädagogen sage ich, wo ich kann: Hebt dieses kulturelle Potential. Dieser Wunsch Teilen zu lernen ist eine Human- und Sozialressource, ein Sozialkapital. In

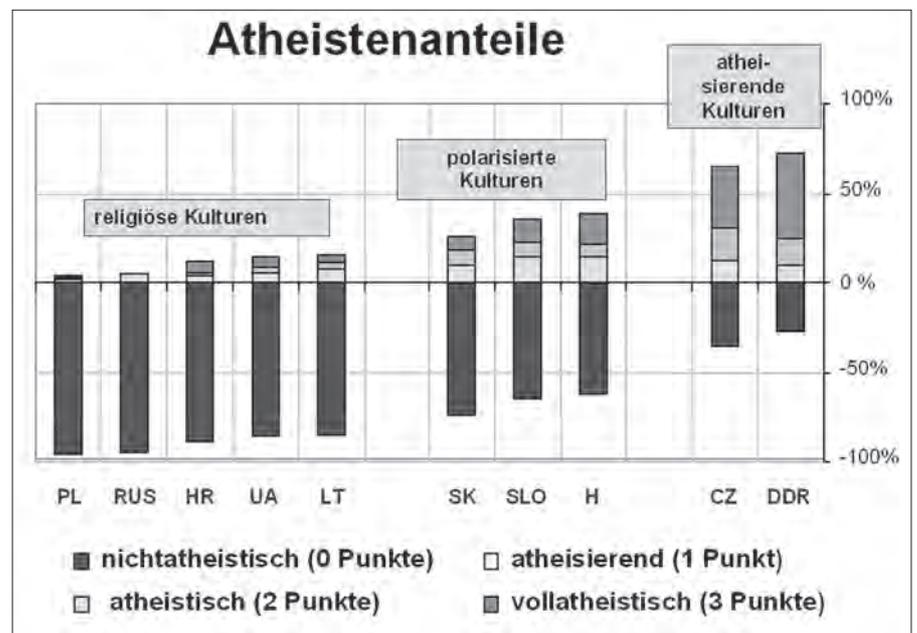
Deutschland wird Ihnen Solidarität über einen Solidaritätszuschlag vorgeschrieben. Bei uns in Österreich geht der ORF sofort in die Öffentlichkeit, wenn es eine Katastrophe gibt und macht Aktivitäten, Aktionen z.B. jetzt bei der Hochwasserkatastrophe oder bei der Aktion „Licht im Dunkel“ zu Weihnachten. Das sind gigantisch gelungene Modelle des Hebens des latenten Solidaritätspotentials. Es ist erstaunlich, wozu Menschen bereit sind. In einer Pfarrgemeinde ging einer nach dem Gottesdienst an den Ambo und sagte: „Morgen um sieben Uhr fahre ich mit einem Bus nach Ybs Schlamm beseitigen. Ich habe noch ungefähr 40 Plätze frei, wer eine Schaufel hat fährt mit“. Der Autobus ist voll, die Leute fahren mit. Am nächsten Sonntag erzählt er was ihn beeindruckt hat. Ich finde, wir sollten auch sagen, dass die Solidarität, wenn sie gelebt wird, die Befreiung ist aus dem Gefängnis des angstbesetzten Ich. Daher ist solidarisches Handeln der Königsweg der Menschwerdung. Du wirst auf keinem besseren Weg Mensch als wenn du auf andere hin lebst. Für jemanden, für etwas sagt der berühmte Viktor Adler auf die Frage, wann finde ich Sinn? Er sagt: „So habe ich Auschwitz überlebt, indem ich in diesen Szenarien der Sinnlosigkeit jeden Tag gefragt habe: Für wen und wofür lebe ich heute?“ Ich denke das sind fundamentale Traditionen, die wir der christlich-jüdischen Tradition verdanken. Nur wenn man anfängt, nicht andauernd

das eigene Gesicht zu suchen, sondern das Gesicht der anderen hat man die Chance ein Mensch zu werden. So komisch sind wir seit der Schöpfung konstruiert, dass sich niemand selber ins Gesicht schauen kann. Probieren Sie es an Ort und Stelle aus. Sie werden es schlicht nicht schaffen. Das werden wir uns immer merken müssen, dass wir den Spiegel des anderen brauchen. Der beste Spiegel für den Menschen ist nun einmal der Mitmensch. Dieser Wunsch, solidarisch zu sein, erstickt auf dem Weg zur solidarischen Tat in einem Dschungel von Ängsten. Es sind immer Ängste, die zur Entsolidarisierung führen. Eine der Ängste ist die Angst, dass uns die Zeit zu knapp ist auf der Suche nach dem optimal leidfreien Glück

Sinn, Religion, Kirche

Das dritte große Themenfeld ist die Frage wie es in Europa mit Sinn, mit Religion, mit Kirchen aussieht. Das ist sozusagen unser eigenes Schicksal.

Wir haben in Europa eine große religiöse und konfessionelle Vielfalt. Es gibt atheisierende, religiöse und gemischte Kulturen in Europa. Wichtig ist neben kleineren religiösen Gruppen die Orthodoxie, die wir europapolitisch notorisch übersehen. Ich denke, es wird das eine Europa nicht geben, wenn wir es nur protestantisch und katholisch entwerfen und die Orthodoxie nicht im Boot haben. Wir haben zz. höchste Spannun-

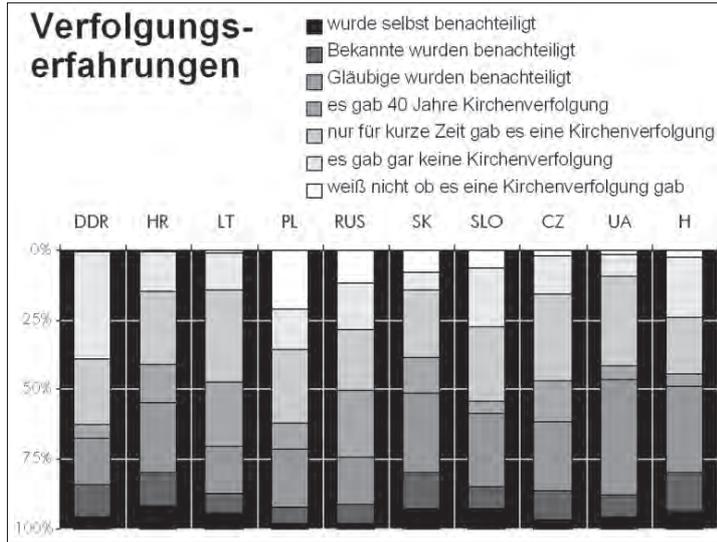


gen in Russland zwischen der Orthodoxie und einem polnischen geprägten Katholizismus. Die Orthodoxie in Gespräche einzubinden und zu europäisieren, ist im Grunde genommen eines der größten Friedensprojekte, das die Kirchen – der Katholizismus und der Protestantismus, der in sich selber wieder sehr bunt ist – heute aus eigener Kraft zu leisten haben.

Wir haben neuerdings auch hohe Atheistenanteile. Ich bringe ihnen hier ein Beispiel aus einem großen Forschungsprojekt das mein Institut in Osteuropa durchgeführt hat und das in acht Bänden mit dem Titel „Gott nach dem Kommunismus“ bereits publiziert ist. Wenn Sie Soldaten schon aufgrund ihres Berufes Osteuropaexperten zu sein haben, finden sie hier ein reiches Material nicht nur über die religiös-kirchliche Lage, sondern auch über die Erfahrungen des sozusagen ererbten Sowjetmenschen wie wir ihn genannt ha-

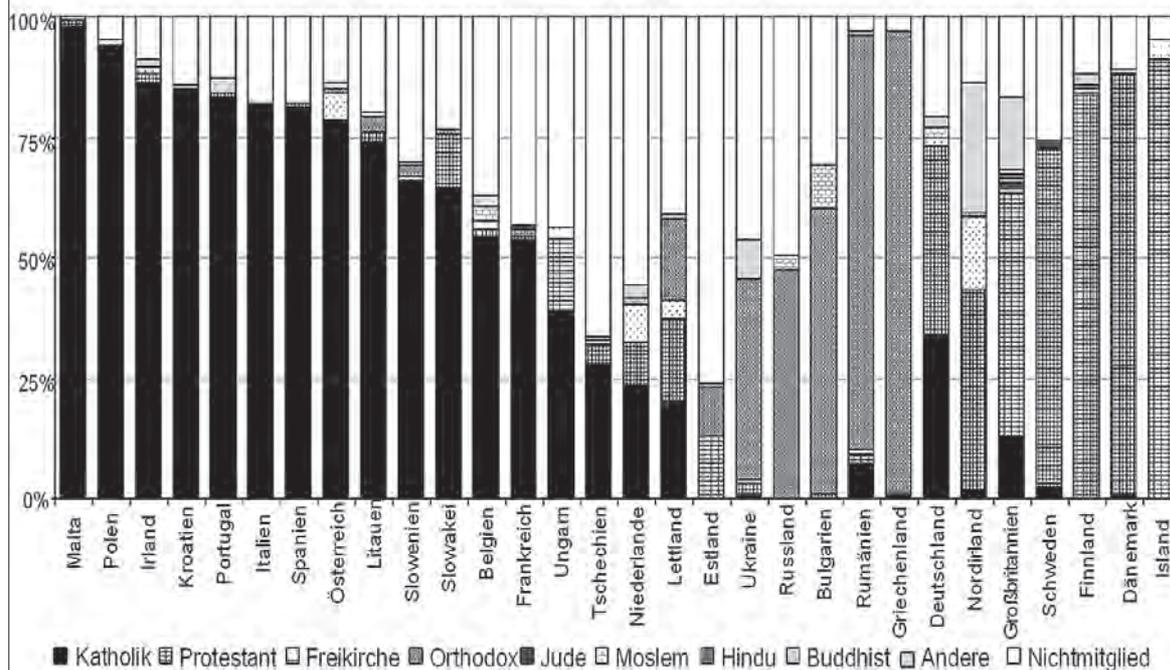
ben. Z.B. über die fatale Kommunismustalgie, die sich dann hält, wenn die Menschen jetzt übersiedeln müssen aus der sozialen Wärme des kommunistischen Systems, das wirtschaftlich völlig kollabiert ist, in die Kälte eines frühkapitalistisch inszenierten Neoliberalismus. Die Menschen wählen, das werden sie ja ver-

maßen die nichtatheistischen Kulturen. Was eine atheisierende bzw. atheistische Kultur ist, haben wir anhand von drei Fragen ermittelt, bei denen man jedes Mal sagen konnte, es gibt keinen Gott. Es ist natürlich sehr beunruhigend für den Systematiker, dass die wenigsten diese drei Fragen konsequent beantwortet haben, also immer das Gleiche gesagt haben. Was andererseits auch erfreulich ist, wenn wir sehen, dass ja auch der Atheismus nicht so streng konsequent ist. Wie wir übrigens schon länger wissen, dass auch die Gottesgläubigkeit nicht so konsequent ist. Aber es gibt immerhin ein paar vollatheistische Menschen, atheisierende Menschen und es gibt Länder wie Polen, Siebenbürgen, Kroatien, die Ukraine, Litauen wo es fast nichts davon gibt. Das sind die religiösen Kulturen, wie wir sie nennen. Dann haben wir polarisierte Kulturen wie die Slowakei, Slowenien oder Ungarn. Und dann haben wir noch zwei atheisierende Kulturen im Herzen des ehemals christlichen Europas. Das ist eine Novität. Es ist ungewöhnlich, dass wir in der DDR zum Beispiel etwa zu 75% Nichtkirchenmitglieder haben. Die Menschen sagen, ich glaube nicht an einen Gott. Dort ist es genauso selbstverständlich Kinder nicht zu taufen wie es in Bayern noch selbstverständlich ist sie zu taufen, d.h. die DDR ist Bayern mit negativen Vorzeichen. Es gibt sozusagen einen volkskirchlichen Atheismus in der ehemaligen DDR, und das ist schon eine dramatische Lage für die Kirche. Es ist das pastoral beste Lerngebiet für die Kirche. Es gibt nichts interessanteres, als den Dompfarrer zu Erfurt oder die theologische Fakultät in Erfurt. Vielleicht sollte man sie in Erfurt lassen, bis sie genug Einsichten gewonnen hat und dann können sie sie nach Berlin transferieren.



folgt haben, notorisch die nachkommunistischen Regierungschefs. Bis nach Polen hinein haben sie jetzt sozusagen sozialistisch-kommunistische Regierungen. Das hat etwas zu tun mit dem Versagen der sozialen Marktwirtschaft in diesen Jungdemokratien, und das sind bekannter-

Kirchenmitgliedschaft

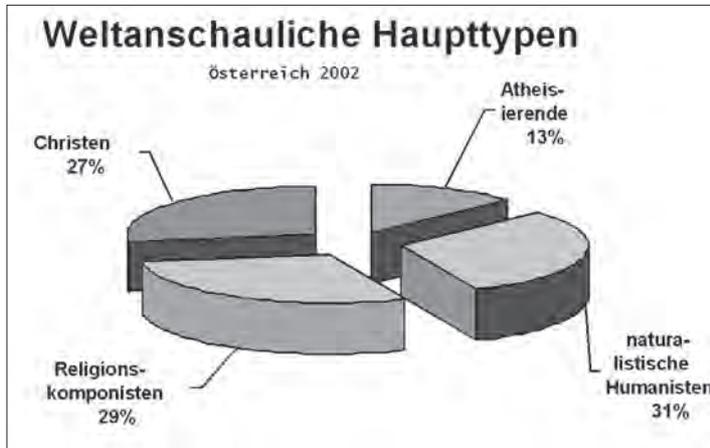


Nun noch einen kleinen Ausschnitt aus den „Verfolgungserfahrungen“ (s. Abb. S. 36). Was hat der Kommunismus hinterlassen? Da gibt es Leute, die gar nicht wissen, ob es eine Kirchenverfolgung gab. Davon ziemlich viele in Polen, was nahe liegt aufgrund des kirchlich domestizierten Kommunismus dort. Es gab gar keine Kirchenverfolgung, sagen auch viele in der ehemaligen DDR. Die gelehrten Kommunisten sagen,

„nein nein, wir haben die Kirchen nicht verfolgt. Wir haben ihr nur den angemessenen Platz in der Gesellschaft zugewiesen. Wir haben die Leute geschützt vor diesen magischen, heidnischen opiaten Systemen und haben sie befreit von dem Aberlauben“. Dies war ja die Grundlehre der atheistischen Kulturen. Es gab eine kurze Zeit Kirchenverfolgung bis etwa 1957 oder gar nur die ersten schwierigen Jahre der Implementierung des Kommunismus. Andere sagen, es gab für 40 Jahre Kirchenverfolgung oder die Gläubigen wurden benachteiligt, die Bekannten wurden benachteiligt oder man selbst wurde benachteiligt. Weiterhin stellen wir fest, dass es schon einen beträchtlichen Anteil von Menschen gibt, die Opfer der Verfolgung waren. Wobei wir zur Zeit in den Analysen feststellen, dass die Verfolgung über das Ausgrenzen der Katholiken vom Zugang zu den Bildungssystemen lief. Das ist die am stärksten Nachwirkung der Verfolgung, abgesehen davon dass Leute umgebracht worden sind. Heute gibt es dort einen Bildungsnotstand in den Kirchen. Wenn sie etwas Gutes für die Kirchen dort tun wollen, dann betreiben sie Humaninvestment. Fördern sie nicht Steine, sondern Beine. Das ist ein ganz elementares Programm. Man muss heute Menschen zu uns holen, damit sie zum Beispiel in der Theologie promovieren und habilitieren können. Dies ist notwendig, weil auch die theologischen Hochschulen dort mit einer jämmerlichen veralteten

Theologie ausgestattet sind.

Nun wie schaut es aus mit der Kirchenmitgliedschaft in Europa? Man sieht (Diagramm o.), dass es eine Reihe von Ländern gibt, die wir

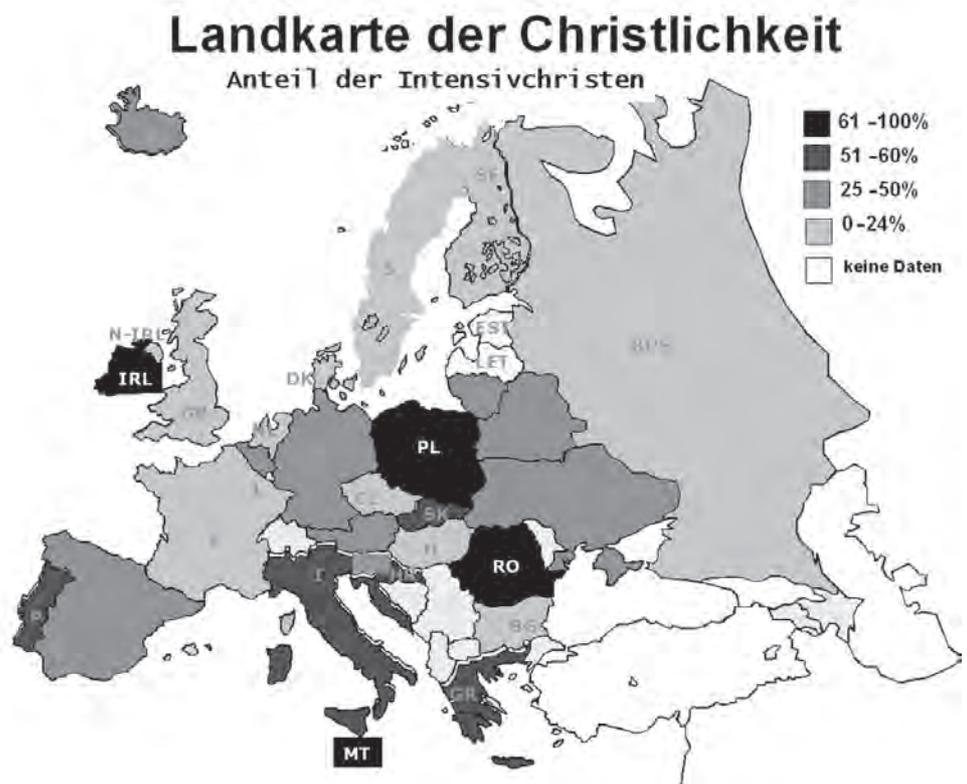


heute ganz katholisch nennen. Malta ganz voran, Polen, Irland, Kroatien, Portugal usw. Dann gibt es eine Reihe von Ländern die primär protestantisch sind vor allem in Nordeuropa, aber auch in Deutschland als gemischtes Land. Dann gibt es orthodoxe Traditionen, die wir europäisch wesentlich mehr schätzen müssen als wir es zur Zeit tun. Es gibt einen starken Block Orthodoxie von Griechenland über Rumänien, Bulgarien, Russland, die Ukraine, aber auch starke Anteile noch in Lettland oder in Estland.

Wir wissen aber auch, dass es nicht nur die Vielfalt der Konfessionen gibt, sondern dass es heute interessant ist zu sehen, welche weltanschaulichen Haupttypen es in Europa gibt.

Zum einen eine relativ kleine Zahl von atheisierenden Personen. Da haben wir naturalistische Humanisten, wie wir sie nennen. Sie sagen, vielleicht ist der Mensch das letzte Göttliche, was übrig bleibt. Die stärkste Gruppe ist die Gruppe der Religionskomponenten, wie wir sie in Wien liebevoll nennen. Andere sagen Patchworkreligion oder Dauerbaustelle. Das sind die Leute, die ihr eigenes Glaubenshaus bauen: Do-It-Yourself. Auf dem religiösen Markt gibt es viele Anbieter, die ihre Einrichtungen und Vorgänge anbieten. Die Menschen verwenden auch ein wenig Buddhismus. Die Reinkarnationslehre hat große Konjunktur in Europa. Es gibt etwa 21 % Menschen, die daran glauben und sofort damit beginnen, die hinduistische Lehre zu europäisieren. Der fromme Hinduist sagt: „Da stehe ich mit einem noch nicht abgeübten Karma, obwohl ich gerne herauskäme aus der Not des wiedergeboren werden zu müssen“. Der Hinduist will also heraus aus der Wiedergeburt, der Europäer will jedoch hinein in die

Landkarte der Christlichkeit



Wiedergeburt. Bei uns ist das so eine Art Seelenrecycling.

Dann gibt es Menschen, wie uns hier, die sich in dem Glaubenspalais einer Kirche sehr wohl fühlen. Ich glaube dass das auch wiederkehren wird. Die Menschen sagen: Gibt es nicht komfortable Glaubenshäuser, die man eher bewohnt als dass man weltanschaulich eine Dauerbaustelle hat“. Das wird eher wiederkehren, als dass es vergehen wird.

Diese Graphik zeigt eine Landkarte der europäischen Christlichkeit also wo z.B. die Intensivchristen zu Hause sind. Das sind Länder wie Irland, Polen, Rumänien, Malta (mit über 60 % die intensiv und engagiert am kirchlichen Leben teilnehmen). Es gibt aber auch Länder wo es nur noch 25 % sind wie Russland, Frankreich oder auch Großbritannien. Analysiert man dies noch genauer bezüglich der katholischen und protestantischen Kirche, so sieht man, dass der Protestantismus für seine niedrige Kirchenorientierung der Mitglieder, also für den hohen religiösen Individualismus, einen brutalen Preis bezahlt. Es wird immer deutlicher, dass der Einzelne für sich allein nicht konsequent Christ sein kann. Das ist das Schicksal moderner Kulturen, dass der Glaube netzwerkbedürftiger, d.h. gemeinschaftsbedürftiger ist. Das ist ja auch die Grundidee Ihrer GKS, dass Sie feststellen, nur zusammen Einfluss auf die christliche Gestaltung eines Lebensraums wie der Bundeswehr nehmen zu können. Auf die Frage, wie können wir gestalten, stellen sie fest, dass das am wenigsten allein und am besten miteinander geht.

Diesseits konzentrierte Kultur

Das Kernproblem im Sinnbereich ist die Frage: Wie weit reicht die Welt, in der ich lebe? Europa ist in einem hohen Grade diesseitskonzentriert. Wobei in diesem Diesseits die alte Paradiessehnsucht in der Form ungebrochen gegenwärtig ist, dass die Menschen optimal leidfreies Glück wollen. Die Jugendkultur sagt: Ich will alles und zwar sofort. Maximales Glück in kurzer Zeit. Theologisch gesehen wird damit der Himmel auf Erden notwendig. Weil der Himmel über uns aber verschlossen ist, möchten wir ihn auf Er-

den erleben. Sie wissen aus eigener Erfahrung, dass es nicht viele Räume gibt, in denen wir das machen, Liebe, Arbeit und Amusement.

Die Diesseitsorientierung verläuft völlig parallel zur Landkarte der intensiven Christlichkeit. Das Hauptverdienst der Kirchen ist es, den Menschen den Himmel offen zu halten. Wir werden nicht mehr - was wir pietistisch eine Zeitlang gemacht haben -, deswegen weltflüchtig werden, weil wir Himmelsstreber sind. Wir werden mit Lust und Verantwortung auf Erden leben, unter einem offenen Himmel. Dieses auf Erden leben unter einem offenen oder verschlossenen Himmel ist entscheidend, wie dieses Leben aussieht. Es gibt inzwischen sehr intensive europäische Studien zu der Frage des Preises, den jemand bezahlt, wenn er nur diesseitig lebt. Früher lebten die Menschen 30 Jahre plus Ewig, heute nur noch 90 Jahre.

Folgen der Diesseitsorientierung

Was heißt das, maßloses Glück in kurzer Zeit zu leben. Das ist die eigentliche Spannung in unserer Kultur. Sie durchzieht alle Lebensbereiche. Wir wollen das maßlos leidfreie Glück und haben das Gefühl, dafür maximal 90 Jahre zur Verfügung zu haben.

Marianne Gronemeyer schreibt in ihrem Buch „Leben als letzte Gelegenheit“, dass hier eine der Schlüsselfragen zu unserem Lebensdesign liegt. Das Leben wird immer schneller und fordert ja überfordert uns. Weitere Buchtitel lauten: „Wir laufen heiß“, „Wir amüsieren uns zu Tode“, „Wir arbeiten uns zu Tode“, „Die Liebe stirbt an ständiger religiöser Überforderung“. Im Zusammenhang mit der Überforderung wächst die Angst zu kurz zu kommen. „Wir haben deswegen dann auch nichts mehr füreinander übrig“. Das ist kein moralischer Satz. Die Menschen sind nicht so schlecht, wie wir Katholiken sie manchmal gerne hätten. Es ist nicht Unmoral, sonder Unvermögen. Es ist der Preis, den die Menschen zahlen für ihre Jagd nach dem optimalen leidfreien Glück in begrenzter Zeit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie davon keine privaten Geschichten erzählen könnten. Das ist die Luft, in der wir leben und das

infiziert uns auch. Wir beobachten aber, dass die Menschen immer aufmerksamer werden bezüglich der Frage, was macht eigentlich unsere Kultur mit mir? Die Menschen reagieren auf diese Art des zugemuteten, hastigen, anfordernden, verängstigten und entsolidarisierten Lebens. Wir beobachten eine destruktive Flucht. Man läuft davon. Das können sie auch bei den ihnen anvertrauten Menschen beobachten. Diese vielfältigen Formen des „Escape“ in Alkohol, in Schauspiel, vielleicht auch in Drogen, in die Kriminalität. Die eleganteste Form ist die Flucht in die psychosomatische Krankheit oder in Sekten oder gar in den Selbstmord. Das läuft alles unter der Überschrift „Flucht vor der Unerträglichkeit der Realität des grauen Alltages“. In der Beratung von Menschen aus dem gutbürgerlichen Milieu, deren Kinder in Sekten gehen, kommt rasch die Frage nach der Schuld. Man kann sagen, dass die Kinder schuld sind oder dass die Sekten schuld sind. Irgendwann muss man jedoch die Frage stellen, sind nicht auch die Eltern schuld. Welches Familienleben finden diese Kinder bei ihren hochgestressten Eltern vor? Ich denke das empfinden diese Kinder auch und sagen, am besten laufe ich davon. Sie suchen eine produktive Alternative. Entweder sie dämpfen das Bewusstsein mit Schnaps, Bier oder noch komfortabler mit Drogen oder sie flüchten in eine Krankheit, in der sie von allen Angehörigen sehr umsorgt werden, ohne richtig krank zu sein. Weitere Alternativen sind die Sekten oder gar der Selbstmord. Das alles sind Fluchtphänomene.

Respiritualisierung seit Mitte der neunziger Jahre

Da geraten wir zu einer kulturell unbemerkten Situation, die auch die Kirchen noch nicht deutlich genug sehen. Wir erleben inmitten einer hochsäkularisierten Kultur einen Megatrend der Respiritualisierung.

In den 70-er Jahren galt, „die Zukunft ist die Stadt ohne Gott“ oder „je moderner desto säkularisierter“. Heute sehen wir, dass in den Städten die Religion wiederkehrt. Heute gilt: „Je moderner, desto säkularer und daher spiritualitätsproduktiver“.

Nicht die Kirche, sondern die Kultur produziert Spiritualität. Dies geschieht ohne uns, vor uns, jenseits von uns und manchmal auch gegen uns. Wir beobachten auch, wie diese Respiritualisierung aussieht. Ich sage ihnen einige Merkmale und sie werden sagen, ach das wäre doch auch in unserem kirchlichen Leben nicht so übel, wenn wir davon etwas mehr fänden. Ich kenne viele Leute, die die Kirche verlassen, weil sie „Gottsucher“ sind. Das ist die größte Paradoxie, die wir heute haben. Wir bringen die Menschen mit einer Kirche zusammen, die alles mögliche tut, nur nicht das, wofür sie stehen könnte, nämlich den Menschen den Himmel offen zu halten, den Menschen aus erster Hand eine Gotteserfahrung zu vermitteln.

In unserer Forschung entdecken wir markante Grundzüge. Als Gegengewicht zur permanenten Selbstentfremdung fangen die Menschen an, das eigene Ich zu suchen. Von der Peripherie des Lebensrades in die Mitte vorzudringen. „Der Exodus ins Ego“ ist ein berühmter Buchtitel geworden. Angesichts der kosmischen Vereinsamung unserer kulturellen Ichlinge finden wir, dass die Menschen nach kosmischer Verwobenheit suchen. Sie möchten ein Teil eines größeren Ganzen sein und darin Würde und Größe erleben. Das geht bis zur Aussage: „Ich bin ein Teil Gottes und das allein verschafft mir Würde.“

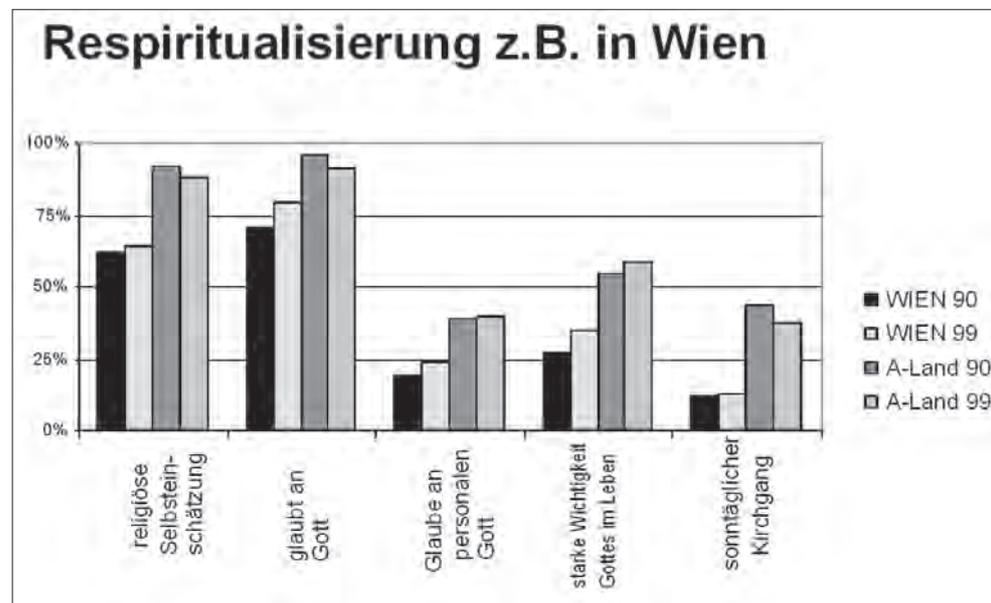
Wir sind von Gottes Art, sagt die Apostelgeschichte. Die Menschen sagen aber auch sehr naiv, das es reicht Gutes zu fühlen und zu denken, z.B. für Afghanistan, das Kosovo usw. Das ist natürlich realpolitisch gedacht nicht ganz so einfach, wenn es vor allem ein Ersatz für das Tun ist. Im Grunde genommen haben wir uns alle im Glauben hoch individualisiert. Wir wissen nichts mehr von der Gemeinschaft der Heiligen. Wir wissen nichts mehr von der Gegenwart Gottes, der aus einer anderen Welt mitten unter uns gegenwärtig ist. Wir haben wenig Erfahrung mit Erbteil und Erbschuld. Wir haben alle diese Verwebungsthemen letztlich aus unserer Theologie verloren und haben sie hoch individualisiert. Vor allem der Kulturprotestantismus hat am Schluss nur noch als

einzig übrig gebliebene Frage „Wie finde ich einen gnädigen Gott?“ übrig und sonst nichts. Das ist die völlige Isolation des Menschen in Fragen des Heils, während wir in der Bibel erfahren, dass wir auch im Heil alle in einem Boot sitzen. In einer Kultur die krank macht, suchen die Menschen nach Heilung. In einem Zentrum des Lichtes in Mainz gibt es jeden Mittwochabend einen dreistündigen Heilungsgottesdienst. Immer mehr Menschen reisen von immer weiter her dort hin. Die Menschen haben ein unglaubliches Bedürfnis, dass ihre kranke, ramponierte Seele wieder „Schalom“, wieder Heil wird. Sie haben das Gefühl, sie leben in einer Kultur, die sie vielfältig zerzaust, beschädigt und krank macht. „In einer Kultur der Hinrichtung suchen die Menschen nach einer Ethik der Liebe“. Das ist ein Zitat aus einer Diskussion mit Mitarbeitern des ZDF über das dortige Arbeitsklima. Das ist keine Ethik der Liebe, wenn schon klar ist, dass nur die Ethik der Liebe dem entspricht, was wir in der Ontologie der Liebe im Voraus wissen: Dass wir alle miteinander verwoben sind, dass diese tiefe Verwobenheit sich im Handeln ausdrücken könnte: In einer Ethik der Liebe. Dann sehen wir, wie die Ethik der Hinrichtung das Wesen des Menschen zutiefst angreift. Das spüren die Menschen und sie suchen in ihrer Spiritualität so etwas wie eine Ethik der Liebe.

Ich zeige Ihnen an einem Bei-

spiel meiner Heimatstadt Wien die empirisch ermittelte Entwicklung der Respiritualität. Dies ist auf andere große Städte übertragbar. Anhand von Bewertungen zu Aussagen wie „Ich bin ein religiöser Mensch“, „Ich glaube an einen Gott“, „Ich glaube an einen personalen Gott“ oder „Gott ist in meinem Leben wichtig“ zeigen, dass von 1990 bis 1999 entgegen aller Prognosen diese religiösen Indikatoren gewachsen sind. Wenn man weitere religiöse Indikatoren dazu nimmt, sieht man, dass die Menschen wieder mehr meditieren und mehr von einem persönlichen Gebet halten. Es wächst uns wieder eine Generation nach, die das Gefühl hat, dass diese Oberflächlichkeit und Banalität des säkularen Leben letztendlich dazu führt, dass der Mensch klein und der Zugriff des Menschen auf den Menschen groß wird. In der High-Tec-Medizin, in der Verwaltung, in der Wirtschaft zählt der einzelne Mensch immer weniger und kapitalintensive Maschinen immer mehr. Deswegen ist es auch nur folgerichtig dass die größte kulturelle Einrichtung in der jüdisch-christlichen Tradition, nämlich die kollektive Unterbrechung der Arbeit an einem Sonntag, geschliffen werden muss. Wir meinen, das aus wirtschaftlichen Gründen und Arbeitsplatzvorteilen zu brauchen.

„Was ist der Mensch?“, ist die bedrängendste Frage in Europa, die sich heute in vielen Bereichen sehr vielen Menschen stellt. □





Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS) am 18.09.2002 in Rolduc/NL

– PROTOKOLL –

Teilnehmer: 41 Personen, die sich in die umlaufende Anwesenheitsliste eintrugen
Ort: Kongresszentrum Rolduc/NL
Zeit: 18.09.2002, 13.30 - 14.40 Uhr

Zu Beginn der Mitgliederversammlung wird festgelegt, dass das Protokoll im AUFTRAG, der jedem FGKS-Mitglied zugänglich ist, veröffentlicht wird. Protokollführer ist der Bundesgeschäftsführer der GKS. Das Protokoll gilt als durch den Vorstand FGKS genehmigt, sofern nicht bis spätestens 4 Wochen nach Erscheinen des AUFTRAG schriftlich beim Bundesgeschäftsführer der GKS Einspruch dagegen erhoben wird. Eine weitere Genehmigung in der nächsten Mitgliederversammlung entfällt.

1. **Der Vorsitzende des FGKS**, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, eröffnet die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS.
 - Er weist darauf hin, dass die Einladung zu dieser Sitzung nicht im AUFTRAG veröffentlicht werden konnte. Der Schatzmeister hat die Einladungen mit großem Aufwand persönlich versandt. Der Vorsitzende dankt ihm dafür.
 - Es ist beabsichtigt, einen erneuten Versuch zu unternehmen, bei dem zuständigen Amtsgericht die Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu erreichen. Der Vorsitzende dankt Herrn Detlef Warwas, dem Vorsitzenden der KS e.V., für die Unterstützung bei der Verwirklichung dieser Absicht.
 - Er unterstreicht, dass der FGKS nicht ein Kreis für Pensionäre, sondern für alle Mitglieder und Freunde der GKS sein soll.
 - Er weist schließlich darauf hin, dass die Kirchensteuermittel stark rückläufig sind. Es ist zu erwarten, dass die GKS zukünftig vieles aus eigenen Kräften finanzieren muss. Auch die Möglichkeit, einen Beitrag von den GKS-Mitgliedern zu fordern, kann nicht auf Dauer ausgeschlossen werden.
2. **Der Schatzmeister**, OStFw Berners, legt seinen **Bericht** vor.
 - Die Mitgliederzahl ist in 2002 von 270 auf 300 angestiegen. Zur Unterstützung der GKS wurden DM 22.648,38 ausgegeben.
 - Das Gesamtvermögen am 31.12.2001 betrug DM 41.513,05. Davon sind satzungsgemäß DM 30.000,00 auf einem Wachstumskonto angelegt.
 - Der Schatzmeister wird prüfen, ob das verfügbare Geld zinsgünstiger und mit möglichst niedrigen Gebühren angelegt werden kann.
 - Der Vorsitzende erläutert auf Nachfrage einzelne Projekte (Nova Mala, Computerausstattung für Redakteur AUFTRAG).
 - Der Antrag auf Einrichtung eines Vergabeaus-

schusses (Vorstand FGKS plus gewählte Mitglieder oder der Bundesvorstand der GKS) wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

4. Die **Kassenprüfer, Hptm Becker und Hptm a.D. Dorndorf**, haben den **Haushalt 2001** geprüft. Sie bestätigen eine einwandfreie, übersichtliche und vorbildliche Kassenführung, es gab keine Beanstandungen.
Sie schlagen Entlastung des Vorstandes vor.
5. Die **Entlastung des Vorstandes** erfolgt bei 2 Enthaltungen für den Haushalt 2001.
6. **SF Hübsche und Hptm a.D. Riffel** werden als **Kassenprüfer** für das **Jahr 2002** gewählt.
7. **Neue Projekte**
Der Bundesvorsitzende trägt zu den Projekten vor, die der Bundesvorstand der GKS für die Unterstützung durch den Förderverein vorschlägt:
 - Gestaltung einer Info- und Werbe-Stellwand GKS
 - Handbuch der GKS digitalisiert auf CD-ROM
 - Aktualisierung und Neuherausgabe des Buches „Erklärungen der GKS“
 - Neuherausgabe des Faltblattes GKS.
 - Beschaffung eines Beamers für die GKS in Nordrhein-Westfalen
 Nach ausführlicher Diskussion wird festgestellt, dass diese Vorhaben mit den Zielen des Förderkreises vereinbar sind. Die Entscheidung über eine konkrete Förderung liegt lt. Satzung beim Vorstand.
8. **Allgemeines**
 - Da die Geschäftsstelle der GKS nach Berlin verlegt wurde, soll auch der Sitz des Förderkreises nach Berlin verlegt werden.
 - Soweit in Satzung und Geschäftsordnung auf den „Referent beim Bundesvorstand“ Bezug genommen wird, soll mit der nächsten Satzungsänderung die Änderung auf „Bundesgeschäftsführer“ erfolgen.
 - Die Gemeinnützigkeit des Förderkreises soll mit Nachdruck verfolgt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass bei einer Beantragung in Berlin die Rücklage nach den dortigen Bestimmungen maximal in Höhe der zweckbestimmten Ausgaben des letzten Haushaltsjahres entsprechen darf.
 - Nächste Mitgliederversammlung im September 2003 bei der Bundeskonferenz der GKS.
 - Der Vorsitzende dankt für die Teilnahme an der Mitgliederversammlung des FGKS.

gez. Dr. Klaus Achmann
 Bundesgeschäftsführer der GKS

Wer die **Gemeinschaft Katholischer Soldaten** auch materiell unterstützen möchte, so dass sie ihre vielfältigen Aufgaben – insbesondere ihre Publikationen, Veranstaltungen und Betreuung ehemaliger Soldaten – effektiv wahrnehmen kann, werde Mitglied im Förderkreis der **Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS e.V.)**. Einzelheiten sind der Vereinskarte zu entnehmen, die beim Schatzmeister (Anschrift siehe Aufnahmeantrag) angefordert werden kann. Mitgliedern des FGKS wird die Verbandszeitschrift **AUFTRAG** an ihre Privatanschrift zugesandt.

AUFNAHMEANTRAG

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in den Förderkreis der **Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. (FGKS)**

Name :	geb. am:		
Vorname:	Dienstgrad:		
PLZ:	Wohnort:		
Straße:			
Tel. Nr.:	Fax Nr.:		
Mein zuständiger Wehrbereich / GKS Kreis lautet:			
Wehrbereich:	Ich gehöre keinem GKS - Kreis an:		
GKS - Kreis:	Ich möchte bei einem GKS-Kreis mitarbeiten:		

Außer mir wollen folgende Familienmitglieder aufgenommen werden:

Name, Vorname	Geburtsdatum	Name, Vorname	Geburtsdatum

- Mit der Aufnahme in den Verein erkenne ich die Satzung des FGKS an und verpflichte mich, mindestens den festgesetzten Beitrag Stand: 2001 - **Einzelmitgliedschaft 30,00 EUR / Jahr - Familienmitgliedschaft 50,00 EUR / Jahr** - per Lastschrift / Überweisung / Dauerauftrag (nicht zutreffendes bitte streichen) zu zahlen.
- Rechtsgrundlage für den Umgang mit personenbezogenen Daten des Antragstellers (einschließlich deren Verarbeitung) ist das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Ich/wir sind damit einverstanden, dass meine/unsere personenbezogenen Daten von dem FGKS erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

Datum _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Förderkreis der **Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.** widerruflich _____ € jährlich zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn das angegebene Konto den erforderlichen Beitrag nicht aufweist, ist mein Kreditinstitut nicht zur Einlösung verpflichtet.

Name:	Vorname:		
PLZ:	Wohnort:		
Straße:			
Kreditinstitut:			
Konto-Nr.:	BLZ:		
Datum:	Unterschrift:		

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V., Schatzmeister Hubert Berners, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt, Tel. 0 25 08 / 98 46 39, Fax: 98 55 76
 Pkw - Bank e.G., Löhrgärten 24, 52064 Aachen, Kontonr. 100 943 9010, BLZ: 391 601 01

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.

ÄNDERUNGSMELDUNG

Bankverbindung Dienstgrad Familienstand Umzug

Mitgliedsnummer: _____

Name, Vorname: _____

Dienstgrad (alt): _____ Dienstgrad (neu): _____

Versetzung in den Ruhestand Datum : _____

Alte Anschrift

Straße, Haus Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Wehrbereich: _____

GKS – Kreis: _____

Neue Anschrift

Straße, Haus Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Wehrbereich: _____

GKS – Kreis: _____

Tel. Nr.: _____ Fax Nr.: _____

E – Mail : _____

Bankverbindung bitte nur bei Lastschriftverfahren ausfüllen !

Alte Bankverbindung

Kreditinstitut: _____

Kontonummer: _____ Bankleitzahl: _____

Neue Bankverbindung

Kreditinstitut: _____

Kontonummer: _____ Bankleitzahl: _____

Hiermit ermächtige ich den FGKS e.V. widerruflich den Jahresbeitrag zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Ort, Datum, Unterschrift

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten E.V., Schatzmeister
 Hubert Berners, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt

Islam und westliche Welt

AUFTRAG veröffentlicht einen mehrteiligen Beitrag von Oberst a.D. Dieter Kilian, Militärattaché-Verwendungen in islamischen Staaten, zum Thema „Islam und westliche Welt“ (bisher erschienen Teil 1 in **AUFTRAG** Nr. 246/Februar 2002, S. 25 ff. „Annäherung und Konfrontation – die muslimische Welt im 21. Jh.“; Teil 2 in Nr. 247/April 2002, S. 14 ff. „Religiöse Grundlagen und Rechtssystem“ und Teil 3 in Nr. 248/August 2002, S. 11 ff. „Islam und Christentum“). Der Gesamtbeitrag „Islam und westliche Welt“ von Oberst a.D. Dieter Kilian ist in einer vom Autor vorgenommenen und übersetzten achtseitigen Kurzfassung in der Novemberausgabe der pakistanischen Monatszeitschrift „Defence Magazin“ erschienen.

Teil 4: Islam und Sicherheitspolitik

DIETER KILIAN

Der vierte Teil der Darstellung des Islam ist sicherheitspolitischen Aspekten gewidmet. In den Krisenszenarien der NATO bis zum Beginn der neunziger Jahre war eine Auseinandersetzung mit einem muslimischen Land nur an der Schnittstelle zwischen Türkei und Nahem Osten denkbar. Seit einigen Jahren aber werden Soldaten der Bundeswehr zunehmend in Ländern mit muslimischer Bevölkerung eingesetzt: bei der Kurdenhilfe im Iran, in Somalia, auf dem Balkan und nun am Horn von Afrika und in Afghanistan. Die Tendenz ist steigend. Von da-

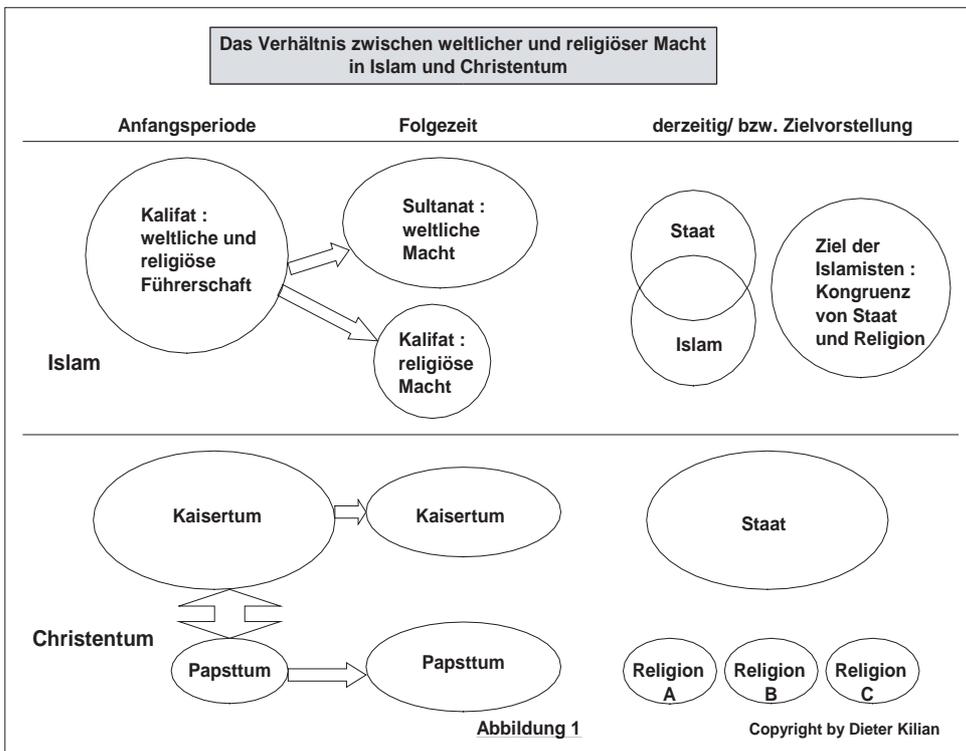
her erscheint es zweckmäßig, den Islam auch einmal aus sicherheitspolitischer Perspektive zu betrachten.

Das Konzept des Krieges im Koran

Im Islam waren religiöse und weltliche Führerschaft anfangs im Kalifat vereint. Und so erfolgte die Ausbreitung weltlicher Macht und religiöse Unterwerfung Hand in Hand und nahezu zeitgleich. Erst später kam es zu einer Trennung zwischen weltlicher und religiöser

Macht. Im Christentum war es anders: Macht und Glaube waren über lange Zeit getrennt. Seine Ausbreitung erfolgte daher behutsam, im Untergrund und eher konspirativ. Wer als Christ entdeckt wurde und sich öffentlich zu seinem Glauben bekannte, wurde in den ersten Jahrhunderten im römischen Reich hingerichtet und starb als Märtyrer. Das Christentum konnte sein Konzept erst ändern, nachdem Konstantin der Große den politischen Freiraum dafür geschaffen hatte. Dann aber traten Rivalitätstendenzen auf, die schärfer waren als im Islam: einen „Canossa-Gang“ gab es dort nicht, denn die weltliche Machtelite war im Islam, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stärker als die religiöse (s. Abb 1).

Krieg spielte in den Anfängen des Islam eine existentielle Rolle, war eine Frage des Überlebens. Ohne die kriegerische Auseinandersetzung mit den Feinden Mohammeds auf der Arabischen Halbinsel wäre der Islam kaum über die Stufe einer örtlichen Sekte hinausgekommen. Aus diesem Grunde legte die junge Muslimgemeinde auch großen Wert auf militärische Führungsqualitäten ihrer Führer, der Kalifen. Zunächst galt es, die kleine muslimische Gemeinde vor den Anfeindungen und Behinderungen bei der Ausübung des Glaubens¹⁾ in Mohammeds eigenem Stamm, den Quraisch, in Mekka zu schützen; dies gelang aufgrund des für die Muslime ungünstigen Kräfteverhältnisses nur mit einem defensiven Konzept, das religiös motiviert war. Es wurde damit begründet, den Glauben Gottes gegen die „Ungläubigen“ und „Götzendiener“²⁾ zu verteidigen. Beide Begriffe hatten damals nur eine regionale Bedeutung, d.h. es waren all diejenigen im Raum Mekka und Medina, die der neuen Religion feindlich gesinnt waren. Es gibt keinen Beleg dafür, dass sich dies auf alle Nicht-Muslime weltweit bezog. Im weiteren Verlauf dieses Machtkampfes lassen sich drei Phasen nachweisen. Zunächst ging es bei den Schlachten, die die ersten Kalifen zunächst auf der Arabischen Halbinsel führten, darum, die nach dem Tode des Propheten wieder vom Islam abgefallenen Stämme („riddah“ = Abfall vom Glauben) zurückzuge-



winnen. Die zweite Phase war durch Kämpfe um die Vorherrschaft innerhalb der Muslimgemeinde³⁾ bestimmt. Letztlich brachten sie aber keinen Erfolg. Das Auseinanderbrechen wurde nicht verhindert, im Gegenteil, die Spaltung des Islam wirkt bis heute nach. Erst mit Stabilisierung der Machtverhältnisse kam es in der dritten Phase zu einem Wechsel in Richtung auf eine offensive Strategie: nur einhundert Jahre nach dem Tode des Propheten standen muslimische Truppen an den Pyrenäen, eine gewaltige Leistung,⁴⁾ auch wenn andere Herrscher ähnlich große Reiche in kürzerer Zeit eroberten.

Es gibt einige muslimische Autoren⁵⁾, die den Koran als konkrete Handlungsanleitung zur Kriegführung interpretieren, jedoch führt dieser Ansatz ebenso ins Leere wie z.B. derjenige, den Koran als Weisung für staatsrechtliche Strukturen zu betrachten.

Die wenigen Textstellen im Koran, die sich auf Kampf und Krieg beziehen, sind aus unserer Sicht vom historischen Kontext des Entstehens der noch kleinen Glaubensgemeinschaft nicht zu lösen und daher kaum zu allgemeingültigen Grundsätzen zu erheben.⁶⁾ Grundsätzlich kann man feststellen: der Koran betrachtet die Ausübung von Gewalt ausschließlich als Instrument zur Niederwerfung der Feinde des Glaubens. Daher ist Krieg für den Muslim nicht Mittel der Politik eines Staates, also nicht menschlichen Ursprungs, sondern göttlicher Auftrag, die Umsetzung von Gottes Gebot mit den Mitteln der Gewalt. Aus diesem Blickwinkel ergibt sich zwangsläufig, dass auch das Ziel des Krieges religiösen Charakter haben muss, nämlich den Sieg über die Ungläubigen und Abtrünnigen, und in letzter Konsequenz die Errichtung eines stabilen Friedens. Es versteht sich von selbst, dass ein solcher Krieg aus muslimischer Sicht nur gerecht sein kann. Hier klaffen muslimische und die christliche Vorstellung des Neuen Testaments mit seinem Gebot „Liebet eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen“⁷⁾ unvereinbar auseinander. Auch der Imperativ der Bergpredigt, „Wer dich auf die rechte Wange schlägt, dem halte auch die andere hin“⁸⁾, findet keinerlei Entsprechung

im Islam. Zwar kennt auch der Islam Märtyrer,⁹⁾ aber sie fallen nicht in die Kategorie von Gläubigen, die sich wie „Lämmer zur Schlachtbank“ führen lassen, sondern es sind Männer und Frauen, die tapfer im Kampf für ihren Glauben fallen. Daher räumt der Koran auch den Kämpfern einen höheren Rang gegenüber denen ein, die sich nicht am Kampf beteiligen.¹⁰⁾ Dies bedeutet, dass der Koran das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes strikt ablehnt: diejenigen, die es in Anspruch nehmen, schaden Gemeinschaft und Glauben. Im Koran weisen nur zwei Stellen¹¹⁾ auf einen Missionierungsauftrag hin, und sie sind verhaltener formuliert als die christliche Weisung „Darum gehet hin und machet alle Völker zu Jüngern und taufet sie ...“¹²⁾ Ergänzend kann ein solches Gebot jedoch auch aus dem Universalanspruch des Islam („Religion der Wahrheit“¹³⁾) abgeleitet werden.¹⁴⁾

Daher waren in erster Linie machtpolitische Erwägungen die treibenden Kräfte für die Ausbreitung des Islam und weniger das religiöse Moment.

Die Devise „Kämpft in Allahs Weg“¹⁵⁾ die häufig im Koran genannt wird, stammt zumeist aus dem zehnjährigen Aufenthalt Mohammeds in Medina (622-632) und ist in erster Linie gegen seine Widersacher in Mekka gerichtet, derentwegen er seine Geburtsstadt verlassen musste. Friede werde erst dann herrschen, wenn diese Ungläubigen den Islam angenommen haben.¹⁶⁾ Die koranischen Aussagen zur Führung eines Krieges sind widersprüchlich. Der Kampf ist dann gerechtfertigt, wenn der Gegner die muslimische Gemeinde angegriffen und sie „aus den Wohnungen und von den Kindern vertrieben“ hat.¹⁷⁾ Hierbei geht der Islam von einer Weltsicht aus, in der sich zwei feindlich gesinnte Lager gegenüberstehen, das eigene „Haus des Islam“ (Dar al-Islam) und das „Haus des Krieges“ (Dar al-harb) der Feinde des Islam (s. Abb. 2, Seite 43).

Diese Begriffe sind allerdings nicht im Koran zu finden, sondern stammen aus späterer Zeit. Innerhalb des „Hauses des Islam“ sind gewaltsame Konflikte streng verboten.¹⁸⁾ Diese Zweiteilung der Welt in Gut und Böse war bereits in der Anfangs-

zeit des Islam falsch, denn sie verkannte, dass durch die Spaltung des Islam zwischen den Muslimen interne Fronten entstanden, die ebenso konträr waren wie jene zu den Ungläubigen, und die deshalb – trotz des Verbotes durch den Koran – mit der gleichen Verbissenheit und Härte ausgefochten worden sind.

Die arabische Sprache kennt mehrere Begriffe für Krieg, Kampf und kämpfen, und er verwendet sie in unterschiedlicher Zuordnung. Für den nicht erlaubten innermuslimischen Konflikt, z.B. den Machtkampf zwischen Mohammeds Lieblingsfrau Aischa und Schwiegersohn Ali, wird der Begriff „Fitna“, (Versuchung, Aufruhr, Zwietracht, Bürgerkrieg) und für die militärischen Aktionen der Gläubigen im Rahmen des militärischen Dschihad („Heiliger Krieg“) wird das Wort „Qital“¹⁹⁾ (Kampf) benutzt. Im Gegensatz dazu werden die arabischen Worte „Harb“ (Krieg) und „Idwan“ (Aggression) stets im Zusammenhang mit un gerechtfertigten Kriegshandlungen der Ungläubigen verwendet.²⁰⁾ Für Bürgerkriege unter den Ungläubigen wird daher auch nicht das Wort „Fitna“, sondern „Harb ahliya“ („familiärer Krieg“) gebraucht.

Der Koran schreibt zu einem den Kampf „mit Gut und Blut“²¹⁾ d.h. einen totalen Krieg bis zur völligen Niederwerfung des Gegners²²⁾ gegen die Ungläubigen und Abtrünnigen als Kriegsziel ausdrücklich vor,²³⁾ fordert aber gleichzeitig zu Mäßigung auf.²⁴⁾ Zudem betont er auch die Abscheu vor dem Krieg²⁵⁾ und weist damit darauf hin, dass er auch für Muslime nur eine ultima ratio darstellen darf. Daher ist Aggression im Sinne eines nicht religiös begründeten militärischen Überfalles durch den Koran verboten.²⁶⁾ Allerdings geht er davon aus, dass Aggression nur durch Ungläubige erfolgt, nicht aber durch die Muslime selbst und zeichnet damit eine Lage, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Der Beginn der Kampfhandlungen ist an eine Kriegserklärung gebunden;²⁷⁾ dies wurde sowohl von Mohammed als auch von vielen seiner Nachfolger praktiziert. Somit sind Präventivkrieg und Überfall ohne Warnung wie z.B. der ägyptische Angriff gegen Israel 1973 oder

die Terror-Anschläge des 11. September, durch die Brille des Koran betrachtet, nicht erlaubt. Die Kompetenz zur Erklärung der Kampfhandlungen liegt ausschließlich beim Kalifen oder Imam der muslimischen Gemeinschaft. Von daher besitzen die Aufrufe z.B. Bin Ladens zum „Heiligen Krieg“ weder rechtliche Grundlage noch religiöse Verbindlichkeit. Auf die Problematik des fehlenden einheitlichen Lehramtes sei an dieser Stelle noch einmal hingewiesen. Trotz der geforderten Härte im Kampf schreibt der Koran auch einige ethische Einschränkungen in der Kriegführung vor. Nach übereinstimmender Auffassung der meisten Rechtsgelehrten sind Grausamkeiten sowohl gegen den Gegner als auch gegen Wehrlose, Frauen, Kinder, alte Menschen und Sklaven untersagt. Ebenso sind sinnlose Grausamkeiten,²⁸⁾ Zerstörung, Plünderung, Vergewaltigung und das Abbrennen der Ernte, sowie heimtückische Kriegslisten²⁹⁾ verboten. Andersgläubige werden als „Schutzbefohlene“ (Dhimmis)³⁰⁾ betrachtet und nicht gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Gegenüber denjenigen, die sich ergeben, ist Gnade walten zu lassen.³¹⁾ Hierbei ist die Frage nach der Behandlung von Gefangenen nicht eindeutig. Zwar spricht der Ko-

ran generell davon, Gefangene zu schonen, aber nur, wenn diese „zum Frieden geneigt sind.“³²⁾ Der Koran bietet fünf Optionen für deren Behandlung an: Freilassung ohne Lösegeld, Freilassung gegen Lösegeld, wenn versprochen wird, nie wieder gegen Muslime zu kämpfen, Austausch gegen eigene Gefangene, Sklaverei und Hinrichtung. Die Wirklichkeit der islamischen Kriegsgeschichte zeichnet aber ein anderes Bild. Das Verbotene wurde in der Zeit nach Mohammed ebenso zur Regel, wie in „christlichen Kriegen“ das „Liebet eure Feinde“ zu kurz kam. Die Pflicht zum Kampf obliegt in erster Linie der Gemeinschaft der Gläubigen, weniger dem Einzelnen. Der Koran unterscheidet beim aktiven Kampf nicht zwischen Männern und Frauen; auch letztere waren aufgerufen, den Glauben notfalls als Kämpferin zu verteidigen. Dies war eine Neuerung, die dazu beitrug, den Wert der Frau zu steigern. So hatte die Lieblingsfrau des Propheten, Aischa,³³⁾ nach dem Tode Mohammeds in der Auseinandersetzung um die Führung der Gemeinde in der sog. „Kamelschlacht“ im Jahre 656 n.Chr. im Raum Basra die Operationen gegen ihren Schwager Ali geführt. In der Folgezeit hat Aischas Verhalten als Ausdruck weiblicher

Selbständigkeit allerdings eher dazu beigetragen, die Rolle der Frau abzuwerten. Eine Rückbesinnung auf die Frau als Kämpferin, wenngleich in einer pervertierten Form, ist die wachsende Beteiligung junger Frauen bei Selbstmordattentaten im Nahost-Konflikt.

Der Heilige Krieg

Das Schlagwort vom „Heiligen Krieg“, Dschihad, hat gerade nach dem 11. September 2001 den Dialog mit dem Islam besonders negativ beeinflusst. Im Westen wurde er als Beweis für die Militanz des Islam genommen, und die muslimischen Extremisten haben damit gezielt Furcht geschürt.

„Kämpfet in Allahs Weg!“³⁴⁾ fordert der Koran in vielen Versen die Gläubigen auf. Dabei verwendet er für „kämpfen“ zwei verschiedene Worte: an mehreren Stellen wird das Verb „dschahada“ in der Bedeutung von „anstrengen, sich bemühen“³⁵⁾ und an anderen wiederum das Wort „qatila“³⁶⁾ im Sinne von „militärisch kämpfen“ benutzt. Dies ist nicht allein mit sprachlicher Abwechslung zu begründen, sondern deutet darauf hin, dass dieser Kampf auf zwei unterschiedlichen Ebenen und daher mit verschiedenen Mitteln stattfindet: im Inneren jedes Menschen, seiner Seele und nach außen gegen all jene, die dem Glauben feindlich gegenüberstehen. Zwei bestätigende Verse dafür findet man in den Suren 2 und 25³⁷⁾; in ersterer wird das Wort für den gewaltsamen, in der zweiten für den geistigen Kampf benutzt. Die bisweilen auftretende Verwirrung kommt daher, dass für beide Formen das Wort „Dschihad“ benutzt wird, das vom erwähnten Verbstamm „dschahada“ abgeleitet³⁸⁾ ist. Es kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu: war vor allem in der Anfangszeit die Ausbreitung der Religion identisch mit Krieg, so gab es doch in der Geschichte des Islam auch lange Phasen des friedlichen Miteinanders, in denen der aktive Kampf ruhte. In dieser Periode wurde die oben erwähnte Zweiteilung um eine dritte, das sog. „Haus des Vertrages / oder des Friedensschlusses“,³⁹⁾ ergänzt. Hieraus entwickelte sich eine Rechtsauffassung, dass der Heilige

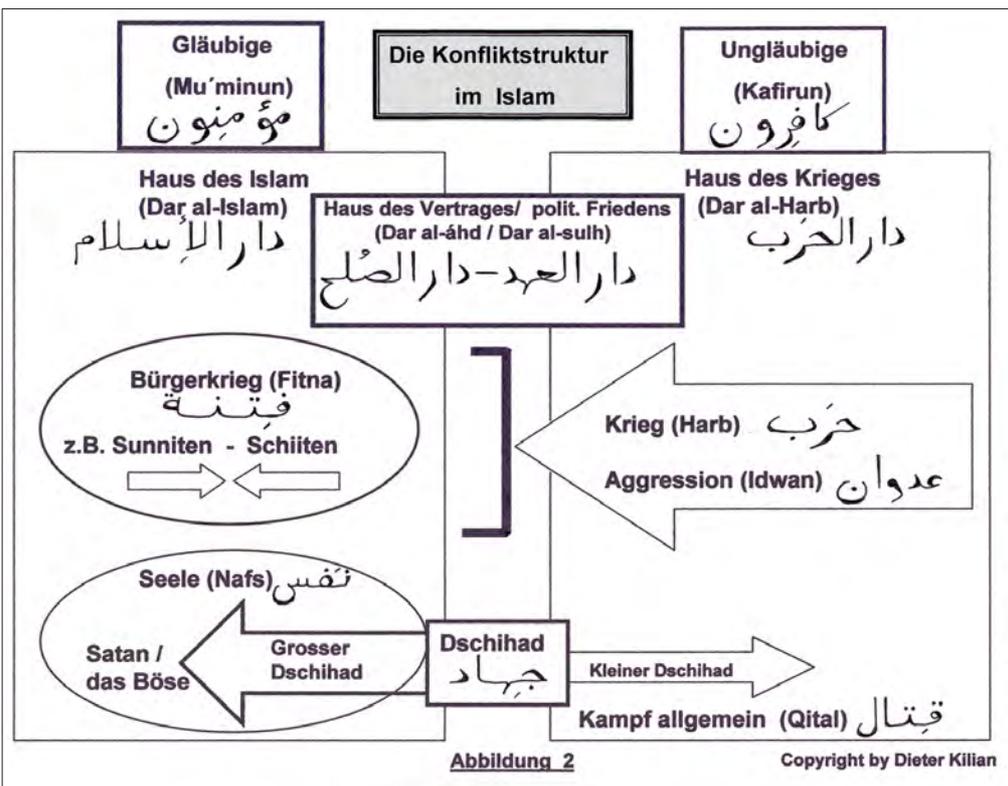


Abbildung 2

Copyright by Dieter Kilian

Krieg nicht unbedingt mit militärischen Mitteln ausgetragen werden müsse, ja, dass diese sogar die seltenere und daher „kleinere“ Form dieses Kampfes darstelle. Der „große“ Dschihad fände auf der geistigen Ebene in Form des ständigen Strebens des Gläubigen nach Vollkommenheit statt. Der Koran schreibt somit beide Arten des Kampfes vor: den eines allgemeinen, religiösen Imperativs „Gebt euch Mühe auf der Suche nach Allah“ und den der Gewalt als letztem Mittel, vor allem, wenn der eigene Glaube bedroht wird. Dschihad ist somit zweidimensional: er ist Kampf und geistige Auseinandersetzung zugleich. Zweifelsohne verwirrt dieser janusköpfige Charakter und kann überdies leicht missbraucht werden. Dabei ist die Betrachtung des Krieges als heilige Handlung alt; wir kennen sie bei allen Völkern der Antike, und auch vom Christentum.⁴⁰⁾ Wenn innerhalb der muslimischen Welt zum Dschihad aufgerufen wird, was oft geschah, ist dies ein schwerwiegender Verstoß gegen den Koran. Der Widerspruch wird – was an dialektische Interpretationsregeln erinnert – damit erklärt, dass deren Führer vom rechten Glauben abgewichen seien, es sich somit um einen erlaubten Kampf gegen Abtrünnige handelt. Den Kämpfern für den Glauben wird, so sie im Kampfe fallen, „gewaltiger Lohn“ versprochen.⁴¹⁾ Sie werden zu Schaheeds, (Märtyrern) und mit dem Versprechen, die gefallenen Kämpfer sofort in das Paradies aufzunehmen, erhöht der Koran ihre Motivation.

Die Zeit der Ohnmacht

Am Ende des 1. Weltkrieges wurde das zerfallene Osmanische Reich weitgehend unter den europäischen Kolonialmächten aufgeteilt. Eigenstaatliche Ansätze gab es nur in der Türkei. Die meisten muslimischen Staaten wurden kolonialisiert, und hieraus entwickelte sich ein starker Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen.⁴²⁾ 1924 schaffte Atatürk das Kalifat, die religiöse Führerschaft, offiziell ab; nicht zuletzt deshalb werden die Türken bis heute von vielen Muslimen nicht als Sachwalter ihrer Interessen angesehen. Die Zusammenarbeit zwi-

schen Hitler und dem Großmufti von Jerusalem, Al-Husseini,⁴³⁾ noch heute von vielen arabischen Führern fälschlicherweise als beispielhaft dargestellt, basierte auf einer Interessensymbiose: ersterer erhoffte sich militärische Entlastung durch einen arabischen Guerillakrieg gegen die Briten im Nahen Osten, und Al-Husseini die Befreiung von britischer Kolonialherrschaft. So wollte er eine „Arabische Legion“⁴⁴⁾ zur Befreiung der arabischen Länder aufstellen⁴⁵⁾ und rief am 9. Mai 1941 zum Dschihad gegen Großbritannien auf. Tatsächlich aber hatte Hitler auch die arabischen Sympathien und ihren hohen Blutzoll einseitig ausgenutzt, ohne sich durch konkrete Zusagen zu binden. Das Ende des 2. Weltkrieges schuf eine veränderte Lage. Mit der Gründung des Staates Israel entstand neues Konfliktpotential: die Vertreibung der Palästinenser⁴⁶⁾ und später die Besetzung des arabischen Sektors von Jerusalem, Al-Quds, der Heiligen, des dritthöchsten Heiligtums der Muslime, vereinten die islamische Welt. Im Mai 1948 griffen die Armeen der Arabischen Liga Israel an, doch ihre Niederlage wurde zum Trauma. 1954 kam mit Abd El-Nasser in Ägypten ein charismatischer Führer an die Macht, der die arabische Welt von der Bevormundung durch den Westen befreien wollte und hierzu die UdSSR als Bündnispartner gewann. Doch seine panarabische Idee erwies sich als Fata Morgana, letztlich auch, weil sie nur eine machtpolitische und keine religiöse Dimension hatte. Zwar blieb eine starke emotionale Brisanz, die jedoch nicht sicherheitspolitisch umgesetzt werden konnte.

Die Militärpotenz der arabischen Anrainer wurde zwei weitere Male – während des Suez-Feldzuges 1956⁴⁷⁾ und 1967 – von Israel bloßgestellt. Bis zum Zerfall der Sowjetunion wurde der Ost-West-Gegensatz von vielen arabischen Staaten instrumentalisiert: als Beispiele seien Algerien, Syrien, Irak und Ägypten genannt. Und auch die beiden Großmächte und viele europäische Staaten benutzten ihn zur Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen. Aber dies hatte zur Folge, dass die meisten muslimischen Länder in all den Jahrzehnten keine ei-

genständigen Sicherheitsstrukturen entwickeln konnten. Ihre äußere Sicherheit wurde weitgehend durch die ehemaligen Kolonial- und die beiden Großmächte garantiert. Es war eine sicherheitspolitische Protektoratsstrategie, deren Defizite bis heute bestehen. Obgleich die vormalige Unversöhnlichkeit gegenüber Israel zumindest auf der politischen Ebene abgebaut wurde,⁴⁸⁾ bergen der Nah-Ost-Konflikt und die ungelöste Lage der Palästinenser unverändert ein hohes Konfliktpotential. Dazu trägt auch bei, dass sich die Missachtung Israels gegenüber Beschlüssen der UN und ihres Sicherheitsrates wie ein roter Faden durch die Geschichte der Weltorganisation zieht, ohne, dass dies bisher zu Konsequenzen geführt hätte.⁴⁹⁾ In den siebziger Jahren entdeckte die militärisch unterentwickelte und von der Gunst von Drittstaaten abhängige arabische Welt⁵⁰⁾ die Macht des Terrors: Flugzeugentführungen und blutige Anschläge erzwangen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. 1973 überwand Ägypten das Trauma der militärischen Unterlegenheit gegenüber Israel: der Überraschungsangriff über den Suez-Kanal gelang bravurös. Die Ölkrise 1973/74 bahnte endgültig die Wende an. Nach einer tiefen Identitätskrise durchläuft die islamische Welt seither eine Erneuerungsbewegung, die als ein soziales Ventil und als eine Reaktion auf ihre Unterentwicklung Wirkung zeigt. 1979 kehrte Ayatollah Khomeini als religiöser Revolutionär im Triumph aus dem Exil in seine Heimat zurück. Der schiitische Führer wurde auch für sunnitische Muslime zur Leitfigur, weil er die alte Bindung zwischen Religion und Politik wieder belebte. Kurz danach erfolgte der sowjetische Einmarsch in Afghanistan.⁵¹⁾ Das Land geriet in das Tauziehen der Großmächte. Die vom Westen protegierten Mujaheddin wurden zu „Bannerträgern“ einer kurzlebigen afghanischen Freiheit. Die Großmacht Sowjetunion verlor 1989 diesen ungleichen Krieg. Ihr Zerfall wurde von manchen muslimischen Staaten mit Bedauern aufgenommen, verloren sie doch einen Sponsor, den sie zur Machtbalance brauchten. Im Nahen Osten versuchten Sadat und Begin, beide mit terroristischer Ver-

gangenheit,⁵²⁾ den Gordischen Knoten des Nah-Ost-Problems mit Hilfe der USA zu durchschlagen. Der Vertrag von Camp-David wurde unterzeichnet, aber Sadat starb gerade dort, wo er sich am sichersten fühlte, bei seinen Soldaten: die Saat des religiösen Fanatismus war auch in der Armee aufgegangen und hatte einen höheren Stellenwert als der Treueeid. 1980 versuchte Saddam Hussein, offene Grenzfragen mit dem Iran militärisch zu lösen und schuf damit einen langandauernden Krisenherd zwischen zwei muslimischen Staaten. Zehn Jahre später, 1990, überfiel er erneut ein Bruderland: Kuwait; ein weiterer Verstoß gegen Koran und die Charta der Arabischen Liga.⁵³⁾ Schnell warf er sich den „religiösen Mantel“ über, um sein Ansehen in der muslimischen Welt zu retten. Es kam zum zweiten Krieg am Golf. Erstmals kämpften westliche und muslimische Soldaten Seite an Seite gegen ein islamisches Land. Und zum ersten Mal schützte der Westen mit Waffengewalt einen muslimischen Staat, hoffnungsvolles Zeichen für einen Neubeginn. Aber die westlichen Truppen operierten von einem Territorium aus, das nach strenger muslimischer Auffassung heiliger Boden ist, und zum anderen untersagt der Koran die Hilfe durch Ungläubige.⁵⁴⁾ Wasser auf die Mühlen extremer Islamisten. Wenn während des 2. Golfkriegs irakische SCUD-Raketen in Israel einschlugen, sprangen die arabischen Offiziere im Stabe General Schwarzkopfs auf und applaudierten. Als einige Monate später Muslime auf dem Balkan in Bedrängnis waren, hielt sich die Hilfe der islamischen Welt in Grenzen. Und so übernahmen die USA und Europa zum zweiten Mal den Schutz ihrer Glaubensbrüder. Und ein drittes Mal innerhalb eines Jahrzehnts musste der Westen für ein muslimisches Land in die Bresche springen: als im Winter 2001/02 schnelle Hilfe für Afghanistan notwendig gewesen wäre, schwieg die muslimische Welt, schwieg im Wissen eigener Unfähigkeit und Uneinigkeit.

Die islamische Militärmacht

Das Fehlen eigenständiger Sicherheitsstrukturen in den meisten

muslimischen Staaten war nicht nur eine Folge der Protektorspolitik der ehemaligen Kolonialstaaten und der Großmächte, die muslimische Welt selbst war tief gespalten und brachte nicht die Kraft zur Einigung auf. Der Westen hatte überdies wenig Interesse an einer militärischen Blockbildung der muslimischen Welt, wäre doch damit ein gefährliches militärisches Gegengewicht zu Israel entstanden. 1945 schlossen sich sieben arabische Staaten zur „Arabischen Liga“ (AL)⁵⁵⁾ zusammen, jedoch war ihre sicherheitspolitische Komponente nur marginal entwickelt. Zum einen sah Artikel 6 der Charta der AL im Falle einer Bedrohung oder eines Angriffes von außen keine automatische Beistandspflicht vor.⁵⁶⁾ Vor allem aber fehlte es an einem geeigneten Instrumentarium zur Umsetzung im Falle eines Angriffes. Erst fünf Jahre später, 1950, schlossen die Mitgliedsstaaten einen Vertrag über gemeinsame Verteidigung, mit dem ein Verteidigungsrat der Außen- und Verteidigungsminister, sowie eine Ständige Militärkommission aus Vertretern der nationalen Generalstäbe eingerichtet wurden. Nun wurde ein Angriff auf eines der Mitgliedsstaaten auch als Angriff gegen alle betrachtet, mit gleichzeitiger Beistandspflicht. Doch auch dieser Schritt war nur halbherzig, denn die einzige konkrete Maßnahme zur Umsetzung war 1964 die Einrichtung eines „Arab Unified Military Command“ unter ägyptischer Führung mit dem Auftrag, die Befreiung Palästinas zu koordinieren; ein internationaler Militärstab als Planungs- und Führungselement jedoch fehlte. Zwar hat die AL politische und wirtschaftliche Bedeutung, doch ihr sicherheitspolitisches Profil ist auch heute kaum ausgeprägt. Die im Jahre 1976 aufgestellte „Arab Deterrent Force“ (ADF) bestand mit Masse aus syrischen Truppen und hatte nur die Aufgabe, die Feindseligkeiten im Libanon zu beenden. Die panarabischen Ideen waren primär national, kaum aber religiös geprägt. Der Kampf gegen die Kolonialmächte, z.B. in Algerien, hatte ausschließlich nationalistische Motive, von gemeinsamer Religion war keine Rede. Die meisten Versuche, gemeinsame Sicherheitsstrukturen aufzubauen, wa-

ren nur von kurzer Lebensdauer und ohne Inhalt. Bündnisse wie z.B. der Bagdad-Pakt⁵⁷⁾ (später CENTO) hatten die Eindämmung des sowjetischen Einflusses zum Ziel, nicht aber den militärischen Zusammenschluss muslimischer Staaten. Die Idee der panarabischen Verteidigung Nassers im Rahmen der VAR⁵⁸⁾ war ebenso wenig lebensfähig wie die „Islamische Allianz“ des saudischen Königs Faisal 1966 oder die zahlreichen Versuche des libyschen Führers Gaddafi, kollektive arabische Allianzen zu schaffen.⁵⁹⁾ Nur die vor erst vier Jahren geschaffene „Sin-Sad-Union“⁶⁰⁾ überlebte als bisher jüngste Schöpfung Gaddafis. Doch hat diese in erster Linie wirtschaftliche Ziele; ihre sicherheitspolitische Bedeutung liegt allein in der Nichtangriffsklausel ihrer Mitgliedsstaaten. Aus dieser Entwicklung wird gleichzeitig deutlich, dass Gaddafi, der sich einmal als Nachfolger Nassers bei der Forcierung panarabischen Ideen sah, heute die Aussichten einer arabischen Einigung düster beurteilt und sich nun enttäuscht verstärkt der afrikanischen Zusammenarbeit, z.B. im Rahmen der im Juli 2002 gegründeten Afrikanischen Union (AU)⁶¹⁾ zuwendet. Seine Drohung im Frühjahr 2002, aus der Arabischen Liga auszutreten, stützt diese Beurteilung. Die 1971 gegründete „Organisation der Islamischen Konferenz“ (OIC) mit ihren heute 56 Mitgliedsstaaten hat zwar u.a. auch das Ziel „to take necessary measures to support international peace and security founded on justice“, doch dieser marginale sicherheitspolitische Aspekt hat sich bisher kaum ausgewirkt.⁶²⁾ Auch in der Satzung des 1981 gegründeten Golfkooperationsrates⁶³⁾ fehlte das Wort Verteidigung. Ohnehin war es – aus Sorge vor der Dominanz der beiden großen Nachbarn – nur eine „kleine Lösung“, nämlich unter Ausschluss des Irak und des Iran. Zwar beschlossen die sechs Mitgliedstaaten 1984 auch die Schaffung einer „Pensinsula Shield Force“⁶⁴⁾ (PSF) als schneller Eingreiftruppe, und den Aufbau eines integrierten GCC-Frühwarnsystems, aber beide Projekte stagnierten lange Jahre. Modernstes und teuerstes Material war zwar vorhanden, aber das allein reicht nicht, um militärische Macht zu begründen.

Eklatant ist hierbei das Missverhältnis zwischen den extrem hohen Verteidigungsausgaben und der nach wie vor kaum ausreichenden Fähigkeit zur eigenen Verteidigung.⁶⁵⁾ Ein Grund liegt in den hohen Personalkosten, vor allem für Söldner aus anderen arabischen Staaten. Erst nach dem 2. Golfkrieg nahm die gemeinsame Verteidigung konkretere Formen an, doch die kampfschwache PSF hat bis heute keine abschreckende Wirkung. Der Vorschlag des Oman im Jahre 1991, ihre Stärke auf 100.000 Mann anzuheben, fand keine Mehrheit. Erst Ende Dezember 2000 unterzeichneten die Staatschefs des GCC einen Verteidigungspakt, der gegenseitigen Beistand, ein „Joint Defence Council“, die Aufstockung der PSF auf 22.000 Mann bis zum Jahre 2003 und ein Frühwarnsystem einschließt; neu ist auch die geplante Einbindung des Binnenlandes Jordanien. Der Jemen hingegen ist seit seiner Parteinahme für Saddam Hussein im 2. Golfkrieg noch immer weitgehend isoliert; nur das Sultanat Oman hat, dank seines weitsichtigen Oberhauptes, Sultan Qaboos, die Beziehungen zum Nachbarland normalisiert. Als bisher einziges erfolgreiches Modell einer gemeinsamen Sicherheitskonzeption kann der Föderationsvertrag der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) von 1968 angesehen werden; die sieben Emirate setzten in ihrem Staatenbundes auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame Streitkräfte. Zwar sind eine Reihe muslimischer Staaten militärisch gut ausgerüstet, aber nur wenige – Ägypten, der Iran, Irak, Pakistan und Syrien – haben den Status von Regionalmächten, verfügen über eine, wenn auch nur in Teilen vorhandene eigenständige Rüstungsindustrie und sind in bezug auf die Ausbildung autark. Addiert man das Militärpotential dieser fünf großen muslimischen Staaten, so verfügen diese über insgesamt 2,1 Millionen Soldaten mit nahezu 15.000 Panzern und 1.900 Flugzeugen, sowie eine Personalreserve von weiteren 1,9 Millionen Mann, auf dem Papier eine beachtliche Macht. Doch selbst wenn diese in einem Militärbündnis zusammengeschlossen wären, könnten diese Kräfte in einem Konflikt jedoch niemals geschlossen

eingesetzt werden, weil die Mittel zu einer überregionalen – ganz zu schweigen von einer globalen – militärischen Machtprojektion (d.h. See- und Luftstreitkräfte, amphibische Truppen, Langstreckenflugzeuge, strategische Aufklärung und logistische Durchhaltefähigkeit, sowie ein weltweites Stützpunktenetz) fehlen. Dadurch ist keine permanente Machtausübung möglich. Eine weitere Schwachstelle ist die kaum ausgeprägte Rüstungsindustrie der muslimischen Staaten. Zwar produzieren einige von ihnen Rüstungsmaterial, doch insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Die Masse des modernen Großgeräts wird noch auf Jahrzehnte importiert werden müssen. Darüber hinaus besteht ein Defizit bei gemeinsamen Übungen, es fehlen gemeinsame Kommandosprache und – verfahren, sowie eine übergreifende Luftabwehr. Die Logistik ist nur bedingt kompatibel, das Material veraltet. Daher ist die logistische Durchhaltefähigkeit insgesamt sehr begrenzt. Vor mehr als vier Jahren erhob letztmalig der ägyptische Verteidigungsminister, Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi, beim Abschlussappell der „Nasser Militärakademie“ die Forderung nach Bildung einer arabischen Militärallianz.⁶⁶⁾ Doch die Resonanz blieb aus, und seither ist es um ein arabisches, nicht zu reden von einem gesamt-muslimischen, Sicherheitsbündnis wieder still geworden, wahrscheinlich im Wissen um die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Die islamische Bombe

Im Westen wurden Sicherheits- und Rüstungsaspekte – abgesehen von der ethischen Komponente – kaum aus religiöser Sicht diskutiert. In der muslimischen Welt jedoch hatte die Frage der nuklearen Teilhabe eine wichtige religiöse Dimension und zwar mit folgendem Tenor: alle Weltreligionen – Christen, Hindus und Juden – haben die Bombe, nur uns Muslimen wird sie verwehrt. Damit wurde sie zum Gegenstand religiöser Selbstachtung und ihre Entwicklung forciert. Pakistan ist bislang die einzige muslimische Nuklearmacht,⁶⁷⁾ hat dies aber primär unter nationalen Aspekten gesehen und religiöse Argumente nur dann bemüht,

wenn es darum ging, Geld für dieses ehrgeizige Projekt vor allem aus der Schatulle Saudi Arabiens locker zu machen. Die Bemühungen des Irans und des Iraks, in die „Liga der Atom-mächte“ aufzusteigen, sind ebenso bekannt, wie die Pläne der USA, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Doch die nukleare Nicht-Weiterverbreitung ist brüchig geworden. Langfristig werden sich weitere Staaten Zugang verschaffen, und damit wird die latente Gefahr zunehmen. Doch wie das Beispiel Indien-Pakistan zeigt, erscheint hier Einbindung als Konzept, um Krisen zu entschärfen wirkungsvoller als Ausgrenzung. Dies gilt auch für den Nahen Osten. Es kann überdies nicht ausgeschlossen werden, dass die Schaffung eines nuklearen Gleichgewichtes mit der Nuklearmacht Israel durch andere arabische Staaten sogar eine stabilisierende Wirkung haben könnte.

Terror als Waffe

Der Begriff „Internationaler Terrorismus“ ist nicht neu. Seit dem 11. September wird er jedoch nahezu ausschließlich für den islamischen Extremismus benutzt. Terror als Sonderform des Guerillakrieges war in der Kriegsgeschichte immer die Kampfform des Schwachen; dies gilt auch für die islamischen Extremisten. Aus der religiösen Pflicht zum Heiligen Krieg wurde für sie bereits eine Art „sechster Säule“ ihres Glaubens, und die religiösen Vorgaben wurden zur Ideologie ihres terroristischen Kampfes. Dabei wird das Wort „Terror“ im Koran nicht erwähnt,⁶⁸⁾ sondern nur das arabische Wort „ru‘b“ (Furcht, Schrecken). In einigen Übersetzungen wird dieses jedoch mit Terror wiedergegeben.⁶⁹⁾ Strittig ist, inwieweit die Selbstmordanschläge durch den Koran gedeckt sind, sind doch Selbsttötung,⁷⁰⁾ Angriff ohne Warnung und die Tötung eines Menschen, gleich ob gläubig oder ungläubig, ausdrücklich verboten.⁷¹⁾ Die Auffassung, ob Selbstmord-Attentate zur verbotenen Kategorie Freitod und Mord Unschuldiger oder zur erlaubten Kampfhandlung „in Allahs Weg“ gehören, ist geteilt.⁷²⁾ Werden die Anschläge des 11. September von der überwiegenden Mehrheit der Muslime scharf

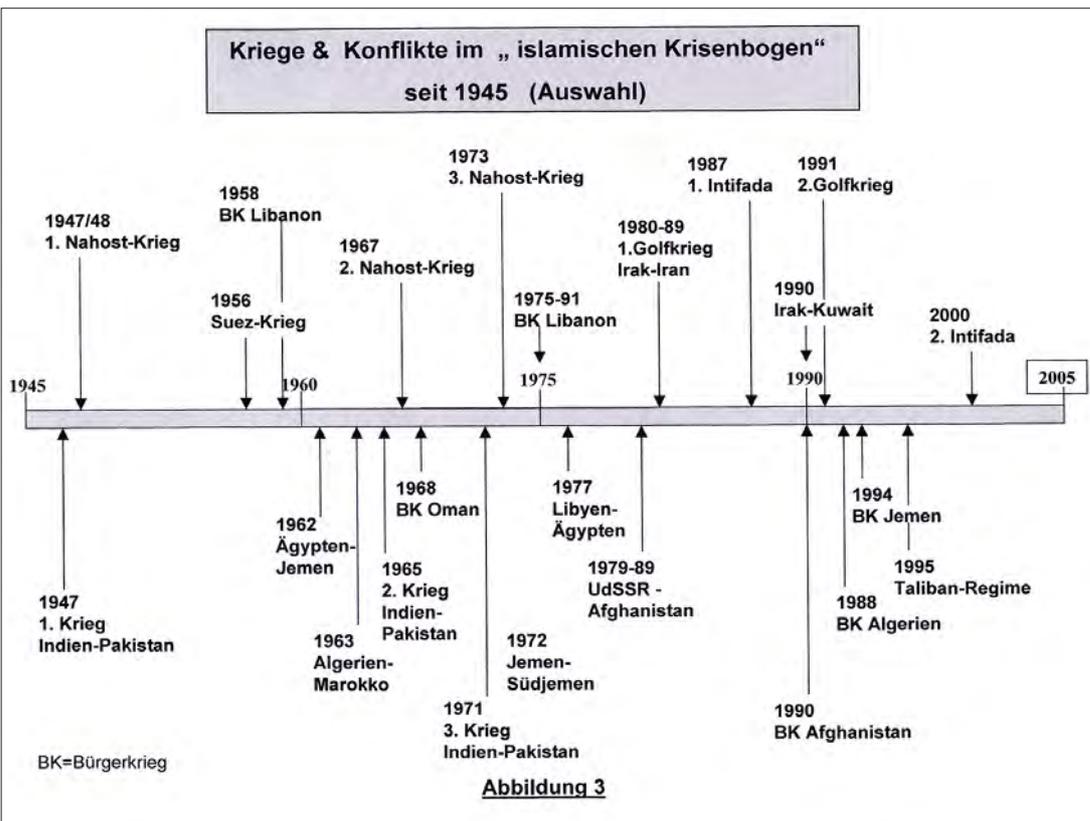
verurteilt,⁷³⁾ so findet der erbitterte Kampf der Palästinenser gegen Israel große Zustimmung in der gesamten muslimischen Welt, der Rechtsgelehrten und Geistlichkeit wie der Bevölkerung, aber auch der arabischen Christen. Er sei durch das harte israelische Vorgehen und die jahrzehntelange Ohnmacht bei der Umsetzung palästinensischer Ziele gerechtfertigt, wird argumentiert. Diese religiöse Überhöhung des Terrors, die Selbstmord und wahllosen Tod Unschuldiger, auch von Muslimen, als alternativen Weg ins Paradies aufzeigt, macht die Unkalkulierbarkeit dieser „Ordensgemeinschaft des Todes“ aus. Doch die Bekämpfung des islamistischen Terrors mit militärischen Mitteln allein ist unzureichend, weil dies bestenfalls zu einer Eindämmung, nicht aber zu seiner weitgehenden Auslöschung führt. Vorrangig gilt es, die Ursachen zu analysieren und dann zu beseitigen. Hierbei bedarf es allerdings der Unterscheidung zwischen den Anschlügen der fanatischen religiösen Extremisten und dem selbstmörderischen Kampf der Palästinenser. Erstere verstehen Terror primär als Instrument der Rache, nicht aber der Eroberung. Vor diesem Hintergrund er-

scheint die These der USA, die gesamte westliche Welt sei durch diese Art des Terrors bedroht, eher fraglich. Zweifelsohne wird dadurch immenser Schaden angerichtet, aber letztlich nicht im Sinne einer Existenzgefährdung des Westens. Die Dialogaussichten mit ihnen sind jedoch gering, da diese Fanatiker jede Form eines Kompromisses ablehnen. Dieser Terror wird, wie der z.B. in Nordirland oder Spanien, trotz des propagierten Kampfes gegen ihn, auch weiterhin existieren und Unheil anrichten. Die Selbstmordanschläge der Palästinenser müssen anders beurteilt werden. Nur Japan und der schiitische Islam kennen die Tradition des Selbstopfers mit der Tötung unschuldiger Dritter als Form des Kampfes. Den meisten Kulturen hingegen ist sie fremd; dies gilt auch für den sunnitischen Islam. Wenn aber nun auch sunnitische Muslime dieses Mittel anwenden, zeigt gerade dies, dass sich dahinter keine religiöse Motivation verbirgt, sondern es nur als eine Waffe im Rahmen der palästinensischen Kriegführung gegen Israel verstanden wird. Ist das Kriegsziel, die Schaffung des eigenen Staates, erreicht, ist auch der Terror beendet.

Innerislamische Konflikte

Die Liste politischer Streitpunkte zwischen muslimischen Staaten ist lang. Ebenso zahlreich sind die Krisen, Kriege und Bürgerkriege die islamische Staaten allein seit 1945 untereinander geführt haben (s. Abb 3). Dadurch hat sich heute ein Krisenbogen an der Südflanke der NATO und Russlands etabliert, der sich – wenngleich mit unterschiedlichem Eskalationsniveau – von Marokko bis Pakistan erstreckt und nahezu ausschließlich aus muslimischen Staaten besteht (s. Abb. 4, Seite 48). Seine zwischenstaatliche Brisanz erhielt er aus dem Dekolonisationsprozess, Kämpfen um territoriale Vorherrschaft und ideologische Ausrichtung, sowie Ressourcenverteilung. Seine innerstaatliche Instabilität basiert auf unausgewogener Beteiligung von Minderheiten und fundamentalen religiösen Strömungen. Das Element des tiefen Misstrauens untereinander konnte durch die gemeinsame Religion jedoch nicht ausgeglichen werden. Eines der vielen Beispiele ist die sog. „Damaskus-Erklärung“ von 1991, nach der Ägypten und Syrien Bodentruppen für die GCC-Staaten im Falle eines Angriffes bereitstellen

wollten,⁷⁴⁾ was durch finanzielle Leistungen an die beiden Geberstaaten kompensiert werden sollte. Doch die GCC-Staaten lehnten deren militärisches Engagement kategorisch ab. Das tiefverwurzelte Misstrauen untereinander ist eines der größten internen Hindernisse einer Einigung, und der Islam ist als Bindeglied zu schwach. In kaum einer der vielen Reden und Beschlüsse muslimischer Konferenzen taucht das Wort „gemeinsame Religion“ auf. Es war ausgerechnet Saddam Hussein, der, Religion gegenüber eher abgeneigt, beim Gipfeltreffen der OIC im saudischen Ta'if im Januar 1981⁷⁵⁾ phrasenreich und überschwänglich die gemeinsame Religion beschwor. Die Gemeinschaft der Gläubigen, die „umma“ wird nur als deklaratorisches



Schwert benutzt, um nach außen eine Einheit vorzuspiegeln, die realiter nicht vorhanden ist. Selbst langfristig erscheint daher eine wirkungsvolle militärische Zusammenarbeit innerhalb der muslimischen Staatengemeinschaft, die ein ernsthaftes Bedrohungspotential für den Westen darstellen könnte, als unwahrscheinlich.

Für den Westen stellt weniger die Einheit der Muslime eine Gefährdung dar als die politische Labilität einer Reihe von islamischen Staaten und das brisante Verhältnis zu Israel.

Fünf potentielle Gefahrenmomente verdienen besondere Aufmerksamkeit:

- die Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen,
- terroristische Aktivitäten des religiösen Extremismus,
- die wachsende Ressourcenknappheit, vor allem des Wassers,
- die Diskrepanz zwischen Mitsprache und Autokratie, sowie
- der Nationalismus in Verbindung mit ethnischen, religiösen, wirtschaftlichen und territorialen Streitigkeiten.

Fazit

1. Die islamische Welt ist in sich zerstritten und weder politisch, wirtschaftlich, noch militärisch ein monolithischer Block. Es gibt keinerlei Anzeichen, die auf eine Einigung in einem überschaubaren Zeitraum hindeuten.
2. Kein islamisches Land besitzt heute die Fähigkeit zu globaler militärischer Machtprojektion, und auch langfristig erscheint deren Aufbau äußerst unwahrscheinlich.
3. Nur wenige muslimische Staaten besitzen den Status einer regionalen militärischen Mittelmacht.
4. Es gibt weder muslimische Militärbündnisse, noch eine vereinte islamische Militärmacht. Die bisherigen politischen Zusammenschlüsse islamischer Staaten haben nur eine marginal ausgeprägte Sicherheitskomponente.
5. Die gemeinsame Religion wird auch künftig kein sicherheitspolitischer Integrationsfaktor sein, um eine „islamische Militärmacht“ aufzubauen, zu unüberbrückbar sind die alten Trenn-

linien.

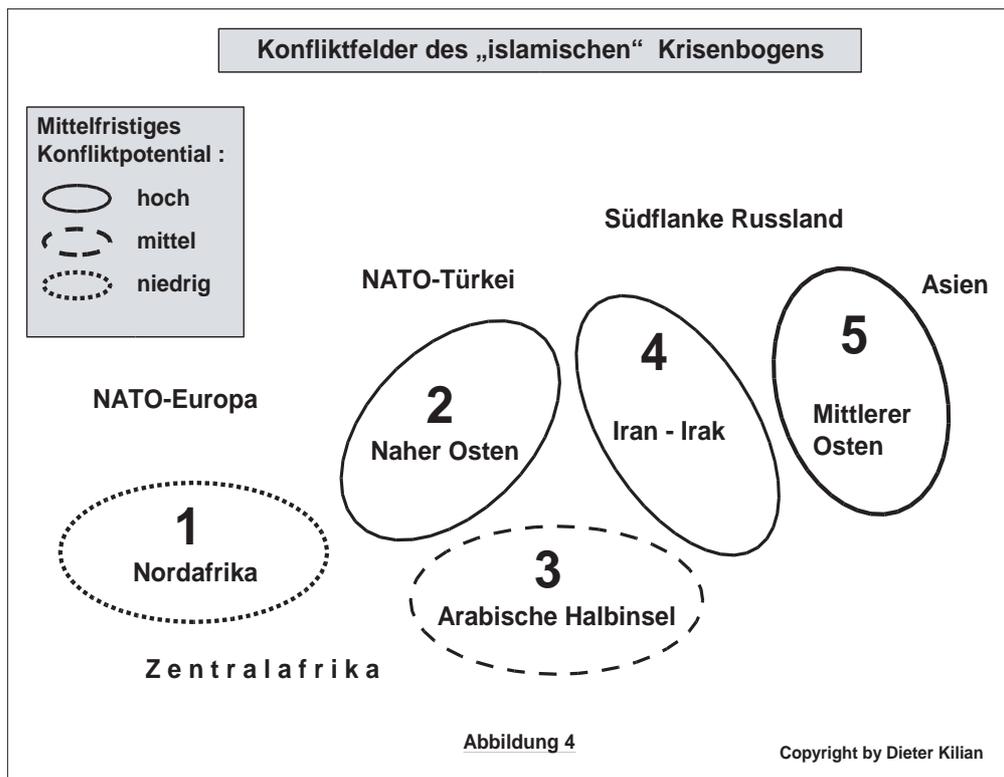
6. Eine Bedrohung des Westens geht daher in erster Linie vom singulären Terror des militanten Islamismus aus, dessen Hauptzielrichtung vor allem die USA und weniger Europa ist.
7. Bedingt durch die politische Instabilität der Nah-Mittelost-Region können jedoch regionale Krisen und Konflikte in Nah-Mittelost auch Europa nachhaltig negativ beeinflussen.

Ausblick

In der langen Geschichte des Islam lässt sich keine Homogenität im Sinne einer machtpolitischen Einheit nachweisen, und es erscheint unwahrscheinlich, dass diese in Zukunft erreicht werden könnte. Nach einem Jahrhundert der Ohnmacht hat diese große Weltreligion ihr Selbstvertrauen, ihre Identität und ihren Stolz wiedergefunden. Diese Entwicklung sollte von uns jedoch nicht mit Misstrauen und der unterschwelligen Furcht vor einem „Kampf der Kulturen“ verfolgt werden, fehlen doch dazu auf Seiten des Islam Kräfte, Mittel und letztlich auch die Bereitschaft zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Die gewaltbereiten Extremisten sind eine kleine Minder-

heit, die das Bild drastisch verfälschen.

Zwar werden Rivalität und Wettbewerb noch lange die bestimmenden Faktoren im Verhältnis zwischen Islam und Christentum sein, doch es gibt vielfältige Ansätze zu einem Dialog. Der wichtigste Schritt dahin muss jedoch in erster Linie auf der politischen Ebene erfolgen. Hierbei ist zunächst der Westen in der Pflicht, vorhandene Disparitäten zu Lasten des Islam zu korrigieren. Damit wird die Brisanz der oben skizzierten fünf Gefahrenmomente beträchtlich verringert, was nicht zuletzt auch westlicher Sicherheit dient. Die weltweiten, engen wirtschaftlichen Verflechtungen der Globalisierung können dabei als stabilisierende Elemente wirken, und damit hat diese – neben ihren Gefahren – gleichzeitig eine friedenssichernde Wirkung, die es zu stärken gilt. Die herausragende Unterstützung und Hilfe für in Not geratene muslimische Nationen durch den Westen vor allem im letzten Jahrzehnt ist der richtige Weg. Allerdings müssen diese Beispiele den muslimischen Ländern gegenüber offensiver verdeutlicht werden. Leider zeigt der Konsens darüber nach dem 11. September 2001 Risse. Der latenten Bereitschaft in Politik und Bevölkerung in



westlichen Staaten, den Islam und einige muslimische Staaten undifferenziert als Urheber des Terrorismus und „Reich des Bösen“ zu betrachten, muss entgegengewirkt werden.

Erst der zweite Schritt ist der religiöse Dialog. Hierbei hat der Islam gegenüber den Vorleistungen des Christentums in bezug auf Toleranz und Anerkennung beträchtlichen Nachholbedarf.

Durch die Migration einer großen Zahl von Muslimen nach Mitteleuropa wird sich die gesellschaftliche

Struktur einer Reihe von Staaten, darunter auch Deutschlands, in den kommenden Jahrzehnten zwangsläufig ändern. Friedliches Miteinander ist daher unverzichtbar.

Die Muslime ihrerseits müssen erkennen, dass auch sie Toleranz praktizieren und ihre weitverbreitete „Alles oder Nichts-Haltung“ aufgeben müssen. Der Weg zu einer Verständigung wird lang und dornig, aber die Alternative, die Konfrontation, wäre für beide Seiten leidvoll und verlustreich.

Anmerkungen

Anmerkung: Die Nummerierung der Suren des Koran weist z.T. Unterschiede zwischen der dt. Übersetzung A. Schimmels und der arabischen Koran Ausgabe auf.

- 1) Koran 48/25 nennt das Fernhalten vom Gebet in der heiligen Moschee; vgl. auch Koran 9/13
- 2) ebd. 9/36
- 3) Erinnert sei u.a. an die Schlacht von Badr 624 n.Chr. und Kerbala 680 n.Chr., bei der Hussain, ein Enkel des Propheten, von sunnitischen Muslims getötet wurde.
- 4) Die Luftlinie von Mekka bis Nordspanien beträgt etwa 4.400 km.
- 5) Siehe u.a. Malik K.S.; Khadduri, Majid – War and peace in the law of Islam Baltimore 1979
- 6) Diese Auffassung wird jedoch von den Fundamentalisten, die an eine absolute und unveränderliche Gültigkeit des Koran glauben, vehement abgelehnt.
- 7) NT Matthäusevangelium 5/44
- 8) ebd. 5/38
- 9) Schaheed – abgeleitet vom arabischen Wortstamm schahida (Zeugnis ablegen).
- 10) Koran 4/97 und 9/82
- 11) ebd. 34/27: „Und wir entsandten dich nur zur gesamten Menschheit als einen Freudenboten und Warner; jedoch wissen es die meisten Menschen nicht.“ 81/27: „Siehe, es ist nur eine Ermahnung für alle Welt.“
- 12) NT Matthäusevangelium 27/19
- 13) Koran u.a. 9/33; 48/28
- 14) u.a. ebd. 48/14 („Und Allahs ist das Reich der Himmel und der Erde.“), sowie 48/16 („Ihr sollt gerufen werden zu einem Volk von großem Mut; ihr sollt mit ihnen kämpfen oder sie werden Muslime.“)
- 15) ebd. u.a. 2/245; 3/160; 4/76; 8/40; 22/77
- 16) ebd. 8/40
- 17) ebd. 2/247
- 18) ebd. 4/94 ff.
- 19) Vgl. ebd. 2/212
- 20) In der Umgangssprache wird dieser Unterschied heute nicht mehr gemacht. Das Wort „Harb“ (Krieg) ist jeder Krieg, der

einem politischen, nicht-religiösen Zweck dient; so wird das Wort auch für Kriege muslimischer Länder benutzt, z.B. „Harb al-Khaleedsch“ (Golfkrieg). Auch die Kriegsschulen vieler arabischer Länder heißen „Kuliat al-Harb“ (und nicht „Kuliat al-Dschihad“).

- 21) ebd. u.a. 9/82
- 22) ebd. Koran u.a. 2/187; 8/40; 47/4
- 23) ebd. u.a. 2/212 f.
- 24) ebd. 2/186 „Und bekämpft in Allahs Pfad, wer euch bekämpft; doch übertretet nicht.“
- 25) ebd. 2/212 - Der Koran benutzt hier das arabische Wort „karh“ (Hass, Abneigung, Widerwillen).
- 26) ebd. 2/189: „Allah liebt nicht die Aggressoren (Mu'atadeen).“
- 27) ebd. 17/16
- 28) ebd. 17/35: „Doch sei er nicht maßlos im Töten.“
- 29) Malik, The Quranic Concept of War
- 30) Abgeleitet von „dhimma“ (Schutz); sie waren vom Kriegsdienst befreit, mussten aber als Gegenleistung eine Grundsteuer für das von ihnen bewirtschaftete Land zahlen. Sie durften ihre Religion ausüben, jedoch war ihnen der Bau eigener Kultstätten und das Tragen der Symbole ihrer Religion verboten. Überdies durften sie kein staatliches Amt bekleiden.
- 31) ebd. 2/189; bei der Rückkehr Mohammeds nach Mekka und der gewaltlosen Einnahme seiner Geburtsstadt im Jahre 630 n.Chr. gab es eine Generalamnestie.
- 32) ebd. 8/63; 8/71
- 33) Aischa Bint Abu Bakr (+ 680 n.Chr.), die Tochter des 1. Kalifen. Grund der Kamelschlacht (eigentlich: Tage des Kamels) war die Forderung Aischas, die Ermordung des 3. Kalifen, Othman, durch Muslime aus Basra zu rächen. Der Kampf wurde von Ali gewonnen, der dann großzügig eine Generalamnestie gewährte und Aischas Leben schonte.
- 34) Koran u.a. 4/86 „Aschad fi sabeel Allah!“
- 35) ebd. 25/53: „...und eifere wider sie mit ihm(=Allah)“; 29/5: „Und wer da eifert, der eifert zu seinem eigenen Besten.“

³⁶⁾ z.B. ebd. 2/186

³⁷⁾ ebd. 2/189: „Und bekämpft sie, bis die Versuchung aufgehört hat, und der Glauben an Allah da ist. Und so sie ablassen, so sei keine Feindschaft, außer wider die Ungerechten.“ 25/54: „So gehorche nicht den Ungläubigen und eifere wider sie mit ihm (dem Koran) in großem Eifer.“

³⁸⁾ Erst der III. Verbstamm „dschaahada“ bedeutet kämpfen, den hl. Krieg gegen Ungläubige führen.

³⁹⁾ 'ahd = Vertrag/ Friedensschluss; sulh = Frieden (im politischen Sinne)

⁴⁰⁾ Aufruf von Papst Urban II. am 27.11.1095 in Clermont: „... denen, die im heiligen Streit fallen werden, verheißt wir den Lohn des ewigen Lebens.“

⁴¹⁾ Koran u.a. 3/151f.; 4/76 ; die Freuden des Paradieses sind an mehreren Stellen detailliert beschrieben; siehe dazu u.a. 7/18; 9/73; 17/22; 18/30; 23/17; 35/30; 40/8; 43/72; 47/16; 52/17; 56/12

⁴²⁾ Lag die arabische Welt im Mittelalter in bezug auf Forschung und Wissenschaft noch an der Spitze, so spannt sich heute ihr Bogen von den reichsten Staaten - Brunei und den Golfstaaten - bis zu den ärmsten Entwicklungsländern wie Afghanistan und Jemen. Auch jene über 14 Millionen Menschen, die weltweit permanent auf der Flucht sind, kommen zu 90 % aus muslimischen Staaten. Dies birgt immense soziale Spannungen.

⁴³⁾ Aufzeichnungen des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Großmufti von Jerusalem, Hadschi Amin Mohammed Al-Husseini (1897-1974), am 28. November 1941 zitiert in: Jacobsen, Hans Adolf - Der Weg zur Teilung der Welt S. 129ff Koblenz/Bonn 1973 .

⁴⁴⁾ Nicht zu verwechseln mit der jordanischen Armee, die sich - von 1939 bis 1956 unter der Führung des britischen Generals Sir John B. Glubb („Glubb Pascha“) - ebenfalls „Arabische Legion“ nannte.

⁴⁵⁾ Zwar akzeptierte Hitler den Vorschlag 1942, aber die Umsetzung kam nicht über Kompaniestärke hinaus. Im Februar 1943 genehmigte er die Aufstellung einer muslimischen Division der Waffen-SS auf dem Balkan, um den Partisanenkrieg führen zu können; in zwei Monaten meldeten sich über 20.000 muslimische Freiwillige. Dazu wurde von der SS-Führung die Tätigkeit von Imamen in den Bataillonen genehmigt, die Beachtung der islamischen Speisevorschriften zugesagt und eine Mullah-Schule in Dresden gegründet. Nach Ende der Ausbildung in Südfrankreich erhielt der Großverband die Bezeichnung „13. Waffengebirgsdivision der SS Handschar“. 1944 wurden zwei weitere muslimische Verbände der Waffen-SS aufgestellt, die „21. Waffengebirgsdivision der SS Skanderbeg“, bestehend aus Albanern und die „23. Waffengebirgsdivision der SS Kama“, die sich überwiegend aus Kroaten zusammensetzte. Darüber hinaus kämpften 1943 mehr als 6.000 arabische und

- nordafrikanische Muslime in Tunesien unter Rommel.
- 46) Die Balfour Declaration vom 2.11.1917 führte dazu aus: "...it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine ..."
- 47) Die UdSSR war der erste nicht-muslimische Staat, der 1956 beim Suezkrieg durch die Drohung mit einer Intervention die arabischen Staaten vor einer Niederlage bewahrte.
- 48) Der Acht-Punkte-Plan des damaligen saudischen Kronprinzen Fahd von 1981 hatte erstmals indirekt das Existenzrecht Israels anerkannt: Nr. 7: "All states in the region should be able to live in peace." Der Plan des heutigen Kronprinzen von Saudi Arabien, Abdallah, vom Frühjahr 2002 bot bereits gegenseitige Sicherheitsgarantien an, was einer de facto Anerkennung gleichkommt.
- 49) Die Formel in UN-Resolutionen lautet häufig: "Deplores the failure of Israel to respect the previous resolutions adopted by the United nation concerning ..." (Resolution Nr. 298 vom 25.9.1971) oder: "Strongly deploring the refusal by Israel to co-operate..." (Nr. 465 vom 1.3.1980).
- 50) Der syrische Regisseur Duraid Lahham nannte sie „Gemeinschaft der Traurigen und Enttäuschten“.
- 51) am 27.12.1979
- 52) Begin (1913-92) war als Führer der israelischen Untergrundorganisation Irgun Zvai Leumi z.B. verantwortlich für den Anschlag auf das King David Hotel in Jerusalem am 22.Juli 1946, bei dem 92 Menschen starben. Sadat (1918-81) war als Mitglied der „Eisernen Garde“ u.a. 1945 am Attentat gegen Amin Osman, einem ägyptischen Oppositionellen, beteiligt.
- 53) Artikel 5 der Charta der Arabischen Liga: „Any resort to force in order to resolve disputes arising between two or more member states of the League is prohibited.“
- 54) Koran 3/27
- 55) gegründet in Kairo am 22.3.1945 von Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien; heute 22 Mitgliedsländer
- 56) Art. 6: „In case of aggression or threat of aggression by one state against a member state, the state which has been attacked or threatened ... may demand the immediate convocation of the Council.“
- 57) Der Bagdad-Pakt wurde 1955 als Defensivbündnis zwischen der Türkei und dem Irak gegründet. Im selben Jahr traten noch England, Pakistan und der Iran bei. Jordanien und später Afghanistan lehnten den Beitritt ab. Mit Ausscheiden des Irak 1959 wurde er in CENTO (Central Treaty Organization) umbenannt; er löste sich 1979 auf, als Iran, Pakistan und die Türkei ihre Mitgliedschaft kündigten.
- 58) Vereinigte Arabische Republik (1958-1962) zwischen Ägypten und Syrien
- 59) z.B. zerbrach die „Union der Arabischen Republiken“ vom 17.4.1971 zwischen Libyen, Ägypten (Sadat) und Syrien (Assad) bereits Mitte 1973. Der Verteidigungsvertrag zwischen Libyen und Algerien von 1975 blieb wegen territorialer Forderungen Libyens an Algerien ohne Leben. Der Plan zur Errichtung eines syrisch-libyschen Einheitsstaates wurde 1981 aufgegeben und die Staatenunion zwischen Libyen und Marokko von 1984 nach nur 2 Jahren von letzterem aufgekündigt. Die „Arab Maghreb Union“ (AMU), die im Februar 1989 von den Mitgliedsstaaten Algerien, Libyen, Mauritien, Marokko und Tunesien gebildet worden war, ist seit 1995 auf Eis gelegt.
- 60) Es handelt sich um einen Zusammenschluss von 18 Staaten der Sahelzone (Sin) und der Sahara (Sad), die im Februar 1998 auf Betreiben Gaddafis gegründet wurde.
- 61) Auch im Entwurf der Charta der AU sind im Artikel II, 2.f. Ansätze zu einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, wenngleich ihre Umsetzung eher skeptisch beurteilt werden muss.
- 62) Lediglich der „Al-Quds Fund“ wurde 1976 gegründet, um den Kampf der Palästinenser um Jerusalem zu unterstützen.
- 63) Gulf Cooperation Council (GCC): Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).
- 64) Bisher ist die, im saudischen Hafr al-Batin (Nordosten Saudi Arabiens nahe der kuwaitisch-irakischen Grenze) stationierte PSF mit etwa 5.000 Mann in 2 mechanisierte Brigaden gegliedert. Auch nach Aufstockung auf Divisionsstärke werden zwei Drittel der PSF in ihren Heimatländern stationiert bleiben. Der Kommandeur – bislang stets ein saudischer Generalmajor – wird künftig von
- allen GCC-Staaten im Wechsel gestellt werden.
- 65) Die Staaten der Region wenden im Durchschnitt 12% des BSP für ihre Verteidigung auf. Für Saudi-Arabien beläuft sich dieses Verhältnis auf über 22% mit steigender Tendenz; zum Vergleich dazu beträgt die Zahl für die Bundesrepublik nur 2,2%.
- 66) Al-Ahram Weekly Online, Issue No.383, 25 June - 1 July 1998
- 67) Wie wenig religiöse Gemeinsamkeit bewirkt zeigt sich z.B. auch daran, dass ausgerechnet ein muslimischer Inder, Dr. A.P.J. Abdul Kalam (*1931), der Kopf der indische Nuklearentwicklung ist, die zur Hautbedrohung seines Bruderlandes Pakistan wurde.
- 68) Terror: arabisch Irhab, Ira'ab oder Batsch
- 69) So heißt es z.B. in Sure 3, Vers 151 (bei Schimmel Vers 144) : "Soon shall We cast terror into the hearts of the unbelievers ". Das in dieser Sure verwendete arabische Wort jedoch ist „ru' b“ (= Schrecken/Furcht).
- 70) ebd. 4/33
- 71) ebd. 4/94 f.; nur der Krieg stellt eine Befreiung vom Tötungsverbot dar.
- 72) Bassam Tibi, obwohl kein Rechtsgelehrter, verneint die Frage, ob der islamische Terrorismus als Dschihad eingestuft werden könne, kategorisch; siehe FAZ vom 6. März 1995 S. 8 f.
- 73) so u.a. auf sunnitischer Seite von Mohammed Sayyed Tantawi (Groß-Sheikh der Al-Azhar Universität in Kairo) und von schiitischer Seite durch Ayatollah Chatami, dem iranischen Staatspräsidenten (IRNA vom 17.09.2002).
- 74) Sadat hatte den Golfstaaten bereits Ende der siebziger Jahre ein ähnliches Angebot vergeblich unterbreitet.
- 75) Éditions du Monde Arabe – The Iraq-Iran Conflict S. 317

Literatur:

Anmerkung: Die Nummerierung der Suren des Koran weist z.T. Unterschiede zwischen der dt. Übersetzung A. Schimmels und der arabischen Koran Ausgabe auf.

Buchbender, Bühl, Quaden: Sicherheit und Frieden. Verlag Mittler & Sohn, Herford, 1983.

Éditions du Monde Arabe: The Iraq-Iran Conflict. Edition Paris 1981.

Gulf Security Report – May 2002.

Gottschalk, Herbert: Weltbewegende Macht Islam. Scherz Verlag, Bern & München, 1980.

Horie, Chippindale: Die muslimische Welt. Knauer Verlag, München, 1992.

Khoury, Hagemann, Heine: Islam-Lexikon, 3 Bd., Verlag Herder, Freiburg, 1991.

Malik S.K. Brigadier: The Quranic Concept of War. Wajidalis Lahore, Pakistan, 1979.

Manousakis Gregor M.: Der Islam und die NATO. Bernard & Graefe aktuell, Bd. 8, 1980.

Qur-an: The Holy. Arabic Edition & English Translation and Commentary. King Fahd Holy Qur-an Printing Complex Revised & edited by the Presidency of Islamic Researches IFTA Call and Guidance, ohne Jahresangabe.

Schimmel, Annemarie: Koran – dt. Ausgabe. Philip Reclam jun., Stuttgart, 1970.

Smith Dan: Kriege und Konflikte. Der Fischer Atlas, Frankfurt, 1997.

Regional Surveys of the World: The Middle East and North Africa 1993. Europa Publications Limited, London.

Tibi, Bassam: Der wahre Imam. Serie Piper, München, Zürich, 1996/98.

Wehr, Hans: Arabisches Wörterbuch für die Schriftsprache der Gegenwart. Librairie du Liban, Beirut, 1977.

Globaler Krieg oder Frieden?

Zu den neuen Mechanismen internationaler Gewalt

JAKOB SCHISSLER/GERHARD PREYER

„Der Krieg“, so hieß es einmal, „ist der Vater aller Dinge.“ Für uns in der Bundesrepublik Deutschland hat sich dieser Satz nach zwei Weltkriegen, nach Korea-, Vietnam- und Kaltem Krieg verschliffen. Ist er deshalb aber historisch schon obsolet geworden? Eine andere geläufige Rede, die auf die römische *pax romana* zurückgeht, lautet: „Willst du den Frieden, bereite dich auf den Krieg vor.“ *Pax romana*, das bedeutete: Die Römer beherrschen die Völker, um sie zu befrieden. Dies war zumindest das politische Programm, wobei den römischen Bürgern gleichzeitig bestimmte Privilegien eingeräumt wurden.

Der Krieg als Vater aller Dinge schien allgegenwärtig, selbst der als höher zu bewertende Frieden war von ihm abhängig. Das Organisationsprinzip des modernen Nationalstaates, das gehört zu dem Gemeingut der Soziologie, hat die Gewaltanwendung „kaserniert“, wie es Niklas Luhmann im Anschluss an Max Weber formuliert hat. Die Rolle des Nationalstaates wird aber im Zeitalter der Globalisierung neu bestimmt. In einer globalen Welt wird der Nationalstaat zwar nicht gänzlich verschwinden, aber er hat viele Mit- und Gegenspieler. Davon ist auch sein Gewaltmonopol betroffen, wie auch das auf Clausewitz zurückgehende Verständnis vom „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Es betrifft dies wesentlich den Kombattantenstatus. Dies hat vermutlich auch eine Unterhöhlung des Völkerrechtes zur Folge. Darauf sollte man sich einstellen.

Nicht mehr der Friedensaktivist, sondern der Waffenspezialist scheint in der Welt nach dem Kalten Krieg das Sagen zu haben. Einerseits sind nach dem Zerfall des Sowjetimperiums weltweit Millionen von Soldaten freigesetzt worden, andererseits waren die Waffenlager der Armeen und ihrer Zuliefererbetriebe gefüllt mit begehrten Tötungsinstrumenten. Dazu kam, dass sich die Welt nach dem

Kalten Krieg nicht mehr einfach nur in zwei Blöcke aufteilen ließ, sondern dass einzelne Regionen, Staaten und ethnische Gruppierungen wieder mit eigenen Bestrebungen die politische Bühne betraten. Neu daran war vor allem, dass die ethnischen Konflikte, die zum Beispiel in Europa bis dahin peripher waren, jetzt ein neues Gewicht bekamen. Heute wollen zum Beispiel im ehemaligen Einflussbereich der Sowjetunion Religionsgemeinschaften und Ethnien die Grenzen ihrer Zugehörigkeit selbst bestimmen. Ähnliches lässt sich auch im Hinblick auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, aber auch der nachkolonialen Staaten Afrikas feststellen. Diese veränderte Situation ist gerade als ein Ergebnis der paradoxen Auswirkungen von Globalisierung zu begreifen.

Viele Unruheherde wurden von den Großmächten sich selbst überlassen. Man dachte, dass diese Länder und Gebiete ohne ausreichende finanzielle Mittel nicht in der Lage sein werden, Konflikte mit militärischen Mitteln auszutragen. Darin hatten sie sich geirrt. Eine weitere Ressource wurde in diese Überlegung nicht einbezogen: die ethnischen Konflikte und die fundamentalistischen Religionsgemeinschaften. Nach 1991 betraten sie unerwartet wieder die politische Szene. Die Mitglieder der Ethnien und Verwandtschaftssysteme der Dritten Welt befinden sich häufig im Schatten der Globalisierung; die Mitglieder der Religionsgemeinschaften des Islams und ihrer Gruppierungen sind zwar nicht durchgängig arm, aber sie haben sich eine religiöse Erlösungsüberzeugung und einen religiösen Stolz zugelegt, der sich in Hass äußert. Kurzum, nach 1991 sehen sich die Mitglieder der westlichen Kultur selbstbewussten fundamentalistischen Gruppierungen gegenüber. Hier ist mit einem „*clash of civilizations*“ zu rechnen (Huntington), der kaum mehr Verständigungschancen in Aussicht stellt.

Aber auch die westliche Welt ex-

pandiert. Freihandel, freie Finanzmärkte, globale Herstellungs- und Konstruktionsketten von Produkten sind bereits etabliert. Junge Wirtschaftseliten wachsen nach, die selbstbewusst ihre Interessen verfolgen. Wir befinden uns nicht mehr einfach in einer Welt von Konflikten, die durch eine alternative Wahl von Mitteln einer Lösung zugeführt werden können.

Neue Kriege

Die Chancen, in dieser Situation am Wohlstand teilzunehmen, werden auch weiterhin ungleich verteilt sein. Die selbstbewussten Mitglieder der zurückfallenden Populationen, die von traditionellen sozialen Strukturen und von der wirtschaftlichen Globalisierung nicht profitieren, sehen für sich zum Beispiel die Chance, sich einem Kommandanten anzuschließen, der ihnen eine Waffe in die Hand drückt und ihnen erklärt, dass sie nunmehr etwas Besonderes seien. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Kindersoldaten, die zu Killern sozialisiert werden Sie erreichen damit aus ihrer Sicht dass man sie ernst nimmt (Robert Kaplan). Sie bekommen eine neue soziale Identität und erleben durch ihren neuen Status eine Art von Wiedergeburt. Die Mitglieder der Religionsgemeinschaft des Islams sind sich ihrer kriegerischen Mission schon seit Jahrzehnten bewusst. Der Kampf gegen Christen und Juden an den „blutigen Grenzen des Islams“ gehört bereits zu seiner kollektiven Identitätsbildung. Die gegenwärtige Bruchstelle zwischen Israel und der grundsätzlich neuen Situation im „Krieg“ gegen die Palästinenser ist vermutlich von dem „Zusammenprall“ der Kulturen her zu interpretieren. Die gegenwärtigen Selbstmordattentate, auch solche von Jugendlichen, werden bereits durch die ihnen zur Verfügung stehenden Massenmedien begleitet und gefeiert. Vermutlich gibt es seit Anfang der neunziger Jahre weltweit islamistische terroristische

Netzwerke, deren Effektivität wir am 11. September erlebten. Zu erinnern ist hierbei an den ersten Anschlag auf das World Trade Center. Ob sich diese Netzwerke zerschlagen lassen, ist heute noch nicht einzuschätzen. Rückblickend zeichnet sich ab, dass die Erwartungen in eine Modernisierung westlichen Zuschnitts innerhalb der arabischen Staaten und der kolonialen Nachfolgestaaten Afrikas, die man noch Ende der fünfziger Jahre hatte, gescheitert sind. Das Schlüsselereignis war diesbezüglich der Zusammenbruch des Schah-Regimes im Iran.

Ein anderer Umstand ist aber in diesem Zusammenhang zu erwähnen, der etwas Grundsätzliches verändert hat. Sowohl Gottes- als auch Guerillakrieger können sich heutzutage mit Waffen versorgen, die zum Beispiel in Pakistan oder in Westafrika unter einfachsten technischen Bedingungen hergestellt werden. Zwei Merkmale dieser Art von Kriegsführung sind erkennbar: Die westlichen Staaten greifen in diese Konflikte nicht militärisch ein. Der Somalia-Konflikt hat zudem gezeigt, dass die traditionelle Operationsweise der Militärorganisation leicht unterlaufen werden kann. Daraus hat man bereits gelernt. Zum zweiten weicht die neue Art der Kriegsführung von den Regeln der Genfer Konvention ab. Diese hat zwar auch nicht die Materialschlachten in den beiden Weltkriegen verhindern können, hat aber der Idee nach den Status des Kombattanten deutlich von dem des Nichtkombattanten getrennt. Gerade dies gilt mittlerweile nicht mehr.

Der Terrorist und der Guerillakrieger bewegen sich im Untergrund. Carl Schmitt erkannte bereits die neue Form des Krieges. Im „Partisanen“ sah er eine neue Figur, die strategisch und taktisch aus dem Untergrund operiert. Dies war zunächst aus der Not geboren. Das historische Ereignis, auf das sich Schmitt als Ausgang bezieht, war der Befreiungskrieg der Spanier gegen Napoleon. Seitdem hat es viele Kampfformen dieser Art gegeben, die über die IRA oder die ETA, über die antikolonialistischen Bewegungen der Mau-Mau oder der algerischen FLA bis hin zu der chinesischen, vietnamesischen oder kubanischen Guerilla reichten. Diese Kampfformen, die

sowohl nach dem Völkerrecht als auch nach der Genfer Konvention nicht zulässig waren, da ihnen allen ein Element des Terrors gegen Zivilpersonen zu eigen war, haben im Fortgang das Völkerrecht teilweise ausgehöhlt. Andererseits haben diese Gruppierungen aber auch eine De-facto-Legitimation erreicht, da sie in einigen Fällen zum Beispiel als Befreiungsbewegungen anerkannt wurden.

Globaler Markt der Kriegsführung

In diesem Rahmen fällt auf, dass sich ein neues Unternehmertum in Sachen Krieg etabliert hat. Dies betrifft nicht den religiösen Krieger oder den Guerilla. Die Corporate Warriors (P. W. Singer) sind keine Fernsehhelden, sondern Unternehmen. Nur ein Teil von ihnen operiert an Kriegsschauplätzen, da sie Truppen organisieren, Ihre Söldner sind unbekannt. Dies teilen sie mit dem Partisanen. Es wird vermutet, dass viele Offiziere des ehemaligen KGB heute in Diensten privater „Sicherheitunternehmen“ tätig sind. Es gibt mittlerweile Firmen, deren Namen zwar bekannt sind, nicht jedoch ihre Größe und Operationsweise. Diese Firmen handeln mit der Bereitstellung von militärischen Dienstleistungen und orientieren sich am Markt. Die amerikanische und die britische Regierung scheinen das zu tolerieren. Dem Anschein nach sind diese Unternehmungen auch effizient und rüsten ihre Verbände mit den modernsten Waffensystemen aus. Wieder andere Firmen sind für das Training von Spezialeinheiten zuständig. (Hier könnte man sich ehemalige Offiziere verschiedener Staaten recht gut als Angestellte vorstellen; ihre Bezahlung läge bei einem Vielfachen ihres früheren Verdienstes.) Diese Trainingscamps schulen militärische Einheiten aus aller Welt.

Der Vorteil dieser Arbeitsteilung liegt darin, dass auf ideologische Indoktrination verzichtet werden kann. Die Ausbilder werden bezahlt, und sie werden ihr Bestes tun. Hängt doch ihre weitere Beschäftigung von ihrem Ruf ab. Die dritte Ebene der Firma sind die kaufbaren Kampfeinheiten, die für den schnellen Ein-

satz eines gefährdeten Potentaten oder Politikers zur Verfügung stehen. Diese drei organisatorisch zu trennenden Funktionen solcher Unternehmen können alle unter einem Dach bestehen oder aber als einzelne Firmen auftreten. Die Spezialisierung scheint Sinn zu machen. Jede der drei Sparten kann hochspezialisiert sein. Flugzeuge können zum Beispiel geleast werden, um Einheiten zum Einsatz zu fliegen. Andere Firmen stellen das Kriegsmaterial zur Verfügung, dritte Firmen die Kampfhubschrauber und vierte die Kampfeinheiten. Offensichtlich eine wirtschaftlich effektive Organisation, die man nutzen kann und durch die sich Staaten entlasten können.

Stimmen aber die Systemrationalitäten des politischen und des wirtschaftlichen Systems ohne weiteres überein?

Risiken und Gefahren

Im Unterschied zu Staaten kalkulieren Firmen nach Maßgabe einer wirtschaftlichen Zweckrationalität. Wird ein Risiko für sie zu hoch, so ziehen sie sich aus einem Geschäftsbereich auch zurück. Im politischen System dagegen werden Verpflichtungen eingegangen, die zum Beispiel bei kollektiven Gütern nicht kurzfristig infrage gestellt werden. Das hat Auswirkungen auf den Bindungscharakter von eingegangenen Verpflichtungen.

Allein gelassen und schlecht informiert, versagte zum Beispiel eine nepalesische Gurkha-Einheit: Ihr Kommandeur kam im Bürgerkrieg in Sierra Leone um, die Truppe konnte nur knapp entkommen, der Kommandeur fiel kannibalistischen Ritualen zum Opfer. Aufschlussreich ist diesbezüglich auch eine Begebenheit in dem Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea 1997. Äthiopien hatte eine gesamte russische Jägereinheit angeheuert, die im Kampf gegen Eritrea den entscheidenden Luftvorteil bringen sollte. Als die russischen Luftwaffenoffiziere erfuhren, dass Eritrea auch russische und ukrainische Piloten unter Vertrag hatte, verlor sich der Kampfgeist der Russen, aus nahe liegenden Gründen.

Handelt es sich bei solchen Fällen um Risiken, die auch den jeweili-

gen Situationen geschuldet sein können, so stellt sich das Organisationsproblem des Managements der NATO auf einer anderen Ebene dar, da es die Organisationsstruktur des politischen Systems betrifft. Großbritannien und die USA haben zum Beispiel aus Kostengründen Teile ihrer Logistik an private Firmen ausgelagert, die zum Beispiel im Kosovo-Konflikt Teile der amerikanischen Streitkräfte zu befördern hatten. Präsident Clinton konnte so die Auflagen des Kongresses umgehen und mit geringeren Kontingenten doch eine höhere Präsenz auf dem Kriegsschauplatz simulieren: Er nutzte britische Firmen für Versorgung, Logistik und Informationsbeschaffung, wurde aber von diesen Firmen überverteilt. Von sieben mit den Firmen vereinbarten Aufgaben wurden von ihnen fünf nicht ordnungsgemäß (vertragsgemäß) ausgeführt.

Das Restrukturierungsmodell liegt nahe: Warum sollte man nicht Teile aus der traditionellen Verteidigung outsourcen, um den Haushalt zu entlasten? Die bestehende Verteidigungsverwaltung ist von ihrer Organisation her eher schwerfällig. Ihre Mitarbeiter sind an Beschäftigung und Karriere interessiert. Warum sollte man die so genannten „Wasserköpfe“ nicht entfernen und durch eine schlanke Organisation ersetzen? Warum braucht die Bundeswehr zusammen mit WEU und der EU eine eigene – heute ohnehin schon stark eingeschränkte – Lufttransportfähigkeit, um mit den Amerikanern hinsichtlich *power projection* mithalten zu können? Wenn private multinationale Konzerne daran interessiert sein sollten, dieses Geschäft zu übernehmen, dann wäre dagegen doch nichts einzuwenden. In der Folge des Keynesianischen Gesellschaftsmodells wuchsen die staatlichen Verwaltungen. Dies führte zu einer Gesetzesflut, die immer weniger wirklich zu regeln vermochte. Insofern bleiben Deregulierung und Neubestimmung der Steuerungsfunktion des Staates weiterhin ein zu lösendes Problem.

Man erkennt hier die Risiken, die sich heute in Fragen der Sicherheit und Konfliktregelung stellen. Wir erkennen aber auch, dass wir noch nicht über Organisationsmodelle verfügen, die eine Antwort auf

diese Situation geben können. Vielleicht wird eine Konfliktregelung in bestimmten Regionen nur dadurch herbeizuführen sein, dass man, je nach Fall, nicht eingreift und auf Selbstorganisation und -regelung setzt. Welche Veränderungen sich diesbezüglich durch den Kampf gegen den Terrorismus, aber auch gegen den Drogenhandel für die europäischen Staaten in den nächsten Jahren ergeben werden, ist noch schwer abzuschätzen.

Neue Grenzverläufe

Um Kriegsführung unter der Voraussetzung von Globalisierung besser einschätzen zu können, sollten noch zwei weitere Fragen beantwortet werden: Wo werden aller Wahrscheinlichkeit nach die größeren Kriege der nächsten zwanzig Jahre stattfinden? Was hat das alles mit uns zu tun?

Es besteht vielleicht die Chance, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht durch einen Friedensvertrag, sondern durch technische Grenzen beendet wird, der Palästinenser und Israelis voneinander trennt. Die Staatenwelt jener Region ist in einer Weise organisiert, die dem Grundsatz gehorcht: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Diese Logik reicht von der Türkei über den Iran, den Irak, Aserbaidschan, anderen neuen Staaten an der moslemischen Südfanke Russlands bis nach Indien und China. Der gegenwärtige Konflikt zwischen Pakistan und Indien gibt einen Eindruck von der Brisanz der Kriegsbereitschaft in jenen Regionen. Manche Konflikte dort könnten mit primitiven Waffen durchgefochten werden, andere auf High-Tech-Niveau. So könnten zum Beispiel die Öl-Staaten am Persischen Golf und auf der arabischen Halbinsel mithilfe der erwähnten corporate warriors Kriege führen, die weit über ihre Stärke als Staaten hinausgingen. Dies einfach deshalb, da sie über entsprechende Finanzmittel verfügen. Die Grundsituation in der arabischen Welt lässt es nicht ausschließen, dass sich dort noch lange Zeit Anlässe zu Auseinandersetzungen mit nicht gerade friedlichen Mitteln ergeben werden: Nach einem Ende des israelisch-palästinensischen Konfliktes könnten

sich revolutionäre und terroristische islamische Gruppen wieder stärker nach innen wenden. Die religiösen Konflikte auf dem indischen Subkontinent schwelen weiter, Pakistan ist zudem ein multiethnischer Staat, zudem ist dort auch noch lange Zeit ein religiöser Konflikt zwischen islamischem Fundamentalismus, gemäßigten Gruppierungen und dem Militär programmiert.

Dass Kriege nunmehr von Wirtschaftsunternehmen organisiert werden, bringt aber auch neue Gefahren mit sich. Zwar sehen sich die im Sicherheitsgeschäft tätigen multinationalen Firmen nur als Serviceleister, aber einmal involviert, können sie zum Beispiel Kriegsverläufe auch anheizen. Die kausalen Faktoren für Kriege sind äußerst vielfältig geworden. So kann das neue Selbstbewusstsein etwa der Mitglieder islamistischer Gruppierungen und ihrer Sympathisanten genauso ein Potenzial für kriegerische Auseinandersetzungen sein wie die Verschiebung von regionalen Gleichgewichten (Irak, Iran, Türkei), ethnische Konflikte und Militärputsche.

Neue Kriminalität

Die staatliche Ordnungspolitik hat heute die unterschiedlichsten Mit- und Gegenspieler. Für die Staaten der Europäischen Union sind als neue Gegenspieler die Schattenwirtschaft und der erweiterte Spielraum der organisierten Kriminalität hinzugekommen. Es gibt aber auch Bedrohungen und Gefahren ganz anderer Art, die sich als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion ergeben haben. Nicht alle ehemaligen KGB-Offiziere und russischen Atomwissenschaftler haben ihren „bürgerlichen“ Beruf unter veränderten Bedingungen weiter ausüben können. Einige sind sicherlich zum „Militär“ gewechselt; von anderen Berufsgruppen, wie den hoch qualifizierten Wissenschaftlern, wird befürchtet, dass sie zum Beispiel im Irak beim Aufbau von Giftgasfabriken oder bei der Herstellung von Atomwaffen mitarbeiten. Wieder andere, überflüssige Teile der alten Staatsorganisation, mischen heute beim organisierten Verbrechen mit. Dies wird auch von Mitgliedern des rumänischen Geheimdienstes, der Securitate, vermu-

tet. An Beispielen dafür dürfte es in den neunziger Jahren nicht fehlen. Das Wohlstandsgefälle, das an den Außengrenzen der Europäischen Union besonders sichtbar wird, fördert naheliegenderweise die organisierte Kriminalität. Das hat sich Anfang bis Mitte der neunziger Jahre besonders auf dem Gebiet des organisierten Autodiebstahles gezeigt. Dieses Unwesen scheint mittlerweile begrenzt worden zu sein, obwohl die organisierte Kriminalität für den russischen Staat weiterhin ein großes Hemmnis auch beim wirtschaftlichen Aufbau darstellt. Es wird vermutet, dass es dort ein Netz zwischen Mafia, Behörden und Polizei gibt. Vergleichbares gilt für die Schattenwirtschaft, nicht nur in Russland, sondern auch auf dem Balkan. Es gehört zu einem klassischen Bestandteil sozialwissenschaftlichen Wissens, dass Kriminalität zur Innovation führt. Dadurch werden Innovationsspiralen auf beiden Seiten ausgelöst, die sich einer Steuerung entziehen. Sie sind dahingehend total, da sie nicht nur ein Kleinarbeiten von Problemlösungen von Kriminalität in den Bereichen der Verwaltungen, des Rechtes, der Politik und der Wirtschaft betreffen, sondern zu einer Verunsicherung führen, die ihrerseits projektiv ist. Wir wollen etwa nicht glauben, dass, um bei den Beispielen zu bleiben, die „Mentalität“ der Osteuropäer auch eine Fiktion ist. Es hängt von den Anschlusschancen der jeweiligen Teilbereiche, etwa des Wirtschaftssystems, ab, ob es sich um Übergangsprobleme handelt. Man braucht dabei nicht den diabolischen Zusammenhang von Tradition und kollektiver Mentalität zu unterschätzen. Das ist soziologisches Gemeingut. Sondern es geht um strukturelle Probleme im Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik. Die Ordnungspolitik wird in Russland noch lange Zeit dadurch belastet sein, dass es dort ein regelrechtes Tauziehen zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Regionen gibt. Das führt zu staatlichen Steuerungsprogrammen, deren Erfolg wiederum nicht gewährleistet werden kann. Dadurch bleibt ein für Russland traditionell vorliegendes Problem weiterhin bestehen, dass in einer mangelnden Selbstständigkeit der Regionen zu sehen ist.

Eine Welt ohne Krieg?

Es wurde in der Staatsphilosophie der Neuzeit immer wieder nach der Rechtfertigung eines Krieges gefragt. „Gibt es einen gerechten Krieg?“ war die beunruhigende Frage, die bis in die Gegenwart hinein gestellt wird. Dabei handelt es sich nicht nur um einen moralischen Standpunkt, sondern um die Legitimationsprogramme des politischen Systems. Es sind Bindungen herzustellen, da ja jeder Krieg Opfer mit sich bringt. Wir neigen dazu, den Krieg unter den Gesichtspunkten der Vorteilnahme, der Expansion und des Sicherheitsbedürfnisses zu beschreiben. Rückblickend gab es, außer dem Falkland-Einsatz, nach dem Zweiten Weltkrieg koloniale Rückzugskriege, die aus politischen und wirtschaftlichen Interessen von Großbritannien und Frankreich zum Beispiel geführt wurden.

Die Frage nach dem gerechten Krieg mag immer wieder ein Problem sein, das sich nicht unvoreingenommen und schlüssig beantworten lässt. Gibt es eine soziologische Antwort auf das scheinbar Unvermeidbare und Unverständliche Ausbrechen eines Krieges? Die Antwort ist auch jenseits unseres Selbstverständnisses als Mitglieder der westlich-zivilen Kultur und des politischen Programmes der friedlichen Regelung von Handlungskonflikten zu suchen. Dabei sind die uns vertrauten Alltagserklärungen weniger hilfreich. Um dieses zum Schluss anzuschneiden, haben wir den moralischen Standpunkt zu verlassen.

In den Kriegen der europäischen Nationalstaaten, in denen sich ein Machtgleichgewicht herstellte, fällt zudem noch etwas anderes auf. Krieg mag schrecklich sein, aber er bindet auch die Teilnehmer gegen ihre eigenen Absichten. Sie haben nicht nur nicht kalkulierbare Folgen und eine ihnen eigene nicht vorhersehbare Dynamik, sondern sie überprüfen und artikulieren eine kollektive Identität, die im bürgerlichen Alltagsleben nicht sichtbar ist und entbehrlich scheint, wie zum Beispiel in der Folge des amerikanischen Bürgerkrieges. Soziale Systeme benötigen für ihre Stabilisierung Bindungswirkungen, die ihre Grenzverläufe

stabilisieren. Das sind keine räumlichen Grenzen, die einen inneren Teil gegenüber einem Außenbereich schützen, sondern Grenzen der kollektiven Identität ihrer Mitglieder. Kriege sind Ereignisse und haben auch nicht beabsichtigte Folgen, die oft über die Interessen ihrer Teilnehmer hinausgehen. Sie verzeichnen eine ihnen eigene Dynamik, die sich der Steuerung der Teilnehmer entziehen. Dabei geht es nicht um ein moralisches Problem. Insofern ist Krieg, ob er nach innen oder außen geführt wird, immer auch ein Test für die Selbstvergewisserung der Stabilisierung der Grenzverläufe von sozialen Systemen.

Die Sache scheint verworren. Damit sind wir wieder bei dem Krieg unter der Voraussetzung von Globalisierung. Wir können ihn nicht so ohne weiteres auf einen einheitlichen Nenner bringen. Vor allem versagen unsere Interpretationsmodelle. Das ist kein Zufall. Es ist ein globaler Krieg und nicht mehr wesentlich einer der Armeen und Staaten, sondern der Ethnien, der Terrorgruppen, der Firmen, die ihn organisieren, der von verrückten Einzeltätern, aber auch der verletzten kollektiven Identitäten. Selbst wenn der Krieg nicht der Vater alter Dinge und man diesbezüglich kein Hegelianer ist, auf seine unterschiedlichen Gestalten, in denen er weiter auftreten wird, sollte man eingestellt sein.

Soviel wir heute rückblickend wissen können, gibt es auch ein diabolisches Verhältnis zwischen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einer Regulierung von Konfliktpotenzial. Es besteht darin, dass ohne eine Chance, ein Einkommen zu haben, auch eine Befriedung von vielen Regionen in einem globalen Weltsystem letztlich unmöglich sein wird. Wir sind heute dazu genötigt, eine Einstellung dazu auszubilden, dass dieses aber im globalen Maßstab kaum gelingen wird. Von dort aus sollten dann die Problemlösungen gesucht werden; das heißt, wir werden lernen müssen, dass wir nicht umhinkommen eine Differenzeinstellung einzunehmen. Wir neigen immer wieder dazu, uns von den Rhetorikern, vor allem im politischen System, aber auch von Organisatio-

Fortsetzung auf Seite 56 u.

Am Rande des Krieges

Ist ein Angriff auf den Irak noch vermeidbar?

VOLKER W. BÖHLER

Auf der Straße zum Krieg I

Es war keine Überraschung, als der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober parteiübergreifend seinem Präsidenten die Ermächtigung zum Krieg gegen den Irak gab. Zu massiv waren die „Ermahnungen“ des Präsidenten und seiner unmittelbaren Umgebung, sich solidarisch und patriotisch zu verhalten und „einem jederzeit möglichen Angriff Iraks auf die USA und ihre Verbündeten zuvorzukommen.“⁽¹⁾

Nachdem selbst der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Tom Daschle, das Lager gewechselt hatte und seine vormals oft heftig vorgetragene Kritik zum Vorgehen Bush's „amerikanischer Entschlossenheit und Werten“ untergeordnet hatte, war der Ausgang der Resolution 114, die den Präsidenten in seiner Eigenschaft als Commander-in-Chief „dazu ermächtigt, die Streitkräfte der USA einzusetzen, wenn er es für notwendig und angemessen hält“, offenkundig.⁽²⁾

Der nach dem 11. September 2001 ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ war im Folgejahr 2002 von einer progressiven Darstellung der mutmaßlichen Bedrohung durch den Erzbösewicht Saddam Hussein geprägt, dem mit dem bisherigen Verständnis des Völkerrechtes nicht beizukommen war. Die durch die Bush-Administration in Szene gesetzte Propaganda erinnerte bei un-

zureichender Beweisführung gelegentlich an die sowjetische Propaganda zur Hochzeit des kalten Krieges und erreichte im Spätsommer einen weiteren Höhepunkt, als Vizepräsident Dick Cheney vor Veteranen in Nashville/Tennessee „ein präventives Handeln gegen den Irak“ für „zwingend erforderlich“ erklärte als „Blindheit angesichts einer tödlichen Bedrohung“ kritisierte.⁽³⁾

Die Liste der vom Irak ausgehenden mutmaßlichen Gefahren wie Verbindung zur Al Qaida und Besitz und Streben nach Massenvernichtungswaffen wurde nunmehr um die Weitergabe von diesen Waffen an Terroristen erweitert. Bemühungen um die Wiederaufnahme von UN-Waffeninspektionen – entsprechende Signale des Iraks gab es seit mehreren Monaten – bezeichnete Cheney als Zeitverschwendung, und Befürchtungen um eine Eskalation im Nahen Osten nannte er unbegründet.⁽⁴⁾

Bereits einen Tag nach Cheney's Rede schloss Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bei einem Truppenbesuch in Pendleton/California am 28. August einen Alleingang der USA nicht aus: „Es sei wichtiger, notfalls allein das Richtige zu tun, als Übereinstimmung zu erzielen.“⁽⁵⁾ Es war nicht zu überhören, dass hier die Vereinten Nationen und die Festland-Europäer gemeint waren.

Seines Hauptverbündeten konnte sich George W. Bush ohnehin sicher sein. Der Besuch des britischen

INHALT

Auf der Straße zum Krieg I

Die muslimischen
Bruderstaaten

Der „deutsche Weg“ und
die französische Position

Saddam Husseins Angebot

Die neue Sicherheitsdoktrin

Auf der Straße zum Krieg II

Friedensethische
Gesichtspunkte

„Kollateralnutzen“ oder
„Kollateralschaden“?

Ist ein Angriff noch
vermeidbar?

Quellen und Anmerkungen

Premiers Tony Blair am 7. September 2002 in Camp David diente eigentlich nur noch der Abstimmung im Detail und der Festlegung des Zeitplanes. In der Sache selbst war man sich seit Monaten ohnehin einig. Bush sprach unverblümt von einem „Regimewechsel“, während Blair verbale Kraftakte vermied und Bush's Sprache in „geschmeidiges Euro-Speak“ umformulierte.⁽⁶⁾ Man sollte sich aber deswegen keiner Täuschung hingeben. Auch die elegantere Sprache Blair's echot „His Masters Voice“! Zur Beweislage freilich konnte Bush wenig Neues beitragen: Der Hinweis auf einen neuen Bericht der Wiener Atomenergiebehörde IAEA (International Atomic Energy Agency) – eine Behörde, die, wie „Die Welt“ genüsslich bemerkt, dem Präsidenten im vollen Namen nicht geläufig war –, wonach der Irak Ende 1998 (als die UN-Inspektoren des Landes verwiesen wurden) „sechs Monate vor der Entwicklung einer A-Waffe stand“, wurde von der IAEA flugs demen-

Fortsetzung von Seite 55

nen wie der UNESCO, fehlleiteten lassen. Sie fordern einen globalen Wohlstand und eine globale Gerechtigkeit. Aber eine globale Wirtschaft, die nicht mehr zurückzunehmen ist, wird nicht zu einem Wohlstand für alle führen. Wir haben uns innerhalb dieses Systems auf soziale Verwerfungen, Unsicherheiten, anomische Entwicklungen und Ausgrenzungen einzustellen. Sie werden uns vor ganz

neue Herausforderungen stellen. Dies wird die Welt nach dem 11. September sein, der zu einem symbolischen Datum zu werden scheint. Ob es sich dabei um eine Medienrhetorik oder um ein „Geschichtszeichen“ handelt, haben wir noch abzuwarten.

(aus: *Die Politische Meinung*
Nr. 396/Nov. 2002; mit freundlicher
Genehmigung des Hrsg.:
Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin)

tiert.⁷⁾ Auch wollte die Behörde entsprechende Schlussfolgerungen aus Satellitenbildern nicht bestätigen.⁸⁾

Einer schwachen Beweislage ungeachtet forderte George W. Bush einen Tag nach dem Jahresgedächtnis für die verheerenden Anschläge von New York und Washington vor der UN-Vollversammlung eine neue Resolution des Weltsicherheitsrates, die den Irak zum sofortigen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen und auf jegliche Unterstützung des Terrorismus verpflichtet. Falls Bagdad sich widersetze, sei „Handeln gegen den Irak“ unvermeidlich.⁹⁾ Bush machte deutlich, dass sich Hussein diesen Forderungen „sofort“ zu beugen habe und „dass die USA notfalls allein gegen den Irak vorgehen würden, wenn in der UN kein Konsens gefunden würde“.¹⁰⁾ Der Präsident erneuerte den Vorwurf, dass Bagdad über biologische und chemische Kampfstoffe verfüge und nach Nuklearwaffen strebe. Beweise legte er allerdings wiederum nicht vor. Wie nie zuvor bediente sich ein Staatsmann einer mächtigen Nation vor den versammelten Nationen der Welt einer solch ultimativen Sprache: „Wenn die Weltorganisation nicht ihre Würde und Legitimität verlieren will, so muss der Sicherheitsrat in einer nicht verhandelbaren Frist Saddam Hussein entwaffnen oder die USA tun es selbst“.¹¹⁾ Bush's Rede machte seine ganze Geringschätzung für die Weltorganisation offenkundig; wenn es im Sicherheitsrat zu keiner Einigung kommen werde -Frankreich, Rußland und vor allen Dingen China gelten dort als unsichere Kantonten – so werden die USA eben selbst das Heft in die Hand nehmen. Die Forderung nach Rückkehr der Inspektorenteams wurde erst gar nicht erhoben; wie sagte doch Vizepräsident Cheney: „Reine Zeitverschwendung“!

Geradezu heuchlerisch war der Vorwurf, der Sicherheitsrat habe 16 Resolutionen gegen Saddam Hussein nicht durchgesetzt.¹²⁾ Soweit die Vereinigten Staaten Resolutionen, die Israel betrafen, nicht ohnehin mit ihrem Veto blockierten, haben sie diesen Vorwurf gegen die UN bei gleichem Sachverhalt zu keiner Zeit erhoben. So wirkte auch Kofi Annan's Einwand, nur die UN könne ein gewaltsames Vorgehen gegen internati-

onale Bösewichte legitimieren, eher hilflos.

Man mag über das Vorgehen Bush's sehr wohl geteilter Meinung sein. Eines aber versteht er meisterhaft: Eine pathetische, von Selbstlob nicht freie Sprache, die das Gemüt des „wahren Amerikaners“ anspricht, jedenfalls so lange, bis die ersten US-Soldaten in fahnen geschmückten Kisten zurückgebracht werden: „Die Nation hat Tyrannen besiegt, Todeslager befreit und das Licht der Freiheit zu jedem gefangenen Land gebracht. Wir haben nicht die Absicht, die neueste Bande von Fanatikern zu ignorieren oder zu beschwichtigen, die sich an die Macht morden will.“¹³⁾

Die muslimischen Bruderstaaten

Sah es noch bis August 2002 so aus, als wären die meisten muslimischen Staaten strikt gegen einen anglo-amerikanischen Angriff auf den Irak, so wandelte sich das Bild im September. Bush umwarb das Königreich Saudi-Arabien mit einer Charme-Offensive und berief sich auf die „ewige Freundschaft“ zwischen beiden Ländern; auch galt es, Kritiker im eigenen Lager ruhig zu stellen, die nicht zu Unrecht die offene und verdeckte finanzielle Unterstützung terroristischer Aktivitäten durch einflussreiche Saudis kritisierten. Darüberhinaus fürchtete Washington um den Abzug beträchtlicher saudischer Bankeinlagen und den Verlust gewichtiger Investitionen in den Staaten und im Königreich. Saudi-Arabien andererseits war sich stets darüber im klaren, dass sein orthodox-muslimisches Regime von „gekaufter amerikanischer Sicherheit“ abhängig war. Welch Widerspruch zum Pathos, „das Licht der Freiheit“ in jedes Land zu bringen! Unter dem graduierlichen Aufwuchs der amerikanischen Drohkulisse und der Einsicht eigener Abhängigkeiten vom Wohlwollen der Vereinigten Staaten gab Saudi-Arabien seine bisherige strikte Ablehnung eines Angriffs auf den Irak auf und stellte für den Fall, dass Saddam Hussein eine Rückkehr der Inspektoren ablehnt und ein UN-Mandat vorliegt, die Duldung und die Nutzung der

Militärbasen in Aussicht. Saudi-Arabien begibt sich damit, dem Schutz der USA vertrauend und die Stimmung im eigenen Land ignorierend, auf eine höchst gefährliche Gradwanderung.

Eine Tendenz zur Duldung des amerikanischen Vorgehens ist auch in Ägypten erkennbar, die bilateralen Verflechtungen sind eng. Selbst das als „Hardliner“ empfundene Syrien könnte sich am Ende als „geschmeidig“ erweisen, hat doch das finanzkräftige Saudi-Arabien dort traditionell einen gewichtigen Einfluss. Darüberhinaus erhofft man sich in Damaskus eine Blockierung der vom US-Kongress geplanten Wirtschaftssanktionen.¹⁴⁾ An dieser Geschmeidigkeit wird auch der Nadelstich des syrischen Außenministers Faruk Al Shara „der blinden Einseitigkeit der USA gegen den Irak, während man die Missachtung von 28 Resolutionen durch Israel widerstandslos hinnehme“, nichts ändern.¹⁵⁾

Die kleineren Ölmonarchen werden dem Druck der „neuen Kreuzzügler“ nichts entgegensetzen können.¹⁶⁾ Seit seiner Befreiung 1991 verzeichnet Kuwait eine mächtige US-Militärpräsenz. Bahrein dient als Heimathafen der 5. US-Flotte, und in Katar bauen die USA neben einer Kommandozentrale einen Luftwaffenstützpunkt für den Fall aus, dass sie ihre Basen in Saudi-Arabien doch nicht nutzen können. Seit längerem werden in Oman Kommandokräfte zusammengezogen und ausgebildet. Jordanien – im letzten Golfkrieg auf der falschen Seite – wird sich amerikanischem Druck kaum erwehren können. Die Gefahren allerdings sind für das Königreich – eingepfercht zwischen dem Irak, Israel und einer höchst explosiven Lage in den Besetzten Gebieten – bei einem eigenen palästinensischen Bevölkerungsanteil von ca. 70% nicht zu übersehen.

Die Türkei wird zähneknirschend ihre Basen verfügbar machen. Der Iran wird einen Angriff auf den Irak – wenn auch nach wie vor ein Todfeind – als neuerlichen Beweis für die Aggressionslust des „Großen Satans“ werten, es aber bei bloßer Rhetorik bewenden lassen.¹⁷⁾

Auch wenn sich die Arabische Liga beim Treffen ihrer Außen-

minister im September 2002 in ihrer Ablehnung der Angriffspläne der US-Administration weitgehend einig war, so kann davon ausgegangen werden, dass Eigeninteressen über die Empfindung der Umma gestellt werden, und der Widerstand geringer ausfallen wird, als man erwarten könnte, ein Verhalten, das die Arabische Liga stets ausgezeichnet hat.¹⁸⁾ Ob sich im Falle eines Angriffs, wie es der Generalsekretär der Liga, Amr Moussa, blumig ausdrückte, „die Tore der Hölle“ öffnen, ist schwer zu beurteilen.¹⁹⁾

Der „deutsche Weg“ und die französische Position

Im September 2002 stand in Deutschland eine Bundestagswahl an, und im Frühsommer des Jahres waren die Aussichten auf eine Wiederwahl der regierenden rot-grünen Koalition nicht allzu gut. Unter sich täglich verschärfender US-Kriegsrhetorik sahen Schröder und Fischer ihre Chance, zum traditionellen linken Pazifismus, der mit der Zustimmung zum Kosovo- und Afghanistan-Krieg arge Blessuren erlitten hatte, zurückzufinden und das Thema im Wahlkampf zu etablieren. Der Zeitpunkt hierzu war günstig; 65% der Deutschen wollten bei steigender Tendenz keine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak.²⁰⁾ Fortan reisten die Koalitionäre von Wahlveranstaltung zu Wahlveranstaltung und ließen das Wahlvolk wissen, dass es keine deutsche Beteiligung, auch im Falle eines UN-Mandates, gäbe, geschweige denn eine finanzielle Beteiligung. Unausgesprochen stand die Formel im Raum: Der Kanzler und sein Außenminister stehen für den Frieden, der Kandidat der Opposition für den Krieg. Mit dieser Vereinfachung gelang es Schröder, die angegrauten Freunde der toten Friedensbewegung um sich zu scharen und Ängste bei den Alten und Jungwählern zu schüren, während der Opposition nichts anderes einfiel, als dass diese Frage nicht anstünde. Schröders Bekenntnis, „die Bundesregierung sei stets zu Solidarität bereit, stehe für Abenteuer aber nicht zur Verfügung“ und warne „vor Spielereien mit Krieg und militärischen Maßnahmen“ gefiel.²¹⁾ Die

Töne wurden schriller: „... vor militärischer Intervention kann ich nur warnen, das ist mit uns nicht zu machen ...“, die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig vorbei.²²⁾ Der eher zaghaft vorgebrachte Einwand der Opposition, es gäbe keine wesentlichen Unterschiede zu Rot-Grün, konnte genauso wenig überzeugen wie die Deutungsversuche des außenpolitischen Experten Wolfgang Schäuble.

Die Entwicklung von der „uneingeschränkten Solidarität“ zum „deutschen Sonderweg“ hatte sich mit atemberaubender Geschwindigkeit vollzogen und erfuhr täglich neue Facetten. Verteidigungsminister Struck gab gar zum Besten, dass „wir nicht das Mündel der Vereinigten Staaten“ seien.²³⁾

In den USA nahm man Schröders „deutschen Weg“ mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis. Botschafter Dan Coats demarchierte im Kanzleramt, und Kanzler Schröder sprach davon, dass ... „Freundschaft nicht heißen kann, zu allem Ja und Amen zu sagen“.²⁴⁾ Einer der engsten Berater des Präsidenten, Richard Perle, warf der Regierung vor, es sehe für die USA so aus, „als setze sich der Kanzler von einem alten Freund ab, um ein paar Stimmen zu gewinnen“.²⁵⁾ Der Auftritt des SPD-Fraktionschefs, Ludwig Stiegler, der Bush mit „Caesar Augustus“ verglich, wurde nur noch durch die Peinlichkeiten der Justizministerin, Herta Däubler-Gmelin, überboten, die Bush mit Hitler in Zusammenhang brachte.²⁶⁾ u. ²⁷⁾ Da half auch nicht mehr darüber hinweg, dass der eine ein „Wadenbeißer“, die andere eine „Schwertgösch“ war und der Kanzler einen erklärenden Brief an „Dear George“ schrieb.²⁸⁾ Die Atmosphäre war, um es mit Donald Rumsfeld und Condoleezza Rice auszudrücken, vergiftet.²⁹⁾ u. ³⁰⁾ Schröders Rechnung ging auf. Die Wahl war gewonnen, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten aber beschädigt wie nie zuvor.

Während wir den „deutschen Weg“ der Totalverweigerung beschritten, machte Frankreich sehr früh deutlich, dass es einer ultimativen UN-Resolution, die den Automatismus militärischer Gewalt zum Kernpunkt macht, im Weltsicherheitsrat nicht zustimmen würde.

Vielmehr sei ein zweistufiges Vorgehen erforderlich. In einer ersten „einfachen und festen“ Resolution solle die Entschlossenheit der Völkergemeinschaft deutlich gemacht werden, damit Bagdad einer bedingungslosen Rückkehr der Waffeninspektoren zustimmt. Falls dies nichts fruchtet, wäre nach einer Neubewertung der Lage eine bewaffnete Intervention gegebenenfalls erforderlich.³¹⁾ Im Hinblick auf eine gesicherte Beweislage für die Reihe der amerikanischen Vorwürfe bewegt sich auch diese Vorgehensweise auf dünnem Eis; sie ist aber bei weitem flexibler als die deutsche Haltung, die – das war bereits während des Wahlkampfes klar – nicht durchzuhalten war. Im Gegensatz zu der bisherigen Position des Verteidigungsministers, die Fuchs-Spürpanzer im Falle eines Angriffs auf den Irak abzuziehen, erklärte Außenminister Fischer die Diskussion um den Abzug für beendet: „Vergessen Sie's! Vergessen Sie den deutschen Weg“.³²⁾ Das Angebot, im Februar 2003 zusammen mit den Niederlanden die ISAF-Führung in Afghanistan zu übernehmen, muss ebenfalls unter dem Gesichtspunkt kanossianischer Schadensbegrenzung gesehen werden.³³⁾

Saddam Husseins Angebot

Vergleicht man es mit Saddams Taktieren vor zwölf Jahren, so kam sein Angebot, „die Rückkehr der Waffeninspektoren der Vereinten Nationen in den Irak ohne Bedingungen zuzulassen“, deutlich früher. Freilich gab es seit Wochen Anzeichen für diesen Schritt, wenn diese auch in der US-Administration kaum zur Kenntnis genommen wurden. Der kontinuierliche Aufbau einer entschlossenen, anglo-amerikanischen Drohkulisse und letztlich die Einsicht, dass auf die arabischen Bruderstaaten, namentlich Saudi-Arabien und Ägypten, wenig Verlass war, veranlasste Bagdad zu diesem Schritt. Unter „Respektierung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit“ war der Irak zur sofortigen Wiederaufnahme der Inspektionen bereit.³⁴⁾ Dieser Hinweis wurde von der Bush-Administration als Vorbe-

dingung verstanden. Die USA waren entschlossen, den Diktator zu stürzen, Beweise hin, Beweise her. Die irakische Initiative wurde als Störfeder Saddam Husseins gegen eine „starke“ Resolution im Weltsicherheitsrat gewertet. Bush ließ mitteilen, „es gehe um die Erfüllung aller 16 anhängigen UN-Resolutionen, nicht allein um Waffeninspektionen, für die es ohnehin keiner Einladung bedürfe“.³⁵⁾ Die „Los Angeles Times“ brachte es auf den Punkt: „Zero Tolerance – Loaded Gun“.³⁶⁾ Bei dieser Sachlage sahen sich Frankreich, Rußland und China in ihrer ablehnenden Haltung zum Vorgehen der USA bestätigt, während London versprach, mit einem neuen Dossier zum mutmaßlichen irakischen Streben nach Massenvernichtungswaffen Schützenhilfe zu leisten. Die EU und Deutschland begrüßten das Angebot als Schritt in die „rechte Richtung“; die arabische Liga sprach von einer „positiven Initiative“ und Israels Außenminister Shimon Peres „hielt einen Krieg für unvermeidlich“, hätten doch die USA dafür „eine eindeutige Verpflichtung“ übernommen. In der UN wurde Saddams Angebot mit Erleichterung aufgenommen, und Chef-Inspektor Hans Blix konnte bereits Anfang Oktober melden, dass nach Abstimmung mit den irakischen Experten die Inspektionen Mitte Oktober wieder aufgenommen werden könnten. Die Frage der umstrittenen Präsidentenpaläste war allerdings ausgeklammert worden.

Die neue Sicherheitsdoktrin

Unbeeindruckt vom Angebot Saddams, die UN-Inspektionen wieder aufzunehmen, stellte Bush am 20. September 2002 die „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika“ vor, die die Eindämmungs- und Abschreckungskonzepte aus der Zeit des Kalten Krieges endgültig für obsolet erklärt und an deren Stelle Prävention und nötigenfalls unilaterales Handeln setzt. Die neue Strategie basiert auf der Gewissheit uneinholbarer militärischer Überlegenheit.

Die Kernpunkte dieser Doktrin lauten:³⁷⁾

– Ein gleichwertiger Gegner oder ein Gleichgewicht des Schreckens

- wird nie wieder geduldet,
- amerikanischer Internationalismus wird die Einheit nationaler Interessen und Werte reflektieren,
- der Wettstreit zwischen destruktiven totalitären Visionen und Freiheit und Gleichheit ist zu Gunsten der USA entschieden,
- die heutige Bedrohung geschieht weniger durch Flotten und Armeen als durch katastrophale Technologien in den Händen von wenigen Verbitterten,
- amerikanischer Idealismus in der Tradition Jeffersons, Lincolns und des Marshall-Planes steht nicht im Gegensatz zur realpolitischen Drohung mit Präventionsschlägen und Gegen-Proliferation,
- Amerika wird künftig früher, härter und häufiger auch alleine gegen jeden vorgehen, der nach seiner Auffassung eine Bedrohung darstellt,
- die USA werden sich weiterhin um internationale Unterstützung bemühen, werden aber nicht zögern, ihr Recht auf Selbstverteidigung durch präventives Vorgehen gegen Terroristen auszuüben,
- die NATO ist nicht mehr ausreichend bündnisfähig, lahmgespart und inflexibel.

Neben dieser Brachialrhetorik wirken Hinweise auf die Verdoppelung der US-Entwicklungshilfe und den Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit wenig beruhigend und erinnern eher an den gleichzeitigen Abwurf von Bomben und Lebensmitteln von gleicher gelber Farbe wie in Afghanistan.

Mit diesem Strategiepapier hat George W. Bush einen radikalen Paradigmenwechsel eingeleitet, der in seinen aggressiven Auswirkungen noch nicht einmal im Ansatz erfasst wurde. Letztlich bedeutet die neue Strategie in Teilen eine Neudefinition des bestehenden Völkerrechtes.

Auf der Straße zum Krieg II

Tony Blair's Dossier hat zur Beweisleistung der Bedrohung durch den Irak wenig beigetragen; es beinhaltet eigentlich nicht mehr als eine Aneinanderreihung der bisherigen Vorwürfe. Süffisant formulierte die Labour-Abgeordnete Diane Abbot: „Tony Blair wird sich mehr

anstrengen müssen, um die britische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, in den Krieg zu ziehen“.³⁸⁾

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld trug beim Herbsttreffen der NATO-Verteidigungsminister am 25. September in Warschau die bekannten Tautologien zur terroristischen Bedrohung und der angeblichen Verbindung des Regimes in Bagdad zur Al Qaida vor; schlüssige Beweise blieb er den zweifelnden Europäern schuldig. Ein Vieraugengespräch mit dem deutschen Verteidigungsminister kam erwartungsgemäß nicht zustande.

George W. Bush verschwendete keine Zeit, sich mit dem Angebot aus Bagdad auseinanderzusetzen. Die taktischen Spielchen des Diktators aus dem zweiten Golf-Krieg waren noch zu frisch in Erinnerung. Der von den Vereinigten Staaten und Großbritannien im Weltsicherheitsrat eingebrachte Entwurf für eine Resolution beinhaltete im wesentlichen folgende Forderungen:³⁹⁾

- Der Irak hat innerhalb einer Siebentagefrist der vollständigen Zerstörung seiner Massenvernichtungswaffen zuzustimmen,
- bei gleicher Frist uneingeschränkte Inspektionen sicherzustellen,
- innerhalb von 30 Tagen seine Massenvernichtungswaffen und verbotene Materialien anzuzeigen,
- Zugang zu jeder Örtlichkeit, einschließlich den Palästen und Moscheen, zu gewähren,
- die Begleitung der Inspektions-teams durch bewaffnete UN-Trupps zu dulden,
- im Falle einer Weigerung mit dem Einsatz „aller erforderlichen Mittel“, also militärischer Gewalt, zu rechnen.

Es überrascht nicht, dass bei einer derart hohen Messlatte der Irak den Resolutionsentwurf zurückwies. Während man im Weltsicherheitsrat nach einer gemeinsamen Resolution suchte, drohte der Präsident: „Wenn keiner von diesen handelt, werden die USA zielstrebig eine Koalition anführen, um einem der schlimmsten Führer der Welt die schlimmsten Waffen der Welt wegzunehmen“.⁴⁰⁾ Allerdings konnten die USA bislang nicht unbedingt mit Schwergewichten für diese Koalition aufwarten: Norwegen, die Türkei, Bulgarien,

Rumänien, Kolumbien und Singapur reichen neben den Briten nicht aus, das Fernbleiben der Veto-Mächte auszugleichen.

Im eigenen Land gab der Ausschuss für Internationale Angelegenheiten erwartungsgemäß dem Präsidenten die Befugnis, „gegen den Irak Gewalt anzuwenden“. Im Repräsentantenhaus hatte Bush eine absolute Mehrheit, und der Führer der demokratischen Opposition, Tom Daschle, signalisierte seine Zustimmung im Senat.

Chef-Inspektor Blix aber schwenkte nach einem Treffen mit den Hardlinern Wolfowitz, Rice und dem geschmeidigeren Außenminister Colin Powell auf den harten US-Kurs ein: „Es wäre sehr merkwürdig, wenn die Inspektoren sich bereits im Irak aufhielten und dann erführen, dass die UNO die Untersuchungen anders haben wollte“.⁴¹⁾ Damit war der Zeitplan zur Rückkehr der Inspektoren für Mitte Oktober über den Haufen geworfen. Auch wurde erkennbar, dass Blix für den Fall, dass der Irak sich den Abrüstungsforderungen nicht füge, einem Militärschlag aufgeschlossen gegenüberstehe.⁴²⁾ Für eine Wiederaufnahme der Inspektionen waren dies nicht gerade gute Voraussetzungen. Während man in diplomatischen Kreisen in Washington und New York den Resolutionsentwurf als „Blaupause für einen Krieg“ bewertete, trug der indirekte Aufruf des Präsidentensprechers, Ari Fleischer, zur Ermordung Saddam Husseins durch seine eigenen Landsleute auch nicht als konstruktiver Beitrag zur Lösung der Krise bei: „Eine Kugel koste weniger als ein Krieg“, ließ Fleischer sinngemäß verlauten.⁴³⁾ Zwischenzeitlich sprach auch Außenminister Colin Powell davon, dass „dieses Problem ein für alle Mal zu lösen“ sei.⁴⁴⁾

George W. Bush setzte seinen kompromisslosen Kurs unbeeindruckt fort. Am 8. Oktober 2002 erklärte er in einer TV-Rede in Cincinnati/Ohio: „... die Gefahr sei bereits erheblich und wird mit der Zeit noch schlimmer, ... sich der Bedrohung durch den Irak stellen, ist entscheidend, um den Krieg gegen den Terror zu gewinnen, ... entweder Saddam Hussein rüstet ab oder die USA werden – dem Frieden zuliebe – eine Koalition anführen, die die Ab-

rüstung vornimmt“.⁴⁵⁾ Als Beweis für diese mutmaßliche Bedrohung gab das Weiße Haus zwei Satellitenfotos frei, die den Nassr-Atomtechnologiekomplex nach seiner Zerstörung im Dezember 1998 und im September 2002 zeigen: Das neue Foto zeigt den Neubau von zwei Flachdachkomplexen!⁴⁶⁾ Frankreich und Rußland zeigten sich von dieser „neuen Beweislage“ nicht sonderlich beeindruckt, und China verhielt sich auffällig still. Bagdad reagierte prompt und bot die Besichtigung von Gebäuden an, die während des Krieges komplett zerstört und zwischenzeitlich wieder aufgebaut wurden. Darüberhinaus erklärte sich der Irak damit einverstanden, dass die UN-Inspektoren bei ihrer Suche nach Massenvernichtungswaffen auch Aufklärungsflugzeuge einsetzen könnten, Experteninterviews erlaubt würden und alle Inspektionsorte ohne Voranmeldung kontrolliert werden dürften. Auch in der Frage der Paläste gab es vorsichtige Zeichen für eine Lockerung der bisherigen Verweigerungshaltung des Irak.

Zweifelsohne muss Bagdads Behauptung, es verfüge über keine Massenvernichtungswaffen, überprüft werden; zu schlecht waren die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts. Das rigorose Vorgehen der Bush-Administration unter „Loaded Gun“-Bedingungen aber konnte bislang jedenfalls im Weltsicherheitsrat nicht überzeugen. Aus Bagdad selbst tönt es großmäulig: „Wenn die Amerikaner eine weitere törichte Aktion gegen den Irak begehnen, werden wir ihnen eine unvergessliche Lektion erteilen“.⁴⁷⁾ Und gerade hier liegt das Risiko: Falls der Irak doch über biochemische Kampfstoffe verfügt, könnte er diese im Falle eines Angriffs als „letzte Ressource“ zum Einsatz bringen. Dass der Diktator vor einem solchen Akt nicht zurückschreckt, hat er im Iran-Krieg und im Kurden-Aufstand unter weniger Regime-bedrohlichen Umständen bewiesen.

Friedensethische Gesichtspunkte

Bush's neue Sicherheitsstrategie basiert auf dem „Recht des Stärkeren“. Sie vollzieht einen radikalen Wechsel vom Verteidigungskrieg zum

Präventivkrieg, setzt Artikel 51 der UN-Charta quasi außer Kraft und verstößt gegen das Gewaltverbot der Vereinten Nationen. Die neue Doktrin beinhaltet die Möglichkeit zum Angriffskrieg. Mit Nachdruck hat die Amerikanische Bischofskonferenz den Präsidenten vor einem Präventivschlag gewarnt, der ethisch nicht zu rechtfertigen sei und einen Vergleich mit dem Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan nicht zuließe.⁴⁸⁾ Auch werde hier bei schwacher Beweislage ein bedenklicher Präzedenzfall geschaffen. Die Frage, ob ein Sturz Saddam Husseins dessen destabilisierende Rolle in der Region und die Unterdrückung im eigenen Volk beenden werde, bleibe im übrigen offen. Die US-Bischöfe ermahnten ihren Präsidenten, nicht unilateral vorzugehen und ernsthaft alle Alternativen zu einem Militärschlag zu prüfen. Zugleich aber solle Washington Anstrengungen für einen umfassenden Friedensprozess in der Region unternehmen; ein deutlicher Hinweis auf die einseitige Parteinahme im schwelenden Palästina-Konflikt.

Der Sozialethiker John Coleman SJ weist darauf hin, dass die Kirche in den USA die These vom „Gerechten Krieg“ immer enger auslege: Ein Krieg könne bestenfalls nur dann hingenommen werden, wenn er Bestandteil einer umfassenden Friedensstrategie sei.⁴⁹⁾ Davon sind die USA im Falle Irak weit entfernt.

Es besteht kaum Zweifel darüber, dass die irakische Zivilbevölkerung größeren Leiden als im zweiten Golfkrieg ausgesetzt wird und die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht eingehalten werden. Die Risiken für die Gesamtregion sind nur schwer abschätzbar. Auch sei angemerkt, dass weltweit Proliferation und Rüstungsdynamik einer Präventivschlag-Strategie auf dem Fuß folgen werden.

Die Deutsche Bischofskonferenz erinnerte in ihrer Herbstvollversammlung an die Verlautbarung vom „Gerechten Frieden“: „Krieg ist eines der schwerwiegendsten Übel und darf niemals zu einem gleichsam normalen politischen Mittel werden“.⁵⁰⁾ Vorrang habe die Rückkehr der UN-Inspektoren und die Zerstörung möglicher Massenvernichtungsmittel. Die „Politik der Druckausübung“

könne aber nicht bedeuten, dass sie zwangsläufig zum Krieg führe.⁵¹⁾ Als Kernaussage aber stellten die Bischöfe fest, dass „die Beanspruchung eines Rechts zu einem sogenannten Präventivkrieg, der auf Verdacht und Vermutung hin erklärt würde, nicht zulässig sei“.⁵²⁾

Für den Vatikan stellte Erzbischof Jean-Louis Tauran die Frage, ob mit einem Angriff wirklich der Friede gefördert werde. „Ein Übel dürfe nicht mit einem anderen Übel bekämpft werden“; „wir müssen vorsichtig sein und dürfen Gerechtigkeit nicht mit Rache verwechseln“; „es dürfe nicht bloß um die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren gehen“.⁵³⁾

Internationale Kritiker der Bush-Administration sehen sich durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an den ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter bestätigt. Diese Entscheidung darf durchaus als Kontrapunkt zur Billigung der Kriegsvollmacht durch den US-Kongress verstanden werden.

„Kollateralnutzen“ oder „Kollateralschaden“?

Neben dem Sturz des Diktators und der Beseitigung einer mutmaßlichen „Bedrohung für die Region, für Amerika und für die ganze Welt“ erhofft man sich im State Department eine Art Dominoeffekt: Der „Funke der Demokratie könnte von einem befreiten Irak auf die gesamte arabische Welt überspringen“, analog zum Demokratisierungsprozess der Warschauer Pakt-Staaten.⁵⁴⁾ Wenn dem so wäre, dann stellt sich die Frage, warum dieser Funke nicht schon längst auf die Staaten überggesprungen ist, die als klassische Klientelstaaten der Vereinigten Staaten gelten, Saudi-Arabien, Kuwait, Ägypten, Jordanien, die Emirate und Oman? Die Idee vom „Kollateralnutzen“ ist abstrus und verkennt die Koran-geprägte Mentalität des arabisch-muslimischen Kulturkreises, für den unser westliches Demokratieverständnis kein Modell ist.

Dieser vermeintliche „Kollateralnutzen“ wird sich viel eher als „Kollateralschaden“ im Sinne dieses bössartigen Wortes herausstellen:

Krieg bedeutet immer unermessliches Leid für Kombattanten und die Zivilbevölkerung, und die Mär vom „chirurgisch sauberen Angriff“ ist zynisch. Fasst man den Begriff des „Kollateralschadens“ weiter, so sind die Risiken für die Region schwer abschätzbar. Zwar wird es zu keinem Aufstand der „arabischen Massen“ kommen; dazu überwiegen die Eigeninteressen der Bruderstaaten viel zu stark. Die muslimische Umma aber darf nicht unterschätzt werden. Dort werden sich Scharen von islamistischen Terroristen für ein „Martyrium mit der Aussicht auf das Paradies“ bereitfinden. Die mit dem Druck der Kriegsdrohung der USA und Großbritanniens einhergehende Zunahme terroristischer Anschläge im Jemen, in Afghanistan, auf Bali und den Philippinen sind ein sicheres Indiz dafür. Al Qaida oder wie die terroristischen Netzwerke auch immer heißen mögen, sind längst nicht tot, und aus einem abgeschlagenen Kopf der Hydra entwickeln sich zwei neue Köpfe. Kommt es zu einem Angriff auf den Irak, so wird dem islamistischen weltweiten Terrorismus ein Bärendienst erwiesen.

Ist ein Angriff noch vermeidbar?

Von der Öffentlichkeit annähernd unbemerkt läuft seit Wochen der amerikanische Aufmarsch im Krisengebiet. Nur soviel wurde bislang bekannt: Hauptquartiere und Kommandozentralen wurden nach Kuwait verlegt, seegestützte Eliteeinheiten ans Horn von Afrika verschifft, die US-Streitkräfte haben ihre Pläne zur Ausbildung von 5.000 irakischen Oppositionellen als Auxiliartruppe abgeschlossen, und der Präsident hat zu diesem Zweck 92 Millionen US-Dollar aus dem Verteidigungshaushalt genehmigt.⁵⁵⁾ Die Regierung von Tony Blair rüstet 234 Kampfpanzer des Typs Challenger 2 auf Wüstentauglichkeit nach.⁵⁶⁾ Während sich dieser Aufmarsch mit vermutlich stärkerer Intensität als bekannt geworden vollzieht, erklärte George W. Bush, „wir werden nötigenfalls den Krieg gegen den Terrorismus an zwei Fronten kämpfen, der Irak ist Teil des Krieges gegen den Terrorismus“.⁵⁷⁾ Zur Beruhigung einer im eigenen Land aufkommenden

Anti-Kriegsstimmung fügte er hinzu, dass die Militäroption seine letzte Wahl sei. Parallel zum Aufmarsch der Kräfte kommt es – ebenfalls kaum noch eine Pressenotiz wert – zu verstärkten Luftangriffen der Anglo-Amerikaner in den Flugverbotszonen nördlich des 36. und südlich des 32. Breitengrades, die primär einer nachhaltigen Ausschaltung der irakischen Luftverteidigung dienen.

George W. Bush hat mit der Kriegsvollmacht des Kongresses eine Carte Blanche erhalten. Die einschränkenden Rahmenbedingungen für die Kongress-Zustimmung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Präsident einseitig und ohne Zustimmung der UN einen Angriff gegen den Irak anordnen kann. Auch wenn Bush in den letzten Wochen immer wieder versicherte, er suche eine Koalition für diesen Angriff, so ist die Reihe unilateraler Handlungen der USA lang (Kündigung des ABM-Vertrages, Verweigerung der Ratifizierung des Atomteststop-Vertrages, Kyoto-Protokoll, Verweigerung völkerrechtlicher Mindeststandards der Guantanamo Bay-Häftlinge, Internationaler Strafgerichtshof). Ein unilaterales Vorgehen hat die Bush-Administration darüberhinaus ohnehin nie ausgeschlossen.

Mit dem Einschwenken der Amerikaner auf die flexiblere Haltung Frankreichs in der dritten Oktoberwoche haben sich die Chancen für eine abgestimmte Resolution im Weltsicherheitsrat erhöht. Es wäre aber unangebracht zu glauben, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes hätte sich verbessert. Zum einen liegt dies an einem unberechenbaren Despoten, zum anderen machen die USA und Großbritannien trotz sich abzeichnender Einigung deutlich, dass beide weiterhin das „Recht“ auf Anwendung von Gewalt, unabhängig davon, ob dies durch eine neue Resolution gedeckt ist, für sich in Anspruch nehmen.⁵⁸⁾

Wie eine Bombe schlug zur gleichen Zeit das Eingeständnis vom anderen Ende der „Achse des Bösen“ ein: Nordkorea scherte sich einen Deut um den 1994 mit den USA abgeschlossenen Vertrag zum Verzicht auf die Entwicklung von Nuklearwaffen und ist zwischenzeitlich nach den Worten von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Besitz einer

„kleinen Anzahl von Atomwaffen“.⁵⁹⁾ Bezeichnenderweise war dieser Sachverhalt bereits vor der entscheidenden Entschließung des Kongresses bekannt und wurde nicht veröffentlicht, wären doch Auswirkungen auf das Abstimmungsverhalten nicht auszuschließen gewesen. Die Verlautbarungen Bush's, man „suche nach einer friedlichen Lösung“, lassen die gesamte Irak-Krise in einem anderen Licht erscheinen.⁶⁰⁾ Es stellt sich die Frage, warum ein als „kriegslüster“ beschriebener Dik-

tator in Fernost, der seine Verfehlungen zugibt, milder behandelt wird als ein paranoider Diktator am Tigris, dem bislang nur unzureichend Verfehlungen auf diesem Gebiet nachgewiesen werden konnten. Zur „Achse des Bösen“ gehören beide! Böse Zungen werden ins Feld führen, dass es in Nordkorea kein Erdöl gibt und der Gesichtspunkt einer persönlichen Vendetta entfällt.

Für eine friedliche Beilegung der Irak-Krise jedenfalls sind die Aussichten nicht allzu gut.

Quellen und Anmerkungen

- 1) Uwe Schmitt, Bush beschwört das zögernde Amerika, Die Welt, 9.10.2002, S. 7
- 2) Martin Halusa, Mr. President, behandeln Sie unsere Soldaten gut, Die Welt, 12.10.2002, S. 5
- 3) DW, Die Iraker werden bei Saddams Sturz jubeln, Die Welt, 28.08.2002, S. 6
- 4) ebenda
- 5) DW, Rumsfeld schließt Alleingang der USA gegen den Irak nicht aus, Die Welt, 29. 08.2002, S. 1
- 6) Uwe Schmitt, Countdown zum Krieg..., Die Welt, 09.09.2002, S. 2
- 7) ebenda
- 8) ebenda
- 9) afp/dpa, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 13. 09.2002, S. 1
- 10) ebenda
- 11) Uwe Schmitt, Bush setzt die UNO unter massiven Druck, Die Welt, 13.09.2002, S. 7
- 12) ebenda
- 13) ebenda
- 14) Evangelos Antonaros, Arabische Staaten lassen Saddam im Stich, Die Welt, 17.09.2002, S. 7
- 15) ebenda
- 16) Wolfgang Günter Lerch, Das Tor zur Hölle, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8.09.2002, S. 10
- 17) Der Iran bezeichnet die USA als den „Großen“ und Israel als den „Kleinen Satan“
- 18) Umma bezeichnet die weltweite Gemeinschaft der muslimischen Gläubigen
- 19) Birgit Cerha, Mauer der Feindseligkeit, Rheinischer Merkur Spezial, 19.09.2002, Nr. 37, S. 9
- 20) dimap in „Die Welt am Sonntag“, 04.08.2002, S. 9
- 21) cbs/dfs, Schröder entdeckt den Pazifismus, Die Welt, 06.09.2002, S. 1
- 22) Arne Delfs, Grüne beurteilen Schäuble-Haltung in Irak-Debatte als „zu voreilig“, Die Welt, 06.08.2002, S. 2
- 23) DW, Streit um Irak-Einsatz: Union und FDP attackieren Schröder, Die Welt, 12.08.2002, S. 4
- 24) Daniel Friedrich Sturm, USA rügen Schröder wegen Irak-Absage, Die Welt, 19.08.2002, S. 1
- 25) Martin Lutz, Fischer stellt sich gegen die USA, Die Welt, 19.09.2002, S. 5
- 26) Daniel Friedrich Sturm, Mein Gott, Herta ..., Die Welt, 21.09.2002, S. 3
- 27) Guido Heinen, Däubler-Gmelin bestätigt das Zitat zuerst persönlich, Die Welt, 21.09.2002, S. 3
- 28) Schwertgosch bedeutet im Schwäbischen soviel wie „das Herz auf der Zunge tragen oder aus dem Herzen keine Mördergrube machen“.
- 29) DW, Fischer bemüht sich um Entspannung mit den USA, Die Welt, 24.09.2002, S. 1
- 30) DW, Däubler-Gmelin verzichtet auf ihr Ministeramt, Die Welt, 24.09.2002, S. 3
- 31) Klaus Huwe, Frankreich/Krieg als letztes Mittel, Rheinischer Merkur, 03.10.2002, S. 7
- 32) Hans-Jürgen Leersch, Das Ende des „deutschen Weges“, Die Welt, 18.10.2002, S. 3
- 33) Kanossa, Ort des demütigenden Bußgangs Kaiser Heinrich IV. vor Papst Gregor VII. (1077)
- 34) AFP, Post aus Bagdad, Die Welt, 18.09.2002, S. 2
- 35) Uwe Schmitt, Alles nur taktisches Manöver, heißt die Antwort der USA, Die Welt, 18.09.2002, S. 2
- 36) ebenda
- 37) Uwe Schmitt, George W. Bush entwirft neue Globalstrategie, Die Welt, 23.09.2002, S. 6
- 38) DW, Blair: Irak kann in 15 Minuten angreifen, Die Welt, 25.09.2002, S. 1
- 39) DW, Der UN-Resolutionsentwurf, Die Welt, 30.09.2002, S. 6
- 40) Martin Halusa, USA setzen UNO stark unter Druck, Die Welt, 5.10.2002, S. 5
- 41) dpa/rtr, Blix schwenkt bei Irak-Resolution auf US-Linie, Die Welt, 07.10.2002, S. 5
- 42) ebenda
- 43) dpa, Indirekter Aufruf zum Mord an Saddam, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 02.10.2002, S. 7
- 44) Martin Halusa, Blaupause für den Krieg, Die Welt, 04.10.2002, S. 5
- 45) www.whitehouse.gov/news/releases/2002/10/20021007-8.html, Dokumentation in „Die Welt“, 09.10.2002, S. 7
- 46) afp, Der Ring um Bagdad zieht sich enger, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 09.10.2002, S. 7
- 47) DW, Chirac bleibt hart bei Irak-Resolution, Die Welt, 11.10.2002, S. 6
- 48) KNA, Irak-Konflikt: US-Bischöfe pochen auf ethische Prinzipien, ID Nr. 40, 02.10.2002, S. 10 u. 11
- 49) ebenda
- 50) Gernot Facius, Katholische Bischöfe mahnen: Irak-Krieg vermeiden, Die Welt, 28.10.2002, S. 4
- 51) ebenda
- 52) ebenda
- 53) DT/KAP, Vorbehalte gegen Irak-Angriff, Die Tagespost, 12.09.2002, S. 4
- 54) Matthias Rüb, Ein „Kollateralmutzen“ gehört zum Plan, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 08.09.2002, S. 3
- 55) gel., Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.10.2002, S. 1
- 56) erl/AP, Peking und London rechnen mit Krieg, Die Welt, 18.10.2002, S. 7
- 57) DW, Bush würde notfalls Zwei-Fronten-Krieg führen, Die Welt, 16.10.2002, S. 6
- 58) rtr, Irak: USA und Frankreich einigen sich, Die Welt, 19.10.2002, S. 7
- 59) AFP/ap/rtr, USA wollen Krise mit Nordkorea auf diplomatischem Weg lösen, Die Welt, 19.10.2002, S. 7
- 60) Uwe Schmitt, Nordkorea räumt Atomwaffenprogramm ein, Die Welt, 18.10.2002, S. 7

NATO aus dem Tritt – Ungleichgewicht bedroht ihre Wirksamkeit

„Wenn die NATO ihre Bedeutung behalten will, muss sie ... umfassender sein als das nationale Interesse eines individuellen Partners, wie mächtig der auch sein mag. Das verlangt die Zukunft unserer Zivilisation von uns.“ Mit dieser Ansicht beendet der Friedensnobelpreisträger und ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger (79) einen Aufsatz über den Zustand des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses in der Zeitung „Welt am Sonntag“ vom 01.12. 2002.

Er beginnt den Beitrag damit, dass der NATO-Gipfel in Prag zur Feier der Aufnahme der baltischen Länder, der Slowakei, Sloweniens, Rumäniens und Bulgariens in zweierlei Sicht einzuordnen sei: Es bedeute „einen Triumph im Hinblick auf die ursprünglichen Ziele der Allianz und die Gelegenheit, über die langfristigen Veränderungen durch diesen Erfolg zu reflektieren.“ Die NATO sei gegründet worden, um vor allem Westeuropa vor einer sowjetischen Invasion zu schützen. Diese Bedrohung sei gewichen. Deswegen gehe es jetzt in der NATO weniger um eine Erweiterung als vielmehr um eine „Verwandlung in eine andere Institution. Sie gleicht inzwischen mehr einer kollektiven Sicherheitsorganisation wie den Vereinten Nationen als einer Allianz.“ Eine Allianz grenze den Casus Belli (Kriegsfall) ab, setze damit eine Trennungslinie und bestimme eine Reihe von Verpflichtungen. Dies bedinge aber eine unzweideutige Bedrohung, wie sie in den Zeiten des Kalten Krieges u.a. durch die verschiedenen Berlin-Krisen gegeben war.

Kollektive Sicherheitsorganisationen dagegen untersuchten Bedrohungen von Fall zu Fall und handelten dann möglicherweise die Art und den Umfang des Widerstands angepasst an die jeweiligen Umstände aus. Der Antiterror-Feldzug nachdem 11.09.2001 werde als gemeinsames Sicherheitsproblem behandelt, bei dem die Alliierten der USA je nach

Bedarf mit ihren eigenen Kräften reagierten, ohne dass die NATO als Institution davon betroffen gewesen sei. Der US-Politiker stellt dann fest: „Diese stillschweigende Transformation verursacht zwei mögliche Risse innerhalb der Allianz: zwischen Ost- und Westeuropa sowie zwischen Europa und den USA.“

Die NATO-Erweiterung hätte womöglich mehr Groll hervorgerufen, wenn die europäischen Nationen immer noch an eine Bedrohung durch Russland oder an einen nuklearen Krieg über die neuen NATO-Grenzen hinweg glaubten. Mit anderen Worten: wenn die europäischen Alliierten die Allianz immer noch als dringend notwendig erachteten. Außerdem betrachteten die meisten Westeuropäer die russische Mitgliedschaft in der NATO lediglich als eine Frage der Zeit.

Die Haltung der jetzt in die NATO eintretenden Staaten entspricht jener der westeuropäischen

Staaten in den Anfangszeiten des Bündnisses. Nach jahrzehntelanger russischer Herrschaft sehen die neuen Mitglieder in dem Bündnis ein Instrument zur Vermeidung des Rückfalls in Aggression und Druck von Osten. Anders als für einige Westeuropäer ist die NATO für sie keine potenzielle Bremse für die Impulsivität Amerikas. Sie möchten das internationale Engagement der USA eher stärken als zügeln.“

Ganz ähnlich verändere das internationale Umfeld die Beziehungen zwischen Europa und den USA. Nachdem die einheitliche Wahrnehmung bei den Europäern weggefallen sei, fehle auch der Ansporn, die Verteidigungsaufwendungen hochzuhalten. Vielmehr würden sie nationalen Prioritäten unterworfen und ständig verringert werden. Gleichzeitig sähen die Europäer die massiven amerikanischen Verteidigungsanstrengungen zunehmend kritischer, da diese Planungen für den Eventu-



allfall nicht im europäischen Interesse lägen. Zudem befürchteten die westeuropäischen Verbündeten eine monopolare Welt gegenüber einer von ihnen bevorzugten multipolaren. In Kenntnis dieser Sach- und Gemütslage habe Washington seinen Druck zur Steigerung der europäischen Verteidigungsanstrengungen gemindert und sich auf die Aufstellung einer 20.000 Mann-starken NATO-Eingreiftruppe für „out of area“-Einsätze konzentriert.

Kissinger sieht einen Grund für die Besorgnis um die Zukunft der NATO in der mangelnden Fähigkeit der Mitglieder gemeinsame politische Ziele zu entwickeln. Er verweist dabei auch auf europäische Medien und manche Politiker, die ein Negativ-Bild von den USA zeichneten mit Schlagworten wie „Land der Todesstrafe, räuberischer Kapitalismus, einseitige Diplomatie oder Cowboy-Mentalität.“ Selbst der Konsens zum Thema Irak auf dem Prager NATO-Gipfel konnte nicht verhindern, dass nicht genau bestimmt werden konnte, was materiell zum Bruch der UNO-Resolutionen führe und was angemessene Reaktionen wären.

Andererseits befürchteten viele Amerikaner einen drohenden Neutralismus in Europa – geschützt durch den starken US-Verbündeten. Es strebe danach, seine Verantwortung für die Sicherheit der Allianz durch den Multilateralismus zu ersetzen. Dies verstärkte aber die Haltung der Nordamerikaner, ihre weltweiten Interessen im Alleingang zu wahren. „Diese Haltung steht im Kern der Auseinandersetzungen zu ‘Multilateralismus contra Unilateralismus’. Die Realität hinter diesen Schlagworten ist, dass die Europäer ebenso wenig wie die Amerikaner bereit sind, ihre Auffassungen über vitale nationale Interessen einem abstrakten Multilateralismus unterzuordnen“, bemerkt der ehemalige US-Außenminister. Als Beweis führt er die EU-Agrarpolitik an. Während Amerika seine nationalen Interessen eher in strategischen Begriffen sähe, definierten die Europäer ihre vitalen Interessen eher engstimmig. Sie versuchten mit globalen Themen die Zustimmung aufgewählter Wähler zu

erreichen. Damit vermische sich der europäische Multilateralismus häufig mit neuen Formen eines selbstgerechten moralistischen Nationalismus.

Kissinger folgert dann, dass es bei vielen Kontroversen wie um den Internationalen Strafgerichtshof und das Kyoto-Protokoll mehr um den Stil als um die Substanz ginge. Dies sehe er auch bei dem im September 2002 eingeführten Begriff des Präventivschlags als Teil der US-Strategie. Die Regierung in Washington habe auch darauf hingewiesen, das sich durch die terroristischen Bedrohungen das internationale System, Ideologien und Technologien grundlegend verändert hätten. Massenvernichtungsmittel könnten die Machtbalance erheblich beeinflussen und auf Grund der technischen Entwicklungen vor allem innerhalb der Staatsgrenzen souveräner Staaten zu Verwüstungen führen. Unter diesen Umständen könnten die potenziellen Opfer nicht warten, bis die Bedrohung eingetreten sei. Der Friedensnobelpreisträger stellt dann fest: „Die US-Regierung irrte, als sie das, was eine internationale Realität ist, so präsentierte, als handele es sich um eine rein amerikanische Sache. Die europäischen Partner werden sich nicht damit zufrieden geben, die Definition des Präventivfalls einem einzigen Alliierten, wie betroffen und mächtig er auch sein mag, zu überlassen. Und es kann auch nicht im amerikanischen Interesse liegen, alle Nationen zu ermutigen, den Präventivfall rein national zu definieren. Die Lösung liegt darin, die Lücke zwischen Substanz und Prozedere zu schließen und gemeinsame Prinzipien für einen Präventivschlag zu entwickeln.“ Letzten Endes sei Prävention kein so neues Konzept, da es mit der internationalen Norm des Rechts auf Selbstverteidigung seit langem anerkannt sei. Vielmehr gehe es darum, die Regeln für das Senken der Schwelle zu schaffen, hinter denen dieses Prinzip angewandt werden könne.

Kissinger warnt die USA davor, ihre Außenpolitik auf die Macht der Vorherrschaft zu gründen. Viele der Weltprobleme ließen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Bisher

habe es sich noch immer gezeigt, dass ein übermächtiges Land Gegenkräfte hervorruft. „Und an diesem Punkt – ich würde sogar behaupten, schon jetzt – werden die USA nicht mehr in der Lage sein, jedes internationale Problem zu bereinigen, ohne dass sie sich physisch und psychologisch übernehmen. Die USA werden Alliierte brauchen. Und die Länder, die Werte und Geschichte am ehesten mit den Amerikanern teilen, sind die NATO-Staaten. Auch wenn die allgemeine Meinung vor dem Konzept eines Zusammenpralls von Zivilisationen zurückscheut, ist es genau das, womit die westlichen Gesellschaften durch die radikale, kämpferische Version des Islam konfrontiert sind.“

Kritik an der amerikanischen Kultur und Politik sei seit fünfzig Jahren ein Lieblingsthema europäischer NATO-Gegner. Ungewöhnlich sei jedoch, dass jetzt Regierungen in Schlüsseländern sich dieser Kritik nicht mehr entgegen stemmten und sie sogar gelegentlich anheizten, bemerkt Kissinger. Die Allianz brauche eine genaue Erklärung, was europäische Außenpolitik sei und sie dürfe nicht nur zur Befriedigung inländischer Interessengruppen dienen. Europa müsse es aber erlaubt sein andere Meinungen als sein Partner zu vertreten. Der US-Politiker hebt aber hervor: „Wenn Unterschiedlichkeit durch Nichtübereinstimmung als Selbstzweck definiert wird, begibt sich die westliche Zivilisation auf den Weg der Selbsterstörung ihrer Substanz, wie sie das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon einmal getan hat. Europa muss ernst nehmen, dass Amerikas Versuch der Schaffung einer Weltordnung das Verständnis globaler Verantwortung reflektiert und nicht auf der psychologischen Orientierung bestimmter Politiker beruht.“

Die NATO müsse einen ganz speziellen Charakter zwischen den beiden Extremen „Multilateralismus“ und „Unilateralismus“ haben. Sie müsse in der Lage sein, gemeinsame Ziele genauer zu bestimmen als es die internationale Zustimmung zulässt, schließt der Friedensnobelpreisträger Kissinger seinen Beitrag.

(bt)

US-Studie: Weltweit Misstrauen gegen Washington

Das Misstrauen in der Welt gegenüber der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika ist in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen. Dies ist nach Angaben der Rheinischen Post (06.12.2002) das Ergebnis einer der weitreichendsten Studie, die bisher zum Ansehen der USA erstellt worden ist.

Das Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center ermittelte von Juli bis Oktober 2002 bei 38.000 repräsentativ ausgewählten Menschen in 44 Staaten deren Ansichten über die US-Politik. In Westeuropa und im Nahen Osten sei der Ansehensverlust besonders hoch. So sei das positive Amerika-Bild in Deutschland innerhalb von zwei Jahren von 78 auf 61 Prozent gesunken. Einen ähnlichen aber nicht ganz so krassen Abbau gebe es auch in den anderen europäischen Staaten. Nur wenige der Befragten hätten eine sehr positive Meinung, dagegen hätten sehr große Minderheiten in Westeuropa und Kanada ein negatives Bild. Im Nahen Osten seien die Ansichten über die

USA „überwältigend negativ“.

In der Türkei seien 1999 noch eine Mehrheit der Bewohner pro-amerikanisch eingestellt gewesen, jetzt seien es nur noch drei von zehn Türken. In Jordanien – dem viertgrößten Empfänger von US-Entwicklungshilfe – äußerten drei Viertel der Interviewten sehr negative Meinungen zu den USA. Ähnliche Resultate zeigten sich in Pakistan, dem Libanon und Ägypten. Ergebnis der Studie: Die Regierung Bush habe „die anfängliche Sympathie für Amerika nach dem 11. September“ 2001 verspielt.

Der Pew-Chef Andrew Kohut meint anhand der Analysen als Grund für diese Negativ-Sicht zu erkennen: „Es gibt einen globalen Konsens, dass die Vereinigten Staaten die Sichtweisen anderer Staaten in ihrer Außenpolitik nicht berücksichtigen.“ Vor allem werde die Bush-Regierung für die wachsende Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – wie als Beispiel bei den Problemen Aids, Treibhaus-

effekt und Armut – verantwortlich gemacht.

„Die Leute halten uns für die reichen Nachbarn, die in der Villa auf dem Hügel leben“, interpretiert die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright das Studienergebnis. Daraus erwachse der Washingtoner Außenpolitik ein erhebliches Problem. „Ich glaube nicht, dass wir generell ein isolationistisches Land sind, aber wir sind in vielfältiger Weise dabei, uns zu isolieren“, stellt Frau Albright fest. Sie war Vorsitzende eines hochrangig besetzten Beratergremiums der Studie.

Auch in einer getrennten Folgeuntersuchung lehne eine meist überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine militärische Lösung des Irak-Konflikts ab, obwohl die Bedrohung durch Saddam Hussein gesehen werde.

Parallel zu diesen Untersuchungen haben die Pew-Forscher die Amerikaner zu der Irak-Politik der Regierung in Washington befragt. Danach trauen zwei Drittel den Beweggründen ihrer Regierung und 62 Prozent unterstützen eine militärische Lösung des Irak-Konflikts. (bt)



PLATTFORM ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG:

„Nur zivile Konfliktbearbeitung bekämpft Terrorismus nachhaltig und fördert Frieden“

KLAUS LIEBETANZ

Mit dieser These hat die „Plattform zivile Konfliktbearbeitung“ nach einem längeren Diskussionsprozess am 25. Oktober 2002 in Frankfurt ein Positionspapier vereinbart. Darin wird in einer konkreten historischen Situation die Diskussion über notwendige und mögliche Akzentuierungen deutscher und europäischer Politik zugleich eingefordert und gefördert. Die Plattform zivile Konfliktbearbeitung ist ein 1998 gegründetes Netzwerk, in dem 50 Organisationen, darunter die Deutsche Kommission *Justitia et Pax und Pax Christi*, und 120 einzelne Personen zusammenarbeiten. Sie verbindet das Interesse, die Konfliktbearbeitung mit nichtmilitärischen Mitteln zu stärken. Im Folgenden sollen alle wesentlichen Anliegen und Forderungen an die Politik in verkürzter Form wiedergegeben werden.

Erwartungen an die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat

Die Plattform setzt große Hoffnung auf die vor kurzem erfolgte Wahl Deutschlands als nicht-ständiges Mitglied in den VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre. In diesem Gremi-

um bestünde die große Chance, friedensfördernde Politik im internationalen Rahmen umzusetzen und dazu beizutragen, dass dem Primat ziviler Konfliktbewältigung trotz und wegen der Anschläge vom 11. September 2001 international Vorrang

eingeräumt würde. In diesem Zusammenhang verweist das Papier auf die erfolgreiche Rolle Kanadas als nicht-ständiges Mitglied.

Primat ziviler Konfliktbearbeitung

Aus Sicht der Unterzeichner führe nur gewaltfreie und nichtmilitärische Konfliktbearbeitung zu dauerhaftem Frieden, auch wenn diese für viele in Nachkriegssituationen nur in Gegenwart internationaler Schutztruppen möglich erschiene. Zivile Konfliktbearbeitung verursache keine weiteren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Bei militärischen Eingriffen würden unvermeidlich weitere Zivilisten getötet und Infrastruktur zerstört, was zu einer schlechteren Versorgung der Bevölkerung führe. Die Alternative ziviler Friedensgestaltung sei dennoch bisher trotz aller Bemühungen nicht im erforderlichen Umfang weiterentwickelt worden.

Hierzu bedürfe es einer gemeinsamen Anstrengung der zuständigen Bundesministerien, der Bundesländer, der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Militärische Einsätze dürften nicht den Eindruck erwecken, in den betroffenen Ländern werde unter dem Vorwand der Friedenssicherung ein modernes Protektorats- und Kolonialsystem langfristig etabliert.

Verhängnisvolle Interessenpolitik

Die Plattform beklagt ferner, dass die noch immer mangelhafte internationale Unterstützung von gewaltfreien Bewegungen und Friedensprozessen leider durch eine Interessenpolitik erschwert werde, die den Zielen der zivilen Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit oft fundamental entgegenstehe. Schwere Verletzungen der Menschenrechte, Verletzungen der demokratischen Grundrechte, Vertreibung und Enteignung kleiner Bauern und die Zerstörung der Lebensgrundlagen würde noch immer billigend in Kauf genommen, um Ressourcen für den Norden zu sichern. Des weiteren sei es ein schwer wiegender Fehler, im Zuge des gemeinschaftlichen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus oder aus geopolitischen Überlegungen repressive oder diktatorische Regime und paramilitärische Gruppen zu unterstützen. Dafür zählt die Plattform eine Reihe von Beispielen auf, u.a. die Unterstützung Saddam Husseins beim Irak-Iran-Krieg.

Pikanterweise hätte Osama bin Laden auch auf der Gehaltsliste des CIA gestanden, als die Vereinigten Staaten 1979 nach dem Einmarsch der Sowjetunion nach Afghanistan die Muddjahedin unterstützten. Auch habe man beispielsweise an der kriegerischen Politik Russlands in der Kaukasusregion seit dem 11. September kaum noch öffentliche Kritik gehört.

Krisenprävention muss frühzeitig beginnen

Die Unterzeichner sind der Auffassung, dass nicht Armut an sich, sondern vielmehr Ausgrenzung, Enttäuschung und ein Prozess der Verarmung der beste Nährboden für Gewalt sei. Jahrelange Ignoranz gewalt-

*Beim Abstimmen verschiedener Beiträge zum Positionspapier der „Plattform zivile Konfliktbearbeitung“: Dr. Barbara Müller, Geschäftsführerin Plattform, (li) und Kathrin Vogler, Bund für soziale Verteidigung (re).
Foto: K. Liebetanz*



tätiger Konflikte und mangelnde internationale Unterstützung gewaltfreier Prozesse wie beispielsweise im Kosovo in den Jahren 1990-1997 rächten sich. So würden geradezu Situationen geschaffen, die nur noch militärisches Eingreifen als sinnvolle Alternative erscheinen ließe. In diesem Zusammenhang verweist die Plattform auf eine ähnlich verhängnisvolle Entwicklung in Kenia. Die Unterzeichner erwarten von der Bundesregierung, dass diese mit ihren diplomatischen Mitteln dazu beitrage, dass gewaltfreie Ansätze und der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützt würden. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre international gegebenen Versprechen einzulösen und damit berechnete Hoffnungen in überschaubaren Zeiträumen auch erfüllt würden.

Terrorismusbekämpfung mit angemessenen Mitteln

Regierungen hätten das Recht und die Pflicht, ihre Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Übergriffen zu schützen. Hilfreich sei es dabei nicht, menschenrechtliche Standards national zu schwächen oder gar außer Kraft zu setzen und internationale Standards auszuhöhlen. Die Unterzeichner weisen darauf hin, dass der Staatsterrorismus mit der Anwendung von Gewalt durch staatliche Stellen oder mit staatlicher Unterstützung gegen Teile der eigenen Bevölkerung mit dem Ziel, die

eigene Macht zu sichern und jede Form von Opposition zu unterdrücken, immer noch die meisten Opfer fordere. Dabei würden unterschiedslos auch unbeteiligte Zivilisten in Mitleidenschaft gezogen, um reale oder auch vermutete Regimegegner abzuschrecken. Hier sei zu fragen, wie die Bundesrepublik die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nutzt, die sie zu solchen Regimen unterhält.

Darüber hinaus ginge es um die Beseitigung der strukturellen Ursachen des transnationalen Terrorismus: u.a. ungleich verteilte Lebenschancen, Angst aufgrund von Globalisierung, Hoffnungslosigkeit und Orientierungsverlust in Folge der (als Amerikanisierung wahrgenommenen) Modernisierung autoritärer Staaten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit einer großen gemeinsamen Anstrengung in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die Ursachen des Terrorismus anzugehen und dafür die vorhandenen ökonomischen und diplomatischen Mittel in ihrer ganzen Breite einzusetzen.

Ferner sei es unabdingbar, dass Deutschland sich weiterhin für einen Internationalen Strafgerichtshof einsetze, vor dem jede Person für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung gezogen werden könne, gleichgültig, welcher Nation sie angehöre und in wessen Auftrag

sie gehandelt habe. Der Terrorismus könne nicht wirksam bekämpft werden, wenn diejenigen, die diesen Kampf führten, sich nicht selbst Recht und Gesetz unterwürfen.

Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung

Die Unterzeichner begrüßen ausdrücklich die Fortschritte der Zusammenarbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen und Bundesministerien auf dem Gebiet der zivilen Konfliktbearbeitung in der vergangenen Legislaturperiode. So sei in Zusammenarbeit mit dem BMZE der „Zivile Friedensdienst“ (ZDF) und im Auswärtigen Amt das „Zentrum für internationale Friedenseinsätze“ (ZIF) entstanden. Gleiches gelte für die institutionelle Absicherung der Friedensforschung mit der „Deutschen Stiftung Friedensforschung“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und für das vom Bundestag beschlossene „Deutsche Institut für Menschenrechte“.

Neben der Unterstützung durch den Bund würden eine Vielzahl von Programmen und Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung auch durch Bundesländer, gesellschaftliche Institutionen, wie Kirchen und Stiftungen, gefördert.

Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung wird der Ausbau der o.a. Institutionen ausdrücklich erwähnt.

Forderungen der Plattform

Die Unterzeichner fordern eine konsequente und rasche Umsetzung folgender in den Koalitionsvereinbarungen genannten Bereiche (Auszug):

- Einen ressortübergreifenden Aktionsplan, insbesondere unter Berücksichtigung der innergesellschaftlichen Konfliktpotentiale und der Menschenrechtsverletzungen.
- Verschärfte Kontrolle aller Rüstungsexporte sowie die Unterbindung von Waffenexporten in Krisengebiete.
- Überschüssige Waffen der Bundeswehr sollten verschrottet und nicht in den Exportkreislauf eingespeist werden.
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Friedensbemühungen in Konfliktregionen durch das Auswärtige Amt

- Förderung, Sicherung und Ausbau der internationalen Menschenrechtsstandards.
- Vermeidung einer Strategie diese der inneren Sicherheit zu opfern.
- Paritätische Beteiligung von Frauen im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung, da diese in der Regel am meisten unter den Konflikten zu leiden haben.

Schlussfolgerungen für die Soldaten der Bundeswehr

1. Es gibt gute Gründe in bestimmten Situationen für eine humanitäre, militärische Intervention als ultima ratio. Andernfalls hätte zum Beispiel die Konvention der Vereinten Nationen von 1948 „Über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“, die am 22.02.1955 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde, keinen Sinn. Selbst Bündnis 90/Die Grünen lehnen einen Pazifismus um jeden Preis ab.
2. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO's) haben in den letzten Jahrzehnten die schmerzliche Erfahrung gemacht, dass Bürgerkriege und andere Konflikte die Fortführung ihrer humanitären Arbeit und Entwicklungsprojekte erheblich behinderten und größtenteils unmöglich machten. Langjährige erfolgreiche Projekte wurden über Nacht zerstört. Aus diesem Grunde begrüßen viele NRO's und die Kirchen den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Schutztruppe in BuH, im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan, damit dort in einem sicheren Umfeld Frieden gestaltet werden kann.
3. Abgesehen von den vorgenannten Einwänden erscheinen die

o.a. Grundgedanken und Forderungen der Plattform „Zivile Konfliktbearbeitung“ gut begründet und gerechtfertigt. Sie stimmen übrigens in vielen Punkten mit dem Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom 27. September 2000 überein.

Wesentlich ist die Hauptaussage der Plattform, dass die Friedensgestaltung nur ausschließlich durch zivile Mittel und Programme in Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung vor Ort durchgeführt werden kann. Das heißt im Klartext:

Der teure Einsatz von deutschen Soldaten im Bereich der Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan im Rahmen eines gigantischen militärischen Einsatzes der internationalen Schutztruppe macht nur dann Sinn, wenn gleichzeitig mit ebenso hohem finanziellen und materiellen Aufwand von Seiten der Vereinten Nationen, der EU und Deutschlands die zivile Entwicklung in Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung gefördert wird, um den Aufbau einer sich selbst tragenden Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Das ist nach wiederholten Aussagen von Organisationen vor Ort und Verantwortlichen der Vereinten Nationen bislang nicht in erforderlichem Masse geschehen. Den großen Ankündigungen der Weltgemeinschaft und der EU müssen Taten folgen. Dies ist auch eine ständige Forderung der verantwortlichen deutschen Soldaten vor Ort, die nicht wollen, dass der deutsche aufwändige und gefährliche Militäreinsatz eine Tages Makulatur würde. Die Bundesregierung und die Europäische Union sind hier gefordert. □



KURZ NOTIERT:

EU gibt 105 Millionen Euro für Anti-Minen-Kampagnen

Die EU will in den nächsten zwei Jahren 105 Millionen Euro für Anti-Minen-Kampagnen bereitstellen. Das Geld soll für die Unterstützung von Minenopfern, Minenüberwachung und -entschärfung ausgegeben werden, erklärte die EU-Kommission am 4. Dezember in Brüssel. Die entminnten Regionen müssten sozial und ökonomisch wiederaufgebaut und die Bevölkerung dort neu angesiedelt werden. Mit der Bereitstellung der Gelder könne zudem besser auf aktuelle Krisen reagiert werden. (KNA)

Bundeswehr betritt Neuland bei Zivil-Militärischer Zusammenarbeit (ZMZ)

KLAUS LIEBETANZ

Offiziere und Feldwebel erwerben zukünftig in Lehrgängen an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler die für Verwendungen in der CIMIC-Truppe erforderlichen Qualifikationen.

In der Woche vom 7.-11. Oktober fand an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler ein Seminar statt, das zum Ziel hatte, jeweils das Curriculum für die an der AKNZ geplanten Lehrgänge „Zivil-militärische Zusammenarbeit“, (ZMZ) für Spezialisten im Inland und Ausland zu erstellen. Die Teilnehmer an der Veranstaltung setzten sich aus Vertretern der Hilfsorganisationen, des Auswärtigen Amtes, des Innenministeriums und aus Soldaten der verschiedenen Kommandobehörden zusammen. Die Bundeswehr betritt damit Neuland.

Absolutes Novum für die Bundeswehr

Die geplanten Lehrgänge stellen für die Bundeswehr ein absolutes Novum dar, weil zukünftig Offiziere und Feldwebel an einer zivilen Ausbildungsstätte (AKNZ) ihren militärischen Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweis (ATN) erwerben, der zwingend für ihre Verwendung in der CIMIC-Truppe vorgesehen sein wird. Nach Planung der Veranstalter sollen alle Lehrgänge gemischt zivil-militärisch besetzt werden. Die Lehrgänge sind auch in anderer Hinsicht eine Premiere, weil es bislang in Deutschland keine Einrichtung gibt, wo die Zivil-militärische Zusammenarbeit gelehrt wird.

Durchbruch gelungen

Mit der Durchführung der o.a. Lehrgänge ist auch ein geistiger Durchbruch gelungen. Zum einen öffnet sich der hierarchische Block der Bundeswehr für zivile Gedanken und Vorgehensweisen in der Auslandsarbeit und zum anderen erkennen die Vertreter der Hilfs- und Regierungsorganisationen die Bundeswehr als einen ernst zu nehmenden Mitspieler bei der Friedenskonsolidierung

in der Konfliktfolgezeit im Ausland an. Was in den halbjährlichen, fruchtbaren und äußerst kritischen CIMIC-NGO/GO-Tagungen beim Heeresführungskommando in Koblenz und später beim Einsatzführungskommando in Potsdam vor vier Jahren begonnen hat, findet jetzt seine logische Fortsetzung an der AKNZ. Nicht zuletzt ist das ein Verdienst des Akademieleiters, Dipl.-Ing. Dietrich Löpke, der zwei Seelen in seiner Brust trägt, nämlich die des langjährigen Abteilungsleiters Einsatz, Ausbildung und Technik des THW's und die eines Oberstleutnant der Reserve. Ihm ist es gelungen anerkannte Fachleute der Hilfsorganisationen, wie den erfolgreichen Abteilungsleiter des Malteserauslandsdienst, Ingo Radke, den bisherigen Leiter der DRK Emergency Response Units, Frank Jörres (für zwei Jahre vom DRK an die AKNZ ausgeliehen) und Dr. Thomas Hönicke, Erfinder des THW-Bauhofsystems, für die Vorbereitung der Lehrgänge zu gewinnen, so dass die zivile Seite exzellent vertreten war. Zum militärischen Lehrpersonal gehören nur auslandserfahrene CIMIC-Kräfte, so u.a. Oberstleutnant Wilde, der für den Aufbau des Lagers Cegrane in Mazedonien mit 42.000 Flüchtlingen verantwortlich war.

Lehrgangsziel

„Der Seminarteilnehmer soll Selbstverständnis, Aufgaben, Strukturen, Fähigkeiten, Arbeitsweisen und Grenzen von wesentlichen an Auslandseinsätzen beteiligten Organisationen, die rechtlichen Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten, Verfahrensabläufe sowie die Möglichkeiten der ZMZ kennen, um so die Arbeit im jeweiligen Zuständigkeitsbereich effizient gestalten zu können.“

Das Lehrgangsziel für den Lehrgang ZMZ Ausland bezieht sich also

im Wesentlichen auf die Zivil-militärische Zusammenarbeit in den verschiedenen Konstellationen und nicht in erster Linie auf den Erwerb von Grundfähigkeiten für den Auslandseinsatz. Interkulturelle Zusammenarbeit, Grundlagen der humanitären Hilfe, Projektmanagement, Qualitätssicherung, Genderproblematik, Verhalten gegenüber Medien, Stressbewältigung und Gesundheitsvorsorge im Ausland müssen an anderer Stelle gelehrt und gelernt werden. Das THW hat dafür den in Jahren ausgereiften „Basislehrgang Auslandseinsätze“ entwickelt.

Methodik des Lehrgangs

Die Methodik des Lehrgangs wird in Form eines fortlaufenden Planspiels durchgeführt, was die ständige Interaktion der Teilnehmer fordert. Das Szenario soll sich an die jüngsten Ereignisse im Kosovo in all seinen unterschiedlichen Phasen anlehnen. Dabei werden vor allem folgende Konfliktfelder behandelt: Informationsaustausch, Aufgabenzuordnung und -abgrenzung, Rollenwechsel und Schnittstellen. Die Durchführung des Lehrgangs liegt in den Händen von Praktikern der humanitären Hilfe und erfahrenen CIMIC-Offizieren.

Schlussbemerkung

Es ist den Veranstaltern zu wünschen, dass das ehrgeizige Projekt Zivil-Militärische Zusammenarbeit im In- und Ausland zu einem vollen Erfolg wird. Der Charme dieser Lehrgänge besteht darin, dass sowohl zivile Mitarbeiter der Hilfsorganisationen und Regierungsorganisationen (THW,GTZ) als auch Soldaten sich gegenseitig in ihrer unterschiedlichen Herangehensweise kennen lernen, um später auf dem Feld der Friedenskonsolidierung komplementär zusammenzuarbeiten. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass der teure militärische Einsatz in Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan völlig sinnlos würde, wenn es nicht gelänge, mit zivilen Mitteln den Frieden so zu gestalten, dass eine sich selbst tragende Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern entsteht. □

„Unter besonderem Schutz ...“

Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kommission „Ehe und Familie“ der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Kardinal Sterzinsky

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Wird das in Artikel 6 des Grundgesetzes formulierte Verfassungsgebot in der politischen Wirklichkeit Deutschlands noch ernst genommen? Politiker aller Parteien buhlen zwar um die Stimmen der Familien, aber in der gesellschaftlichen und politischen Praxis scheinen Singels, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Lebensabschnittspartnerschaften Ehe und Familie immer stärker an den Rand zu drängen. Neuerdings geht es auch um „die Lufthoheit über den Kinderbetten“, so SPD-Generalsekretär Olaf Scholz Anfang November bei der Erläuterung sozialdemokratischer Bildungspolitik, die über Ganztagsbetreuung eine „kulturelle Revolution“ herbeiführen soll.

Gegen die systematische Aushöhlung von Ehe und Familie meldet der Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, in einem ausführlichen Gespräch mit dem Chefredakteur der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), Helmut S. Ruppert, kirchlichen Widerstand an: „Die Kirche darf die Schöpfungs- und Erlösungsordnung nicht verschweigen, nach der Ehe und Familie von Gott geheiligt sind.“

Georg Kardinal Sterzinsky, geboren in Warlack/Ostpreußen, hat als Pfarrer in Jena und Generalvikar von Erfurt vor dem Fall der Mauer den ideologischen Kampf der kommunistischen Diktatur in der DDR gegen die Familie beobachtet und erfahren. Heute herrscht nach seiner Analyse gegenüber den Familien Gleichgültigkeit von Staats wegen. Der im ehemaligen katholischen geprägten Ermland Ostpreußens und in einer der Kirche verbundenen Familie Aufgewachsene verbrachte seine Kindheit nach Vertreibung und Ende des II. Weltkriegs in der Diaspora Sachsen-Anhalts und Thüringens.

Zu Anfang des Gesprächs mit Helmut S. Ruppert geht Erzbischof Sterzinsky auch auf seine Zeit als Pfarrer in der DDR ein. Er beschreibt die Auseinandersetzungen innerhalb der katholischen Kirche um das Verhältnis zum SED-Staat und erklärt: „Da war alles so einheitlich nicht; auch wenn ich etwa an die Zeit der Dresdener Synode denke ... Es wurde dann zwar doch immer wieder ein Konsens gefunden, aber es kann sein, dass mancher nur noch den Konsens in Erinnerung hat, und deswegen diesen Eindruck des starken Zusammenhalts.“ Der Kardinal

schildert auch kurz sein persönliches selbstbewusstes Auftreten gegenüber den Schikanen der DDR-Behörden, ohne dass dieses große negative Auswirkungen gehabt hätte. Im weiteren Verlauf des Interviews geht er auf die Situation der Kirche vor und nach der Wiedervereinigung in Berlin sowie nach dem Regierungsumzug in die deutsche Hauptstadt ein und bemerkt: „Also numerisch sehr stark ist das Christentum in Berlin natürlich nicht. Ich wünschte mir beispielsweise, dass sich Katholiken sehr viel mehr in der Politik engagieren. Wir dürfen nicht klagen, dass christliche Werte in der Politik nicht mehr maßgebend sind, wenn Christen sich in der Politik nicht bemerkbar machen.“

Das Gespräch beschreibt dann die Entstehung und Arbeitsweise der Kommission „Ehe und Familie“ unter Leitung von Sterzinsky in der Deutschen Bischofskonferenz. Der Bischof erläutert anschließend den Wechsel vom Mehrgenerationenverband vor bis zu zwei Jahrhunderten zu den heute teilweise Alleinerziehenden, Mütter wie Väter, mit Kindern. Aber trotzdem ist auch heute noch „der Mehrgenerationenverband lebendig und zeigt sich auch deutlich in gegenseitiger Unterstützung, wenn

es darauf ankommt“, betont der Erzbischof. Auch sei heute das Verhältnis Eltern-Kind, Kind-Eltern nicht mehr von der Schärfe des früheren Generationenkonflikts geprägt. Ganz im Gegenteil zeigten Untersuchungen in der Mehrheit ein gutes Eltern-Kind-Verhältnis, das auch anhalte, wenn die Kinder erwachsen seien und selber eine Familie gründeten. Als weiteres Thema werden die Verfallserscheinungen im Familienbild behandelt. Dabei wird ein Familienbild wie vor 50 Jahren als Leitbild für ein anzustrebendes Beispiel aufgezeigt. In diesem Zusammenhang verweist Sterzinsky auf seine schon oft geäußerte Kritik, soziologisch festgestellte Gegebenheiten einfach als Leitbild zu übernehmen. Vielmehr müsste man fragen: „Wie ist in der Schöpfungsordnung Gottes die Familie gedacht?“ Es sei die Familie, die auf der Ehe aufbaue, und die Ehe, die auf Familie hingeordnet sei. Dass da vieles bröckele, sei nicht zu leugnen. Aber eine Lebensgemeinschaft von Homosexuellen sei ein Horror-szenario, das so widernatürlich sei, dass man sich damit nicht abfinden könne. Dies falle eindeutig nicht unter den Begriff Ehe und deswegen auch nicht Familie. Es sei eine



Vereinseitigung wenn man Ehe nur mehr als Partnerschaft sehe, ohne Offenheit, Kinder zu zeugen und aufzuziehen. Ebenso wenig sieht er positive Auswirkungen bei der Reproduktionsmedizin für Nachkommenschaft.

Der Kardinal zeigt Verständnis dafür, dass Frauen immer weniger die drei „K“ – Kirche, Küche, Kinder – akzeptierten. Der Wunsch nach beruflicher Verwirklichung sei für Frauen genauso legitim wie für Männer. Diese schwierige Aufgabe dürfe jedoch nicht kurzschlüssig gelöst werden, sondern müsse im Sinne der katholischen Soziallehre in der Familiengemeinschaft organisiert werden. Beim Single-Dasein, das sehr vielfältig sei, kritisiere er allerdings die Einstellung, „*Ich will nur meine Freiheit und mich nicht an einen Partner des anderen Geschlechts binden.*“ Den Geburtenrückgang sieht der katholische Würdenträger in der ausgeprägten Spaltung unserer Gesellschaft in einen Familien- und einen Nicht-Familien-Sektor. Für diejenigen, die Familien gegründet hätten, sei die Familie das Wichtigste

im Leben. Immer wieder werde gesagt, dass Eltern sich durch Kinder einschränken müssten, das könne jedoch kein Grund sein zu sagen: Dann verzichtet auf Eure Kinder. Sondern vielmehr müsse dies ein Appell an die Politik sein, dass die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie mit Kindern abgebaut werde und ganz verschwinde. Im Zusammenhang mit der Rentenproblematik kommt Sterzinsky zu dem Schluss, es sollten die gerecht behandelt und unterstützt werden, die für die nachwachsende Generation Sorge tragen.

Im Hinblick auf die Ehe sieht er die Gefahr eines rein säkularen Verständnisses der Ehe und in der Folge davon die Gefahr der Relativierung des Wertes einer Familie. Für die Pastoral und die Erziehung bleibe da noch viel zu tun. Angesprochen wird auch die bedrückende Problematik der Seelsorge zum Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen. Dabei plädiert der Kardinal dafür, die Frage wachzuhalten – auch bei der Glaubenskongregation in Rom, bis schließlich der Papst das letzte Wort sprechen könne.

Weitere Kapitel des Buches beschäftigen sich u.a. mit christlichen Einsprüchen in der Familienpolitik, dem Bevölkerungsschwund in Europa und mit der Frage: Hat Familie Zukunft?

Das vorliegende Buch unterstreicht eindringlich die nachdenkenswürdige katholische Einstellung zur Ehe und Familie. Seine Lektüre ist besonders empfehlenswert für junge Erwachsene und Ehepaare zur Bewusstseinsbildung, aber auch für Sozialpolitiker in allen Politikbereichen zur Umsetzung in aktive Familienpolitik. (bt)

Georg Kardinal Sterzinsky im Gespräch mit Helmut S. Ruppert: Unter besonderem Schutz... Familie im Kreuzfeuer – Sankt Ulrich Verlag GmbH, Augsburg 2002, 144 Seiten.

KURZ BERICHTET

Kirchenstatistik 2001

Laut Statistik leben in Deutschland 26,65 Millionen Katholiken. Das sind 32,3 % der Bevölkerung und rund 160.000 weniger als im Jahr 2000. Zu den sonntäglichen Gottesdiensten kamen nach einer Stichprobe 4,248 Millionen Gläubige. Damit sank die Quote der Gottesdienstteilnehmer im Jahr 2001 auf 15,9 % (2000 16,5 %)

Die Zahl der Kirchaustritte ging um 16.000 auf 113.700 zurück. Demgegenüber stiegen die Wiederaufnahmen von 8.171 (2000) auf 8.616. Die Zahl der Übertritte zur kath. Kirche blieb mit 3.844 nahezu gleich.

Die nach Mitgliederzahl größten deutschen Diözesen bleiben das Erzbistum Köln mit 2,249 Millionen und das Erzbistum Freiburg mit 2,126 Millionen Gläubigen. Kleinstes Bistum ist Görlitz mit 48.000 Katholiken.

Die Zahl der Priester sank von 17.129 (2000) auf 16.988. Rückgänge gab es auch bei den Ordensleuten: So lebten in deutschen Klöstern und Gemeinden 5.366 Ordensmänner gegenüber 5.576 im Jahr zuvor. Bei Ordensfrauen sank die Zahl von 31.404 auf 30.042.

Vier der 27 Diözesen sind zz. ohne Bischof, von denen das Erzbistum Hamburg bis zum Jahresende wieder besetzt sein wird.

GEFUNDEN: „Kloster auf Zeit“ ist online

Wer sich zeitweise in ein Kloster zurückziehen möchte, wird seit Freitag im Internet fündig. Unter www.orden.de haben die katholischen Ordensgemeinschaften in Deutschland eine neue Datenbank mit 262 Angeboten für Aufenthalte in einem „Kloster auf Zeit“ zusammengetragen.

Gastfreundschaft ist eine jahrhundertalte Tradition vieler Ordensgemeinschaften. In einer zunehmend laut und hektisch gewordenen Welt trifft dieses Angebot der Klöster auf das Bedürfnis vieler Menschen, zur Ruhe zu kommen, neue Kräfte zu sammeln, Gott zu erfahren und die innere Mitte zu finden, meint die Vereinigung deutscher Ordensobern (VDO) in Bamberg. In den meisten christlichen Klöstern sind Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse sowie alle ernsthaft Suchenden zum Mitleben willkommen.

„Kloster auf Zeit“ gibt es in allen deutschen Regionen für Frauen,

Männer, Familien und Gruppen. Interessenten können auf der Internetseite gezielt wählen, ob sie in einer Gemeinschaft mitarbeiten möchten, persönliche Begleitung wünschen oder eine Behinderten gerechte Unterkunft brauchen. Aufenthalte sind für einzelne Tage, eine Woche und in vielen Gemeinschaften auch länger möglich. „in den meisten christlichen Klöstern sind Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse sowie alle ernsthaft Suchenden zum Mitleben willkommen“, so der VDO.

Neben der Internetplattform informiert in kompakter Form die Broschüre „Atem holen“ über Aufenthalte in katholischen Klöstern in Deutschland. Sie ist erhältlich gegen 1,53 Euro in Briefmarken bei der Vereinigung Deutscher Ordensobern, Am Knöcklein 13, 96049 Bamberg sowie bei der Vereinigung der Ordensobernen Deutschlands, Postfach 13 18, 56503 Neuwied.

(PS/KNA)

Warum sind sie noch drin?

Unerhörte Einsichten zur prekären Lage der Katholiken

KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH RENZIKOWSKI

Der Mann kann einem Leid tun: Wo immer Michael Ebertz nüchtern seine Befunde zur Lage des Glaubens in Deutschland präsentiert, erntet er ungläubiges Staunen. So verstörten die Daten des Freiburger Religionssoziologen auch am Wochenende in München bei einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern so sehr, dass die Zuhörer sofort seine Methoden in Zweifel zogen. Frei nach dem Motto: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Der Abwehrreflex ist verständlich. Nach den Erkenntnissen der empirischen Sozialwissenschaft sind die Katholiken in ihrer Mehrheit nicht mehr katholisch.

Ebertz hält sich nicht mit sattsam bekannten Randnotizen auf: Dass der priesterliche Zölibat, die Sexualmoral, die päpstliche Unfehlbarkeit auch im Kirchenvolk weithin auf Ablehnung stoßen. Dass 84 Prozent der Katholiken nichts dabei finden, die Sonntagsmesse zu schwänzen und dabei immerhin laut Weltkatechismus eine „schwere Sünde“ begehen. Nach den Einsichten des Sozialforschers hat die Kirche in ihrem Kerngeschäft abgewirtschaftet. Zentrale Lehraussagen verhallen auch unter den Kirchenmitgliedern ungehört: Nach einer Emnid-Studie von 1997 glauben nur noch 18,7 Prozent der Katholiken an Gott als ein persönliches Gegenüber; mehr als 40 Prozent halten laut einer Allensbach-Studie 2002 die Welt nicht für eine Schöpfung Gottes.

Ebertz' Analyse schmerzt die Kirchenverbundenen. Der Schmerz verstärkt sich noch, denn der Forscher verbaut einen beliebten Fluchtweg: Wer die Kirchgänger für die Rechtgläubigen hält, liegt daneben. Sie schneiden in den Befragungen nicht wesentlich besser ab als fern Stehende. Unter den Gottesdienstbesuchern gibt es sogar nicht wenige Atheisten, ungläubige Fromme sozusagen, dazu Esoteriker, die sich ihr individuelles Glaubens-Potpouri aus allen möglichen Zutaten der weiten Welt zusammenmixen – „religiöse Fremdgänger“, wie sie der Wissenschaftler titulierte. Ein Drittel

der katholischen Kirchentreuen sympathisiert mit der völlig unchristlichen Vorstellung einer Wiedergeburt.

Warum aber bleiben dann noch so viele Katholiken in der Kirche, wenn sie zu Wesenselementen des Glaubens längst auf Distanz gegangen sind? Der moderne Christ, sagt Ebertz, hat zu seiner Kirche eine Kundenbeziehung. Er zahlt Kirchensteuer und macht von ihren Angeboten dort Gebrauch, wo er es wünscht, und das sind vorzugsweise soziale und rituelle Dienstleistungen an empfindlichen Stellen des eigenen Lebens: Wenn ein Kind geboren wird, eine Hochzeit ansteht oder die Eltern zu Grabe zu tragen sind. Er hält Abstand zum kirchlichen Gemeindeleben und betrachtet den Tauschein als eine Art Versicherung: „Wer weiß, ob ich die Kirche nicht einmal nötig habe?“

Krise oder Chance

Was aber hat dieser Befund zu bedeuten? Befindet sich die Glaubenssubstanz selbst in der Erosion? Oder sind es nur die überkommenen Bilder und Formeln? Handelt es sich um eine schlimme Krise oder um eine Chance? Vielleicht sollten die Theologen einmal für ein paar Jahre um die großen Glaubensworte einen weiten Bogen machen, schlug Ebertz vor. Zumindest aber sollten sie die Erkenntnisse der Soziologie endlich stärker zur Kenntnis nehmen.

Der Salzburger Dogmatiker Hans-Joachim Sander eröffnete den Tagungsteilnehmern einen Blick nach vorn: Vielleicht ist das mit dem Fremdgehen ja gar nicht so schlimm. Auch die Kirche habe manche Wahrheit erst unter Zwang von außen entdeckt, erklärte er – etwa die Ablehnung der Todesstrafe, Religions- und Gewissensfreiheit, ja die Menschenrechte als universelle Verpflichtung erkannte die Kirche erst als ihre Mission, nachdem das Projekt einer mit Schwert und Kreuz betriebenen weltweiten Zwangsbeglückung gescheitert war.

Auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil verabschiedete sich die ka-

tholische Kirche von der überkommenen Lehre, dass es außer ihr kein Heil gebe. Stattdessen bekannte sie sich zu dem Auftrag, „Freude und Hoffnung, Trauer und Ängste der Menschen von heute“ zu teilen. Erst nach dem weit gehenden Versagen der Christen während der NS-Diktatur fand die Kirche zu der Einsicht, dass die Juden die „älteren Brüder der Christen“ sind. Heute ist Papst Johannes Paul II. laut Sander einer der unermüdlichsten Verkündiger dieser Botschaft. Und auch Ebertz konnte noch ein Hoffnungszeichen beisteuern. Bei einer Befragung im nordrhein-westfälischen Oberhausen sagten 80 Prozent der jungen Katholiken: „Aus Kirche könnte man noch mehr machen.“

* * *

Kommunikationsproblem führt zur Vertrauenskrise der Kirchen

Kritisch unter die Lupe genommen hat Prof. Dr. Michael Ebertz eine Meinungsumfrage und Pressemeldungen, nach denen die Kirchen in Deutschland in einer Vertrauenskrise stecken. In einem Interview der Katholischen Nachrichten Agentur (KNA) zeichnete Ebertz am 28. November in Freiburg ein differenziertes Bild der Situation.

Ursache für die Vertrauenskrise der Kirchen ist nach seiner Überzeugung ein Kommunikationsproblem. In den USA seien die Kirchen viel stärker in der Öffentlichkeit und dem alltäglichen Leben präsent. Der Wissenschaftler äußerte Zweifel am Ergebnis der Gallup-Umfrage für das Weltwirtschaftsforum in Davos, die für Deutschland einen massiven Vertrauensverlust der Kirchen gezeigt und ihnen den letzten Platz unter deutschen Großorganisationen zugewiesen hatte. Das Ergebnis könnte auf Grund der Fragestellung ungenau sein, meinte Ebertz. Zudem beruhe die Umfrage auf einer schmalen Basis von 500 Befragten und sei deshalb mit einer „relativ breiten Fehlerspanne behaftet“.

Die Bundesbürger schätzten die Kirchen als überorganisiert, überbürokratisiert und staatsähnlich ein. „Man könnte auch sagen: als subventionierte Firmen“, so Ebertz. Die Schlüsselfrage laute, wie die Kirchen in Deutschland zu einer stärkeren öffentlichen Präsenz und Adressatenorientierung zu motivieren seien. □

Katholische Verbände müssen ihr Profil schärfen

Die zweitägige Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischer Organisationen Deutschlands (AGKOD) stand unter dem Schwerpunktthema „Die Zukunftsfähigkeit der Verbände sichern“. Wie die Veranstaltung deutlich machte, gibt es da noch einiges zu tun. Mit gewohnt bayerischer Direktheit brachte etwa der Vorsitzende der bayerischen CSU-Landtagsfraktion, Alois Glück, seine Vorstellungen auf den Punkt. Wenn die katholischen Verbände auch in Zukunft in Gesellschaft und Kirche ein gewichtiges Wörtchen mitreden wollten, so der CSU-Politiker, müssten insbesondere zwei Voraussetzungen erfüllt werden: Die Menschen in den Verbänden müssen „die Weltorientierung des Christentums ernst nehmen und bereit sein, sich einzumischen, mitzugestalten, statt sich zu verweigern“. Daneben sollen sie „die jeweilige konkrete gesellschaftlich-politische Situation, Werthaltungen und Orientierungen der Menschen genau im Blick haben und bereit sein, Organisations- und Tätigkeitsformen darauf einzustellen“.

Mit seinem Statement sprach Glück den Delegierten offensichtlich aus dem Herzen. Nicht umsonst stand das Schwerpunktthema des Treffens auch schon in den vergangenen zwei Jahr ganz oben auf der Tagesordnung der AGKOD. „Grundsätzlich muss sich jeder Verband selbst immer wieder fragen, ob er mit seiner jetzigen Struktur, Mitgliedschaft und Zielsetzung in der Lage ist, einen erkennbaren Beitrag in Kirche und Gesellschaft im Sinne des katholischen Laienapostolats zu erreichen“, so der scheidende AGKOD-Vorsitzende Hubert Tintelott, der für dieses Amt nach elf Jahren nicht mehr kandidierte.

Kooperation oder Zusammenschlüsse von Verbänden

Dabei dürfen nach Einschätzung Tintelotts, der auch dem Internationalen Kolpingwerk vorsteht, bislang eher heikle Tabuthemen wie etwa den Zusammenschluss von Verbänden nicht ausgeklammert werden.

Eine solche Kooperation könne in puncto Wirkung und Effizienz langfristig einiges bewirken. Daran knüpfen sich beispielsweise schon jetzt die Hoffnungen des neu gegründeten Katholischen Medienverbandes (KMV), der aus der katholische Presse (AKP) und dem Verband katholischer Verleger und Buchhändler (VKB) hervorgegangen ist. Neben Einsparmöglichkeiten und Synergieeffekten gebe es „viele gemeinsame Anliegen und Berührungspunkte“, erläuterte KMV-Sprecher Wolfgang Bullin den Delegierten. Dazu gehöre beispielsweise auch die Chance, künftig „gemeinsam von der Erfahrung und dem Fachwissen zu profitieren“, das aus den einzelnen Fachbereichen zusammengeführt werden könne. Zugleich warnte Bullin aber auch davor, Zusammenlegung als das Allheilmittel anzusehen.

In eine ähnliche Richtung zielte die im Februar unterzeichnete „Kooperationsvereinbarung“ zwischen dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU) und dem Bund Katholischer Rechtsanwälte (BKR), die neben einem verbandsübergreifenden Erfahrungsaustausch auch ihren „Einfluss des christlichen Handelns in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik“ verstärken wollen, wie deren Sprecher Peter Unterberg erläuterte.

Kirchenbindung und Engagement

In der Diskussion, dass machte die Veranstaltung deutlich, gibt es momentan noch mehr Fragen als Antworten. Zu den dringend klärungsbedürftigen Punkten gehört nach Ansicht Tintelotts auch die generelle Frage, „warum die Bereitschaft zu langfristigem Engagement immer weiter nachlässt“ und „ein wachsender Individualismus die Bereitschaft schrumpfen lässt, sich dauerhaft in katholischen Verbänden und Organisationen für Fragen der Kirche und der Gesellschaft zu engagieren“. Dieses Problem stelle sich umso dringlicher, „da bei einer nachlassenden Kirchenbindung gerade die eindeutige Ausrichtung auf das Etikett ‚katholisch‘ für manche Menschen schon ein Hindernis ist,

um sich in solch einem Verband zu engagieren“, meint der Kolping-Generalsekretär. Dabei dürfe die Pluralität des heutigen Lebens nicht als Störung, sondern müsse „als Lebensferment und Chance“ begriffen werden.

Als ein positives Beispiel für die Lebendigkeit katholischer Organisationen aus der jüngsten Vergangenheit nannte der AGKOD-Vorsitzende die Debatte im Umfeld der Biotechnologie und die „fundierte Stellungnahmen und Kampagnen“ katholischer Verbände zu diesem Thema. Diese hätten gezeigt, welches Potenzial in den Organisationen stecke und wie nötig die Kirche dieses brauche. „Wo gibt es denn sonst Strukturen in der Kirche, in denen bis auf die Pfarrebene hin solch schwierige aber gleichzeitig doch auch so bedeutsame Fragen wie die ethische Bewertung des therapeutischen Klonens oder der Präimplantationsdiagnostik diskutiert werden?“, so Tintelott.

Aktive Bürgergesellschaft

Für Alois Glück, der auch Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist, führt in Deutschland künftig kein Weg an einer „aktiven Bürgergesellschaft“ vorbei. Dabei müsse der Subsidiarität als „zentralem Gestaltungsprinzip“ oberste Priorität eingeräumt werden. Neben Familien, Vereinen und Gemeinschaften komme hier auch den Verbänden eine tragende Rolle zu „Die christliche Botschaft, insbesondere das christliche Menschenbild, ist eine unabdingbare Grundlage für eine humane und an der Erfordernissen der Zeit ausgerichtete Politik der Zukunft“, so der CSU-Politiker.

Damit nicht genug: Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse werde sich Solidarität immer weniger auf Pflichtgefühl und Helferpathos stützen, prognostiziert Glück, der davon ausgeht, dass bei einem zunehmenden Trend zur Vereinzelung weit mehr Solidarität als bislang nötig werde. Und dabei würden trotz Kirchenaustritten, Privatisierung, Kommerzialisierung von Re-

ligion und religiösem Leben Menschen noch mehr als heute auf Religion und Glauben angewiesen sein“.

Wahl eines neuen Vorstandes

Die Delegiertenversammlung wählte tournusgemäß einen vier Jahre amtierenden Vorstand. Diesem gehören an:

- Vorsitzende: Elisabeth Bußmann, Präsidentin des Familienbundes der Katholiken;
- Stellvertreterin: Renate Müller, Geschäftsführerin Bundesverband der Kath. Arbeitnehmer-Bewegung (KAB);
- Stellvertreter: Knuth Erbe, Bundesvorsitzender Bund Deutscher Kath. Jugend (BDKJ);

weitere Mitglieder des Vorstandes:

- Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär Deutscher Caritasverband;
- Victor Feiler, Kolpingwerk Dtl.
- Marie-Theres Jösten, Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)
- Angelika Koopmann, Gemeinschaft Charles de Foucauld
- Giesela Lauer, Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)
- Annette Rieks, Generalsekretärin Kath. Frauengemeinschaft Dtl. (kfd);
- Paul Schulz, Vizepräsident Gemeinschaft der kath. Männer Dtl. GKMD;
- Msgr. Dr. Spelthahn, Geschäftsführer ADVENIAT.

(KNA/PS)



40 JAHRE II. VATIKANISCHES KONZIL

Was nach dem Konzil noch alles fehlt

„Das Konzil war erst der Anfang – 40 Jahre Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils“ hieß das Thema der Tagung, die von der Gesellschaft Katholischer Publizisten und dem Katholischen Medienverband am 17./18. September 2002 in Würzburg veranstaltet wurde. Ein Höhepunkt dieser Gemeinschaftstagung, die mit der Verleihung des Katholischen Journalistenpreises verbunden war und den 50 Teilnehmern ein mit großer Zustimmung bedachtes Programm bot, war ein Referat des Wiener Weihbischofs Dr. Helmut Krätzl. Als „Augenzeuge von damals“ sprach er über die Umsetzung des Konzils aus heutiger Sicht. Er überschrieb seine Ausführungen mit dem Titel seines Buches im Sprung gehemmt“, das 1998 in Mödling bei Wien erschienen ist und vor kurzem neu aufgelegt wurde.

Seine Kritik im Blick auf die Kirche als *Communio* fasste Krätzl unter der Überschrift „Was dem Konzil noch alles fehlt“ so zusammen:

- * **Zentralismus** wächst allenthalben wieder, wohl aus Angst um die Einheit. (Vgl. die vielen römischen Dokumente aus den verschiedenen Kongregationen, die fast alle defensiven Charakter tragen)
- * Die Ortsbischöfe werden in ihrer

Eigenverantwortung nicht genügend respektiert (ob sie das überhaupt selber wollen und nicht gerne Letztverantwortung abgeben?)

- * **Zusammenschlüsse** von Bischöfen haben zu wenig Eigenverantwortung: **Bischofskonferenzen** sollten aufgewertet werden, wurden durch MP „Apostolos suos“ 21. Mai 1998 aber eher wieder eingengt. Die Vorgangsweise Roms betreffend die Beratungsstellen für Schwangere in der Bundesrepublik war eine konkrete Anwendung dafür.
- * **Bischofssynoden** haben in ihren Beschlüssen kaum Weiterentwicklungen gebracht. Die Kritik daran wächst immer stärker, auch schon aus konservativen
- * **Spannung zwischen Laien und geweihten Amtsträgern** nimmt zu. Die Laien wieder stärker“ in die Welt“ hinaus zu stellen kommt wohl aus Angst um die Identität der Priester. (Vgl. dazu „Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“, 15.8.1997)
- * **Gremien** werden ineffizienter, weil rechtlich zurückgedrängt, aus Angst, „demokratische“ Elemente könnten auch über den Glauben entscheiden wollen.

Wie sich die Kirche weiterentwickeln werde, sei nicht abzusehen, meinte Krätzl zum Abschluss seines Referats. Als „Fixpunkte“ könne man voraussagen:

- * Die katholische Kirche wird ihren Platz in der pluralen Gesellschaft finden müssen und damit zu jener **Dienstoffunktion** zurückkehren, die eigentlich im Geiste Jesu Christi ist.
- * Es wird keine Kirche sein, die über der Welt sich bewegt, abgehoben von ihr, sondern die **ganz in der Welt lebt**.
- * Es wird keine reine Kleruskirche sein, aber auch keine Laienkirche. Aber das Bewusstsein, „**Volk Gottes**“ zu sein, wird wachsen.
- * Es wird eine so stark europäische, römische Kirche sich endlich zu einer „**Weltkirche**“ erweitern. Dann braucht es aber auch neue, regionale Strukturen und die Offenheit gegenüber anderen theologischen Denkweisen,
- * Das **Papstamt** wird wieder zu einem **Petrusdienst** zurückfinden. Je mehr sich die Kirche als *Communio* von Einzelkirchen versteht (einschlussweise der anderen christlichen Kirchen), wird eine Autorität und eine Symbolkraft der Einheit notwendig. Die Sehnsucht nach einem solchen *Communio*-Primat wächst auch in der Ökumene. Der Bischof von Rom wird von vielen (ausgenommen vielleicht die Reformierten) als möglich anerkannt.
- * Das Problem der **Unfehlbarkeit** wird ganz im Sinne des Konzils wieder stärker als eine Gabe an die Gesamtkirche gesehen werden, und Ausweitungen der letzten Jahre werden zurückgenommen.
- * Die Kirche wird im Blick auf den Geist des Evangeliums manche festgeschriebene **Lehrmeinungen** überdenken müssen, wie jene der Empfängnisverhütung, der Gesamtbeurteilung der Sexualität, der strikten Ablehnung der Sakramente für wiederverheiratete Geschiedene u.a.m.
- * Die **Zugänge zum Priesteramt** werden erweitert werden, zunächst wohl durch die Möglichkeit der Weihe für verheiratete Männer, wie sie ja schon die Tradition der unierten Ostkirchen vorsieht und der Papst es im Kirchenrecht für die

unierten orientalischen Kirchen 1990 neuerdings festgeschrieben hat.

- * Die Kirche wird die **Feier der Sakramente** so überdenken und erneuern, dass etwas von der Gegenwart Gottes in der Gemeinde und von seinem unverbrüchlichen Ja zu den von ihm ins Dasein Gerufenen erlebbar wird.
- * Die Kirche wird in dem Sinn wieder **mehr politisch** werden, dass sie gerade aus ihrer religiösen Sendung heraus noch mehr ihren Einfluss geltend macht, „um der menschlichen Gemeinschaft zu Aufbau und Festigkeit nach göttlichem Gesetz behilflich zu sein“.
- * Die Kirche wird noch viel stärker zur **Anwältin und Fürsprecherin** jener werden, die für die Gesellschaft keine Bedeutung haben, und dafür Allianzen mit vielen guten Willens über parteipolitische Bindungen hinauseingehen.
- * Die Kirche wird in ihren eigenen Reihen all das vorzuleben versuchen, was sie von der Gesellschaft als **menschenwürdig und lebenswichtig** einfordert.
- * Die röm.-kathol. Kirche wird schon um der Glaubwürdigkeit des Zeugnisses für den versöhnenden und einigenden Christus noch viel mehr zu wachsenden **Einheit der Christen** unternehmen.

* Die Kirche wird sich noch viel deutlicher zur gemeinsamen Wurzel Ihres Glaubens mit dem **Judentum** bekennen.

* Die Kirche wird sich im Geiste Jesu darum mühen, alle Formen des Machtanspruches zu vermeiden. Dann wird sie zu ihrem Wesen zurückfinden, wenn sie wie Salz und Sauerteig sich in die menschliche Gemeinschaft mengt und zu einem **Licht in aller Dunkelheit** wird.

Die Umbrüche haben die Kirche zu neuen Aufbrüchen herausgefordert. Die Kirche ist weder ein Auslaufmodell, noch sind die Aufbrüche nur in kleinen, spirituellen Kreisen zu finden. Die Ansätze zu neuen Aufbrüchen sind zahlreich; sie müssen nur wahrgenommen werden, dann aber auch gefördert und dürfen nicht gehemmt werden. Das ist die Kirche nicht nur sich selbst, gleichsam zu ihrem „Überleben“ schuldig, sondern das schuldet sie der Gesellschaft. Ohne die Kirche(n) wäre Europa, die Welt von Morgen um vieles ärmer, weil der Dienst der Kirche(n) unersetzlich ist. Das darf uns alle selbstbewusst machen, soll uns aber auch zu ganz neuen Anstrengungen mobilisieren. (GKP-Info X/2002)

Es gibt noch viel vom Konzil umzusetzen

Worte des Rektors der Lateranuniversität nach Kongress in Rom

Am Sonntag hat Papst Johannes Paul II. anlässlich des 40. Jahrestages seit der Eröffnung des Zweiten Vatikanums dieses Konzil als einen „Kompass des neuen Jahrhunderts“ bezeichnet.

Zu dieser Äußerung nimmt der Rektor der Päpstlichen Lateranuniversität in Rom, Bischof Rino Fisichella, auf einem Kongress über das Konzil Stellung.

Experten aus aller Welt kamen nach Rom, um über das vom seligen Johannes XXIII. einberufene Konzil zu referieren, dass „immer noch nicht ganz umgesetzt worden ist“.

Laut Fisichella hat uns das Konzil immer noch sehr viel zu sagen, denn „40 Jahre reichen nicht aus, um es umzusetzen, daher haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis

das Konzil gänzlich rezipiert ist“. ... „Wir sind heute in der Lage, die Quellen viel besser zu verstehen und konsequenter die Dokumente zu studieren, welche eine großzügigere Interpretation zulassen, als es direkt nach dem Konzil der Fall war“. ... „Daher können wir die einzelnen Dokumente und das Konzil überhaupt heute in einen viel globaleren und kohärenteren Zusammenhang stellen“.

Es sei noch nicht die Zeit, ein neues Konzil einzuberufen. „Wenn wir bedenken, dass zwischen erstem und zweitem Vatikanum 90 Jahre liegen, merken wir, dass wir die Bedeutung des Zweiten Vatikanums noch besser untersuchen und einordnen müssen“, so Fisichella abschließend. (ZENIT.org 14.10.02)

GEFUNDEN:

Toleranz und Überzeugung

Martin Lohmann kommentierte die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, die es einer Muslimin erlaubt, bei der Arbeit in einem Textilgeschäft mit einem Kopftuch zu arbeiten. In der „Rhein Zeitung“ vom 11. Oktober schrieb er: „Ginge es lediglich um ein Stück Stoff, dann würde es denen, die es tragen, ja kaum ein Problem bereiten, es abzuliegen. Also stellt sich zum Stichwort Toleranz die Frage, was denn hier toleriert werden soll. Auch beim Kreuz als Zeichen der Erlösung geht es ja nicht nur um ein Stück Holz, das manche nicht tolerieren wollen. Es geht um eine Haltung. Es geht um religiöse Überzeugungen. Und die verdienen grundsätzlich Respekt. Es ist also zu klären, was mit dem Kopftuch ausgedrückt werden soll. Aus Afghanistan wurde bekannt, dass dort aus dem Kopftuch die islamische Burka wurde als Zeichen der Unterdrückung der Frau. Massive Intoleranz aber verdient keine Toleranz. Könnte oder sollte man aber islamische Kleidung in christlichen Kulturkreisen als Protest gegen aufgeklärte Gesellschaften und als Forderung zu einer Islamisierung dulden? Wieder einmal wird deutlich: Während die christliche Welt den schmerzlichen und letztlich gewinnenden Prozess der Aufklärung schon vor Jahrhunderten durchlebte, hat der Islam den Zugang zur Demokratie mit entsprechender Toleranz und Religionsfreiheit noch immer nicht gefunden beziehungsweise zugelassen. Aufgeklärtes Denken verlangt also den kritischen Umgang mit Kopftüchern, wenn diese nicht nur Kopftücher sind. Es wäre falsche Toleranz, dies intolerant zu nennen.“ Es gehe nicht um ein Stück Stoff, sondern darum zu erkennen, was echte Toleranz ist und sein kann. (aus: GKP-Info XI/2002)

—♦♦♦—

MISEREOR
DAS HILFSWERK

Aktuelle Informationen zur
Fastenaktion 2003 auf der
Homepage www.misereor.de

„Flutartige“ Nachfrage zum Bibeljahr 2003

„Flutartig“ werden Info-Materialien und Werbeartikel zum ökumenischen Bibeljahr 2003 verschickt. Mehr als 10.000 christliche Gemeinden haben bereits Aktionen zum Bibeljahr-Motto „Suchen und Finden“ angekündigt, wie die Organisatoren am Donnerstag in Stuttgart bei der Vorstellung eines „Bibelmagazins“ mitteilten. Das Bibeljahr wird am 1. Januar in Dresden eröffnet.

Seit Oktober sind dem Bibeljahr-Büro zufolge bereits 240.000 Info-Flyer und 165.000 Mitmach-Hefte verteilt worden. 6.500 Kinder- und Jugendgruppen kündigten Projekte an. Das „Bibelmagazin“ soll nach den Worten des katholischen Bibeljahr-Geschäftsführers Franz-Josef Ortkemper als „zentrale Publikation des Bibeljahrs“ die Heilige Schrift unterhaltsam nahe bringen. Es gebe bereits 50.000 Vorbestellungen. Das Magazin mit einer geplanten Gesamtauflage von zwei Millionen enthält Bekenntnisse von Prominenten über ihr Verhältnis zur Bibel, gibt Einblicke in die Forschungsarbeit und will bekannte Bibeltexte in lockerer Sprache vorstellen.

Vier Spezialbibeln

Das Angebot von vier zum Bibeljahr herausgegebenen Ausgaben der Heiligen Schrift verteidigte der evangelische Geschäftsführer Jan Bühner. Bibelleser entstammten verschiedenen Traditionen und hätten unterschiedliche Ansprüche. In Deutschland konkurrieren dem Theologen zufolge 33 Übersetzungen. Die Bibeljahr-Ausgaben enthalten die Luther-Übersetzung, die Einheitsübersetzung, die „Gute Nachricht“ und die „Hoffnung für alle“. Nur eine gründliche Auseinandersetzung mit der Bibel könne „das gemeinsame Band zwischen den Christen sichtbar machen“, so Bühner. Dazu wollen die Bibeljahr-Macher auch die „Bibelbox“ einsetzen, einen Würfel mit zehn Metern Seitenlänge. Der Kubus, der in zehn Städten aufgestellt werden soll, präsentiert in seinem Inneren auf zwei Etagen zehn biblische Personen. Beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin soll er vor dem Roten Rathaus stehen. Die Aktion Bibeljahr hat einen Gesamtetat von 2,2 Millionen Euro, den zum größten Teil die beiden großen Kirchen und ihre Bibelwerke aufbringen. (KNA)

Kinderbibel

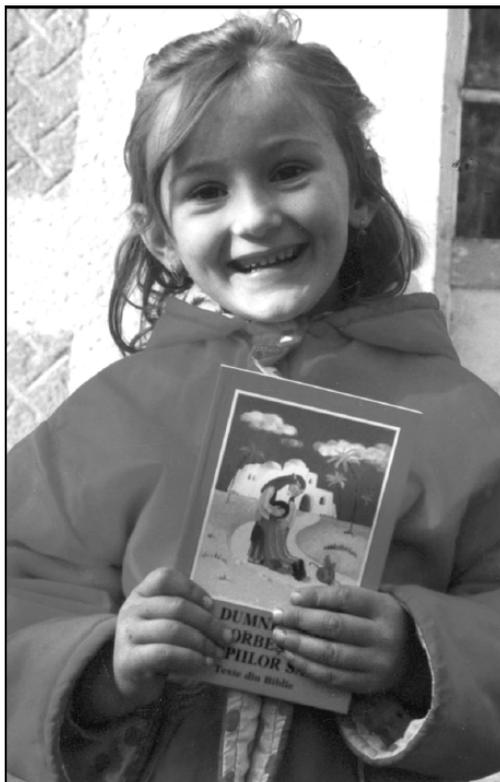
„Gott spricht zu seinen Kindern“

Nicht überall in der Welt ist die Situation so günstig, sind Bibeln in vielfältiger Auswahl so unproblematisch zu haben wie in Deutschland. Oft hat die Kirche keine Mittel, Bibeln in der Muttersprache zu besorgen. Oder die Kirche wird verfolgt und darf solche Schriften nicht herausgeben.

„Kinder brauchen so etwas wie eine Kinderbibel, damit das Bild von Jesus in ihren Herzen lebendig wird. Viele Kinder sind so arm, dass sie sich ein Buch nicht leisten können. So wollen wir ihnen eine Kinderbibel schenken.“ Dies war 1978 die Vision des „Speckpaters“ Werenfried. Ein Jahr später hatte das von ihm gegründete Hilfswerk KIRCHE IN NOT die ersten Kinderbibeln gedruckt. Mittlerweile sind 39 Millionen Exemplare in 133 Sprachen erschienen, darunter allein 16 osteuropäische. Die Aktion wird von etwa 600.000 Spendern aus aller Welt unterstützt.

Für die Missionare in den armen Bistümern Lateinamerikas ist die Kinderbibel ein wichtiges Instrument, um Kinder und Jugendliche zu einem christlichen Leben zu führen.

„Wir betrachten die Bibel als das Wichtigste, damit unsere Söhne nicht zu Terroristen werden. ... Die Bibel lehrt uns, in Frieden zu leben“, schreibt ein Priester aus Peru. Große Dienste leistet die Kinderbibel auch im Alphabetisierungsprozess auf dem afrikanischen Kontinent. Bei der Berufsausbildung armer Handwerker und Bauern werden die illustrierten Nacherzählungen biblischer Texte als Bibel zum Erlernen der Schriftsprache eingesetzt.



Aktion „Kinderbibel-weltweit“

**Ich weiß
so wenig
von Gott.**

**Bitte, schicken Sie mir
eine Kinderbibel.**

Eine für nur 2,- € - in 128 Sprachen

Spendenkonto: Liga München
(BLZ 750 903 00) • Konto-Nr. 2 152 002



**Kirche in Not/
Ostpriesterhilfe**

...damit der Glaube lebt!

Albert-Roßhaupter-Straße 16 • 81369 München
Tel.: 0 89/7 60 70 55 • Fax: 0 89/7 69 62 62
E-Mail: kinophde@t-online.de

Seit kurzem gibt KIRCHE IN NOT seine Kinderbibel auch als CD-ROM heraus, was vor allem bei Lehrern und computerbegeisterten Jugendlichen gut ankommt. Eine CD enthält den vollständigen Text des 96-seitigen Büchleins, dazu die Illustrationen.

Im letzten Jahr ist nach Angaben von KIRCHE IN NOT eine besondere Aufgabe der Kinderbibel deutlich geworden. Die Attentate vom 11. September hätten die Frage nach dem Verhältnis von Christen und Muslimen neu aufgeworfen. Die Sorge von KIRCHE IN NOT jedoch gelte nicht nur den Christen in islamischen Ländern, die mit wachsenden fundamentalistischen Bewegungen konfrontiert würden (s. Karte), sondern auch dem Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen in den christlich geprägten Ländern. In den Jahren 1979 bis 2002 hätten katholische Bischöfe, Priester und Ordensfrauen rund 1,9 Millionen Kinderbibeln in 24 islamisch geprägten Ländern verteilt.

Kleiner Katechismus

Neben seiner Kinderbibel gibt KIRCHE IN NOT seit 1998 einen kleinen katholischen Katechismus unter dem Titel „Ich glaube“ heraus. Dieser steht auf der Basis des Weltkatechismus und enthält auf knapp 160 Seiten eine Einführung in die christlichen Glaubensgrundsätze. Der kleine Katechismus orientiert sich inhaltlich am Apostolischen Glaubensbekenntnis und es werden die Sakramente sowie die Weisungen und Gebote der Kirche erläutert. Mittlerweile ist „Ich glaube“ in 18 Sprachen mit einer Auflage von von 2,2 Millionen Exemplaren erschienen.

Unterdrückte Christen heute

Das Wort „Christenverfolgung“ erinnert an das frühe Christentum, an die römischen Kaiser Nero, Decius und Diokletian, an Märtyrer im Heiligenkalender. Viele Menschen sind heute der Meinung, mit Kaiser Konstantin seien die Christenverfolgungen beendet worden. Die Wirklichkeit aber ist anders.

Der Umfang der Christenverfolgung war im 20. Jahrhundert größer als je zuvor. Mit der Wende in Osteuropa ist zwar eine der furchtbarsten und folgenschwersten Epochen zu Ende gegangen, aber noch immer werden Christen in vielen Ländern der Welt verfolgt, diskriminiert, eingesperrt, gefoltert und getötet.

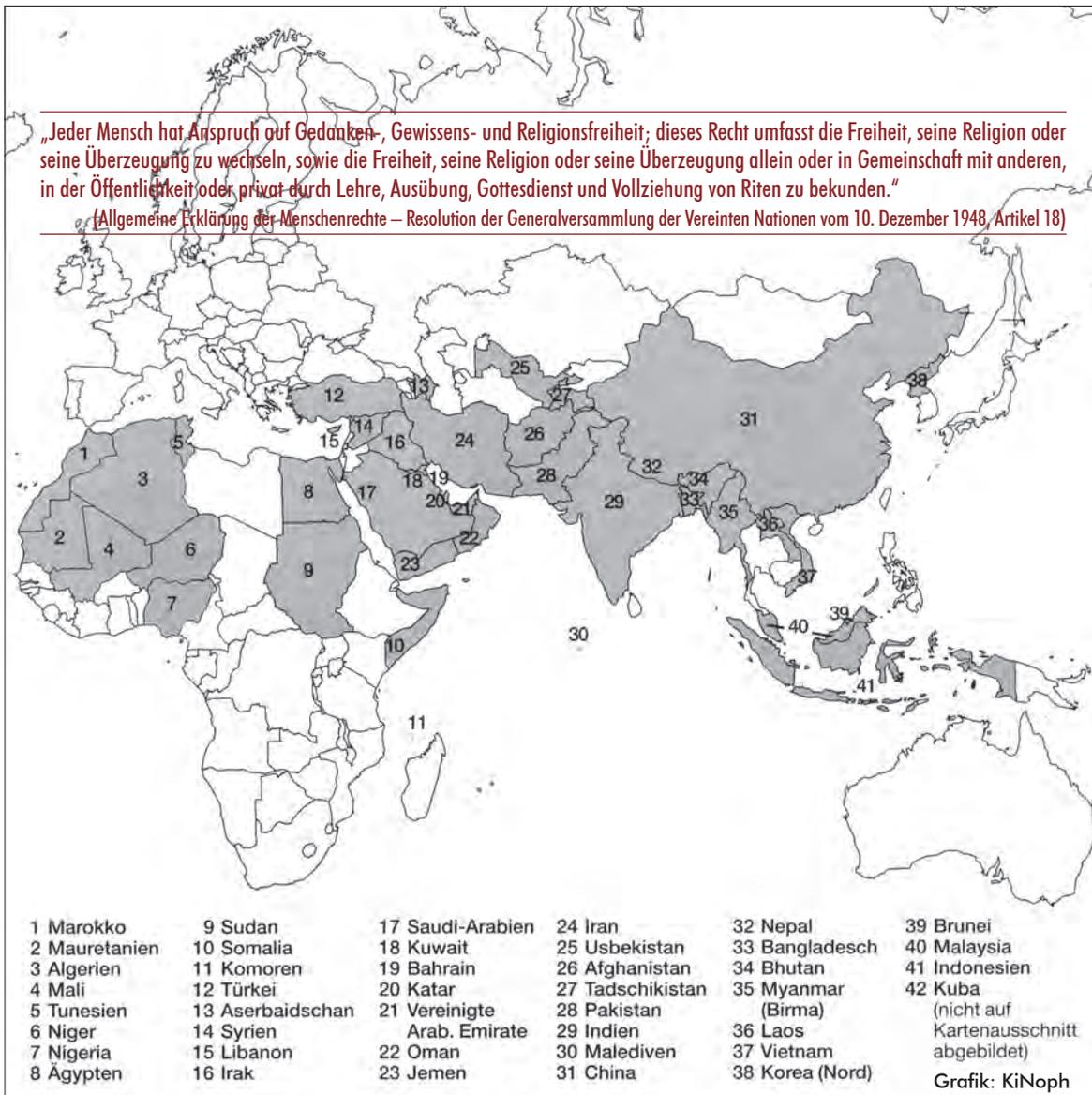
Im Jahre 2001 sind schätzungsweise 167.000 Christen wegen ihres

Glaubens umgekommen. Keine andere Religionsgemeinschaft leidet so stark unter Verfolgung wie die Christenheit. Angesichts dieser Tatsache dürfen wir nicht schweigen. Wir müssen uns zur Stimme derer machen, die keine Stimme haben.

Das Kreuz ist das Zeichen des Christentums. Es ist das Zeichen unserer Erlösung. Jesus ist uns in seinem Weg zum Kreuz vorausgegangen. Wir begegnen ihm heute in unseren Brüdern und Schwestern in vielen Ländern der Erde, wo die Kirche verfolgt oder unterdrückt wird.

„Denkt an die Gefangenen, als ob ihr selbst mit ihnen im Gefängnis wärt. Denkt an die Misshandelten, als müsstet ihr ebenso leiden wie sie!“ (Hebr 13,3)

„Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden.“
(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, Artikel 18)



Was wird uns in Zukunft noch wichtig sein?

Kritische Anmerkungen zu Futurologie, Spekulation und Antizipation

JOHANNES MICHAEL SCHNARRER

Nun liegt die Jahrtausendwende also schon einige Zeit zurück. Bemerkenswert scheint dabei die Tatsache, dass sich gerade an der Schwelle einer solchen „Zeitenwende“ die Menschen danach fragen, was in der Vergangenheit wichtig und gut gewesen ist, aber auch danach, was besser werden soll und wie die Zukunft aussehen kann. Seit Beginn der Menschheit gibt es das Bedürfnis schon vorher zu erfahren, was später auf einen zukommen wird. In der Antike schauten die „alten Griechen“ auf die Vögel und versuchten aus deren Flugbahn zu deuten, wie es künftig weitergehen werde. Ebenso gibt es ja bis heute die Redewendung, dass die „Sterne für einen gut stehen“, wovon inzwischen ein ganzer Industriezweig lebt: u.a. Astrologie, Esoterik, Prognosen vom Wetter bis zum Liebesglück. Beinahe jede Boulevard-Tageszeitung ist voll von Horoskopen und Gemeinplätzen dieser Sparte.

Boomende Trendforschung

In den vergangenen Dekaden hat sich besonders im Anschluss an die sexuelle Revolution der 1968er-Generation ein Zweig herauskristallisiert, der auf vereinfachte Weise Trends vorhersagen möchte, auf die besonders die Wirtschaft künftig reagieren sollte und wolle.¹ So lässt sich hier bereits ein Trend der Trendforschung benennen, nämlich Trendforschung zu betreiben vor allem aus dem Bedürfnis heraus, neue Absatzmärkte Gewinn bringend zu schaffen und Bedürfnisse zu wecken, die heute vielleicht noch gar nicht da sind, und wenn sie vorhanden sind, dann nur unterschwellig als Wunschvorstellungen beim Menschen. Trendforschung boomt im Dienste der Wirtschaft!²

Futurologie als Vorläufer der Trendforschung

Trendforschung ist im wesentlichen die partielle Vereinfachung und gleichzeitige Weiterentwicklung der Futurologie. Der Begriff „Futurolo-

gie“ wurde von Ossip K. Flechtheim 1943 geprägt, der sie in *Prognostik, Planungswissenschaft und Zukunftsphilosophie* (besonders Ideologie- und Utopiekritik) unterteilt. Dabei handelt es sich weniger um eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin als vielmehr um ein wissenschaftliches Problemfeld, zu dem verschiedene Fächer beitragen müssen, um die zukünftige Entwicklung durchschaubar zu machen (u.a. Soziologie, Politikwissenschaft, Nationalökonomie, Journalismus, Philosophie etc.). Der wissenschaftliche Bereich der Futurologie möchte nicht die Zukunft im Einzelnen ausmalen, das wäre eine Überschätzung, sondern alternative Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen und dadurch Entscheidungsgrundlagen liefern.³

Hauptprobleme der Futurologie

Insbesondere seit den letzten Jahrzehnten versucht die Futurologie sich mit fünf Feldern zu befassen, die für das Überleben der Menschheit in einer humanen Zukunft mitentscheidend sein werden:

1. Eliminierung des Krieges und Institutionalisierung des Friedens;
2. Beseitigung von Hunger und Elend in der sog. Dritten und Vierten Welt (Stabilisierung der Bevölkerungszahlen);
3. Beendigung des Raubbaus der natürlichen Reserven sowie Schutz der Natur und des Menschen vor sich selbst;
4. Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung sowie Demokratisierung von Staat und Gesellschaft;
5. Abbau von Sinnentleerung und Entfremdung sowie Hinführung zu einem kreativen *homo humanus*.

In den naturwissenschaftlichen Zweigen der Futurologie wird v.a. das Problem der Ressourcenverknappung und der Energieeinsparung bearbeitet. In Verbindung von Natur- und Sozialwissen-

schaften hat sich vor allem Robert Jungk mit den Folgen des Eintritts in das Plutoniumzeitalter beschäftigt.⁴ Selbst das Spannungsfeld des Wertewandels gehört hierher, denn es wird vorwiegend im Bereich der Sozialwissenschaften erforscht.

Die Futurologie ist im deutschen Sprachraum institutionalisiert u.a. durch die *Gesellschaft für Zukunftsfragen e.V.* (Berlin), hierzulande durch die *Österreichische Gesellschaft für langfristige Entwicklungsforschung* (Wien) und die *Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen* (Salzburg) sowie durch die *Schweizerische Vereinigung für Zukunftsfragen* (Zürich).⁵

Was ist ein Trend?

Allgemein gesprochen handelt es sich dabei um eine *Entwicklungstendenz*. In der analytischen Statistik ist es die Grundrichtung (Dynamik) der statistisch erfassten Entwicklung einer Zeitreihe. Sie umfasst lange und längere Zeiträume, stellt stets einen Ausschnitt dar und ist demzufolge auch in der Geltung begrenzt. Für die Vergangenheit besitzt der Trend nur einen Feststellungswert, in die Zukunft lässt er sich nicht verlängern wegen der Unvorhersehbarkeit von außen einwirkender Einflüsse. Die (seriöse) Berechnung des Trends erfolgt durch die Zeitreihenzerlegung.

Der Trendforscher als Person

„Es ist, wie ich zugebe, schon eine seltsame Sache, sich eine ziemlich lange Zeit, ziemlich genau und ziemlich ignorant mit etwas zu beschäftigen, wovon man überhaupt nicht weiß, was es ist.“⁶ Der seriöse Forscher, der sich mit Zukunftsfragen befasst, ist sich also im Klaren darüber, dass er vor allem spekuliert, auch wenn er noch so gut aufbereitetes empirisches Datenmaterial besitzt, woraus sich Einiges für die Zukunft ableiten ließe. Aber wer konnte schon vor 20 Jahren voraussagen, dass in Österreich 2002 bereits sechs Millionen Bürger mit Handy telefo-

nieren würden? Er wäre für einen Spinner gehalten worden. Von daher wird einsichtig, dass die Wirtschaft heute besonders um Kreativität ringt und den Entwicklungsfachleuten vorschreiben möchte, dass sie doch ihre Träume in die Wirklichkeit umsetzen sollten (wie am Beispiel des Handys schlüssig dargestellt werden konnte).

Allerdings sind die Trendforscher heute vielfach überbezahlte Gurus, fühlen sich als *die „neuen Auserwählten“*, die mit dem Anspruch auftreten, die Zukunft schlüssig, einsichtig und leicht verdaulich vorhersagen zu können, oder eben nur das zur Sprache bringen, was das Auditorium hören möchte. Auf diese Weise werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Man macht sich beliebt und redet allen zu Munde; und man kann aufgrund dieser Beliebtheit überhöhte Gagen verlangen, die einem sogar gezahlt werden, weil man ja glaubt, dass hier tatsächlich Greifbares und Richtiges für die nächste Zeit vorhergesagt wird.

In manchen Fällen ist allerdings der begründete Verdacht zu äußern, dass die Ergebnisse bereits lange vor der Auftragserteilung (zur Erhebung von Umfragen) festzustehen haben, damit sie ins Konzept derjenigen passen, die sich das etwas kosten lassen. Und was sollen bezahlte und in Auftrag gegebene Studien denn auch anders bringen, als die Meinung des Auftraggebers zu untermauern? Ein Wort unter Soziologen bringt dies zynisch zum Ausdruck: *Glaube nie an eine Statistik, wenn du sie nicht selbst gefälscht hast!*

Der Trendforscher ist gewöhnlich ein *Generalist*, gar nicht unbedingt Wissenschaftler, sondern journalistisch, soziologisch, ökonomisch, theologisch, philosophisch oder politologisch tätiger *Verheißungskünstler* (am besten ein wenig von jedem!), der es versteht, mit plakativen Worten etwas zu überspitzen, das gut „ankommt“ – und das weiß er ganz genau – ansonsten würde er sich selbst und seine Ergebnisse a priori in Frage stellen. Aber sobald man genauer hinter die Kulissen seines Wirkens schaut, sieht man sehr schnell, dass dort auch nur mit Wasser gekocht wird, also vieles doch Spekulation ist, was als unumstößliche Wahrheit verkauft wird.

Ethisches Futur

Bernard Williams warnte bereits 1985 davor, dass wir *nicht erst versuchen sollten, feste Werte für eine künftige Gesellschaft zu versiegeln*.⁷ Wir haben guten Grund, unseren unmittelbaren Nachkommen, zumindest unseren Kindern, zu versuchen *mehr* zu übermitteln: Es sei ein Zeichen, dass wir ethische Werte⁸ besitzen, wenn wir danach streben, sie zu reproduzieren. Aber dies betrifft nicht genau das, was weiter entfernte künftige Generationen bestimmen werden. Wenn neue Entwicklungen verfügbar wären, die uns mehr Einflussnahme auf ihre – also der ferneren Generationen – Auffassungen gestatten würden, so sollten wir diese lieber nicht benutzen. Wir sollten uns nach Möglichkeit damit begnügen, ihnen die Bedingungen von Forschungsfreiheit und Überlegung zu übermitteln, nämlich ein Erbe, das wir als Produkt unseres Wissens betrachten können. Und das sei Erbe genug. Es vermag einen spezifischen Respekt für den Relativismus der Distanz zeigen, dass wir nicht versuchen sollten, ihnen mehr zu vererben.

Wie ist Ethik möglich, wenn es hinsichtlich des Künftigen an Wissen mangelt?

Beim Nachdenken über dieses Problem erweisen sich *zwei Begriffe als unbekannte Größen: Person und Zeit*. Besonders die Schwierigkeit mit der künftigen Zeit bleibt am Ende eine problematische Größe. Das scheint trivial zu sein. Denn wir können ja bereits davon ausgehen, dass das, was sich künftig abspielen wird, von niemandem zu einer gegenwärtigen Zeit vorwegnehmend wahrgenommen oder erkannt werden kann.

Ethik kann das Problem der Zukunft (Zeit) nicht lösen. Es kann nur versucht werden, mit ihm angemessen umzugehen im Hinblick auf die Lage der Menschen, die nach uns kommen sollen, kommen werden und kommen würden. Aber es gilt auch, dass die Zukunft nicht auf andere Weise von uns entfernt ist als ein beliebiger Ort dieser Erde von einem anderen Ort. Daraus ergibt sich die wichtige Einsicht, dass Zeitdistanz in Analogie zur Raumdistanz zu behandeln ist!

Damit lässt sich die in der Zwischen-Überschrift gestellte Frage, wie Ethik möglich sei, wenn es ja bereits voraussetzungshaft an künftigen Wissen mangle, einmal auf folgende Weise beantworten: *Dass eine Zurückhaltung von aktiver Steuerung weit entfernter künftiger Lebensmöglichkeiten zumindest Vorrang vor der Nichtzurücksetzung besitze*.⁹

Der Mensch als Erbe und künftig zu Beerbender

Das Feld des Erkennens, Wollens und Wirkens des Menschen überschreitet, erst in einzelnen Fällen, daraufhin immer häufiger, schließlich einfachhin den Bereich seiner unmittelbaren Organisation. Der Mensch weiß nun intellektuell-wissenschaftlich mehr, als er sinnhaft sehen, ja sich auch nur vorstellen kann (technische Errungenschaften). Er vermag Wirkungen zu planen und durchzuführen, die er schon lange nicht mehr *durchfühlen* kann. Dadurch verändert sich sein Verhältnis zur Natur. Es verliert die Unmittelbarkeit, wird indirekt, durch Rechnung und Apparat vermittelt. Es verliert die Anschaulichkeit, wird abstrakt und formelhaft. Es verliert die Erlebbarkeit, wird sachhaft und technisch.¹⁰

Die postmoderne Person entzaubert immer mehr Geheimnisse der Natur, erkennt ihre Zusammenhänge und ist versucht weiter vorzudringen, in die unbekannteren Sphären. Lange unüberwindbar erscheinende Grenzen werden übersprungen, und die Zukunftsforschung leistet ihren Beitrag, auch wenn man sich manchmal verschätzt oder verkalkuliert. Dabei wird der Wunsch nach Vorausnahme der Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.¹¹

Was vielen Zeitgenossen abhandeln zu kommen scheint ist das Bewusstsein dafür, dass man ja in einer historischen Kette steht, dass es eben *ein Davor der Vorfahren* gibt, ein *Leben mit den Menschen im Jetzt* und dass es ein *Sein der Nachfahren* geben wird. In dieser Bewegung ist jeder selbst Erbe von den Errungenschaften wie den Hypotheken der Vorgänger, und unsere Kinder und Enkel... werden es gleichermaßen sein. *Worauf es wohl ankommt ist, im Sinne der Verantwortung zu handeln – in Anbetracht dieser Gliedfunktion,*

die jede Generation bezüglich des Davor und des Danach hat!

Die Kultur und die Zukunft

Das Kernproblem, um das die künftige Kulturarbeit kreisen, und von dessen Lösung alles, nicht nur Wohlfahrt oder Not, sondern Leben oder Untergang abhängen wird, ist die Macht.¹² Nicht ihre Steigerung, die geht von selbst vor sich, wohl aber ihre Bändigung und ihr richtiger Gebrauch.

Die Natur gehorcht nun weitgehend menschlichen Bedürfnissen. Aber diese Natur kehrt innerhalb der Kultur wieder, und ihr Element ist das, durch was sie gebändigt wurde: die Macht. Der neue Mensch steht wieder vor einem Chaos; und das ist um so furchtbarer, als die meisten es gar nicht sehen, weil überall wissenschaftlich gebildete Leute reden, Maschinen und Computer laufen, Behörden funktionieren, Technik das Sein wesentlich erleichtert... *Dieses Chaos ist die seelische Leere.*

Der Trend geht zum Menschen

Auch wenn es anscheinend bei der Trendforschung und ihren Trends um Macht, Einfluss, um Marktanteile oder aber Modeerscheinungen geht, Kern und Ziel ihres Interesses ist und bleibt der Mensch in seinen Sehnsüchten, in seinen Träumen, im Bedürfnis der Befriedigung seiner existentiellen Zwecke.¹³

Gerade deshalb, weil das Menschsein nicht festgelegt ist, gibt es eine Komponente in seinem Leben, die Offenheit und Selbstverwirklichung betreffen. Dahinter steht – auch schon seit der Antike bekannt – das Glücklicherweise, das jede/r anstrebt. Die menschliche Person muss sich selbst realisieren, ihr eigenes Wesen in Freiheit entfalten; das gilt vom Werden, Wachsen und Wirken des Einzelnen. Ebenso gilt dies vom Werden, Wachsen und Wandel der Menschheit in der Geschichte, von der Entfaltung historischer Kulturen, also von einer *mehrdimensionalen Verwirklichung des Menschseins*, die das Wesen der humanen Person erst offenbaren kann. Das zeigt allerdings auch, dass das *Wesen* immer noch eine seltsam fließende Größe ist, denn man kann sie *nicht allein statisch betrachten*, sondern muss sie *dynamisch begreifen*. Dies betrifft

aber nicht nur den Menschen, sondern alles, was sich selbsttätig entfaltet, verwirklicht und somit in die Zukunft hineinahnt. Hier bedeutet das Wesen des Menschen einerseits die Minimalstruktur eines Seienden dieser Art, d.h. dasjenige, was mindestens erfordert ist, dass ein Seiendes dieses Wesens besteht. Dieses Wesen kommt aber erst zur Entfaltung im eigenen Bewusstseins, im Einsatz der eigenen Freiheit, in der Realisierung menschlicher Möglichkeiten, in *geistig-sittlicher Entfaltung*, in *geschichtlich-kulturellen Leistungen*. Erst daraus wird deutlich, was Menschsein eigentlich heißt. Und erst das offenbart dann das Wesen des Menschen.

Jeder technische Fortschritt geschieht um der Menschen willen und ist nicht selbst genügsam, weil dieser immer im Dienste des Humanen steht und stehen sollte. Natürlich ist er auch missbrauchbar für egoistische Zwecke der Macht, aber dann geht er an seiner Zielintention vorbei. *Letztlich geht auch die Trendforschung mit ihren Trends vom Menschen aus und geht auf ihn wieder zurück, um eben diese Hoffnung auf Erfahrung dessen, was eine(n) erwartet, zu erfüllen.* Damit ist aber eine andere Dimension angesprochen, die jeden Erdenbürger betrifft: die *Sinnfrage*.¹⁴

Sinn und Trend

Was Sinn macht, interessiert auch den Trendforscher, denn Sinnloses hilft den Menschen nicht weiter, sondern verliert seinen Anspruch auf Zukunft bereits im Ansatz. Auf dieser Ebene korrespondieren beide Elemente miteinander, ohne sich notwendigerweise zu vereinnahmen.

Sinn wird in einer subjektiven und einer objektiven Bedeutungsrichtung gebraucht. Subjektiv genommen, gibt es zunächst viele Sinne als Vermögen des Menschen und des Tieres, die Erscheinungen der Körperwelt unmittelbar oder anschaulich zu erfassen. Durch seine Sinne ist der Mensch aufnahmefähig für Farben, Gerüche, Töne etc. Deshalb heißt es, wenn einer aufgeschlossen, empfänglich ist für etwas, also leicht Zugang gewinnt: Er hat einen Sinn dafür. Objektiv genommen ist Sinn das, was im Gegenstand dem Sinn des Menschen entspricht, was sei-

nem eigenen geistigen Verstehen verwandt, das Seiende zugänglich oder verständlich macht.

Sinnvoll bzw. sinnfrei heißt etwas, je nachdem es objektiven Sinn hat oder nicht. Sinnlos meint sinnfrei mit dem Nebengedanken, dass Sinn da sein sollte. Widersinnig ist, was einem mehrfachen, sich widersprechenden Sinn vereinigen will. Sinnwidrig dagegen sagt etwas, das einem vorausgesetzten Sinn zuwider ist. Unsinn bezeichnet jeden Gegensatz zu Sinn.

In der Gegenwart ist die Sinnfrage in die Mitte des Interesses weiter Teile der Masse gerückt, wobei erfahren wird, wie jeder *vorletzte Teilsinn* erst im *letzten Gesamtsinn* seine Erfüllung findet. Dieser entschwindet im Sinnverlust oder der Sinnleere, wodurch Langeweile und Überdruß entstehen. Ja der Gesamtsinn wird u.a. von Existentialisten wie Jean-Paul Sartre ausdrücklich geleugnet.¹⁵ Viele Zeitgenossen werden auch vom Ansturm des Sinnwidrigen verwirrt, gegen das ihnen das Sinnvolle nicht aufzukommen scheint; bezüglich der Identität zwischen Sein und Sinn meinen sie, sie sei durch die Ereignisse widerlegt oder wenigstens ganz fraglich geworden.

Sinne lassen sich aber auch manipulieren. Und genau an diesem Aspekt arbeitet auch die Trendforschung, weil es notwendig ist, herauszubekommen, inwieweit der Mensch fremd bestimmbar ist, welchen Trends er bereit ist zu folgen, ohne dabei seine Gefühle zu verletzen, denn was schmerzt, setzt sich auf lange Sicht nicht durch, es sei denn man entwickelt den Trend des Masochistischen, wie er in der Nachmoderne partiell akzeptiert wird.

Tugenden der Zukunft

Wenn das, was der Mensch, der vergangenen Jahrhunderte hervorgebracht und worin er gewohnt hat, Kultur gewesen ist, dann ist das, womit wir es heute zu tun haben, tatsächlich etwas anderes. Der existentielle Raum, in dem es steht, ist ein anderer, anders ist sein Charakter und anders, was von ihm abhängt. Selbst die Kultur scheint globalisiert anders als in früher abgeschlossenen Zeiten.

Eine tragende Tugend wird vor allem der *Ernst sein, der die Wahrheit will*. Vielleicht ist in der Sachlich-

keit, die ja vielfach zu spüren ist, eine Vorbereitung daraufhin zu sehen, auch wenn die Medien den Eindruck erwecken, diesem Wahrheitsanspruch immer weniger Genüge tun zu müssen. Andererseits wird dieser Ernst wissen wollen, worum es wirklich geht, durch alles Gerede von Fortschritt und Naturerschließung hindurch, und übernimmt die Verantwortung, welche die neue Situation ihm auferlegt.

Tapferkeit bleibt aktuell. Eine unpathetische, geistige, personale Tapferkeit, welche sich dem herausfordernden Chaos entgegenstellt. Sie muss reiner und stärker sein, als die z.B. vor Atombomben zu warnen, denn sie hat den universellen Feind, der das im Menschenwerk selbst aufsteigende Chaos zu bestehen hat, so wie alle Tapferkeit die Vielen gegen sich hat und die Öffentlichkeit, die in Parolen und Organisationen verdichtete Unwahrheit als Wahrheit „anpreisen“. Hier wünschte man sich mehr Zivilcourage von den Trendforschern, die zwar „sehen“ aber nicht darüber „sprechen“, weil sie sich unbeliebt machen würden. Und das wäre schlecht fürs Geschäft!!!

Außerdem wird es nicht ohne Askese gehen in Zukunft. Für die Neuzeit war Askese etwas, vor dem ihr ganzes Gefühl zurückscheute; ein Inbegriff dessen, von dem sie sich lösen wollte. Eben dadurch ist sie aber innerlich eingeschlafen, sich selbst verfallen. Der Mensch wird künftig wieder mehr lernen müssen, durch Überwindung und Entsagung Herr über sich selbst zu werden – und dadurch auch Herr zu werden über seine eigene Macht. Die so gewonnene Freiheit wird den Ernst auf die wirklichen Entscheidungen richten. Sie wird den bloßen Mut zur wirklichen Tapferkeit machen und die Schein-Heroismen entlarven, in denen der heutige Mensch, von Schein-Absolutheiten gebannt, sich opfern lässt.

Trendforschung als religiöse Dimension

Wer die Zukunft voraussagen kann, der gilt etwas. Er ist etwas Besonderes und wird mit Privilegien der Mächtigen ausgestattet, weil diese ihre Macht auch künftig abgesichert sehen möchten. Das war immer so in der Menschheit. Und es hat stets einen religiösen Charakter. Gern las-

sen sich deshalb auch Trendforscher in die Nähe von diesen Propheten stellen, eben als *neue Propheten*. Sie wollen vorhersagen, weissagen ... (Weissagung ist die Pophezeiung, die Verkündigung zukünftiger Ereignisse, aber auch Deutung gegenwärtigen Geschehens).

Der Prophet ist – schon im Alten Testament – ein Typus religiöser Autorität, der durch das dynamisch apoktische Sagen des göttlich Richtigen und Wahren gekennzeichnet ist. Jedoch ist die Vorhersage zukünftigen Geschehens, die der moderne Sprachgebrauch in den Vordergrund stellt, nur ein Teilaspekt. Die prophetische Rede geschieht stellvertretend und ist *Auftrag gebunden*. Der Vollzug des prophetischen Aktes ist sowohl durch Entpersönlichung des Propheten charakterisiert als auch durch die Gotterfülltheit, durch den Enthusiasmus, der an die Stelle der menschlichen Individualität tritt. Am allerwichtigsten ist aber, dass der Prophet ein dazu von Gott selbst ausgewählter ist. Und genau diese Dimension leiten die *modernen Trendforscher*, die sich prophetenhaft geben wollen, nicht mehr aus religiösem Hintergrund ab, sondern glauben *als homo faber* den gleichen Anspruch erheben zu können, um mit ein wenig *religiösem Touch* garniert die Verkaufszahlen ihrer Spekulationen erhöhen zu können, aber ohne „Jahwe-Erlebnis“. Von daher ist es immer nötig, „falsche“ von „wahren“ Propheten zu unterscheiden.¹⁶

Welchen Trends folgt also die Trendforschung?

Diese Frage ist nun leichter zu beantworten. Trendforschung ist ge-

wollt, interessant, oft überbezahlt (aber was tun nicht Wirtschaft und Politik alles für die Weckung neuer Bedürfnisse und Erhaltung der Macht), findet werbewirksam ihren Ab- und Einsatz. Sie folgt *Mode, Markt und Menschenführung*; sie bestimmt diese drei wichtigen Elemente mit und wird umgekehrt von ihnen bestimmt.

Ihr kommt aber dort eine verantwortungsvolle Rolle zu, wo sie – besonders auf ökologischem Gebiet – Sparsamkeit im Umgang mit unveräußerlichen Gütern einmahnt, wo sie bewusstseinsbildend für die Belange künftiger Generationen wirbt, wo sie friedensstiftende Aktionen startet, um Völkerverbindung zu schaffen etc.

Die Trendforscher fühlen sich als neue Propheten. Bei genauerem Hinsehen sind sie es aber nicht, auch weil sie weithin die transzendente Dimension negieren. Was sie prognostizieren, das mag interessant sein, mehr ist es aber auch nicht.

Abschließend sei ein Gedicht von Erich Fried zitiert, das die eigentlichen Schwierigkeiten mit der Trendforschung und Futurologie zusammenfassend auf den Punkt bringt:

Während sie
von einer Zwischenlösung
der Lebensprobleme
ihrer Kinder
erfolgreich übergehen
zu Vorarbeiten
an einer Theorie
zur Lösung aller
Probleme der Kindeskinde
kommen sie nicht umhin
aus alter Gewohnheit
an ihren eigenen Problemen
zu krepieren.¹⁷

Anmerkungen

- 1) Ich danke den Mitarbeitern der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg für wertvolle Anregungen bezüglich der Thematik: Dr. A. AUER, Mag. H. HOLZINGER und Dr. W. SPIELMANN.
- 2) Anfang der 1990er Jahre fragte mich ein finnischer Mitstudent in Harvard, ob ich denn schnell reich werden wolle? Was sollte das für eine unsinnige Frage sein? Er meinte, „wir“ sind in Finnland bei Nokia dabei, Handys zu bauen, für die breite Masse! Das werde das Geschäft seines Lebens sein. Ich sollte auf den Zug aufspringen. Aber wie sollte das gehen, vor allem technisch? Ich hielt es für

unmöglich, dass schon bald fast jeder in der westlichen Welt ein Handy haben werde. Wie heute bekannt, behielt er recht mit seiner Vorausschau...

- 3) Vgl. Art. „Futurologie.“ In: *Meyers Taschenlexikon*. 2. Aufl. Mannheim 1987, Bd. 7; 318f.
- 4) Vgl. R. JUNGK; *Der Atomstaat*. 1977.
- 5) Diese Liste ist natürlich nicht vollständig, nennt aber repräsentative Institutionen.
- 6) S. LEM; Art. „Meine Abenteuer mit der Futurologie.“ 1; Nachzulesen bei: <http://>

Fortsetzung auf Seite 81, unten

Hohe Kindersterblichkeit und geringe Lebenserwartung

Trotz Fortschritten bleibt Bolivien Südamerikas ämstes Land

KNA-REDAKTEUR LUDWIG RING-EIFEL

Unter den vielen Staaten Lateinamerikas ist Bolivien in mancher Hinsicht einzigartig. Das Land, das nach dem Befreiungshelden Bolivar benannt wurde, hat nicht nur die mit rund 3.500 Metern über dem Meeresspiegel höchst gelegene Millionen-Metropole der Welt (La Paz) und einen der größten Anteile indigener Bevölkerung, es hat auch einige Negativ-Rekorde zu beklagen. Dazu gehört die hohe Kindersterblichkeit von über acht Prozent, die extrem niedrige Lebenserwartung von 62 Jahren und das chronisch schwache Brutto sozialprodukt von rund 1.000 US-Dollar pro Einwohner.

Die Gründe für die Armut des Landes, das fast drei Mal so groß ist wie Deutschland und mit acht Millionen Einwohnern dennoch zu den „kleineren“ Staaten in Südamerika zählt, sind vielfältig. Der fehlende Zugang zum Meer erschwert den Handel, die mangelhafte Infrastruktur mit wenigen, oft kaum befahrbaren Straßen, behindert die Entwicklung vor allem der ländlichen Regionen. Das wirtschaftliche Erbe der spanischen Kolonialzeit ist verheerend – die ausgebeuteten Silberminen von Potosi, in deren Umgebung heute die Armut am größten ist, sind ein vielsagendes Symbol dafür.

Auch eine kurze wirtschaftliche Boom-Phase in der ersten Hälfte des 20. Jh. durch den damals ertragreichen Zinnabbau hat wenig Positives

hinterlassen. Nach dem Verfall der Preise auf dem Weltmarkt blieben die Bergarbeiter-Gewerkschaften ein politisch starker Faktor, doch weder Generalstreiks noch die blutige Niederschlagung von Protesten waren der Entwicklung förderlich. Und auch die Militärdiktaturen zwischen 1964 und 1982 brachten dem Land nicht die dringend notwendige gesellschaftliche Stabilität. In diesen Jahren beschleunigte sich auch die Auslandsverschuldung, die bis zum Jahr 2000 dramatische Ausmaße erreichte und dann durch einen teilweisen Schuldenerlass gelindert wurde. In den 90er Jahren flammten heftige Konflikte zwischen der Armee und den Koka-Bauern auf, die am Gewinn bringenden Anbau der Pflanze festhalten, während die Regierung ihn im Einklang mit US-amerikanischen Forderungen ausrotten will.

Trotz ihrer schlechten Ausgangsbedingungen haben die Bolivianer den Glauben an eine bessere Zukunft nie aufgegeben. Kleine, aber wichtige Fortschritte, etwa in der medizinischen Versorgung oder bei der Schulbildung (mit einer Halbierung der Analphabetenrate in den letzten zwölf Jahren), geben Anlass zur Hoffnung. Auch scheint die traditionelle Feindschaft der großen Parteien, die dem Land mehr schadete als nützte, zumindest teilweise überwunden. Unter dem unlängst neu gewählten Präsidenten Gonzalo Sanchez de

Lozada arbeiten liberale und sozialdemokratische Kräfte zusammen. Zum ersten Mal sind auch die indigenen Bevölkerungsgruppen und die Koka-Bauern mit einer starken Gruppe im Parlament vertreten, so dass sie ihre Anliegen von der Straße auf die politische Bühne verlagern können.

Bei der Lösung von Konflikten hat sich die katholische Kirche in den letzten 20 Jahren als einzige glaubhafte Vermittlungsinstanz bewährt. Immer wieder gelang es einzelnen Priestern und Bischöfen, eskalierende Auseinandersetzungen durch Friedensgespräche zu entschärfen. Auch am nationalen Dialog-Prozess, der zur Teilentschuldung des Landes führte, wirkte die Kirche aktiv mit. Darüber hinaus ist sie durch ihre zahlreichen Schulen und Sozialeinrichtungen ein wichtiger Faktor für die Entwicklung Boliviens. 20 Prozent der Schüler besuchen katholische Schulen, und für die verarmte Bevölkerung auf dem Land sind Priester und Ordensfrauen oft die einzigen Hoffnungsträger.

In den Großstädten würde das dünne soziale Netz ohne katholische Waisenhäuser und Sozialstationen zerreißen. Doch trotz dieser herausragenden Stellung ist die kirchliche Struktur in Bolivien noch immer lückenhaft. Auf dem Land fehlt es an Kirchen, Schulgebäuden und Pfarrzentren. Auch mangelt es bis heute überall an einheimischem geistlichem Personal. Noch immer stellen ausländische Missionare einen großen Teil des Klerus und der Ordensleute. □

Fortsetzung von Seite 80

www.heise.de/tp/deutsch/kolumnen/lem/2078/2.html

- 7) Vgl. B. H. F. TAURECK; *Ethikkrise – Krisenethik*. Reinbek 1992; 297ff.
- 8) Vgl. J. M. SCHNARRER; *Anything goes? Sittlichkeit im Zeitalter der Skepsis*. Wien 2000.
- 9) Von daher ist es korrekt, wenn z.B. der Dalai LAMA in seinem *Buch der Menschlichkeit* (Bergisch Gladbach 2000) eine Ethik der Beschränkung, des Mitgeföhls und der Bescheidenheit einfordert (92ff.).

10) Vgl. R. GUARDINI; *Das Ende der Neuzeit*. Würzburg 1955; 71ff.

11) In den USA entwickelt sich gerade ein neuer Industriezweig, der sich damit befasst, Menschen einzufrieren, um sie – je nach Wunsch – in 200 oder 500 Jahren wieder aufzutauen. Dies ist ein *existentielles Zugeständnis* an die Zukunft. Man möchte sich die Zukunft „erkaufen“... auch ein Interesse der Wirtschaft, das dahinter steht.

12) Vgl. J. M. SCHNARRER; *Arbeit und Wertewandel im postmodernen Deutschland*. Hamburg 1996.

13) Vgl. ausführlicher J. M. SCHNARRER;

Art. „Die existentiellen Zwecke als Schlüsselbegriff naturrechtlicher Aussagen bei Johannes Messner.“ In: J. H. PICHLER (Hg.); *Zeitschrift für Ganzheitsforschung*. Neue Folge 45. Jg. Wien III/2001; 125-154.

14) Vgl. E. CORETH; *Was ist der Mensch?* 4. Aufl. Innsbruck 1986; 110ff.

15) Vgl. J. P. SARTRE; *Der Ekel*. TdW Berlin 1985.

16) Vgl. Art. „Prophet.“ In: *Bibellexikon*. Leipzig 1970; Sp. 1408-1417.

17) http://www.uni-giessen.de/~gi04/MM/gedichte/fri_e17.html

Christen im Irak

Unterstützung durch KIRCHE IN NOT

„**E**in Krieg würde die ohnehin miserable Lage der rund 655.000 Christen“ im Irak noch einmal verschlechtern. Darauf verwies der Leiter des Referats Presse/Verlagswesen im Bereich „Kirche und Gesellschaft“ im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp. Im KNA-Spezial vom 09.10.02 schreibt er weiter: „Denn in den zurückliegenden Jahren haben die Minderheiten im Irak immer als erste unter den sozialen Spannungen zu leiden gehabt. Und eine neue kriegerische Auseinandersetzung würde neues Elend bedeuten – gerade für die Christen.“

Die größte Gemeinschaft bildeten die 400.000 mit Rom verbundenen Chaldäer. Zweitgrößte Gruppe seien die 120.000 orthodoxen Assyrer. Hinzu kämen kleine Gemeinschaften von syrisch-orthodoxen, armenischen und griechisch-orthodoxen Christen sowie katholische Syrer, Armenier, Lateiner und Griechen – insgesamt rund 120.000 Iraker. Außerdem gebe es rund 15.000 Protestanten.

Nach Meinung von Kopp hätte ein Irak ohne Christen katastrophale Folgen. „Denn ohne ihr vom Westen unterstütztes Engagement würde die soziale Infrastruktur vollends zusammenbrechen. Insbesondere die Caritas und das Hilfswerk KIRCHE IN NOT finanzieren Krankenhäuser, Schulinrichtungen und die Theologen-Ausbildungsstätte ‘Bable-College’ in Bagdad. Die Einrichtungen genießen in allen Bevölkerungsschichten einen guten Ruf. Saddam Hussein weiß, dass er auf dieses christliche Pfund nicht verzichten kann.“ Christliche Schulen trügen wesentlich dazu bei, die Analphabeten-Quote von derzeit rund 40 Prozent zu senken. Dabei lebten die Christen in einer schwierigen Region.

In dem überwiegend muslimischen Land gebe es zwar eine Verfassung, die strikt Religion und Staat trennt, so dass Christen grundsätzlich genügend Freiraum hätten. „Doch die Verfassung hat seit der Machtübernahme Saddams 1979 verschiedene Reformen erfahren – zu Un-

gunsten der christlichen Gemeinschaften. Wenn auch der Laizismus von Saddam aufrecht erhalten werde, gilt doch der Islam tatsächlich als Erbe der Gesellschaft“, meinte der Vertreter aus dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Die christlichen Konfessionen dürften sich nur solange frei bewegen, wie sie das Ansehen und die Macht des Staatsherrn nicht gefährdeten. Immerhin besäßen sie den Status einer juristischen Person.

„Während Kirchenführer durch einen engen Draht zum Regierungsapparat versuchen, den letztmöglichen Spielraum für die religiösen Minderheiten zu sichern, lenkt Saddams Propaganda auf Grund der sozialen Missstände gerne die Aggression der muslimischen Mehrheit auf die christlichen Splittergruppen.“ Repressalien und Angriffe auf Geschäfte, Boykottaufrufe gegen Christen und die Vernichtung christlicher Dörfer durch Saddams Truppen hätten in den vergangenen Jahren das einst gute Klima massiv vergiftet, betonte Matthias Kopp.

KIRCHE IN NOT hilft

Im Süden des Irak, der unter der Kontrolle von Saddam Hussein steht, litten die Christen wie die übrige Bevölkerung unter dem seit 1990 bestehenden Wirtschaftsembargo der Vereinten Nationen. Das habe viele Christen veranlasst, das Land zu verlassen, berichtete der Islam-Experte und Ehrenpräsident des internationalen katholischen Hilfswerks KIRCHE IN NOT, Monsignore Willem de Smet, im September 2002 in München in einer Mitteilung des deutschen Zweiges der Organisation.

Die religiöse Freiheit sei dagegen gewährleistet. Die Anwesenheit katholischer Schwestern in Krankenhäusern und Schulen trüge dazu bei, die Christen zum Bleiben zu bewegen.

In dem seit dem Golfkrieg von Bagdad nicht mehr kontrollierten Kurdengebiet im Norden des Landes blühten die christlichen Gemeinschaften wieder auf. Vor allem die

katholischen Chaldäer und orthodoxen Assyrer bemühten sich, ihre seelsorgerischen und sozialen Aufgaben noch besser wahrzunehmen, unterstrich de Smet.

KIRCHE IN NOT hat nach eigenen Angaben allein in den letzten fünf Jahren die Christen des Iraks mit jährlich 250.000 Euro unterstützt, damit die christliche Präsenz erhalten bleibe. Jeder Priester im Irak erhalte Hilfe zum Lebensunterhalt in Form von Mess-Stipendien. An die chaldäischen, syrisch-orthodoxen und armenischen Kinder des Landes seien bisher 3.500 Kinderbibeln verteilt worden, heißt es weiter. Im nördlichen Kurdengebiet helfe KIRCHE IN NOT Christen, Kirchen und Pfarrzentren zu bauen.

Von den 23 Millionen Einwohnern des Iraks bekennen sich 97 Prozent zum Islam, etwa zwei Drittel davon zur sunnitischen und ein Drittel zur schiitischen Richtung.

Erzbischof von Basra: Sanktionen aufheben

„Wir, die schuldlosen Menschen, bitten Sie inständig, sich bei den Regierungsverantwortlichen dafür einzusetzen, dass das Embargo aufgehoben wird“. Mit diesem Appell hat sich, wie DIE TAGESPOST vom 3. Dezember meldet, der chaldäisch-katholische, mit Rom unierte Erzbischof von Basra, Gabriel Kassab, an die internationale Staatengemeinschaft gewandt. Kassab macht das Embargo und die Sanktionen dafür verantwortlich, dass das Leben in der südirakischen Stadt fast vollständig zum Erliegen gekommen sei.

Die Sanktionen wirkten sich nach Angaben der Wiener Ärztin Eva-Maria Hobinger besonders im Medizinischen Bereich und dort bei der Behandlung von Kindern aus. Jeden Monat würden im Irak 5.000 Kinder sterben. Trotzdem versuche nach Angaben des Erzbischofs die Kirche ihrem apostolischen Auftrag nachzukommen, um in Basra ein Mindestmaß an Menschlichkeit zu bewahren. So seien eine Apotheke und zwei Kindergärten eingerichtet worden. „Gegen alle Schwierigkeiten tun wir unser Bestes, um das Leben unserer Brüder und Schwestern zu erleichtern“, so Gabriel Kassab. (bt)

Wehrmacht: Soldaten jüdischer Herkunft

JOACHIM G. GÖRLICH

In der deutschen Wehrmacht gab es laut der russischen Zeitung „Njesawissimaja“ (Unabhängige) 150.000 Soldaten und Offiziere jüdischer Herkunft, d.h. Menschen, deren ein Eltern- oder Großelternanteil Juden waren. Das im Mai von der Universität Texas veröffentlichte Buch „Hitler's Jewish Soldiers“ von Bryan Mark Rigg spricht gar von 400.000. Es ist ferner bekannt – so im Nachdruck der polnischen Wochenillustrierte „Forum“ nachzulesen –, dass in 1.200 Fällen, die aktenkundig seien, 2.300 in den KZ's Hitlers einsaßen. Alle drei genannten Quellen wollen wissen, dass es im Januar 1944 eine entsprechende Liste mit 77 Namen gab, darunter von 23 Obristen und 15 Generälen, „die mit der jüdischen Rasse verwandt sind“, so die offizielle Version. Allen wurde jedoch fiktiv von oberster NS-Behörde attestiert, dass sie „deutschen Blutes“ sind.

„Njesawissimaja“ erinnert daran, dass der blonde und blauäugige Jüngling auf einem Plakat, das einst für die Wehrmacht warb, als „idealer deutscher Soldat“ vorgestellt wurde, Werner Goldberg hieß und sein Vater Jude war.

Auch der Ritterkreuzträger Robert Bornhardt (+1983) hatte einen solchen Vater, der im britischen Exil lebte: Bornhardt geriet 1944 in britische Gefangenschaft und konnte sofort zum Vater entlassen werden, verzichtete aber darauf. Ritterkreuzträger Oberst Walter Hollander hatte eine Jüdin zur Mutter. Die Zeitung weiß auch von einem mit dem „Eisernen Kreuz“ dekorierten Landser zu berichten, der in Sachsenhausen auftauchte und die Freilassung des Vaters forderte. Der SS-Kommandant tobte und drohte ihm: „Wenn du nicht das EK hättest, könntest du gleich deinem Vater Gesellschaft leisten.“

Die Zeitung weiß ebenso von einem halbjüdischen jungen Deutschen zu berichten, der aufgrund gefälschter Papiere sogar zur Waffen-SS eingezogen wurde.

Übrigens: Der Ranghöchste der „Mischlinge“ war der Luftwaffen-Ge-

neralfeldmarschall Erhardt Milch, dessen unehelicher Vater der Baron von Bier war.

1940 fiel der Beschluss, alle Offiziere aus der Wehrmacht auszuschließen, die – so „Njesawissimaja“ weiter – entweder zwei jüdische Großväter oder Großmütter hatten. Die nur einen jüdischen Großvater hatten, sollten zum einfachen Soldaten degradiert werden. Dieser Beschluss wurde vielfach ignoriert, viele Soldaten stellten sich hinter ihre Kameraden, ja versteckten sie vor der Gestapo. Wobei der Autor dieser Zeilen selbst von einem halbjüdischen Luftwaffengefreiten zu berichten weiß, der von seinem „arischen“ Onkel in Generalsuniform vor dem Gestapo-Zugriff von Einheit zu Einheit abkommandiert wurde und so den Krieg überlebte. Er war nach dem Krieg hoher Ministerialbeamter in Nordrhein-Westfalen und als CDU-Mann führend in der evangelischen Kirche und in der jüdisch-christlichen Gesellschaft tätig.

POLEN: Lebensretter ein deutscher Wehrmachtshauptmann

JOACHIM G. GÖRLICH

Der mit der „Goldenen Palme“ dekorierte Film des deutsch-jüdischen Starregisseur Roman Polanski (ausgesprochen Polainki), dessen Inhalt die Memoiren des vor zwei Jahren verstorbenen renommierten polnisch-jüdischen Konzertpianisten und Schlagerkomponisten Wladyslaw Szpilman sind und in dem der deutsche Wehrmachtshauptmann Wilm Hosenfeld als Lebensretter eine herausragende Rolle spielt, hat in Polen weitere Recherchen verursacht.

So hat die Krakauer Intelligenzillustrierte „Przekrój“ (Querschnitt) ermittelt, dass Hauptmann Hosenfeld öfters verfolgten Polen und Juden falsche Papiere besorgte, sie teilweise als Dienstpersonen in einem Stadion einstellen ließ. Aus Pabianice bei Lodz meldete sich Zofie Cierciora, dass ihr Onkel Antoni, seines Zeichens katholischer Priester,

Die russische Zeitung und nach ihr das polnische „Forum“ lassen durchblicken, dass jüdischstämmige Wehrmachtsangehörige, die in westalliierte Gefangenschaft gerieten, umgehend entlassen werden konnten. Über das Schicksal derjenigen, die in sowjetische Gefangenschaft gerieten, herrscht Schweigen. Da man weiß, dass die Sowjets ihre Soldaten, die in deutsche Gefangenschaft geraten waren, öfters als „Verräter“ betrachteten und danach behandelten, kann man ahnen, was mit den jüdischstämmigen Wehrmachtsoldaten geschah.

Die meisten wollten den Krieg einfach überleben. Die „Njesawissimaja“ will wissen: „Die jüdischen Veteranen der Wehrmacht sagen heute, dass sie an den Fronten des II. Weltkrieges sich bemühten, sich gegen rassische Vorurteile zu wenden. In ihrem Ehrgeiz wollten sie beweisen, dass trotz der jüdischen Vorfahren sie beispielhafte Patrioten und tapfere Soldaten waren.“ So der Kommentar von K. Kapitonow. □

ebenso von Hosenfeld vorm Zugriff der Gestapo gerettet wurde: Er bekam auf den Namen Cichocki eine neue Kennkarte und überlebte damit die NS-Besatzung.

Laut „Przekrój“ holte 1943 der Hauptmann einen Mann namens Koszel von einem Lastwagen, in dem Männer von der SS zur Hinrichtung gebracht wurden und behauptete, das wäre sein Arbeiter. Anschließend heißt es: „Auch wenn wir sie (die vielen, die der Offizier rettete) nicht mit Namen kennen, gab es vermutlich noch mehr Juden, die von Hauptmann Hosenfeld gerettet wurden.“

Hauptmann Hosenfeld kam 1952 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft um. Szpilman, dessen Familie bis heute Kontakt mit der Familie Hosenfeld pflegt, hat vergeblich versucht, mit Hilfe polnischer Minister und hoher KP-Funktionäre bei den

Fortsetzung auf Seite 84 unten

POLENS STAUFFENBERG:

Oberst i.G. a.D. Ryszard Kuklinski

JOACHIM G. GÖRLICH

Zum Bestseller mausert sich in Polen das Buch des Historiker Josef Szaniawski „Agent der Freiheit“, das sich mit dem polnischen und US-Obersten a.D. Ryszard Kuklinski (80) befasst. Für viele Polen ist der kleine Oberst heute noch ein Verräter, primär für Polens postkommunistische Generalität und Admiralität, mit Ex-Präsident General Wjciech Jaruselki an der Spitze.

Für Polens Demokraten und die USA ist der Mann ein Held, ein Mann der bis 1981 an der Schaltstelle des Warschauer Paktes sitzend das vollkommene Vertrauen der sowjetischen Marschälle besitzend, der Retter war vor der sowjetischen Invasion gegen den Westen, in dem er die (drei) wichtigsten geheimen WP-Kommandozentralen an die USA verriet. Damit konnte US-Sicherheitschef Prof. Zbigniew Brzezinski 1981 Marschall und WP-Chef Wiktor Kulikow sagen: „Egal wo Sie, Herr Marschall, sich nach Ihrer Invasion befinden werden, Sie und Ihre Leute werden drei Stunden danach nicht mehr leben.“, was schließlich die UdSSR zur Aufgabe ihrer Invasionspläne zwang.

Für Polens Demokraten und die USA hat Kuklinski nachweisbar keine polnischen Belange, sondern ausschließlich sowjetische verraten. Davon konnte man jetzt in Washington den polnischen postkommunistischen Premier Leszek Miller über-

zeugen. Kuklinski hat auch Polen, das als Vorfeld geopfert werden sollte, gar vor einer Katastrophe gerettet. Und auch die freie Welt. Zudem war Polen damals kein souveräner Staat.

Die geistige Wende beim Oberst, der sowohl die polnische Generalstabsakademie als auch die Marschall-Woroschilow-(Elite)-Akademie der Sowjetstreitkräfte absolviert hat und „Kavalier des gold-platinen sowjetischen Leninordens“ war, avancierte bis zum Chef der strategisch-operativen Planung im polnischen Generalstab, also bis zu dem polnischen Offizier, der das größte Vertrauen der Sowjets hatte, noch größer als der polnische KP-Chef und Edelmann Jaruselki.

1973 bot Kuklinski seine Dienste schließlich dem CIA an. Er nahm kein Geld an. Die geistige Wende trat bei ihm nach der blutigen Niederschlagung des Stettiner Werftarbeiterstreiks durch die polnische Armee im Winter 1970 ein.

Als die sowjetische Abwehr gewahr wurde, dass sich in der WP-Spitze ein „Maulwurf“ befand und immer mehr der in Warschau gebürtige Kuklinski ins Visier geriet, schaffte ihn der US-Geheimdienst am 7. November 1981 während der Feierlichkeiten zur „Oktoberrevolution“ und vor Einführung des „Kriegsrechts“*) außer Landes. Nach ihm umgehend seine Frau Hanka sowie die beiden Söhne Waldemar und Bogdan.

Fortsetzung von Seite 83

Sowjets um die Freilassung des Offiziers zu intervenieren. Jedes Gesuch wurde kaltschnäuzig und strikt abgelehnt. Der Verfasser dieser Zeilen verbrachte mit Polanski im Sommer 1953 im Luftkurort Rabka (Hohe Tatra) einen ganzen Monat in einem Schulungslager für Studenten von Kulturschulen. Dort erfuhr er, dass Polanskis nächste Angehörige im Vernichtungslager Treblinka umgekommen waren. Damals war Polanski talentierter Student der berühmten Filmhochschule Lodz.

Jetzt läuft auch in Polen die umstrittene „Wehrmachtsausstellung“. Vielleicht sollte diese Ausstellung die vielen Soldaten wie Hosenfeld berücksichtigen. A propos „Wehrmachtsausstellung“: Die Nachfrage in Polen ist gering. Dort weiß man zu differenzieren, zumal jeder polnische Soldat einer deutschen Kriegsgefangenschaft vor einer sowjetischen den Vorzug gab. Zudem vergaßen die Initiatoren, dass den Polen die Sowjets bis nach 1990 im Lande saßen, die gesamte polnische Armee sowjetisiert war. □

Ein Femegericht der Armee verurteilte den General mit Sippenhaft zum Tode. Kuklinski musste für deinen Übertritt hoch bezahlen: Beide Söhne wurden in den USA ermordet; die Leiche von Bogdan ist bis heute noch nicht gefunden worden.

Die US-Regierung ernannte Kuklinski zum US-Oberst, verlieh ihm nicht nur die Staatsbürgerschaft, sondern auch den höchsten US-Orden für Geheimdienstler und stellte ihn unter ihren persönlichen Schutz.

Das höchste Gericht Polens in Warschau hat ihn inzwischen von den Vorwürfen des Gerichts des Warschauer Wehrbereichs 1997 rehabilitiert und seine Degradierung annulliert, so dass Kuklinski wieder auch polnischer Oberst ist – seit mehr als 200 Jahren ein Unikum. Kuklinski war bereits zweimal privat in Polen. Jedesmal vorher unangekündigt und stets hatten sich die Amerikaner den persönlichen Schutz strikt ausbedungen. Der Oberst möchte zurückkehren, aber die CIA hält diese Pläne für noch verfrüht. □

*) Einführung des Kriegsrechts in Polen am 13. 12.1981

Anzeige

„Ich unterstütze ‚Kirche in Not‘



gerne und vollen Herzens, weil dieses Werk seit seiner Gründung unersetzliche Arbeit leistet und bitte alle Menschen guten Willens, hierzu ihren Beitrag zu leisten.“

Bischof Dr. Walter Mixa
Bischof von Eichstätt und
Katholischer Militärbischof

Weitere Informationen:
Kirche in Not/Ostpriesterhilfe e.V.
Albert-Roßhaupter-Straße 16
81369 München
Telefon: 089/7607055
Fax: 089/7696262
E-Mail: kinophde@t-online.de

Spendenkonto: Liga-Bank München
BLZ: 750 903 00, Konto-Nr.: 2152002



**Kirche in Not/Ostpriesterhilfe
Deutschland e.V.**
...damit der Glaube lebt!

Polens Damen in Uniform

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Nachdem 1999 nach langer Pause wieder Frauen in die polnischen Streitkräfte aufgenommen werden, dienen jetzt dort 290 Frauen. Davon 156 im Heer. Das kann sich ändern, denn dieses Jahr ist jeder 4. Kandidat einer Kriegsmarineschule eine junge Frau. Bisher gibt es dort nur 21 Frauen. 240 dienen im Sanitätswesen der Streitkräfte. Sieben Damen haben es zum Major gebracht, wie z.B. die Vorsitzende des „Rates für Frauenangelegenheiten“, Korvettenkapitän Bożena Szubinska^{*}. 70 Frauen gibt es im Fähnrichdienst und nur 16 im Unteroffiziersdienst. Einige Militärschulen lassen die Kandidatinnen Verpflichtungserklärungen unterschreiben, dass sie während der Ausbildung nicht schwanger werden, ansonsten droht die Entlassung. Die postkommunistische „Polityka“ schreibt, dass dies bald aufgehoben werde: Man werde Schwangere zuerst in den Babyurlaub schicken und nachher sie fortbilden. Die Frauen müssen sich für 10 Jahre Wehrdienst verpflichten und werden mit 50 Jahren pensioniert. Jede achte Soldatin sei, so „Polityka“, ungläubig und 45 Prozent stünden den Postkommunisten, die sich heute als Sozialisten bezeichnen nahe. Nun das ist nicht verwunderlich, denn die gesamte polnische Armee mit ihrem Berufssoldatenkader ist früher kommunistisch

gewesen, heute postkommunistisch, zumal die Postkommunisten regieren und der Einfluß der alten Nomenklatura enorm ist. Allerdings ist die Armee neuerdings eindeutig proamerikanisch.

Andere Beobachter stellen fest, dass auch nicht kirchlich orientierte Soldatinnen überwiegend die Ehe mit kirchlichen Segen anstreben. Sei es nur wegen des Bräutigams oder der alten oder neuen Verwandtschaft.

Übrigens: Die meisten Berufssoldatinnen sind verheiratet und das Kind ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Und ausnahmslos legen sie Wert darauf, dass sie vor allen Dingen nach Dienst als Damen behandelt werden und dies auch per in Polen obligatem Handkuss, der nicht nur im polnischen Offizierscorps gang und gäbe ist.

Im Verteidigungsministerium hat es sich inzwischen herumgesprochen, dass die jungen Soldatinnen im Prinzip ehrgeiziger als ihre männlichen Kameraden sind. Andererseits – so die „Polityka“ – gibt es noch viele Gernisonen, in denen sich noch immer die Soldaten an ihre Kameradinnen erst gewöhnen müssen.

Der erste polnische Soldat, der sich für die allmähliche Integration von Frauen in die Armee ausgesprochen hat, war der Staatsgründer von 1919, Marschall Józef Piłsudski. Un-

ter ihm gab es die erste Polin im Generalsrang, die ranghöchste Apothekerin der Armee. 1927 gründete der Staatschef das „Staatliche Institut für Leibes- und Wehrtüchtigung“, das ein Frauenreferat bekam, welches nur mit Frauen besetzt war. 1938 wurde ein Gesetz erlassen, dass den Eintritt von Frauen in die Armee erleichtern sollte und 1939 hatten die Lehrgänge der Wehrtüchtigungsorganisationen bereits 400.000 weibliche Mitglieder.

Im letzten Weltkrieg traf man Frauen sowohl in der volkspolnischen, als auch in den polnischen Weststreitkräften an; dies bis zum Generalsrang. Unter den durch die Sowjets ermordeten Offizieren in Katyn fand man eine Luftwaffenoffizierin. Die polnische Volksarmee hatte sogar bis Kriegsende ein Frauenfrontbataillon.

Nach dem Kriege verblieben Frauen nur im Medizindienst der Armee, und es war an den medizinischen Fakultäten die militärärztliche Ausbildung von Studentinnen Pflicht. Auch das 13. Flugtransportregiment der polnischen Luftwaffe stand noch lange nach dem II. Weltkrieg unter dem Kommando einer Obristin, der zahlreiche weibliche Offiziere unterstellt waren. □

^{*}) In Polen wird eine Frau als Offizier nicht als „Korvettenkapitänin“ oder „Majorin“ angesprochen, sondern als Frau Korvettenkapitän oder Frau Major usw. tituliert.

KURZ BERICHTET

Sklavenlager in China

Im heutigen China ist Sklaverei weit verbreitet. Bei Bergwerken, Fabriken, Ziegeleien und Großbaustellen entstehen regelrechte Sklavenlager.

Die Lager füllen sich mit Wanderarbeitern, die immer unausweichlicher in einen Sklavenstatus hineingeraten: Erst Arbeit ohne Anstellungsverhältnis, dann Schuldknechtschaft, schließlich Kasernierung unter Bewachung. Versklavte Mädchen und Frauen dienen als Prostituierte oder werden an Ehemänner verkauft.

Der akute Frauenmangel ist eine Folge von Pekings Ein-Kind-Politik und des aktiven oder fahrlässigen Tötens neugeborener Mädchen - die Chinesen wollen einen Sohn, wenn sie schon nur ein Kind haben dürfen. (ZENIT.org)

USA drohen Sudan mit Sanktionen

Der US-Kongress hat dem Sudan mit Sanktionen gedroht, falls keine ernsthaften Schritte zur Beendigung des 19 Jahre dauernden Bürgerkriegs unternommen werden. Das im Oktober in Washington verabschiedete Gesetz wirft der islamisch geprägten Regierung vor, eine Politik der ethnischen Säuberung gegen Volksgruppen wie die Nuba, Dinka und Nuer zu betreiben. Es fordert US-Präsident George W. Bush auf, alle sechs Monate zu überprüfen, ob die Regierung ernsthaft mit den Rebellen im christlich und animistisch geprägten Süden des Landes verhandelt.

Das sudanesische Parlament wies die Resolution des Kongresses als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück. Die USA führten sich immer häufiger als Weltpolizist auf, der über das Schicksal der Menschen in der Region entscheiden wolle, heißt es in einem am Sonntag von den Zeitungen des Landes verbreiteten Beschluss. Das US-Parlament stelle sich damit völlig einseitig hinter die im Süden des Landes operierenden Rebellen. (KNA)

Die Rolle der Medien in Gesellschaft und Kirche

Chancen und Herausforderungen für das Laienapostolat in Mittel- und Osteuropa

Schlagworte wie „Mediengesellschaft“ oder „Informationszeitalter“ verweisen darauf, wie sehr die Medien heute unsere Gesellschaften prägen. Dies gilt mittlerweile auch für die Länder Mittel- und Osteuropas, in denen auch auf Grund neuer und leistungsfähigerer Technologien die Medien in ihren unterschiedlichen Spielarten boomen.

Für die Kirche und speziell die Laienarbeit ergibt sich daraus eine zweifache Herausforderung: Zum einen geht es darum, die Chancen und Risiken der Mediengesellschaft wahrzunehmen und dies auch in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Zum anderen geht es um die Frage, wie wir selber die Medien sinnvoll und effektiv als Informations- und Kommunikationsplattform nutzen können. Um beide Aspekte ging es im 8. Osteuropa-Seminar der Internationalen Vereinigung Katholischer Männer UNUM OMNES, das vom 27. bis 31. Oktober 2002 im Bischof-Benno-Haus Schmochtitz der Diözese Dresden-Meißen stattfand.

Außer den Referenten aus dem Medienbereich nahmen 35 Interessenten aus der Männerarbeit aus acht

Ländern (Litauen, Kroatien, Rumänien, Ukraine, Ungarn sowie Deutschland, Luxemburg und Österreich), darunter vier Frauen, teil.

Seminarziele

Das 8. Osteuropa-Seminar von UNUM OMNES verfolgte zwei Ziele:

- (1) Die durch die jahrzehntelange Unterdrückung im kommunistischen Machtbereich erzeugte Passivität der Christen soll überwunden werden. Die Mitverantwortung des Gros der katholischen Laien in Ost- und Südosteuropa für Kirche und Gesellschaft muss geweckt und mobilisiert werden. Ihr Engagement in Wirtschaft und Arbeitswelt, im sozialen, kulturellen und politischen Leben ist unverzichtbar.
- (2) Dazu wollte das Seminar nicht nur theoretisches Grundwissen für die Präsenz der Kirche in den Medien vermitteln. Es sollten auch Einblicke in die praktische Medienarbeit vom örtlichen Pfarrbrief über die regionale Kirchenzeitung, Rundfunk- und Fernseharbeit bis hin zur Internetpräsentation gewährt werden.

Letztlich sollten aber konkrete Medienprojekte entsprechend dem Bedarf in den einzelnen ost- und südosteuropäischen Ländern entworfen werden.

Medien und Wahrheit

Den theoretischen Einstieg gab Prof. DDr. Michael Schnarrer vom Institut für Ethik in den Wissenschaften der Landesakademie St. Pölten/Österreich mit seinem Vortrag „Medien und Wahrheit – Ethische Aspekte im Umgang mit den Medien“. Er stellte heraus, dass der „Wert einer Information nicht an der Verkaufbarkeit gemessen“ werden dürfe. Humanität und Technologie dürften einander nicht als Gegensätze gegenübergestellt werden. Die Medien, so Schnarrer, stünden unter dem hohen ethischen Anspruch, Berichterstattung und Menschlichkeit, Objektivität und Subjektivität, materielle und ideelle Güter und Werte dem Wahrheitsgehalt entsprechend darzustellen. Fazit: Die ethische Grundhaltung bei der Kommunikation und dem Einsatz der Medien müsse stets die Wahrung der unantastbaren Würde des Menschen sein.

International Council of Catholic Men

Federation Internationale des Hommes Catholiques

Federacion Internacional de los Hombres Catolicos

Internationale Vereinigung Katholischer Männer



UNUM OMNES

Die Internationale Vereinigung Katholischer Männer wurde im Jahre 1948 gegründet. Sie erhielt den Namen „UNUM OMNES“, der den Wunsch Jesu ausdrückt, dass die Menschen in Gott „alle eins“ seien. Der Sitz der Vereinigung ist Rom.

Die Internationale Vereinigung Katholischer Männer hat zum Ziel.

- a) die im Sinne der Ausrichtung der katholischen Kirche im Laienapostolat tätigen nationalen Organisationen katholischer Männer zu einer Vereinigung zusammenzufassen;
- b) die Kontakte zwischen den nationalen Mitgliedsverbänden zu fördern und ihnen auf diese Weise zu ermöglichen, einander im Geiste der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Achtung besser kennenzulernen, einander zu unterstützen und auf allen Ebenen in jeder möglichen Art und Weise aktiv an der Verbreitung des Evangeliums in der Welt mitzuarbeiten;
- c) die Schaffung von Vereinigungen katholischer Männer in jenen Ländern zu fördern und zu erleichtern, in denen noch keine derartigen Institutionen bestehen;
- d) mit den internationalen Organisationen die im Lichte der Zielsetzung der Vereinigung wünschenswert erscheinenden Verbindungen zu knüpfen und aufrechtzuerhalten;
- e) in der öffentlichen Meinung und bei privaten und offiziellen internationalen Stellen dem Standpunkt, den Wünschen sowie den Forderungen der katholischen Männer hinsichtlich aller sie betreffenden Fragen Gehör zu verschaffen;
- f) an der Verbreitung der Lehren der Kirche mitzuwirken.

Projektarbeit

In einer weiteren Arbeitseinheit stellten Fachleute unter dem Thema „Die Medien als öffentliches Forum und Kommunikationsplattform der Kirchlichen Laienarbeit“ ihre Erfahrungen mit Printmedien, Rundfunk, Fernsehen und dem Internet vor. Dies führte zur konkreten Entwicklung von Projekten der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, die in Länderbezogenen Arbeitsgruppen stattfand.

Von diesen sollen hier nur zwei erwähnt werden. So entwickelten z.B. die kroatischen Teilnehmer das Projekt einer vierteljährlichen Pfarrzeitung. Demgegenüber befasste sich die junge Einzelkämpferin aus Litauen – unterstützt von den Teilnehmern aus Deutschland, Luxemburg und Österreich – mit dem grundsätzlichen Konzept einer qualifizierten Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Land, die durch katholische Glaubens- und Werthaltung geprägt wird und die sich in einer laizistischen Presselandschaft behaupten kann. Das Ergebnis dieser Überlegungen war die Notwendigkeit, einen Zusammenschluss katholischer Journalisten in Litauen zu gründen, der zumindest in der Anfangszeit massiv materiell unterstützt werden muss.

Thesen als Ergebnis

Zum Abschluss des 8. Osteuropa-Seminars haben die vertretenen Männer und Frauen folgende Thesen als Selbstverpflichtung formuliert:

1. Wir sehen in den Medien eine gestaltende Kraft in Kirche und Gesellschaft.
2. Die Vielfalt und die rasante Entwicklung der Medien macht viele Menschen unsicher und lässt sie nach Orientierung im Umgang mit den Medien suchen.
3. Wir als engagierte Männer in der Kirche haben eine besondere Verantwortung, die Chancen und Risiken der Medien aufzuzeigen, um die Würde des Menschen zu schützen.
4. Wir halten einen überprüfbaren Ehrenkodex für alle notwendig, die in den Medien Verantwortung tragen.
5. Wir treten für eine kontinuierliche Ausbildung und Förderung von katholischen Journalisten durch die Kirche ein.
6. Wir rufen als UNUM OMNES die katholischen Männer zu einer sorg-



fältigen Auswahl und zu einer sinnvollen Zeitgestaltung bei der Nutzung von Medien auf.

7. Wir begrüßen die vielen Möglichkeiten, die uns neue Medien eröffnen, um den Dialog zwischen Menschen zu fördern.

8. Der Umgang mit den Medien erfordert für uns als Katholiken eine ständige Weiterbildung unseres Gewissens.
9. Wir wollen die katholischen Medien in den Ländern Mittel- und Osteuropas fördern. □

Bild oben: Besuch bei der Sorbischen Zeitung „Srebske Nowiny“ in Bautzen. Der Chefredakteur Benedikt Dyrlich stellte die Situation seiner katholischen Zeitung in einer Minderheitensituation dar. Den Seminarteilnehmern gab der Besuch zudem einen Einblick in die Arbeit einer kleinen Zeitungsredaktion.

Bild unten: Der metallene Korpus des überdimensionierten, fragmentierten Christus in der neuen „Scheunen“-Kirche des Bischof-Benno-Hauses in Schmochtitz scheint die Zerrissenheit, Brutalität und Gewaltakte der Welt in sich zu tragen. – Die Scheune mit Kirche und Gesellschaftsraum wurde nach der 39. Woche der Begegnung 1999 in Schmochtitz erbaut. (Text und Fotos PS)



„Evangelisierung in Deutschland“ und „Die Zukunft des Krieges“

So unterschiedliche Themen wie die „Evangelisierung in Deutschland“ und „Die Zukunft des Krieges“ bildeten die Schwerpunkte der 47. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen Militärgeistlichen und Pastoralrefent(inn)en. Diese fand statt vom 21. bis 25. Oktober auf Schloss Hirschberg, dem Exerziten- und Bildungshaus der Diözese Eichstätt bei Beilngries in Oberbayern. Doch gleichrangig neben diesen beiden Hauptthemen standen Geselligkeit und Spiritualität auf der Tagesordnung. So ist es auch für Geistliche nicht selbstverständlich, dass eine Arbeitstagung über die tägliche Eucharistiefeyer hinaus das gemeinsam kirchliche Stundengebet beinhaltet. Und überall spürte man, dass Militärbischof Dr. Walter Mixa die Konferenz prägte.

Evangelisierung, Aufgabe und Chance der Militärseelsorge

In seinem „Bericht zur Lage“ griff Militärgeneralvikar Prälat Wal-

ter Wakenhut den Thementeil „Evangelisierung“ und zeigte auf, welchen Anteil die Militärseelsorge durch die Erfüllung ihres Auftrages daran habe. Er machte deutlich, dass „Soldaten (auch die ungetauften) ein Recht auf freie Religionsausübung haben und ein Recht auf Seelsorge, wo sie auch eingesetzt sind.“ Daraus abgeleitet habe die Militärseelsorge die Pflicht, dieses Recht zu erfüllen. Im Zentrum stehe dabei die Verkündigung des Evangeliums, die Feier der Gottesdienste, die Spendung der Sakramente, der diakonische Dienst an den Soldaten und nicht zuletzt die Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts. Daraus ergebe sich, so Wakenhut, Raum zur persönlichen Auseinandersetzung mit Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach der ethischen Rechtfertigung des Dienstes als Soldat und helfe bei der Gewissensbildung.

Nicht ohne Genugtuung stellte der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in Berlin fest, was die Militärseelsorge auszeichnet: Es „ist



das gute menschliche, modern geschwisterliche Miteinander. Für Militärseelsorger ist es selbstverständlich zusammenzuarbeiten – untereinander, mit dem/der Pfarrhelfer/in, mit den Soldaten und deren Frauen in Mitarbeiterkreisen und Seelsorgebezirksräten, mit den zugeordneten militärischen Vorgesetzten auf allen Ebenen, mit den evangelischen Brüdern und Schwestern. Der Gedanke der ‘Kooperativen Pastoral’, der die Seelsorgekonzepte und Pastoralpläne der Diözesen bestimmt, ist uns allen also sehr vertraut und soll auch unser seelsorgliches Tun immer mehr bestimmen.“ Prälat Wakenhut forderte die Seelsorger zur Solidarität auf, Ziele und Inhalte, Leitbilder und Leitziele der Militärseelsorge umzusetzen. Nur so könne der Auftrag der Militärseelsorge lebendig werden, Kirche unter den Soldaten/Soldatinnen und deren Familien zu bilden.



*Zu Beginn der Gesamtkonferenz ging es um die Integration der Neuen in die Familie der Militärseelsorge. Im Laufe des Jahres waren 15 Seelsorger neu und einer wieder in die Militärseelsorge eingestellt worden, unter ihnen drei Pastoralreferentinnen. (Foto Scherzer)
Foto oben: Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut (weitere Foto PS)*

Pontifikalamt und Empfang in Eichstätt

In seiner Predigt während des feierlichen Pontifikalamtes Dienstag Abend im Eichstätter Dom prangerte Militärbischof Mixa die jüngste ARD-Fernsehsendung „Panorama“ an. Dort waren Vorwürfe erhoben worden, Steuergelder würden ungerechtfertigter Weise auch für die Militärseelsorge ausgegeben. Dies bezeichnete Mixa als eine gnadenlose Irreführung der Bevölkerung. Er habe bei seinen Besuchen bei deutschen Soldaten im Auslandseinsatz festgestellt, wie sehr die Militärpfarrer notwendige Gesprächspartner für die Soldaten seien. Da werde nicht gefragt: „Bist du katholisch, evangelisch oder konfessionslos.“ Diejenigen, die das Gespräch mit dem Seelsorger suchten, um ihre Sorgen und Nöte loszuwerden, seien willkommen. Priester würden von den Frauen und Männern im Einsatz und den Kasernen als Hoffnungsträger des Glaubens angesehen. Christ sein hieße nicht „Depp sein“, merkte der Bischof an.

Beim anschließenden Gästempfang im Spiegelsaal der Residenz dankte der Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung, Vizeadmiral Bernd Heise, Inspekteur der Streitkräftebasis, den Seelsorgern für ihre engagierte wie professionelle Arbeit an den Soldatinnen und Soldaten. Ihr unermüdliches und vorbildliches Wirken sowie die von ihnen praktizierte Solidarität mit den Kameradinnen und Kameraden in der Bundeswehr erklärten die außerordentliche Wertschätzung der Militärseelsorge. Die Militärseelsorge habe sich bei internationalen Einsätzen der Bundeswehr seit ihren Anfängen in Kambodscha und Somalia, beim Einsatz der Streitkräfte in unterschiedlichen Missionen im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und am Horn von Afrika hervorragend bewährt und sich als unverzichtbar erwiesen, betonte der Vizeadmiral. Die Soldaten benötigten ethische Orientierung, soziale Betreuung und geistlichen Beistand, zu Hause in den Standorten wie im Ausland, versicherte der Inspekteur der Streitkräftebasis.

Der Leiter des Evangelischen Kirchenamtes in Bonn, Militärgene-

Wo Bischof Mixa auftritt – hier bei seinem Vortrag „Eucharistie und Kirche – tut er es mit Leidenschaft und Überzeugungskraft

raldekan Erhard Knauer, dankte für das ökumenische Miteinander in der Militärseelsorge, was sich in der seelsorglichen Begleitung bei den Auslandseinsätzen besonders zeige.

Oberst Franz-Josef Pütz, Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten, hob das gemeinsame Anliegen der Militargeistlichen und Laien in Bezug auf Einsatzbegleitung, Familienpastoral und Lebenskundlichen Unterricht hervor. *(Wortlaut dieses Grußwortes im Kasten auf der folgenden Seite).*

„Eucharistie und Kirche“

Das war Katechese par excellence, was Bischof Mixa am Mittwochvormittag unter dem Thema „Eucharistie und Kirche“ im freien und leidenschaftlichen Vortrag bot. Er gehört eben zu den Kirchenführern, die sich trauen über die Wahrheiten und Geheimnisse ihres Glaubens zu reden und dies auch mit Überzeugung tun. Wenn auch einige Kritiker hinterher anmerkten, das sei ja alles nicht so neu gewesen, kann darauf in Abnehnung an ein altes militärisches Bonmot geantwortet werden, „nicht alles, was neu ist, ist gut und nicht alles, was gut ist, muss neu sein!“

Der Gedankenweg des Bischofs



zur Eucharistie ging aus vom Begriff des Gedächtnisses, führte über die Verbundenheit mit dem Göttlichen hin zur Danksagung, die hier und jetzt im Bekenntnis der Verkündigung des Todes und der Auferstehung Jesu Christi gipfele. In der Feier der Eucharistie begründe – was vielen Gläubigen heute nicht mehr klar sei – Christus immer wieder auf neue die Kirche, so der Bischof. Der Priester sei nur Werkzeug, der Handelnde sei der Auferstandene selbst. Deshalb sei die Feier der hl. Messe auch kein Happening und dürfe weder der Beliebigkeit überlassen werden, noch der Selbstdarstellung des feiernden Priesters oder der Teilnehmer. „Die Messfeier ist etwas ganz Einmaliges, das größte Ereignis zwischen Himmel und Erde; sie ist Gottesbegegnung“, stellte der Bischof abschließend fest.

„Frieden in Zeiten des Krieges“

Den friedenssichernden Einsatz deutschen Soldaten in Afghanistan hat Militärbischof Dr. Walter Mixa in seinem Vortrag „Frieden in Zeiten des Krieges – unser christliches Zeugnis“ ausdrücklich gewürdigt. Zugleich mahnte er im Hinblick auf einen eventuellen Irak-Krieg an, dass militärische Aktionen stets einer Reihe von strengen Bedingungen genügen müssten, um ethisch vertretbar zu sein. Eine UN-Resolution dürfe nicht für politische Interessen einzelner Staaten instrumentalisiert werden. Ein völkerrechtlich abgesi-

Kruzifix in der Marienaula von Schloss Hirschberg

chertes Mandat sei zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Rechtfertigung eines militärischen Vorgehens. Mit einem wie auch immer zustande gekommenen UN-Mandat allein ließen sich Entscheidungen zur Gewaltanwendung nicht ethisch rechtfertigen.

Der Bischof verdeutlichte, dass er diplomatische Alternativen einer Militäraktion vorzieht. Für ihn gehe es auch nicht um einen „gerechten Krieg“, wie er z. B. durch die USA begründet würde. Seine Option entspräche dem Leitbild eines „gerechten Friedens“, wie es im Wort der Deut-

schen Bischöfe vom September 2000 formuliert sei. Wenn allerdings deutsche Soldaten verpflichtet werden, an Einsätzen teilzunehmen, könnten sie sicher sein, dass die Militärseelsorge sie begleite, auch wenn sie „große Fragezeichen“ an die politische Entscheidung anfüge. □

Zurück zum Kern des Glaubens

...
In dieser Zeit, in der die Folgen der terroristischen Angriffe im letzten Jahr noch lange nicht überwunden sind, in dieser Zeit, in der es in anderen Teilen der Welt um Frieden oder Krieg geht, in dieser Zeit, in der für die Bundeswehr die Bewältigung der großen Reform ansteht, sind die katholischen Soldaten gerufen, in Welt und Kirche ihren Auftrag zu erfüllen. Das heißt aber auch, Ihre Standpunkte darzulegen. In der Welt und in der Kirche!

...
Zum Blick in die Welt, konkret auf unseren Kontinent! Bei unserer letzten „Woche der Begegnung“ haben wir uns mit der Europäischen Union als Währungsunion, aber auch mit der EU als Wertegemeinschaft auseinandergesetzt. Wir wollten damit auch zeigen, dass die Werte, die wir im Christentum für wichtig halten, immer wieder mit klaren Konturen im täglichen Leben deutlich werden müssen.

Sie, Exzellenz, haben bei uns kein Blatt vor den Mund genommen. Sie haben Lehre und Praxis verbunden. Sie haben darauf verwiesen, wie christliche Werte im Einsatz unserer Soldaten erkennbar werden. Sie haben Selbstdisziplin als Voraussetzung zu Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe genannt. Opferbereitschaft, Enthaltensamkeit und Treue als grundlegende Werte und Tugenden bezeichnet. Auch in Ihren Predigten haben Sie gemahnt. So sei die katholische Kirche kein „Verschönerungsverein für verschiedene Lebensabschnitte“ und Gottesdienste dürften keine „religiösen Happenings“ werden. Also, zurück zum Kern des Glaubens!

Nun hat vor kurzem der Kölner Erzbischof, S. Em. Joachim Kardinal Meisner, mit seiner Predigt auf der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz genau zu diesen Punkten sehr prägnante Ausführungen gemacht. Zur Katholischen Kirche in Deutschland, ihrem Glauben und ihren Strukturen. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. Meyer, hat darauf ebenso prägnant reagiert.

Wir katholischen Soldaten sind dabei keine stummen Zuschauer. Wir leben in der Militärseelsorge, aber mit unseren Familien auch in den zivilen Pfarrgemeinden. Durch diese doppelte Anbindung an unsere Kirche, haben wir auch einen doppelten Auftrag. Die Initiative der katholischen Soldaten ist also besonders wichtig, wenn es darum geht, die gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Gegebenheiten mit den Forderungen des christlichen Glaubens und Lebens zu konfrontieren.



Kardinal Meisner hat daher nicht Unrecht, wenn er mangelndes Glaubenswissen beklagt und eine ernsthafte Beschäftigung mit Glaubensinhalten fordert. Aber könnte er nicht doch mit manchen holzschnittartigen Formulierungen gutwillige Laien verprellt haben? In der Militärseelsorge ist die Situation anders als in den zivilen Gemeinden. Bei uns gibt es eben keine Strukturen, die den Glauben überwuchern. Aber es gibt ohne Zweifel auch Anlass, über die Gewissensbildung und über den Glauben unserer Soldaten nachzudenken. Dabei fühlen wir katholische Soldaten uns von Ihnen, HH. Militärbischof, und unseren Militärggeistlichen richtig verstanden und unterstützt.

Das ist in den schwierigen Zeiten der Bundeswehr-Reform nicht einfach. Sie verlangt auf allen Seiten viel Verständnis und Engagement. Das gilt aus Sicht der katholischen Soldaten aber auch für den Anspruch, die klaren Konturen und das segensreiche Wirken der Militärseelsorge. Ihre Gesamtkonferenz beschäftigt sich daher auch mit dem wichtigen gesamtkirchlichen Thema „Evangelisierung in Deutschland“ und der militärkirchlichen Problematik zur „Zukunft des Krieges“.

Militärggeistliche und Laien stehen im gleichen Lager. Wir wollen gemeinsam die „Lampen des Glaubens“ mittragen, um Ihr Wort, HH. Militärbischof, aus der Predigt aufzugreifen. In der Militärseelsorge geht es uns gemeinsam um Einsatzbegleitung, Familienpastoral und Lebenskundlichen Unterricht. Anspruch und Realität sind nicht immer deckungsgleich. Als katholische Soldaten müssen und wollen wir daran gemeinsam mit Ihnen, unseren Geistlichen, arbeiten, um ein Optimum zu erreichen.

In der Bundeswehr ist die Unternehmenskultur, die „Innere Führung“, geprägt von den Werten, die den „Charakter“ ausmachen, z. B. Verständnis, Vertrauen, Verantwortung. Diese Fundierung dürfen wir als katholische Soldaten nicht vergessen. Denn diese Werte gründen in unserem Glauben.

Kardinal Meisner hat Recht „Die Urgestalt des Glaubens findet sich nicht schon in unseren Verbänden und unseren Einrichtungen an sich, sondern in der Begegnung des Menschen mit Christus, ..., der ihnen die Frage stellt. 'Glaubst Du das?'“

Dabei wollen Sie, hochwürdige Militärggeistliche und Pastoralreferenten, uns katholischen Soldaten helfen, ein kräftiges „Ja!“ zu sagen. Ich wünsche Ihnen und uns dazu Seinen Segen, damit es gelingt.

Oberst Franz-Josef Pütz, Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten

Partnerschaftsbesuch der kroatischen Militärseelsorge in Hannover und Berlin

Für eine Paten- und Partnerschaft mit der Militärseelsorge Kroatiens hatte sich nach Öffnung des Eisernen Vorhangs auf Initiative des KMBA in Berlin der Katholische Leitende Militärdekan (KLMD) Hannover, Heinz Peter Miebach, entschieden. Dadurch sollte Hilfe beim Aufbau der Militärseelsorge in diesem Land angeboten werden. Zugleich sollte es zu fruchtbarem Austausch zwischen den Militärseelsorgern beider Länder kommen.

Die Verbindung konnte geknüpft werden, als Miebach den deutschen Militärbischof bei der großen kroatischen Soldatenwallfahrt nach Maria Bistrica vertrat. So kam es bald zu einer ersten Begegnung auf der Ebene der Ordinarie in Hildesheim, wo man im Jahr 2000 die Partnerschaft feierlich besiegelte. Kurze Zeit darauf begann die beschlossene Zusammenarbeit Konturen anzunehmen.

Auf der Insel Cres begann es. Militärgeistliche aus Niedersachsen/Bremen hielten dort Exerzitien, gehalten vom Leiter der Abteilung Seelsorge aus dem Vojni Ordinariat Pater Nikola Rosic. Daran schloss sich ein Wochenende an, bei dem nicht nur die meisten kroatischen Militärseelsorger, der Militärbischof Msgr. Juraj Jezerinac und sein Generalvikar sondern auch der Stab des Vojni Ordinariates teilnahm. Der Gegenbesuch war für September 2001 vorgesehen – wurde aber durch die Ereignisse in New York verschoben. Anfang November 2002 konnte der Besuch schließlich stattfinden.

Das Wetter war nicht gerade „adriatisch“, als die Gäste aus Kroatien abends auf dem Bahnhof in Hannover ankamen, aber um so wärmer war der Empfang. Unter der Leitung des KLMD Heinz Peter Miebach waren einige seiner Mitarbeiter und Pfarrer zur Begrüßung der kroatischen Delegation unter Leitung des Kanzlers im Militärordinariat, Don Anđelko Kacunka erschienen. Der Generalvikar, der eigentlich die Delegation anführen wollte, konnte wegen Krankheit und einer gerade

überstandenen Operation nicht mit nach Deutschland kommen.

Gegenseitiges Kennenlernen, Einblicke in die Arbeit der Militärseelsorge und „Sightseeing“ standen auf dem umfangreichen Programm. Bereits am nächsten Morgen trafen sich die kroatischen und deutschen Militärseelsorger im Büro des KLMD, um von dort in die verschiedenen Standorte zu fahren, jeweils nach Teilstreitkräften aufgeteilt: Marine zu Marine – Heer zu Heer. Bis zum Montag standen gemeinsame Gottesdienste, Treffen mit Seelsorgebezirksräten, Gespräche mit Kompaniechefs und Kommandeuren, Besuche und Vorstellungen der jeweiligen Verbände und Einheiten auf der Tagesordnung.

Am Montagnachmittag waren dann alle Teilnehmer in der Katholischen Akademie in Hamburg zu einer gemeinsamen Dienstbesprechung versammelt.

Den nächsten Tag hatte Kapitänleutnant Zimmik vom VBK 10 in Hamburg gestaltet: Stadtbesichtigung mit dem Historiker Dr. Jan Heitmann, Rathausführung, Hafenrundfahrt auf Einladung der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg und Besichtigung des Windjammers Rickmer Richmers, auf dem dann der kroatische Konsul seine Aufwartung machte.

Die Bundeshauptstadt Berlin stand als nächstes auf dem Programm. Die Mitarbeiter des KLMD Hannover konnten eine Begegnung im Bundeskanzleramt arrangieren, wo die Gäste aus Hannover gerne gesehen waren, mit Ministerialrätin Tempel (Referatsleiterin der Verbindungen zu Kirchen und Religionsgemeinschaften) ein ausgiebiges Gespräch hatten und anschließend durchs Amt geführt wurden. An diesem Besuch nahmen auch der Referatsleiter für Seelsorge im Ausland in Katholischen Militärbischofsamt, Militär-



Dem anstrengenden Tagesprogramm folgten intensive Gespräche im Keller des KMBA: Hier der Kanzler des Kroatischen Militärbischofs Don Anđelko Kacunko (li.) beim Meinungsaustausch mit KLMD Heinz Peter Miebach (re.)

dekan Walter Theis, und sein Mitarbeiter Anton Herber teil.

Glück hatte die Gruppe beim Besuch des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude, als sie noch eine Weile der Fragestunde im Bundestag im Plenarsaal lauschen durfte. Den anschließenden Erläuterungen, Erklärungen und Hinweisen über den Deutschen Bundestag schloss sich der Aufstieg in die Kuppel an, von wo man einen herrlichen Ausblick auf das abendliche Berlin hatte. Zu einem anschließenden Empfang hatte der Militärgeneralvikar Walter Wakenhut in das Katholische Militärbischofsamt eingeladen, an dem auch die Militärdekane Michael Weihmayer und Walter Theis teilnahmen. Der Kroatische Verteidigungsattaché Mladen Labas lies es sich ebenfalls nicht nehmen, seine kroatischen Landsleute herzlich zu begrüßen. Diese gaben eine Kostprobe von kroatischen Volksliedern zum besten, die den Militärgeneralvikar zu der Bemerkung veranlasste: „So einen Gesang hat unser Bierkeller noch nicht erlebt!“

Erfreut waren die kroatischen Gäste, das es gelungen war, die Stadtführung, durch das inzwischen

sonnige Berlin, am nächsten Vormittag in ihrer Muttersprache zu organisieren. Mittags hatte der Verteidigungsattaché Labas die kroatischen Gäste und ihre deutschen Begleiter in die Botschaft der Republik Kroatien zu einem Empfang geladen. Dort hieß der Geschäftsführer der Botschaft Kroatiens (die Stelle des Botschafters war zz. vakant) die Gäste willkommen. Eine Fahrt in die Stadt Potsdam und ein Besuch der Schlossanlagen von Sanssouci schloss sich an. In einem Brauhaus im Nicolai- viertel stärkte man sich.

Während der gemeinsamen Tage wurden sowohl von den kroatischen als auch deutschen Teilnehmern Fragen gestellt, die ausführlich beantwortet wurden. Die meisten der kroatischen Gäste verstanden deutsch, und wenn es mal Verständigungsschwierigkeiten gab, dolmetschten Schwester Katarina und die Pastoralreferentin Magdalene hervorragend simultan.

Sehr früh am Freitagmorgen verabschiedete man sich auf dem Bahnhof an der Friedrichstraße. Zahlreiche Freundschaften waren während der Besuchstage geschlossen worden und man versprachen sich, es nicht bei diesem Treffen zu belassen und den ausgesprochenen Einladungen nach Kroatien zu folgen. Die Gäste bedankten sich und freuten sich, viel Wissen über die deutsche Militärseelsorge mit nach Hause nehmen zu können. Einigkeit bestand über das Sprichwort: „Zum Herzen führen nicht große Straßen – nur stille Wege!“

(Text H. Schmunkamp, Fotos Scherzer)



Militärdekan Walter Theis und der Verteidigungsattaché Kroatiens, Oberstleutnant Mladen Labas

Deutsch-Russischer Dialog im Katholischen Militärbischofsamt

Hohe Offiziere der Russischen Föderation trafen am 11. Oktober 2002 im Haus des Katholischen Militärbischofs in Berlin zu einer Gesprächsrunde ein.

Die Initiative zu diesem Besuch ergab sich anlässlich einer Begegnung des Auslandsdekans im Katholischen Militärbischofsamt, Prälat Walter Theis und dem stellvertretenden Seminarleiter Oberst a.D. Otto Freiherr Grote. Empfangen und begrüßt wurde die Delegation von Militärdekan Michael Weihmayer, Stellvertreter des Militärgeneralvikars im KMBA.

Das Thema der Podiumsdiskussion heißt „Armee der Einheit“. Generalmajor a.D. Michael von Scotti, ehemals Befehlshaber im Wehrbereich VII und Kommandeur 13. Panzergrenadierdivision in Leipzig, hielt das Einführungsreferat. Super-

intendent Dr. h.c. Werner Krättschell und Oberstleutnant Peter Franke, ehemaliger Soldat der NVA, fügten Ergänzungen aus persönlicher Sicht hinzu. Die Gesprächsleitung hatte LtD WissDir Harald Oberhem, Referatsleiter im Katholischen Militärbischofsamt. Die russische Delegation war auf Einladung des Generalinspektors der Bundeswehr vom 6. bis 16. Oktober 2002 in Deutschland. Durchgeführt wurde die Veranstaltung von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Sie befasst sich mit Fragen von Streitkräften in einer Demokratie. Delegationsleiter der russischen Teilnehmer war Generaloberst Alexander Skworzow. Es nahm auch Brigadegeneral Peter Walter Schafranek, Verteidigungsattaché der Deutschen Botschaft in Moskau, teil.

(KMBA)

Aufrecht im Glauben und treu in der Hoffnung

„Pater Rupert Mayer: Seelsorger – Verbannter – Seliger“

Zum 15. Jahrestag der Seligsprechung von Pater Rupert Mayer SJ feierte Militärbischof Dr. Walter Mixa am 31. Oktober 2002 in der Bürgersaalkirche in München einen Standortgottesdienst. In seiner Ansprache ging der Militärbischof auf die beispielhafte Gestalt des seligen Paters ein. Rupert Mayer, in der katholischen Diaspora Stuttgarts aufgewachsen, erfuhr als junger Jesuit leidvoll die Schrecken des Ersten Weltkrieges. Das unvorstellbare menschliche Leid, das die „Materialschlachten“ dieses Krieges bei Soldaten und Zivilbevölkerung verursachten, hat ihn zutiefst geprägt. Als Militärg Geistlicher wurde er in Rumänien selbst schwer verwundet und verlor ein Bein.

Nach Kriegsende erfuhr Pater Rupert Mayer als Seelsorger die geistliche Entwurzelung der aus dem ländlichen Bereich in die bayerische Landeshauptstadt Zugezogenen. Diese innere und äußere Orientierungslosigkeit der Menschen sei unserer heutigen gesellschaftlichen Situation durchaus vergleichbar, so Mixa.

Rupert Mayer habe in unzähligen Vorträgen und Predigten die Bedeutung des Glaubens, und damit eines christlichen Menschen- und Weltbildes, im Angesicht der aufkeimenden Ideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus beharrlich und klar herausgestellt. Dieser Linie sei er auch nach der Machtergreifung Hitlers treu geblieben und habe damit als „treuer Soldat des Glaubens“ trotz Anfeindung, Verhaftung und Verbannung beispielhaft standgehalten. – Nach dem Krieg konnte er feststellen, dass – wenn Gott es wolle – „ein einbeiniger Jesuit länger lebt als ein tausendjähriges Reich“: aufrecht im Glauben und treu in der Hoffnung.

Diese Haltung stellte Mixa den Soldaten vor Augen. Gerade die zunehmenden humanitären und friedenssichernden Auslandseinsätze forderten von den Soldaten große persönliche Opfer. Die Militärseelsorge möchte hier nach dem Vorbild des seligen Rupert Mayer begleiten, unterstützen und Orientierung geben. (Joachim Simon)

MILITÄRSEELSORGE IM EINSATZ

Festgottesdienst in der Kathedrale zu Sarajevo: Kardinal tauft und firmt Soldaten

Obwohl es eigentlich ein ganz normaler Dienstag war, beging die Soldatengemeinde Rajlovac am Donnerstag, dem 24. Oktober 2002, einen besonderen Festtag: Zwei Kameraden wurden von Vinko Kardinal Puljic, dem Erzbischof der Diözese VHB Bosna Sarajevo, getauft und anschließend mit zwei weiteren Kameraden gefirmt.

Am „Dienststz“ des Kardinals, der katholischen Kathedrale mitten in der Altstadt von Sarajevo, empfingen Wladimir Dippel und Markus Fischer das Taufsakrament, später traten Sven Bonner und Daniel Lukas

Chwieja zur gemeinsamen Firmung hinzu. Schon einige Wochen zuvor hatte der katholische Militärgeistliche Michael Langkamp zu diesem Gottesdienst eingeladen. So fanden sich an diesem Nachmittag rund hundert Soldaten in der Bischofskirche ein, um gemeinsam mit den Kameraden deren Festtag zu begehen.

Um die Besonderheit dieses Gottesdienstes zu unterstreichen, wurde die Messe in Form einer so genannten Konzelebration – die Feier der Eucharistie durch mehrere Geistliche gemeinsam – abgehalten. Bemerkenswert dabei, dass sich neben Kardinal Puljic nicht nur Pfarrer Langkamp als Organisator und der Leitende Katholische Militärdekan Heinz-Peter Miebach aus Hannover sowie der Dompfarrer Franjo Tomasevic um den Altartisch versammelten, sondern auch noch zahlreiche Militärpfarrer anderer SFOR-Nationen.

Vinko Kardinal Puljic ließ es sich zudem nicht nehmen, die gesamte Messfeier in deutscher Sprache abzuhalten. In seiner Predigt gab er seiner großen Freude Ausdruck, dass die Kandidaten sich dazu entschlossen hätten, die Sakramente der Taufe (und damit auch der Erstkommunion) sowie der Firmung „gerade hier in Sarajevo, wo Sie nicht zu Hause sind, sich aber in einer humanitären und in einer friedensstiftenden Mission in meinem Vaterland befinden“, zu empfangen. Er betonte: „Sie haben sich lange darauf vorbereitet und eine bewusste, wohlüberlegte Entscheidung getroffen, Christ zu sein. Die meisten von uns allerdings haben die Taufe als Kinder empfangen. Das ging an ihnen vorüber, ohne dass sie etwas davon begriffen hätten.“ Deshalb rief er der versammelten Soldatengemeinde zu: „Heute bietet sich die Gelegenheit, neu zu begreifen, was das eigentlich bedeutet, „Ich bin getauft!“

Anschließend spendete er den vier Kandidaten die Sakramente. Begleitet durch ihre Paten wurden die



Zur Taufe übergießt Erzbischof Puljic den Täufling mit Wasser und spricht die Worte: „Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“



Als äußeres Zeichen der Gotteskindschaft und ihrer Zugehörigkeit zur Kirche erhielten die Täuflinge nach dem Sakramentenempfang von ihrem Taufpaten einen weißen Schal

Täuflinge mit Wasser übergossen und später während der Firmung mit Öl gesalbt. Der früher bei dem Firmritus übliche „Backenstreich“ blieb allerdings aus. Als äußeres Zeichen des Sakramentsempfangs erhielten Bonner, Chwieja, Dippel und Fischer jeweils einen Taufschal, die Motive waren – wie Pfarrer Langkamp betonte – von einer bosnischen Muslima aufgemalt worden.

In einem kurzen Schlusswort dankte Militärdekan Miebach Kardinal Puljic für seine Bereitschaft, den Soldaten die Sakramente zu spenden. Er dankte auch dem Soldatenchor unter Leitung des evangelischen Militärpfarrers Reinhard Müller für die festliche Mitgestaltung des Gottesdienstes. Nach einem Gruppenfoto auf den Stufen der Kathedrale klang der Tag mit einem gemeinsamen Festschmaus in einem Altstadtlokal aus.

(Text: Wiemers, Fotos: Grumich)

MILITÄRSEELSORGE IM EINSATZ

Critical Incident Stress Management (CISM Advanced) im KMBA

Erstmals fand vom 23.-27. September 2002 in der Kurie des Katholischen Militärbischofs ein Aufbaukurs zum Critical Incident Stress Management (CISM Advanced) statt. Unter Anleitung von Dipl. Theol. Frank Waldschmidt und Dr. Tom Appel-Schumacher, der an der Airbase in Ramstein sich vor allem mit dem „family support“ von Traumatisierten beschäftigt, lernten und vertieften zehn Militärseelsorger Verfahren der Stressbearbeitung und -bewältigung nach belastenden Ereignissen. Mit Hilfe von Rollenspielen, Rundgesprächen und jeder Menge Theorie wurden sie vorbereitet auf mögliche Extremsituationen, die ihnen im Einsatz, am Standort oder auch im zivilen Bereich begegnen können. Das Zugunglück in Eschede, die Flutkatastrophe in Sachsen oder der Raketenunfall in Kabul sind Beispiele aus jüngerer Zeit, nach denen Opfer, Helfer und Angehörige durch geschulte Teams betreut wurden. Auch hier waren stets entsprechend fortgebildete Militärseelsorger präsent.

(KMBA/P. Henn)



Mit 39 Jahren ist Elmar Mäder zwar nicht der jüngste Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde. Zur Zeit des Dreißigjährigen Kriegs leitete einmal ein 22-Jähriger die Schutztruppe des Kirchenoberhauptes. Aber im abgelaufenen Jahrhundert ging der Befehl über die Schweizer Soldaten des Papstes immer an wesentlich ältere Militärs. Erstmals steht jetzt ein examinierter Jurist an der Spitze des Vatikan-Corps.

Für Insider war es keine Überraschung, dass Papst Johannes Paul II. nach der Rückkehr von Oberst Pius Segmüller Ende Oktober in die Schweiz dessen bisherigen Stellvertreter an die Spitze der 110 Mann starken Truppe berief. Seit vier Jahren kennt der in Zuzwil im Kanton Sankt Gallen geborene Mäder das Corps. Die Beförderung zum Garde-Oberst bedeute für ihn eine große Herausforderung, der er sich mit Freude und Kreativität stellen wolle, betont der hoch gewachsene Schweizer Offizier im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Seinen Wechsel aus dem Rechtswesen in die Dienste des Vatikan sieht Mäder in gewisser Weise als „Berufung“. Nach dem Jurastudium in Freiburg arbeitete der engagierte Katholik zunächst als Gerichtsschreiber am Bezirksgericht Wil. Dann war er als Treuhänder in den Bereichen Steuerberatung, Revision und Konsolidierung von Finanzgesellschaften tätig. „Juristerei war mein Traumberuf“, aber er habe sich hin und wieder auch nach Berufschancen im Kirchenbereich umgeschaut. Ein Freund brachte ihn auf die Schweizergarde – immerhin hat Mäder es in

Ein Jurist leitet die Schweizergarde

Elmar Mäder ist neuer Kommandant der päpstlichen Schutztruppe

KNA-REDAKTEUR JOHANNES SCHIDELKO

der Schweizer Armee zum Oberleutnant der Flugabwehr gebracht.

1989 begegnete er dem Papst bei einer Audienz in Castelgandolfo und war fasziniert von seinem Charisma, seiner Art, auf Menschen zuzugehen. 1994 schrieb er eine offizielle Bewerbung an den Vatikan – doch damals waren alle Offiziers-Posten besetzt. Nach dem Mord an Gardechef Alois Estermann im Mai 1998 erinnerte man sich wieder an die Juristen-Bewerbung. Innerhalb weniger Wochen war der Vertrag perfekt, und Mäder wurde Zweiter Mann bei der Schweizergarde. „Das ist mein Beitrag, mich für die Kirche zu engagieren“, kommentiert er.

In seinem neuen Amt setzt Mäder zunächst auf Kontinuität. Es bringe nichts, von heute auf morgen alles umzukrempeln, zumal er die Veränderungen der vergangenen vier Jahre als Stellvertreter von Oberst Segmüller mitgetragen habe. Oberstes Gebot ist für ihn eine gute und gediegene Ausbildung der Gardisten. Dann will er die jungen Leute motivieren, nicht nur für zwei, sondern möglichst für drei Jahre in Dienst und Sold des Papstes zu bleiben. Schließlich möchte er die elektronische Werbung für die Vatikan-Truppe verbessern; auch die Homepage der Garde sollte noch aktueller werden. Auf jeden Fall fortgesetzt werden muss die Zusammenarbeit und die Unterstützung aus der Schweiz, etwa was die Ausbildung in Menschenführung betrifft. Mäder ist überzeugt, dass die fast 500 Jahre alte Garde ihre Repräsentationsaufgaben sowie den Sicherheitsauftrag – insbesondere beim Personen-Nahschutz – voll erfüllt. „Was diesen Schutz betrifft, sind wir up to date“, meint der neue Kommandant selbstbewusst. Aus der Begleitung des Papstes bei mehreren Auslandsreisen hat er Vergleichsmöglichkeiten zur Sicherheitspraxis anderer Länder. Sein Resümee: Auch dort „kocht man nur mit Wasser“. Und bei Kur-

sen für Nahschutz-Profis in der Schweiz können die Gardisten aus Rom immer sehr gut mithalten.

Mäder ist der 33. Kommandant der Schweizergarde. Er dürfte die Truppe auch durch das Jubiläumsjahr 2006 führen, wenn sie sich an ihre Gründung durch Papst Julius II. im Jahr 1506 erinnert. Seine Ernennung gilt für fünf Jahre; eine Verlängerung kann er sich durchaus vorstellen. Die Familie fühlt sich in Rom wohl, zwei der drei Kinder besuchen eine italienische Privatschule ganz in Vatikan-Nähe. Zur „Gendarmerie“, der aus Italienern bestehenden Polizei-Einheit im Vatikan, hofft er auf ein unverkrampftes Verhältnis unter Wahrung der jeweiligen Kompetenzen. Und auch die Bluttat von 1998 sei inzwischen verarbeitet, meint der neue Garde-Chef – auch infolge der personellen Fluktuation. □

Estermann ein Stasi-Spion?

In dem in Rom erschienenen Buch „Vatikan – eine Staatsaffäre“ schreibt der Untersuchungsrichter und langjährige Parlamentarier Ferdinando Imposimato von den Versuchen östlicher Geheimdienste, Papst Johannes Paul II. einzuschüchtern und von seiner harten Kritik am Kommunismus abzubringen. Das Buch befasst sich u.a. mit dem vermutlich vom Ostblock inszenierten Attentat von 1981 sowie mit der Verschleppung eines „wehrlosen Mitgliedes der Vatikanfamilie“, vom Juni 1983, der damals 15-jährigen Emanuela Orlandi. Der Richter behauptet, die östlichen Geheimdienste hätten verstärkt Agenten gegen den Vatikan eingesetzt und auch Spione im Kirchenstaat selbst platziert. Es gebe entsprechende Aussagen von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern. So sei auch der 1998 getötete Kommandant der Schweizergarde, Alois Estermann, für den ostdeutschen Geheimdienst geworben worden und habe den Decknamen „Werder“ getragen, heißt es in dem Buch. (KNA)

PERSONALIA

Ehemaliger Berufssoldat auf dem Weg zum Priester



Stabsfeldwebel a.D. Walter Hütten empfing am 30. November 2002 die Weihe zum Diakon. In einjährigem Praktikum in einer Aachener Gemeinde bereitet er sich nun auf die Priesterweihe vor, die am 28. September 2003 im Aachener Dom gespendet werden soll. – Der Luftwaffenberufssoldat war von 1979 bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 30.06.1997 stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS und Mitglied in Vorstand der ZV. Wegen seiner Verdienste im

Laienapostolat ernannte Papst Johannes Paul II. Hütten am 26. April 1995 als ersten Unteroffizier der Bundeswehr zum Ritter des Silvester-Ordens. – Viele Weggefährten der GKS aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an der Weihehandlung in St. Stephan Krefeld teil, unter ihnen der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein und eine starke Abordnung der GKS in Nordrhein-Westfalen mit der Fahne der GKS. (PS)

BUCHBESPRECHUNG

Lexikon der Militärseelsorger von 1848 bis 1945

In einer schnelllebigen Zeit, wie der unsrigen, neigt der Zeitgenosse oft zu Urteilen gerade über die erste Hälfte des 20. Jh., welche die historischen Kenntnisse und das Wissen um Zusammenhänge vermissen lassen. „Zu den grundlegenden Voraussetzungen eines abgewogenen historischen Urteils (gehört) aber die Kenntnis der handelnden und betroffenen Personen“, schreibt der Katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa im Vorwort zu einem bibliographischen Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands (1848–1945).

Erstmals sind fast alle katholischen Militärseelsorger Deutschlands der Zeit zwischen 1848 und 1945 in einem Lexikon zusammengestellt. Damit werde jeder einzelne dieses Berufsstandes dem Vergessen entrissen, sagte der katholische Militärgeneralvikar Walter Wakenhut bei der Vorstellung des Lexikons Mitte November in Potsdam. Für künftige Forschung im Bereich der Militärseelsorge sei das Buch von großer Bedeutung. Es mache die Stärken und Schwächen der Menschen deutlich, die nicht losgelöst gesehen werden dürften von ihrer jeweiligen Zeit.

Das Buch wurde vom Kirchenhistoriker an der Bundeswehr-Universität München, Prof. Dr. Hans Jürgen Brandt, und seinen Mitarbeitern erstellt. Für die Biografien wurden nach seinen Angaben kirchliche und staatliche Archive im In- und Ausland erfasst. Dabei wurden bio-



grafische Daten von rund 3.400 Personen erschlossen, die haupt- oder nebenamtlich als Militärggeistliche Dienst taten oder in Lazaretten und Kriegsgefangenenlagern wirkten. Auch in diesem Bereich tätige Ordensfrauen oder Mitglieder weiblicher kirchlicher Vereine sind berücksichtigt. Eigene Beiträge behandeln die Rechtsform der Militärseelsorge und die Bedeutung geistlicher Traditionspflege im Militär.

Kritische Frage an die Traditionspflege

Aufgeführt sind auch prominente Geistliche, so der Bayerische Feldpropst Kardinal Michael Faulhaber (1869-1952) und der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg, der

1943 auf dem Transport zum KZ Dachau 67-jährig starb und 1996 von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen wurde. In einem Vorwort betont der katholische Militärbischof Walter Mixa, Soldatenseelsorge sei die älteste Standespastoral und gehöre zu den schwierigsten Aufgabefeldern der Kirche. Die Institution Militärseelsorge sei „gut beraten, sich anhand ihrer Geschichte die kritische Frage der Traditionspflege zu stellen“.

In einem 78-seitigen Vorspann zu den Lebensbildern führt Hans-Jürgen Brandt in die Methodik des Werkes ein und geht der Frage der geistlichen Traditionspflege im Militär ein, die abschließt mit den Thesen der Soldatenseelsorge in der heutigen Bundeswehr:

„Soldaten haben ein Recht auf Seelsorge!

Religion gibt der Soldatenehik Norm!

Religion will nicht Sieg, sondern Frieden!“

Zu diesem Vorspann gehört desweiteren eine durch Karten und Tabellen ergänzte Abhandlung von Konrad Zillober und Peter Häger „Zu Recht und Organisation der katholischen Militärseelsorge“. Ein umfangreiches von Jürgen Bohn bearbeitetes Register sowie Quellen und Literaturverzeichnis schließen das umfangreiche Werk ab. (PS/KNA)

Biographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848 bis 1945. Hrsg. von Hans Jürgen Brandt und Peter Häger im Auftrag des Katholischen Militärbischofsamtes Berlin. Bonifatiusverlag Paderborn 2002, 1.066 S.

GKS im Doppelpack

Schulungsseminar der GKS in Köln, 08.–10. 11. 2002



„So habe ich die GKS noch nicht kennengelernt,“ – „Das Seminar war sehr wertvoll. Ich nehme einiges mit nach Hause.“ äußerten Teilnehmer zum Seminarende.

Hier ein Blick in den Seminarraum im Kölner Kolping International. Am Quertisch v.l.: Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann, Seminarleiter OStFw Johann-A. Schacherl, stellvertretender Vorsitzender der GKS im Bereich NRW OTL Artur Ernst und der Schatzmeister des FGKS OStFw Hubert Berners (Fotomontage PS)

Zu einem Erfolg wurde das Seminar für neue Funktionsträger in der GKS, das nach sechs Jahren wieder durchgeführt wurde. Die Teilnehmer waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist.

Zu Beginn stimmte der Katholische Leitende Militärdekan Köln-Wahn, Msgr. Rainer Schadt, in Vertretung des Geistlichen Beirats der GKS, Msgr. Georg Kestel, das Seminar mit einer Heiligen Messe und anschließendem Grundsatzreferat aus Sicht des geistlichen Beirats ein. Dabei ging er aus geistlicher Sicht unter anderem auf das Wesen der katholischen Laienverbände allgemein und der GKS im Besonderen ein.

Sodann ging es zu den Einzelheiten der Verbandsarbeit. Der Bundesvorsitzende, Oberst Karl-Jürgen Klein, der Bundesgeschäftsführer, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann, der Chefredakteur AUFTRAG, OTL a.D. Paul Schulz, und der Haushaltsbeauftragte, Hauptmann a.D. Günter Hagedorn, hatten sich Zeit genommen, den „Neuen“ die GKS zu erläutern.

Die Entstehung der GKS, ihr Selbstverständnis, ihre Aufbau- und

Ablauforganisation, sowie die Erstellung von Presseartikeln für AUFTRAG und KOMPASS wurden erläutert. Alle Vortragenden stellten übereinstimmend fest, dass die GKS-Kreise und -Ansprechpartner Kern des Verbandes seien. Der Bundesvorsitzende und die Mitglieder des Bundesvorstandes versicherten, die Kreise und Ansprechpartner mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

„Solange ich Bundesvorsitzender der GKS bin, werden immer mindestens fünfzig Prozent der Haushaltsmittel für Familienwochenenden und Familienwerkwochen, also für die Mitglieder vor Ort eingesetzt.“, so Oberst Klein, der auch bemerkte, dass er seine Funktionen als Vorsitzender eines GKS-Kreises und als Bereichsvorsitzender noch in sehr guter Erinnerung habe. Er wolle die Verbindung zur Basis niemals verlieren.

Hinzu kam der gesamte Vorstand der GKS in NRW, allen voran der Vorsitzende, Oberstabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, unterstützt vom Vorsitzenden des GKS-Kreises in Köln, Franz Meierhöfer.

Schacherl, stellte fest, dass es die Leitungslösung zur Führung eines GKS-Kreises nicht gebe. Immer müssten die Verhältnisse vor Ort und die dort handelnden Personen berücksichtigt werden. Dann sei zu entscheiden, was zu tun sei. „Wichtig aber ist, dass überhaupt etwas gemacht wird.“

Weiter wurden konkrete Möglichkeiten aufgezeigt, die die „mittlere Ebene“ hat, um auch neue Kreise und Ansprechpartner zu unterstützen. Veranstaltungen auf Kreisebene (Eintagesveranstaltungen und Familienwochenenden), IT-Unterstützung sowie die Zusammenarbeit mit den Geistlichen Beiräten wurden erläutert. Die Ausführungen des Haushaltsbeauftragten Günter Hagedorn zu Abrechnungsverfahren wurden interessiert verfolgt und hinterfragt.

Dabei war das Seminar relativ kurzfristig angesetzt und organisiert worden. Die zahlreichen Anmeldungen gaben diesem Vorhaben recht, Alle Feinheiten der Verbandsarbeit, die zum Vortrag kommen sollten, mussten am Samstag dieses Wochenendes bearbeitet werden. Der Sonntag stand besonders den Teilnehmern, die eine sehr weite Anreise gehabt hatten, für eine geruhige Rückreise zur Verfügung.

Während den Teilnehmern schon fast die Köpfe rauchten, nahmen die mitangereisten Ehefrauen gern die Gelegenheit wahr, die Stadt Köln auf eigene Faust zu erkunden. Am Samstagabend gegen 21 Uhr ging man gemeinsam in den geselligen Abschlussteil, wobei in Einzelgesprächen auch noch weiter über den Verband diskutiert wurde.

Am Ende des Seminars sprachen der Bundesvorsitzende und andere Mitglieder den Bundesvorstandes dem Hauptorganisator des Seminars, Oberstabsfeldwebel Schacherl, ihren Dank für die gelungene Veranstaltung aus, die im Jahr 2004 eine Neuauflage erfahren wird. (Artur Ernst)

GKS IM BEREICH NIEDERSACHSEN

Männerwallfahrt nach Germershausen

Rot, schwarz und orange war das Fahnenmeer der katholischen Männerverbände, von dem sich die hellgraue Fahne der GKS und das weiß/gelbe Tuch der Militärseelsorge an diesem grauen Sonntagmorgen deutlich abhoben. Wie jedes Jahr trafen sich am 1. Sonntag im September die katholischen Männerverbände Niedersachsens zur Männerwallfahrt im



Marienwallfahrtsort Germershausen.

Auch in diesem Jahr nahmen wieder Soldaten aus dem ehemaligen Wehrbereich II an der Fußwallfahrt teil. Bis zu dreieinhalb Stunden Anfahrtsweg (z.B. aus Cuxhaven) wurden in Kauf genommen, um sich bereits um 8.30 Uhr am Treffpunkt „Bahnübergang“ in Rollshagen den Fußpilgern anzuschließen. Aktive Soldaten und Reservisten in Uniform waren ebenso vertreten, wie ehemalige Soldaten und GKS-Mitglieder in Zivil. Mit Rosenkranzgebeten und Marienliedern ging man den Fußmarsch zur Wallfahrtskirche, wo man sich mit Radwallfahrtsgruppen und einheimischen Teilnehmern traf und gemeinsam einen Gottesdienst im Freien feierte. Dieser wurde vom Osnabrücker Diözesanbischof Franz-Josef Bode zelebriert, der am selben Tag



den 11. Jahrestag seiner Weihe zum Bischof feierte. Als ob es sich alle verdient hätten, besserte sich auch das Wetter, so dass beim gemeinsamen Mittagessen unter freiem Himmel die Sonne strahlte. Die Dankandacht mit sakramentalem Segen rundete das Programm dieses tollen Tages ab. (Text u. Fotos G. Böhmer)

SEELSORGEKONFERENZ IM WEHRBEREICH III

Themenvielfalt von Stellenbesetzung bis Ökumenischem Kirchentag

Eine längere und tiefgehende Diskussion über die Fragen zur Schwerpunktbildung in der Militärseelsorge mit Seelsorgeregionen und Seelsorgezentren prägte die 5. Arbeitskonferenz der katholischen Militärseelsorge beim Leitenden Katholischen Militärdekan (KLMD) Erfurt (Wehrbereich III) vom 10.-11.10.2002 in Berlin. Die Delegierten der Seelsorgebezirke und der Gemeinschaft Katholischen Soldaten (GKS) Bereich Ost tagten gemeinsam unter der Leitung von Militärdekan Hartmut Gremler.

Nach einem Impuls von Dekan Gremler wurden Personalbewegungen bekanntgegeben und die Auswirkungen der Umstrukturierung der Militärseelsorge auf der „mittleren Ebene“ (Wehrbereiche / Bereiche) ebenso wie die Beurteilung der Lage der Bundeswehr und die Auswirkungen auf die Seelsorge lange und fruchtbar diskutiert.

Auch die inhaltliche Arbeit des Lebenskundlichen Unterrichtes (LKU) in den Einheiten fand ein breites Diskussionsforum. Einhellig waren wir der Meinung, dass dieser unverzichtbar sei, jedoch die Art der Durchführung und Zeitansätze neu betrachtet werden müssten. Es solle, wo immer das möglich sei, vom reinen Frontalunterricht auf Seminararbeit umgestiegen werden. Diese sei zwar kostenintensiver, aber wesentlich beliebter bei den Soldaten. Sie biete auch flexiblere Möglichkeiten. Hier kann eine gute Grundlage für die weitergehende Seelsorge geschaffen werden. In Standorten, an denen das teilweise schon erfolge, zeigten sich nur positive Erfahrungen. Gerade hier in den neuen Bundesländern sei es auch wichtig nicht nur die reine Stoffvermittlung, sondern Lebenserfahrungen einzubringen. Die Zahl der katholischen Soldaten in den Einheiten nehme stetig ab, die Zahl

der ungetauften Soldaten steige. Es sei aber wichtig, auch hier für alle da zu sein und Wertangebote zu unterbreiten. Besonders in den Einsatzgebieten erwarteten viele Soldaten Grenzerfahrungen. Sie seien dort für Ansprechpartner vor Ort sehr dankbar.

Ausführlich wurde auch über die Beteiligung am Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) in Berlin vom 28.05.-01.06.2003 gesprochen. In den vier Themenbereichen „Glauben bezeugen – im Dialog leben“; „Einheit suchen – in Vielfalt einander begegnen“; „Menschenwürde achten – die Freiheit wahren“; „Welt gestalten – in Verantwortung leben“ werden wir uns mit einbringen. Sowohl die Seelsorgebezirke als auch die GKS-Ost werden in den Gremien mitarbeiten. Dazu übernimmt der GKS-Kreis Berlin unter Leitung von OLT Klauck die

Fortsetzung auf Seite 98 unten

„Aufnahme in die Familie Gottes, in die Gemeinschaft der Glaubenden, in die Kirche“ Familienwerkwoche der GKS in Nordrhein - Westfalen war wieder ein voller Erfolg

Seit 1994 führt die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Nordrhein-Westfalen (ehem. Wehrbereich III) unter der Leitung ihres Vorsitzenden Oberstabsfeldwebel Johann-A. Schacherl jährlich eine Familienwerkwoche in Bayern durch.

Der Weg führte für 12 Familien in der Zeit vom 14. bis 19. Oktober – leider letztmalig in dieses Haus, denn es schließt zum 31. Dezember 2002 seine Pforten – in den Bayerischen Wald, nach Roding-Strahlfeld in der Nähe von Regensburg.

Gemeinschaft in einer Gemeinschaft aktiv erleben, wurde während der gesamten Woche groß geschrieben. So kam es auch, dass man am ersten Abend, gestärkt durch ein warmes Abendessen sowie nach Klärung einiger organisatorischer Punkte und einer kleinen Hausführung erst einmal in gemütlicher Runde im „Klosterstüberl“ sich näher kennenlernte.

Am Dienstag ging es für Groß und Klein schon richtig los. Dipl.-Kfm. Johann Bauer referierte ganztägig über das Thema „Bewerbung“. Er sprach mit den Teilnehmern über die

optimale Bewerbung, die größten Fehler, die man machen kann, den ersten Eindruck einer Bewerbung und über inhaltliche Raffinessen u.Ä. Darüber hinaus verteilte er umfangreiches Informationsmaterial, so dass der erste Tag wie im Flug verging, da dabei besonders die mitgereisten Jugendlichen integriert und angesprochen wurden, die ihrerseits viele Fragen stellten, aber auch viele Anregungen und Tipps mitnehmen konnten.

Nach dem täglichen Morgenlob ging es am Mittwoch wieder voll zur Sache. Der stellvertretende Vorsitzende der GKS in NRW, Oberstleutnant Artur Ernst, stellte anhand einiger Folien die GKS vor und berichtete von den Aufgaben und dem Anliegen des Verbandes. Aber auch die finanzielle Lage wurde deutlich angesprochen. In einer anschließenden Diskussionsrunde zur Beantwortung aller Fragen wurde Ernst vom Schatzmeister des Förderkreises der GKS (FGKS), Oberstabsfeldwebel Hubert Berners, unterstützt, der zuvor den FGKS vorgestellt hatte. So konnten noch während der Veranstaltung

mehrere neue Mitglieder für die FGKS gewonnen werden.

Der Donnerstag stand im Zeichen des die Familienwerkwoche begleitenden Geistlichen Beirates der GKS in NRW, Militärdekan Rainer Schnettker. Dieser referierte über das Thema „Jugendkulturen – Jugendmusik/Neue Religiosität in einer neuen Zeit“. Bei diesem Thema ging es auch um die Musikgruppen „Böhse Onkelz“ und Toten Hosen“. Er besprach ausgesuchte Musikstücke beider Bands und erklärte, dass auch letztere mit ihrer Musik, ihren Texten, Fragen stellen. Fragen, die seiner Ansicht nach nur durch Religion gelöst werden können. Wir als katholische Christen können versuchen Ihnen unsere ideale Lösung anzubieten.

Am Donnerstag Abend lud der Vorsitzende der GKS in NRW zu einem festlichen Abschlussabend ein. Jeder, selbst die Jüngsten, kamen im „feinen Dress“ und freuten sich auf den bevorstehenden Abend. Mit großen Augen und natürlich dem bereits jetzt vorhandenen großen Hunger musste erst einmal jeder an den



Fortsetzung von Seite 97

Federführung. Das KMBA bietet während des ÖKT eine Zentrale Werkwoche für Soldaten an.

Leider hat während der Konferenz auch der Moderator, Oberstabsfeldwebel Franzen, Zentrum für Nachwuchsgewinnung Berlin, sein Amt niederlegen müssen, weil er nach Düsseldorf versetzt wurde. Als Nachfolger konnte Oberstabsfeldwebel Alois Schmidt, VBK 71 Erfurt, gewonnen werden.

Nach der Terminplanung für das kommende Jahr wurde die Tagung mit einem gemeinsamen Gebet beendet. (Alois Schmidt)

KLMD Erfurt Hartmut Gremmler verabschiedet den bisherigen Moderator der Arbeitskonferenz Oberstabsfeldwebel ... Franzen



Zwölf Familien stellen sich zum letzten Gruppenfoto einer Werkwoche der GKS NRW in Strahlfeld auf. Die Freizeitstätte der KAB schließt zum Jahresende – wie es heute überall heißt aus Kostengründen. (Fotos GKS NRW)

reichlich gedeckten Tischen vorbeigehen, damit er diese auch in ihrem Urzustand bewundern konnte bevor Dekan Schnettker und Johann-A. Schacherl das kalt-warme Buffet eröffneten. Es war ein wahres Festessen. Gestärkt ging es danach weiter mit vollem Programm. Schacherl bedankte sich bei allen Mitwirkenden mit einem Bild des „Kölner Kappelschens“ (Kölner Dom) und einer Überraschungstüte für alle, die zum Gelingen der Familienwerkwoche beigetragen haben.

Nachdem der offizielle Teil beendet war, begann die Zeit von Alleinunterhalter Michael, der von Anfang an die richtigen Tasten und Lieder fand, um Groß und Klein auf die Tanzfläche zu locken. Ein unvergesslicher Abend mit gemeinsamen Spielen speziell für die Kinder und Jugendlichen und viel, viel Tanz ging – wie übrigens alle Abende der GKS in NRW – um „halb“ zu Ende.

Trotz wenig Schlafs hielten alle Teilnehmer auch am Freitag tapfer bei der Fortführung des Themas von Dekan Schnettker durch, freuten sich aber auch auf die bevorstehende Mittagspause, in der sie ein wenig Schlaf nachholen konnten.

Doch wer dachte, dass ein solcher Abend nicht überboten werden konnte, der rechnete nicht mit der mitgereisten Familie Eichin. Diese entschied sich spontan, die für ursprünglich Weihnachten 2002 angesetzte Taufe ihrer Toch-

ter Romina, auf diesen Abend im Rahmen des Familiengottesdienstes, vorzuziehen.

Dekan Schnettker und OstFw Schacherl wussten bis zu diesem Zeitpunkt davon genauso wenig, wie alle anderen Familien der Familienwerkwoche. Doch zügig leiteten beide die erforderlichen Maßnahmen ein. Alle, die helfen konnten, taten dies mit Freuden. Eigens für die kleine Romina wurde eine Taufkerze durch eine Schwester im Kloster handgefertigt hergestellt. Die Kinderbetreuerinnen der FWW,



Petra Hlavsa und Uta Heinen studierten mit den anderen Kindern einen Beitrag zum Gottesdienst als Überraschung ein.

Zur Taufe war alles vorbereitet. Romina, in einem neuen weißen Kleid erschienen, war weniger aufgeregt als die Eltern. Tränen flossen vor Freude und alle Beteiligten nahmen teil an der Aufnahme von Romina in die Familie Gottes, in die Gemeinschaft der Glaubenden, in die Kirche. Von nun an nennt sie Gott ihren Vater, und Jesus wird ihr zum Bruder. Der Gottesdienst mit der Spende des Taufsakraments für Romina Eichin wurde für alle zu einem unvergesslichen Ereignis.

Anschließend lud Familie Eichin zur Tauffeier ein. Sichtlich gerührt – Vater Eichin brachte kein Wort heraus, so dass dies seine Frau übernahm – bedankten sie sich bei allen Helfern. Man staunte nicht schlecht, als das Hauspersonal eine eigens gefertigten Tauforte präsentierte, die von Romina auch sogleich angeschnitten und verteilt wurde.

Am darauffolgenden Samstag hieß es, nach der Durchführung der letzten Programmpunkte, Abschied nehmen.

Eine Familienwerkwoche der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Nordrhein-Westfalen, mit Teilnehmern aus den verschiedensten Standorten in NRW, ging, wie eigentlich immer, viel zu schnell zu Ende.

Sollte Ihr Interesse geweckt sein, dann melden Sie sich schnell bei OstFw Johann-A. Schacherl zum nächsten Familienwochenende an. – Allerdings liegen bereits zum jetzigen Zeitpunkt mehr Anmeldungen vor, als Plätze vorhanden sind. Dennoch werden „neue Familien“, die erstmalig mitfahren wollen, besonders berücksichtigt.

(Christian Schacherl)

Sicher ein Höhepunkt des Familienwochenendes, Ehepaar Eichin führt ihre kleine Tochter Romina zur Taufe, mit der Militärdekan Reiner Schnettker das Kind in die Gemeinschaft der Kirche aufnimmt.

ARBEITSKONFERENZ BEIM KLMD SIGMARINGEN UND
BEREICHSKONFERENZ DER GKS BADEN-WÜRTTEMBERG

Neuer Moderator der AK und neuer Vorsitzender der BK

Der Einladung des Katholischen Leitenden Militärdekan Sigmaringen, Pater Johannes Müller, zur **Herbst-Arbeitskonferenz (AK)** und **-Bereichskonferenz (BK)**, die im Tagungshaus Regina Pacis in Leutkirch stattfand, waren neun Mitglieder, zum Teil mit Ehefrauen, gefolgt. Nach gemeinsamen Abendessen, der Begrüßung durch Militärdekan Müller und der Vorstellung der Teilnehmer musste zunächst ein Wahlausschuss eingesetzt werden, da sowohl der Moderator der Arbeitskonferenz, als auch der Bereichsvorsitzende der GKS neu zu wählen waren. Oberstabsfeldwebel a.D. Hans-Jürgen Mathias, Stabsfeldwebel a.D. Alfred Hintereder und Stabsfeldwebel Brandl übernahmen diese Aufgabe.

Arbeitskonferenz

Zu Beginn der Samstagssitzung, die im Zeichen der Seelsorgebezirksräte stand, begrüßte Pater Johannes Müller als Gäste Oberstleutnant Peter Cornelius aus dem Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) und Oberstabsfeldwebel a.D. Hans-Jürgen Mathias mit Ehefrau Brigitte, aus dem Bundesvorstand der GKS. Zunächst ging man nochmals auf die Woche der Begegnung in Rolduc ein. Anschließend kam es bei dem Thema „Laienapostolat und Ökumene“ zu einer lebhaften Diskussion. Oberstleutnant Cornelius übermittelte Grüße des Vorstandes und berichtete über die Kirchencontainer, die für die Einsätze eingerichtet werden. Außerdem zeigte er sich erfreut über die immer besser werdende Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in Eichstätt. Zum Schluß forderte er die Teilnehmer auf, verstärkt Beiträge der Basis an die Redaktion Kompass zu senden. Im Anschluß informierte Pater Johannes Müller über die Situation im Dekanat Sigmaringen. Dabei wurde deutlich wie die Belastung auch der Militärgeistlichen durch die Auslandseinsätze immer größer wird.

Zum Schluss des Vormittages stand dann die Wahl des Moderators

der Arbeitskonferenz an. Der gerade zum Stabsfeldwebel beförderte Alfred Bergmann aus Walldürn wurde einstimmig zum neuen Moderator gewählt und trat so die Nachfolge von Oberstleutnant Klaus Nitsch an.

Am Nachmittag fuhren die Teilnehmer in ein Glasmuseum ins nahegelegenen Schmidfelden. In dieser Region des Allgäu, dem Bergland der Adelegg, rauchten bis Anfang des 20. Jh. zahlreiche Glashütten, die Dank der großen Holzvorkommen sich dort niedergelassen hatten. Schmidfelden ist mit seinem Ensemble von Herrenhaus, Kapelle, Magazin, Arbeitshäusern und Glashütten eine der letzten Glashütten im Urzustand.

Im Tagungshaus ging nach der Rückkehr die Information über die Militärseelsorge weiter. Nach einem Video über die Militärseelsorge im Einsatz ging die lebhaftige Diskussion, die am Morgen bei dem Thema „Laienapostolat und Ökumene“ angefangen hatte, weiter. Es kristallisierte sich als Fazit heraus, dass die Ökumene wichtig für den Fortbestand und Sicherstellung der Militärseelsorge, – ganz besonders im Einsatz – ist. Auch sollten sich die Pfarrer und Soldaten mit diesem Thema intensiv in den lebenskundlichen Arbeitsgemeinschaften auseinandersetzen. Mit dem traditionellen Rosenkranz wurde der Arbeitsteil des Samstages beendet und das gesellige und kameradschaftliche Beisammensein rundete den Tag ab.

Der Sonntag begann mit einem Gottesdienst in der Hauskapelle. Bei der durchgeführten Kollekte kamen 80 EUR zusammen, die für das Nachbarschaftshilfe-/Renovabis-Projekt „Hilfe für landminengeschädigte Kinder und Jugendliche im Kosovo“ gespendet wurden.

Bereichskonferenz der GKS

Wie schon immer, stand der Sonntag im Zeichen der GKS. Nach-

SF Alfred Bergmann wurde am 28. September von der Herbst-Arbeitskonferenz beim KLMD Sigmaringen zum Moderator als Nachfolger von OTL Klaus Nitsch gewählt.

dem Hauptmann Wolfgang Becker Oberstabsfeldwebel a.D. Hans Jürgen Mathias und seine Frau Brigitte begrüßt hatte, berichtete auch er über die Woche der Begegnung. Dabei ging er besonders auf den ausgezeichneten Vortrag von Prof. Dr. Paul M. Zulehner über die „Europäische Wertestudie“ ein. Mathias überbrachte die Grüße des Bundesvorstands und stellte sich als Leiter des Seminars „Dritter Lebensabschnitt“, in Cloppenburg vor.

Nach einer Diskussion zu verschiedenen Punkten wurde die Neuwahl des 1. Vorsitzenden der GKS Baden-Württemberg durchgeführt. Diese wurde notwendig, weil der Amtsinhaber Hauptmann Wolfgang Becker sein Amt, welches er erst im letzten Jahr angetreten hatte, aus Gesundheitsgründen niederlegen musste. Es gab nur einen Kandidaten. Der vorgeschlagene Oberstleutnant Cristof Auer aus dem Standort Stetten a.k.M. stellte sich den Delegierten kurz vor. Mitte Oktober wechselt er zum Korpsstab nach Ulm. In Scheer bei Sigmaringen ist er zu Hause. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder und bezeichnet sich als ausgesprochener Familienmensch. In der Heimatgemeinde ist er tief verwurzelt. Aktiv im Gemeinderat tätig und in kirchlichen Kreisen enga-

Fortsetzung auf Seite 101 unten



MILITÄRGEMEINDE LAGER HAMMELBURG

ORA ET LABORA – Kuratie trifft sich zum Pfarrfest

Am Sonntag, den 14. Juli, feierte die katholische Militärkirchengemeinde des Standortes Hammelburg und die Kuratie Christkönig ihr traditionelles Pfarrfest. Das Fest begann mit einem feierlichen Gottesdienst. Der Standortpfarrer Pater Johannes Stobel OFM (das Foto zeigt ihn am Altar beim „Vaterunser“) ging in seiner Predigt auf das Gleichnis vom Sämann ein. Er stellte die Bedeutung des richtigen Hinhörens auf das Wort Gottes in den Mittelpunkt seiner Katechese. Zunächst warf er die Frage auf, ob Hören selbstverständlich sei. Für den Christen gebe es in der heutigen Zeit „viel zu hören“, doch das Wort Gottes unterscheide sich von anderen Worten wesentlich dadurch, dass es das bewirkt, was es beinhaltet. Es sei der Botschafter Gottes. Entsprechend stelle Jesus das göttliche, das Mensch gewordene Wort dar. Am Ende der Predigt dankte er allen Helfern, die sich im Jahresverlauf mit viel Arbeit, Mühe und Sorge für die Militärkirchengemeinde einbringen und auch zum Gelingen des Festes beitragen. Gemäß dem benediktinischen



Motto „ora et labora“ sei ein Pfarrfest immer ein Impuls für die Gemeinde.

Dieter Nöth sorgte beim Festbetrieb rund um die Kirche für Unterhaltungsmusik. Die Kinder konnten ihr Geschick an den verschiedenen Stationen der Spielstraße wie

Dosenwerfen, Fischen und Torwandschießen unter Beweis stellen. Auch Schminken wurde angeboten. Für das leibliche Wohl war natürlich bestens gesorgt, so gab es beispielsweise Eintopf und ein Weißwurstfrühstück. (Constantin Deschner)

Fortsetzung von Seite 100

giert. In der GKS arbeitet er als Mitglied im Internationalen Sachausschuss mit. – Die Wahl erfolgte per Akklamation und war einstimmig.

Hauptmann Wolfgang Becker übergab ihm als Zeichen des neuen Amtes, eine Stimmgabel, die seit langem von dem Vorgänger an seinen Nachfolger weitergegeben wird. Sie solle helfen, immer den richtigen Ton zu finden. (Dies wollte Auer aber nicht als Anspielung auf seine schlechten sängerischen Leistungen verstanden wissen.) Militärdekan Pater Johannes Müller gratulierte dem neuen Vorsitzenden der GKS Baden-Württemberg im Namen des gesamten Bereich und wünschte ihm viel Erfolg und eine gute Hand.

Mit dem gemeinsamen Mittagessen und vielen guten Wünschen auf die Heimfahrt, so wie ein gesundes Wiedersehen, ging die Arbeitskonferenz zu Ende.

(Text und Foto F. Brockmeier)



Der neue GKS-Vorsitzende im Bereich, OTL Cristof Auer empfängt aus der Hand seines Vorgängers Hptm Wolfgang Becker eine Stimmgabel, die traditionell im Bereich an den Vorsitzenden weitergegeben wird, damit sie ihm helfe, immer den richtigen Ton zu finden. Auer wollte dies nicht als symbolische Anspielung auf seine schlechten sängerischen Leistungen verstanden wissen.

MILITÄRSEELSORGEBEZIRK AMBERG

Bayerische Präsenz in Berlin

Nach Militärbischof, Militärgeneralvikar und Mitarbeitern im KMBA nun auch ein Bayer als Standortpfarrer in Berlin

Nach nur zwei Jahren Wirkens als Militärpfarrer in der Oberpfalz trat Stefan G. Scheifele seinen Dienst als der neue Standortpfarrer in Berlin an. Mit seinem letzten Standortgottesdienst, dem Gedenken an die Opfer vom 11. September 2001 gewidmet, setzte er einen Schlusspunkt unter sein erfolgreiches Wirken als Pfarrer unter Soldaten im Standort Amberg.

In der Laudatio des Katholischen Leitenden Militärdekans Bayern Reinhold Bartmann, des stellvertretende Kommandeurs der Panzerbrigade 12 „Oberpfalz“ Oberst Jürgen Arndt, des Bürgermeisters der Stadt Amberg Josef Triller, des Vorsitzenden des Seelsorgebezirksrats Hauptmann Gereon Gräf, des evangelischen Standortpfarrers Amberg Heinrich Arweck und seines Amtsbruders Militärpfarrer Siegfried May anlässlich seiner Verabschiedung aus dem Seelsorgebezirk zog sich wie ein roter Faden durch, dass hier ein nicht nur körperlich Großer gewirkt und seine Spuren hinterlassen habe.

Stefan G. Scheifele versuchte stets einen Bogen zu spannen zwischen seinem Wirken als katholischer Priester, als begeisterter Motorradfahrer und als Freund und Kamerad „seiner Soldaten“ im militärischen Alltag. Dass ihm dies gelungen



Abschied und Amtseinführung in Amberg: der Leitende Militärdekan München Reinhold Bartmann (Mi.), der scheidende Standortpfarrer Stefan G. Scheifele (r.) und der „Neue“, Militärpfarrer Paul Hauser (l.).

ist, zeigte sich im offenen, kameradschaftlichen Umgang mit den Soldaten aller Dienstgrade sowohl in den Kasernen, als auch auf den Übungsplätzen.

Auch im ökumenischen Miteinander mit der evangelischen Seelsorge im Standort setzte er die bis dahin gut funktionierende Zusammenarbeit nahtlos fort. Einen nachhaltigen Ein-

druck hinterließ er auch im Dekanat Amberg durch seine eindringlichen Predigten bei Wallfahrtsgottesdiensten.

Bei aller Wehmut über den Abschied von einem lieb gewonnenen Seelsorger brachte Dekan Bartmann aber auch eine gute Nachricht aus München mit. Mit Militärpfarrer Paul Hauser, wie sein Vorgänger von der Erzdiözese München für die Militärseelsorge freigestellt, füllte sich verzugslos die entstandene Lücke in der Dienststelle Amberg.

Eine Zeit der Vakanz, wie sie vor zwei Jahren durch den damaligen Personalwechsel entstanden war, blieb dem Standort damit erspart. In einer Zeit des Priestermangels ist dies keine Selbstverständlichkeit.

Pfarrer Hauser, Jahrgang 1950, hat eine bewegte pastorale Vergangenheit hinter sich. Er war unter anderem mehrere Jahre als Missionspriester in Südamerika tätig und freut sich auf die Herausforderungen, die mit dem Dienst unter den Soldaten auf ihn zu kommen.

Die Soldaten des Seelsorgebezirks Amberg wünschen Pfarrer Scheifele eine gute Zeit in Berlin und dem neuen Standortpfarrer Hauser eine reibungslose und fruchtbare Zusammenarbeit. Möge Gottes Segen ihr Tun leiten! (A. Schill)

KURZ NOTIERT

Kinderhilfswerk warnt vor Kriegsspiel der US-Armee

Das Deutsche Kinderhilfswerk hat vor dem neuen Computer-Kriegsspiel der US-Armee gewarnt. Mit der Software „America's Army-Operations“ werde der Krieg und seine Folgen „auf eine geradezu zynische Art und Weise verharmlost“, kritisierte das Kinderhilfswerk. Durch die Propaganda-Elemente und die Glorifizierung des Spielers würden Kinder und Jugendliche zu hoch motivierten und geschulten Soldaten erzogen, „die keinerlei moralische

Bedenken kennen“. Das Kinderhilfswerk rief die Bundesregierung zu Maßnahmen auf, dass die Server für Nutzer solcher Spiele im Ausland nur über eine Altersverifizierung offen sind.

Das Computerspiel wurde von den US-Streitkräften produziert und ist kostenlos über das Internet erhältlich. Die Teilnehmer nehmen an virtuellen Anti-Terror- und Kriegseinsätzen in Umgebungen teil, die an Afghanistan, Jugoslawien oder westli-

che Städte nach Terroranschlägen erinnern. Die dreidimensionalen Szenarien und der Umgang mit den Waffen werden möglichst echt dargestellt. Nach Auffassung des Kinderhilfswerks soll das Spiel Computer begeisterte Kinder und Jugendliche für eine spätere Tätigkeit in der US-Berufsarmee begeistern. Auch sollten die Kinder dadurch zu einer unkritischen Haltung gegenüber amerikanischen Kriegseinsätzen bewegt werden. (KNA)

Ovidiu kann wieder atmen – Spenden ermöglichen Operation eines Jugendlichen aus Rumänien

Militärseelsorge Tauberbischofsheim und Katholische Arbeitnehmerbewegung engagieren sich mit verschiedenen Hilfsprojekten in Rumänien

Erfolgreich verlaufen ist die Operation des 19-jährigen Ovidiu aus Oradea in Rumänien, dessen Behandlung in Deutschland durch Spendengelder vieler Menschen, unter anderem auch von Soldaten aus dem Militärseelsorgebezirk Walldürn-Tauberbischofsheim und dem kostenlosen Einsatz verschiedener Ärzte unter Leitung von Prof. Dr. Helms, Universitätsklinik Würzburg, ermöglicht wurde.

In die Wege geleitet und vorbereitet wurde die ganze Aktion von Stabsfeldwebel Nenno Manfred, 3./Instandsetzungsbataillon 12 in Hardheim, der als Diakon mit Zivilberuf in der Gemeinde St. Burkard Würzburg und im Internationalen Ausschuss der KAB (Katholische Arbeitnehmerbewegung) der Erzdiözese Freiburg ehrenamtlich tätig ist.

Ovidiu war etwa eineinhalb Jahre alt, als sein Vater wegen Diebstahls eines Schweines festgenommen und zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Seine Mutter stand mit drei Kindern ohne den Ernährer der Familie da und war gezwungen alles nach und nach zu verkaufen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Als alles verkauft war und sie trotz intensiver Suche keine Arbeit fand, wer nimmt schon eine Mutter mit drei Kindern, musste sie die Kinder in ein Waisenhaus abgeben. Das Waisenhaus in Oradea, das den Jungen aufnahm und in dem er mit seinen beiden Geschwistern über 15 Jahre „zu Hause“ war liegt im Nordwesten Rumäniens an der ungarischen Grenze.

Nicht genug, dass der Junge im Alter von zwei Jahren von einem Schwein in der Wohnung schwer verletzt wurde, ihm wurden die Finger der rechten Hand abgefressen, so wurde ihm später im Kinderheim beim Fußballspiel der Ball mit einer solchen Wucht ins Gesicht geschossen, das das Nasenbein vollständig zertrümmert wurde.

Niemand hat sich darum gekümmert. Für eine notwendige Operation

war kein Geld vorhanden. So wuchs die Nase krumm zusammen, was dazu geführt hat, dass Ovidiu keine Luft bekam. Er hatte all die Jahre immer große Probleme zu schlafen, ständig starkes Kopfweh und sehr oft eine blutende Nase.

Mit 18 Jahren wurde Ovidiu in ein Projekt „Betreutes Wohnen“ aufgenommen, das von Stabsfeldwebel Nenno mit Unterstützung der Militärseelsorge und der KAB Main-Tauber-Kreis gegründet wurde. Hier sollen Jugendliche, die mit 18 Jahren die Kinderheime verlassen müssen, die Chance bekommen, sich in einem Beruf oder in einer schulischen Weiterbildung für die Zukunft zu qualifizieren.

Das führte etwa am Anfang des Jahres zu Überlegungen wie man dem Jungen helfen kann. Es wurde Verbindung zu Professor Dr. Helms an der Würzburger Universitätsklinik aufgenommen. Dieser erklärte sich bereit, den jungen Rumänen näher anzuschauen, um sich ein eigenes Bild von den Verletzungen und den Möglichkeiten der Behandlung zu machen. Die erste Untersuchung fand Anfang März statt, wobei herauskam, dass eine Seite der Nase innen stark verwuchert und die andere nur zu 20 % intakt war. Eine komplette Korrektur der Nase war erforderlich und eine sehr teure und aufwendige Angelegenheit.

Die Verwaltung der Universitätsklinik übernahm alle Kosten vor Ort und bewilligte zwei Tage stationäre Aufnahme samt Operation. Die Kosten der An- und Abreise von Ovidiu, der Unterkunft und Versicherung sowie der Nachsorge mussten aus Spenden aufgebracht werden. Der Termin wurde für den 17. Juni festgesetzt.

Die Spendenaufrufe fanden eine so große Resonanz sowohl im Norddeutschen Raum als auch im Main-Tauber- und im Neckar-Oderwald-Kreis, dass der Junge zum angegebenen Termin erfolgreich operiert wer-

den konnte. Ein Nebeneffekt der ganzen Aktionen, so der Diakon, sei gewesen, dass man auf das Schicksal der Straßen- und Heimkinder in Rumänien aufmerksam geworden sei und viele sich näher über die Aktivitäten und Projekte der Militärseelsorge und der KAB erkundigt hätten.

Ovidiu konnte geholfen werden. Er ist inzwischen wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Viele andere Probleme und Schicksale der rumänischen Straßen- und Heimkinder bleiben aber weiterhin ungelöst. Einige können jedoch durch die Großherzigkeit und die Anstrengungen von vielen Menschen hierzulande und in Rumänien gelöst werden.

Wer sich über die verschiedenen Projekte, bei denen der Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Reinhart, Tauberbischofsheim Schirmherr ist, informieren möchte, kann das bei Stabsfeldwebel Nenno Manfred, Telefon 09345-1037 und der Katholischen Militärseelsorge in Tauberbischofsheim tun. (Manfred Nenno)

KURZ NOTIERT

**Die Slowakei bekommt einen Bischof für Militär und Polizei
Abkommen zwischen Kirche und Staat signiert**

Der Heilige Stuhl und die Republik Slowakei haben am 21. August 2002 in Bratislava ein Abkommen unterzeichnet, dass die Einsetzung eines Militärbischofs vorsieht, „um eine angemessene religiöse Betreuung für die katholischen Angehörigen der Streitkräfte und der Polizei zu schaffen“.

Dies geht aus einem Pressecommuniqué des Vatikans hervor, in dem präzisiert wird, dass das Abkommen für den Heiligen Stuhl vom Apostolischen Nuntius in der Slowakei, Erzbischof Henryk Józef Nowacki und für die Slowakei von Verteidigungsminister Jozef Stank unterzeichnet wurde. Staatlicherseits haben Premierminister Mikulas Dzurinda und als weitere Regierungsmitglieder der Außen-, der Innen- und der Justizminister teilgenommen. (ZENIT.org)

Ein Haus voll Glorie schaut

Richtfest der neuen gemeinsamen Kirche am Standort „Holoman Air Force Base“ in New Mexiko, USA

Seit 1995 ist das „Fliegerische Ausbildungszentrum der Luftwaffe“, als Gast der US Air Force auf der „Holoman Air Force Base“, im US-Bundesstaat New Mexiko stationiert. Ca. 17 km westlich von der Air Force Base entfernt, liegt die Stadt Alamogordo. Neben dem aktiven Gemeindeleben. Der evangelische Standortpfarrer Peter Wieschollek nutzte ein privates Haus für die regelmäßigen Gottesdienste und die sonstigen Aktivitäten des Gemeindelebens. Wohingegen der katholische Militärpfarrer für die Standorte Fort Bliss und Air Force Base, Norbert Achcenich, für kirchliche Veranstaltungen seiner Gemeinde die örtliche Kirche der katholischen St. Jud-Mission gegen Bezahlung anmieten. Für die zur Zeit 1.963 Bundeswehrangehörigen, einschließlich der Zivilangestellten und aller Familienangehörigen die in der Stadt leben, gibt es demnächst eine bessere Lösung:

So wird in unmittelbarer Nähe des Gemeindehauses eine neue gemeinsame Kirche gebaut. Die Kosten werden mit etwa einer halben Million EURO beziffert, die zu je einem Drittel die kirchlichen Institutionen und der Bund tragen. Am 16. Juli dieses Jahres rollten die ersten Baufahrzeuge in den „Galway Drive“, an dessen Ende das Grundstück liegt, auf dem die Kirche gebaut wird.

Zunächst galt es, die Wüste zu erschließen, die zwischen den Sacramento- und San Andreas Bergketten

liegt. Der Bau einer Zufahrtsstraße und das Verlegen von Anschlüssen waren in der Bauanfangsphase erforderlich. Im August nahm das 324 qm große Fundament bereits feste Formen an und bis Anfang September wuchs der Rohbau so schnell, dass Pfarrer Wieschollek mit seinem Pfarrhelfer Christian Fischer und der katholische Pastoralreferent Hubert Münchmeyer, als Glaubensbetreuer für den Standort, mit Pfarrhelfer Herrmann Lachnit, die Gemeinden für den 7. September 2002, zu einem ökumenischen Gottesdienst mit anschließendem Richtfest einladen konnten. Vor einem vollen Haus, das mit einer inneren Grundfläche von 228 qm, nach der Fertigstellung bis zu 200 Personen fassen kann, begrüßten die beiden Seelsorger die Gemeinden. Unter den zahlreichen Anwesenden war auch der Kommandeur des „Fliegerischen Ausbildungszentrums der Luftwaffe“, Oberst Wolfgang Fahl, und Gäste aus dem ca. 150 km entfernten El Paso in Texas, wo das „Deutsche Luftwaffenkommando USA/Kanada“ und die „Raketenschule der Luftwaffe“ beheimatet sind. Stabsfeldwebel Günter Eberlein, Mitglied des evangelischen Beirates, wurde wegen seiner Rückversetzung während des Gottesdienstes verabschiedet. In dem Psalmgebet des Gottesdienstes hieß es: „Machet die Tore weit und die Türen in der Welt hoch, dass der König der Ehre einziehe!“

Zum anschließenden Richtfest öffneten sich die Türen und Tore zu einem gemeinsamen Imbiss und Umtrunk, der bei guter Un-

Oberst Wolfgang Fahl, Kommandeur des Fliegerischen Ausbildungszentrum der Luftwaffe (Bildmitte, 1. Reihe), unter den zahlreichen Gästen beim ökumenischen Gottesdienst

(Fotos Markus Hildebrandt)



Der evangelische Militärpfarrer Peter Wieschollek (r.), Pastoralreferent Hubert Münchmeyer (Mi.) und der katholische Pfarrhelfer Herrmann Lachnit (l.), proklamierten mit ihren Richtsprüchen unter der Richtkrone, das entstehende Gotteshaus zur zukünftigen gemeinsamen neuen Kirche.

terhaltung bis in die späten Abendstunden andauerte. Der aus El Paso angereiste evangelische Pfarrhelfer Franz Weykopf und Hauptfeldwebel Klaus Köster, Mitglied des evangelischen Beirates, sowie die Mitglieder des Posaunen-Chor des Standortes Hauptfeldwebel Matthias Schneider und Christian Kirsch sorgten für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung. Zu Weihnachten finden, wenn alles planmäßig verläuft, die ersten Gottesdienste in der neuen Kirche statt. Die offizielle Einweihung soll am 12. Januar 2003 im Beisein des evangelischen Generaldekans Erhard Knauer und des katholischen Generalvikars Prälat Walter Wakenhut erfolgen.

(Engelbert Morawietz)

KURZ BERICHTET

Ökumene-Ideenbörde

Eine Internet-Initiative für die Zusammenarbeit zwischen den christlichen Kirchen hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gestartet. Unter

www.oekumene-ideenboerse.de werden ökumenische Projekte vorgestellt. *(ZdK)*



GKS-Akademie Oberst Helmut Korn: „Soldat, Ehe, Familie, Partnerschaft“

Die GKS führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda und dem Zentralinstitut „Ehe und Familie in der Gesellschaft“ (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt das 9. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn durch.

Thema: „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft“

Zeitraum: 28. April bis 2. Mai 2003

Ort: Bonifatiushaus Fulda

Mit diesem Thema stellt sich die GKS den Fragen, die sich vor allem aus den Einsatzaufträgen der Bundeswehr im Ausland und den dadurch bedingten mehrmonatigen und wiederholten Abwesenheiten für die Soldaten, ihre Familien und die Partnerschaften in Ehe und Freundschaften ergeben. Das Seminar soll vor allem Trends aufzeigen und nur in zweiter Linie praktische Verhaltensregeln für die Überwindung von Krisen geben. Allerdings sollen auch Hinweise erfolgen auf konkrete Hilfen, die vom Dienstherrn, von der Militärseelsorge und anderen Organisationen angeboten werden. Bestehende Regelungen sollen hinterfragt und ggf. neue Anregungen erarbeitet werden.

Eingebunden in das Seminar ist die Feier eines Friedensgottesdienstes mit dem Katholischen Militärbischof und Truppenteilen aus dem Umfeld von Fulda.

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Einrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie findet alle zwei Jahre statt. Ab dem Jahr 2003 wird die Durchführungszeit von der Woche um den Allerheiligen-Tag (1. November) auf die Woche um den 1. Mai verlegt. Ziel der GKS-Akademie ist es, vor allem Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf und Politik, Führungsverantwortung und Individualisierung aufzuzeigen.

Die Akademie ist nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn (†1983), benannt. Sie wird vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, geleitet.

Im Bonifatiushaus, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, hat die GKS im Jahr 1987 einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

Montag, 28. April

bis 14.00h Anreise, Kaffee
14.30h Begrüßung
14.40h „Wertekonsens – Wertedifferenz in unserer Gesellschaft“, Vortrag und Aussprache: Prof. Dr. Paul M. Zulehner, Wien
17.20h Einführung in das Seminar, Grußworte: Schirmherr der Akademie, Bundesvorsitzender der GKS, Direktor des Bonifatiushauses
18.30h Abendessen
19.30h gesellige Runde zum Kennenlernen

Dienstag, 29. April

08.00h Morgenlob
09.00h „Pluralität der Lebensformen: Ist das Bewährte und Verbindliche am Ende?“, Vortrag und Aussprache: Prof. Dr. Friedrich Udo Schmälzle, Münster
15.00h „Was tut die Politik für die Familie?“, Vortrag und Einführung in die Gruppenarbeit: Prof. Dr. André Habisch, Leiter des ZFG Eichstätt
16.00-17.30h Arbeitsgruppen zu Aspekten des Nachmittags-themas, Moderation der AG: Leiter u. Mitarb. ZFG Eichstätt, Fachfrau Familienbetreuung, Vertreter Militärseelsorge
19.30h „Thesen zur Seelsorge an Soldatenfamilien“, Vortrag des Katholischen Militärbischofs Dr. Walter Mixa, Eichstätt

Mittwoch, 30. April

07.30h Morgenlob
09.00h Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Alois Riehl, im barocken Stadtschloss Pontifikalamt für den Weltfrieden mit Militärbischof Dr. Walter Mixa im Fuldaer Dom
12.30-14.30h Empfang des Militärbischofs im Bonifatiushaus für die Teilnehmer am Friedensgottesdienst
16.00h Fahrt zum Kreuzberg bei Bischofsheim/Unterfranken, Besichtigung der Klosterkirche, Geschichte des Klosters und seine Bedeutung für die Region, Imbiss

Donnerstag, 1. Mai

07.30h Gottesdienst mit dem Militärbischof in der Kapelle des Bonifatiushauses
09.00h „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft: Die Position des Dienstherrn“, Vortrag: Brigadegeneral Winfried Gräber, STAL FüS I im BMVg, Bonn
10.30h Arbeitsgruppen zum Thema
15.00h Vortrag der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahmen dazu durch STAL FüS I, Vertreter Militärseelsorge, Fachfrau Familienbetreuung
18.30h Abendessen
19.30h Fortsetzung der Vorträge der Arbeitsergebnisse mit Stellungnahmen

Freitag, 2. Mai

08.00 Uhr Gottesdienst zum Ausklang der Akademie
anschl. Frühstück,
Angebot: Führung zum Bonifatiusgrab und zur Michaelskapelle
Ende des Seminars und Abreise

Zielgruppe für die Teilnahme an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

- Offiziere und Offizieranwärter
- Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Anmeldung

- bis 1. März 2003 über den Katholischen Standortpfarrer, den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim Bundesgeschäftsführer der GKS
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
Tel: 030-2061999-0, Fax: -1
eMail: GKS.Berlin@t-online.de
- der Bundesgeschäftsführer teilt Ihnen alle weiteren Informationen für die Teilnahme wie Kostenbeitrag, Urlaubsregelung, Bekleidung, An- und Abreise

Der christliche Soldat im 3. Jahrtausend und der internationale Terrorismus – ethische Aspekte und Grenzen des Einsatzes von Streitkräften

Generalversammlung des AMI 2002 in San Lorenzo El Escorial in Spanien

REINHARD KLOSS

Das zum Weltkulturerbe gehörende Kloster El Escorial repräsentiert spanische Geschichte. Unverzichtbar verbunden mit seinem Erbauer, Philip I., steht es für die Umsetzung der Ideale der katholischen Monarchie Spaniens. Das Kloster, ein bedeutender Anziehungspunkt für Touristen, ist nicht nur Kirche und Museum, sondern wird noch heute als Schule, Kloster und als Pantheon (Begräbnisstätte) der spanischen Königsfamilie genutzt.

Hier in der nördlich von Madrid gelegenen berühmten Klosterstadt San Lorenzo El Escorial fand in der letzten Septemberwoche die jährliche Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) statt.

Zusammen mit den Delegierten der GKS diskutierten nahezu 50 Teilnehmer aus elf Nationen und drei verschiedenen Kontinenten eine Woche lang in dieser historischen Umgebung das Thema: „DER CHRISTLICHE SOLDAT IM 3. JAHRTAUSEND UND DER IN-

TERNATIONALE TERRORISMUS – ETHISCHE ASPEKTE UND GRENZEN DES EINSATZES VON STREITKRÄFTEN“.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war, wie jedes Jahr, der Informationsaustausch zwischen den Delegationen, teils institutionalisiert, über den jeweiligen Bericht der Nationen, aber auch vor, zwischen und nach den vorgegebenen Programmpunkten. Neuwahlen des Präsidiums, des Generalsekretariates und des Geistlichen Beirates beschlossen das Programm.

Mitgliederentwicklung

AMI besteht durch seine und lebt von seinen Mitgliedern. So war allen Teilnehmern von Anfang an klar, dass AMI zukünftig nur dann wirksam und lebendig existieren kann, wenn es gelingt, neue Mitglieder zu gewinnen und den Kontakt mit Ländern, die heute im Beobachterstatus oder nur teilweise mit Delegationen vertreten sind zu intensivieren, um

sie als vollwertige Mitglieder zu gewinnen.

Gegenwärtig könnten alle Länder, in denen die Militärseelsorge institutionalisiert ist, Mitglied beim AMI werden. Der Ausbau eines organisierten Laienapostolates in den Streitkräften, bei dem AMI wo immer möglich notwendige und gewünschte Unterstützung gewährt, kann dann ein weiterer Schritt sein. Entsprechend gespannt und interessiert wurden somit die Berichte aller Nationen verfolgt, in denen die besondere Situation jedes Landes angesprochen, Erfolge vermeldet und Niederlagen eingestanden wurden. Bemerkenswert an diesen Vorträgen ist stets der Pioniergeist, der die Berichte von afrikanischen und von Ländern aus dem Osten prägt.

Länderberichte

So berichtete der Delegierte aus **Kongo-Brazzaville** von den Erfolgen, die mit Einführung der Militärseelsorge in den Streitkräften seines Landes erzielt werden konnten. Die Einrichtung einer Militärseelsorge diene zunächst rein rationalen militärischen Zielen, da nach dem Bürgerkrieg (1997–1999) in diesem atheistisch geprägten Land die Guerilla in die offizielle Armee überführt worden war. In der Folge ging Disziplinlosigkeit einher mit Werte- und Effizienzverlusten.

Die Militärseelsorge sollte nun eben diese Werte wieder vermitteln und somit zu einer funktionierenden Armee beitragen. Der Militärbischof wurde dem Inspekteur der Armee



El Escorial: Der Verfasser des Berichts, Oberstleutnant i.G. Reinhard Kloss, vor der imponierenden Kulisse des Klosterpalastes San Lorenzo

gleichgestellt und die Militärpfarrer wurden jeweils bei den Kommandeuren der Einheiten angesiedelt. Dass die Entwicklung weiter geht, zeigt sich heute in der Gründung eines Laienapostolates, welches sich „Freunde der Militärseelsorge“ nennt und in Arbeitsgruppen zusammen mit den Militärgeistlichen wirkt. Der Weg dahin führte über die Kommandeure, denen die Militärgeistlichen ihre Ziele vermittelten. So kam es 2001 zur „Gründungskonferenz“ der Militärseelsorge und heute sind, nach vielen Aktionen in den Einheiten, die Militärpfarrer allen Soldaten bekannt. Neben der kontinuierlichen Fortsetzung der begonnenen Arbeit soll zukünftig die Militärseelsorge gesetzlich verankert und weiter ausgebaut werden.

In **Slowenien** kämpfen die katholischen Militärpfarrer heute mit den schlechten Erfahrungen, die seine Soldaten mit kommunistischen Priestern in der Vergangenheit gemacht hatten. Obwohl seit 1992 den Priestern der Zugang zu Kasernen erlaubt war, kam es erst im Jahre 2000 zur Einrichtung einer offiziellen Militärseelsorge, die derzeit aus drei katholischen und einem evangelischen Militärpfarrern besteht. Eine Laienorganisation existiert derzeit nicht und die Militärpfarrer kämpfen nicht nur gegen ein Offizierkorps, welches atheistisch und kommunistisch geprägt gegen die Kirche ist, sondern zudem gegen die weiterhin unter anderem Namen existierenden Politoffiziere in den Einheiten.

Wertevermittlung ist enorm schwer zu realisieren, da wie in der Vergangenheit nur der Sieg zählt und der Weg dahin keine große Beachtung findet.

Mit der AMI Konferenz 2003 in Cellji, zu der Slowenien bereits eingeladen hat, erhofft man sich vor Ort einen Schub und Anerkennung oder zumindest Aufmerksamkeit für die Arbeit der Militärseelsorge.

Delegierte aus den **westlichen Ländern** berichteten dagegen über Veranstaltungen, Konferenzen, Se-

minare und Begegnungen die im zurückliegenden Jahr durchgeführt wurden und von denen die Nationen mit einer „jungen“ Militärseelsorge derzeit nur träumen können. Probleme die aufgezeigt wurden, wie z.B. eine noch nicht existierende flächendeckende GKS in den östlichen Bundesländern, wurden somit sehr schnell relativiert, ohne dass sie deshalb innerhalb ihres Landes an Priorität verlieren.

Die Delegierten der **Philippinen** berichteten von einem sehr ereignisreichen Jahr. Sie (Laienapostolat und Militärseelsorge) veranstalten in den Streitkräften Truppeninformationen über Ethik und Wertevermittlung, führen Seminare für Familien und Singles durch und bieten daneben auch soziale Unterstützung, so z.B. durch eigene Zahnstationen. Probleme, wie sie für die Bundeswehr derzeit aktuell sind, Trennung der Familien durch Einsätze, werden dort seit Jahren aktiv angegangen. Für 2003 bereiten sie sich auf den Papstbesuch vor, arbeiten weiter an der Christianisierung der Streitkräfte, d.h. jeder Einzelne hat einen Missionierungsauftrag, und beginnen mit der ökumenischen Zusammenarbeit.

Portugal dagegen steht noch in den Startlöchern. Erstmals seit Juni 2002 gibt es einen eigenen Militär-

bischof, der zuständig ist für 35 Militärseelsorger, die die 50.000 Militärs betreuen. Highlights im vergangenen Jahr waren die beiden Wallfahrten nach Lourdes und Fatima, die von der Militärseelsorge organisiert wurden. Eine Laienorganisation existiert derzeit noch nicht, soll jedoch aufgebaut werden.

Auffallend waren die Aussagen vieler Länder, dass Militärseelsorge inzwischen – bei uns noch diskutiert, dort vielfach bereits realisiert – auch durch Diakone und Theologen praktiziert wird. Eine besondere Note bekam dies durch die belgische Vertreterin der Militärseelsorge, eine katholische Theologin, die in der belgischen Armee nicht nur die Aufgaben eines katholischen Militärpfarrers übernimmt, sondern in der Armee auch offiziell „Padre“ genannt wird. Für viele AMI-Teilnehmer im Übrigen doch etwas gewöhnungsbedürftig.

Tagungsthema „Terrorismus“

So unterschiedlich die Situation der Militärseelsorge und des Laienapostolates dargestellt wurde, so unterschiedlich wurde dann auch das Tagungsthema „Terrorismus“ erörtert.

Der europäische Blick hatte den sich anbahnenden Irak-Konflikt und die allen bekannten, aktuellen Einsätze gegen den Terrorismus, vor Augen. Sehr intensiv wurden deshalb



Die Teilnehmer postieren zum Gruppenfoto im Garten des Tagungsortes

diese neuen Herausforderungen und Grenzen eines möglichen Einsatzes gegen den Irak diskutiert.

Das stellt sowohl Soldaten als auch das moralische Verständnis aller vor enorme Herausforderungen, wenn gesagt wird, dass alle Akte des Terrors zu bekämpfen sind, egal von welcher Gruppe, Organisation oder Staat sie auch ausgehen. Feldmarschall Montgomery fasste diese Herausforderungen zusammen, als er seine Erfahrungen in Nord-Irland nach dem ersten Weltkrieg beschrieb. Er sagte: *„In vielerlei Hinsicht war dieser Krieg (gegen Sinn Fein) schlimmer als der große Krieg der 1918 endete. Er entwickelte sich zu einer mörderischen Kampagne, in der am Ende die Soldaten ihr Handwerk verstanden und sie von ihren Fähigkeiten überzeugt waren. Aber so ein Krieg ist furchtbar schlecht für Offiziere und die Soldaten, denn er neigt dazu, Ihr Verständnis von Anstand und Ritterlichkeit zu senken, und ich war froh als es vorbei war.“*

Dieses war auch die Kernfrage, auf die sich der europäische Blick richtete:

- Wie weit können wir mit Einsatzgruppen gehen, deren Aktionen nicht den normalen Regeln des Krieges entsprechen?
- Ist es zu verantworten, dass wir selber Zuflucht im Terror suchen?
- Kann jemand den Unterschied zwischen einem Motorradattentäter und einem Piloten erkennen, der eine Rakete in ein Haus mit Zivilisten schießt, um einen Terroristenführer auszuschalten?

Die aktuelle Debatte über den Irak zwingt uns, über diese Dinge nachzudenken und so neigte man dazu, Clemenceau zuzustimmen, der sagte: *„Krieg ist viel zu wichtig, um die Entscheidung darüber den Politikern zu überlassen. Wir als Soldaten, die an der Front stehen, müssen auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, die aus der praktischen Umsetzung eines solchen Entschlusses resultieren und letztendlich haben wir auch die moralische Verpflichtung auf die Bedenken hinzuweisen, die unsere Soldaten und ihre Familien haben könnten. Egal ob im Kampf gegen den Terrorismus oder gegen konventionelle Gegner, Soldaten kämpfen besser wenn sie glauben, dass sie das Richtige tun.“*

Der Beitrag Afrikas richtete dagegen den Blick, über die europäischen Position hinaus, auf eine Definition von Terrorismus, wie wir sie sicherlich nicht sehr gerne hören. So sagte der afrikanische Teilnehmer: *„Dieser teuflische Geist der Ungerechtigkeit, der Verachtung ihrer (der armen Länder Anm. d. Red.) Identität, der ständigen Ausbeutung ihrer Ressourcen, der täglichen Demütigung, die durch Bilder einer Welt entsteht, die ihnen fremd ist, die sich jedoch selbst einbildet, sie wäre einzigartig, ist der Nährboden des Terrorismus. Wir in Afrika gedenken der Opfer verschiedenster Formen des Terrorismus: des ökonomischen, des ökologischen, des politischen usw.. So sterben z.B. tausende von Männern, Frauen und Kinder jeden Tag an Krankheiten, die nur in bestimmten Kontinenten existieren, während der Rest der Welt in seiner Verschiedenheit weiter von einer imaginären und virtuellen Welt träumt, welcher er absolute Priorität einräumt. Hier gibt es Menschen, für die Terrorismus nichts Neues in der Welt von heute ist (d.h. nicht erst mit dem 11. September begann, Anm. der Red.)“* (Beitrag im Wortlaut s.S. 105 f.)

Bezogen auf den 11. September war allen jedoch klar, dass dieser Terrorismus, als „Atombombe des kleinen Mannes“, heute alle bedroht. Kein Land kann dieser modernen Geisel der Menschheit entfliehen. Kein Land, keine Gruppe, ob arm oder reich bleibt vor dem blinden Terror verschont. Dabei ist Terrorismus kein neues Phänomen oder gar erst vor kurzem entstanden. Neu ist nur die Dimension des Terrors und der Art und Weise, wie er nahezu „realtime“ über CNN und andere in unsere Wohnzimmer transportiert wurde.

Neu ist ebenfalls die Situation, dass wir heute mit einem internationalen Terrorismus konfrontiert werden, der nicht wie bisher vor Grenzen halt macht und als nationales Problem betrachtet werden kann. Terrorismus ist eine weltweite Bedrohung und damit auch eine internationale Herausforderung.

Einig war man sich letztendlich darin, dass dem Terrorismus auf verschiedenen Wege zu begegnen ist. Der Kampf gegen und auch der Schutz vor dem Terrorismus, auch

mit militärischen Mitteln, ist dabei nur die „short-term-Lösung“.

Streitkräfte die gegen diesen Terrorismus eingesetzt werden, können jedoch nicht das Problem an sich lösen. Sie können erkannte Gefahren beseitigen, sie können jedoch nicht die Gründe und Ursachen für das Entstehen von Terrorismus beseitigen. Bei ihrem Einsatz ist zu dem darauf zu achten, dass dieser einer rationalen und keiner emotionalen Entscheidung entspringt.

Eine Lösung des Terrorismusproblems kann aber nur langfristig erzielt werden, indem man den Ursachen begegnet, d.h. den durch Afrika deutlich formulierten Ungerechtigkeiten entgegen wirkt.

Sollte es zunächst jedoch zu weiteren Einsätzen von Streitkräften gegen den Terror kommen, war man sich ebenfalls einig, dass sich diese für einen christlichen Soldaten an der Erklärung des AMI von Rom aus dem Jahr 2000 auszurichten haben. In dieser haben wir festgestellt: *„Auch ein legitimierter Einsatz von Streitkräften, vor allem aber die Anwendung von Gewalt zur Abwendung derartiger Gefahren, steht immer in einem komplexen Spannungsfeld theologischer, ethischer, rechtlicher und humanitärer Normen. Dies verlangt vom Soldaten ein besonders großes Verantwortungsbewusstsein“*.

Neues Präsidium

Die Konferenz endete mit Neuwahlen des Präsidiums, des Geistlichen Beirates, der zukünftig mit Msgr. Werner Freistetter aus Österreich kommt, und dem Verbleib des bisherigen alten Generalsekretariats aus Deutschland. Als neuer Präsident AMI wurde Brigadegeneral Baquer aus Spanien von den Delegierten gewählt.

Mit der offiziell ausgesprochenen Einladung Sloweniens, zur AMI-Konferenz 2003 in Cellji, trennten sich nach einer Woche 50 Delegierte aus elf Nationen und drei Kontinenten, die die Gelegenheit nutzten, über den Zaun zu schauen und andere Probleme kennen zu lernen, um dann doch feststellen zu können, dass alle Nationen unter dem Werteverlust der heutigen Zeit gleichermaßen zu leiden haben. □

„Terrorismus“ aus kongo-brazzaville'scher Sicht

Terrorismus:

Eine weltweite Psychose

Seit den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist das Wasser des großen Sees, der unsere Welt darstellt, durch Turbulenzen gestört, wie sie bisher nicht existierten. Und dieses geschieht im Zeitalter der Computer, welches durch extrem schnelle Transportmittel und hohe Medienpräsenz charakterisiert wird. Diese Möglichkeiten der Kommunikation begünstigen die Annäherung der Nationen weltweit – ein Ereignis, das in irgend einem Teil dieser Welt geschieht, geht in Rekordzeit rund um den Erdball.

Dieses verursacht emotionale Reaktionen, gegen die wir nicht geschützt sind. Wir sind gegen solche Auswirkungen machtlos: Das Böse hängt wie das Schwert des Damokles über unseren Köpfen und erregt eine weltweite Psychose.

Unter diesen unruhigen Rahmenbedingungen findet diese Konferenz in Madrid zum Thema Terrorismus statt.

Terrorismus:

eine komplizierte Frage

Ja, Terrorismus. – Kein Teil der Welt kann diesem schrecklichen Übel entfliehen: Asien bis hin zum Mittleren Osten ist ebenso davon betroffen wie Afrika, Europa und Amerika – kurz gesagt, nicht ein einziger Kontinent wird von diesem blinden und bedauernswerten Terror verschont.

Aber was ist nun Terrorismus? Wer terrorisiert wen? Die Frage des Terrorismus ist so komplex, dass man sie nicht mit einer Definition beantworten kann – nicht zuletzt deswegen, weil diese Definition entweder an Übertreibung leiden oder absolut unzulänglich sein würde.

Selbst die fähigsten Gelehrten vermeiden es, eine Definition für dieses generalisierte Böse zu suchen. Aber vielleicht sollten wir an Stelle von arbeitsaufwendiger Definitionssucherei, die vom Inhalt her in allumfassender, aber oft in nichtssagenender Beschreibung endet, schnellstmöglich eine Ursachenforschung be-

treiben und über die Mittel nachdenken, die den Terror verhindern können. Es sollte nicht passieren, dass wir unsere Welt (wiedereinmal) in zwei Blöcke geteilt finden, wie es am Ende der berühmten „Pazifischen Co-Existenz“ war.

Anders ausgedrückt: Wenn zwei Elefanten gegeneinander im Wald kämpfen, haben die Bäume unter den Folgen zu leiden.

Gedanken zum Anwachsen des Terrors

Am Abend vor dem ersten Jahrestag der Terroranschläge des 11. September, als die neue Botschafterin Großbritanniens am Heiligen Stuhl, Kathryn Colvin, ihre Akkreditierung überreichte, nutzte der Papst die Gelegenheit, um zu dem Thema zu sprechen. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, die verborgenen Gründe nicht zu ignorieren, welche junge Leute dazu führen, dass sie der Versuchung der Gewalt, des Hasses und dem Wunsch sich um jeden Preis zu rächen unterliegen.

In der gleichen Absicht, den Terror ins Bewusstsein zu rufen, lud der Papst am 7. September 2002 die Führer dieser Welt ein, alle politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Maßnahmen zur Vereitelung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu ergreifen, die den Boden des Terrors bilden.

Er sagte weiter, dass das gerade erst begonnene Jahrtausend große Herausforderungen beinhalte und in dieser Konsequenz neue Initiativen nötig seien, die dieser skandalösen Situation von tiefer Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Eingrenzung überall auf der Welt ein Ende setzen. Hatte nicht schon Papst Paul VI. die gleichen Ideen gegenüber der UNO erklärt, nämlich dass Entwicklung (*im Sinne der Arbeit des Entwicklungsministeriums, Anm. d. Red.*) der neue Name von Frieden ist? Es betrifft „jeden Menschen und jeden Menschen in seiner Gesamtheit“, so der Papst in seinem Schreiben „Populorum Progressio“ (Nr. 4).

Raoul Follereau sagte: „Es gibt

kein Glück, wenn nur du alleine glücklich bist.“

Terrorismus und die verschiedenen Arten des Terrors

In der Tat, der böse Geist der Ungerechtigkeit, der Verachtung der eigenen Identität, der rücksichtslosen Ausbeutung ihrer Ressourcen, der täglichen Demütigung hervorgerufen durch Bilder einer Welt, die ihnen fremd erscheint, sich aber darstellt als wäre sie so einzigartig perfekt, wird somit zum Nährboden des Terrorismus.

Wir denken hier an alle Opfer der verschiedenen Formen des Terrors:

Den ökonomischen, den ökologischen, den politischen usw.. Tausende Männer, Frauen und Kinder z.B. sterben jeden Tag an Krankheiten, die nur in bestimmten Regionen vorkommen, während der Rest auf diesem Planeten gleichgültig fortfährt, von einer virtuellen und eingebildeten Welt zu träumen, die absolut vorrangig erscheint. In diesen Regionen gibt es Menschen, für die Terrorismus nicht neu ist.

Opfer gegen Terroristen: Der Schwache gegen den Starken

Als eine mögliche Reaktion von Teilen der Geistlichkeit bedauern wir, sagen zu müssen, dass Terrorismus eine furchterregende Waffe in den Händen der Schwachen gegen die Starken wurde und genutzt wird, um gehört zu werden und zu existieren. Kürzlich habe ich einen Artikel gelesen, in dem ein muslimischer Führer den Terrorismus als Nuklearwaffe der Armen betrachtet, die nicht genug Stärke haben, einen herkömmlichen Krieg zu führen und denken, es sei notwendig, ein Maximum an Schaden und Opfern, eingeschlossen des größten symbolischen Wertes der damit verbunden ist, anzurichten bzw. zu hinterlassen. In diesem Konflikt sei es wichtig, in den Medien präsent zu sein, indem man Tausende von Menschen bei gleichzeitiger Hingabe seines eigenen Lebens tötet. Dadurch bestätige man seine eigene Existenz, demonstriere seine Wich-

tigkeit und lasse durch Gewalt aufhören. Terroristen töten und wollen getötet werden, um zu sein: Ich töte, also bin ich (nach Descartes: Ich denke, also bin ich: „Cogito ergo sum“).

Wie verhindert man dieses Böse? Wie kämpft man gegen Terrorismus bei einer inneren Widerwilligkeit eine neue Form des Seins zu entwickeln? Die uralte Anschauung sollte sich verändern, um ein menschlicheres Miteinander zwischen den Menschen im dritten Jahrtausend zu schaffen.

Opfer gegen Terroristen: Der Starke gegen den Schwachen

Auch wenn es politisch unvermeidbar erscheint, eine offensive Strategie gegen den Terror zu fahren, so bringt es letztendlich doch keine Lösung. Eine solche Therapie heilt die Krankheit, in dem sie den Kranke tötet, schlimmer noch: die Personen, die bisher Opfer des Terrorismus waren, werden selbst zum Terroristen. Du kannst Gewalt nicht mit Gewalt bekämpfen (entschuldigen sie bitte, meine Herrn Offizier, aber noch bin ich ein Militärgeistlicher).

Wir in unserem Land haben eine Redensweise: „Du kannst kein Feuer auspusten, wenn du Benzin in deinem Mund hast.“ Das würde bedeuten, dass wir das gleiche Spiel, wie die Terroristen spielen. Das sollte nur als letzte Möglichkeit angewandt werden, wenn nichts anderes mehr geht

und alle anderen Versuche fehlgeschlagen sind (ultima ratio). Hören Sie, es gibt hierfür ein treffendes Beispiel aus der Praxis, wo wieder einmal gewisse Mächte ihre Privilegien gegenüber den Schwächeren durchsetzen wollten:

Ende August fand ein Treffen aller wichtigen Entscheidungsträger der Welt statt. Thema war, wie unser Planet für uns und unsere Kinder lebensfähig erhalten werden kann. Es war der berühmte Weltgipfel. Keiner hätte erwartet, dass dies ein Zusammentreffen würde, ohne dass es Konsequenzen für die Zukunft hätte. Wie schade! Welche Chance haben wir wieder einmal für heute und unschuldige zukünftige Generationen verstreichen lassen. Welcher Egoismus! Das Haus brennt aber wir schauen weiterhin in eine andere Richtung.

Was ist zu machen?

Heute stellt sich die Frage, welche Art von Welt wir eigentlich wollen? Welche Art von menschlichem Umfeld/Umgebung wollen wir uns aufbauen? Wir sollten zusammenarbeiten, um mit neuen Kräften solche Gebiete unseres Planeten zu verändern, wo Hass, Fanatismus und Rassismus in alle Richtungen wächst.

Weder Krieg, noch die Verteufelung der Anderen sind das geeignete Mittel gegen Terrorismus, sondern nur Gerechtigkeit und gegenseitiger Respekt helfen. Gott hat uns alle verschieden gemacht und er wollte, dass

wir den Wert und das Glück dieser Unterschiedlichkeit erkennen.

Weit entfernt davon, Terrorismus zu rechtfertigen, was auch immer die Gründe dafür sind, bleibt fest zu halten, dass die Lösung des Problems in der Hand des Menschen liegt. Die UNESCO stellte anlässlich ihrer Gründung fest: „Kriege entstehen in den Köpfen des Menschen“ und sie fordert, dass die Keime des Friedens ebenfalls „in die Köpfe des Menschen gepflanzt werden müssen.“

„Wenn Gott nicht dieses Haus baut ...“

Die Militärgeistlichen von Kongo-Brazzaville laden die Generalversammlung von AMI ein, das Wort des Papstes vom 8. September diesen Jahres noch einmal zu verinnerlichen, in dem er das Thema Terror und dessen Folgen aufgegriffen hat. Eigentlich, sagte er, ist der moderne Mensch sehr selbstsicher, aber insbesondere in Krisenzeiten sollte er sich auch seiner Schwächen bewusst werden. Er kann nicht konsequent handeln, er lebt in Unsicherheit und Sorge. Diejenigen von uns, die auf Gott vertrauen und betend seine Nähe erfahren, lassen sich nicht entmutigen – auch in den schwierigsten Situationen. Sie finden Ruhe, Schutz und Geborgenheit in seinen Armen.

Zusammenfassend bleibt nur zu sagen, dass Nichts zu tun bleibt, als Sie einzuladen, sich an Gott auszurichten, der uns diese Welt nur geliebt hat. Ja es ist stürmisch, aber glauben Sie mir, im Boot von Petrus, in dem wir uns befinden, schläft der Herr nicht. Wir sind es, die unseren Glauben haben einschlafen lassen. Mit den Psalmisten, aufgereiht wie Soldaten in Schlachtformation, rufen wir in das Angesicht unserer Welt: Solange Gott nicht unser Haus baut, arbeiten alle daran vergebens. Solange Gott uns nicht behütet, wacht der vergebens, der uns behütet. □

Der Stellenwert der internationalen katholischen Soldatenvereinigung Apostolat Militaire International (AMI) zeigt sich in Spanien nicht zuletzt bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal. Auf dem Podest v.li.: der neue Präsident von AMI Brigadegeneral Baquer (E), der bisherige AMI-Präsident General König (A) und Alterspräsident General Castrillo (E).



Während der Generalversammlung der Internationalen Katholischen Organisationen im Dezember 2001 in Bangkok wurde erstmals das Apostolat Militaire International (AMI) mit der Führung der Conference of International Catholic Organisations (CICO) für die Jahre 2002 und 2003 beauftragt. Wer ist diese Organisation mit der Bezeichnung CICO?

CICO - COIC

Conference of International Catholic Organisations Conférence des Organisations Internationales Catholiques Conferencia de las Organizaciones Internacionales Católicas

CICO vertritt rund 40 Internationale Katholische Organisationen (ICOs) aller Berufe und Stände weltweit und „spricht“ damit für zwischen 150 bis 250 Millionen Katholiken, die ihren Teil der Sendung der Kirche in ihrem jeweiligen Lebens- und Berufsbereich ausüben.

CICO fördert die Kommunikation zwischen den ICOs, trägt zur (gemeinsamen) Meinungsbildung bei und gibt durch die Unterstützung der gesamten Konferenz den Aktionen einzelner ICOs zusätzliches sachliches und zahlenmäßiges Gewicht.

CICO versteht sich als Lobby für katholische Positionen in allen (säkularen) Lebensbereichen und dies zusammen mit der „Amtskirche“ und gegenüber allen Kräften von Politik und Gesellschaft.

Eine neue Situation ist seit der letzten Generalversammlung CICO in Bangkok im Dezember 2001 insoweit entstanden, als CICO diese Vertretung unserer Interessen als Katholiken in der Welt zunehmend im Rahmen internationaler Projekte, die alle unter dem Gesamtaspekt der Würde des menschlichen Lebens von seinem Beginn bis zu seinem irdischen Ende stehen, wahrnehmen wird.

Die drei wichtigsten Themen sind derzeit:

- Gewalt gegen Frauen, besonders in vom Krieg betroffenen Gebieten, und Frauenhandel;

- Würde des Menschen im Alter, besonders die Frage der zunehmenden Zahl älterer (aktiver) Menschen weltweit und der Nutzung ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen, sowie menschenwürdiges Sterben;
- Verbesserung der Kommunikation und Information unter Nutzung der neuen Medien.

Grundsätzlich werden diese Projekte in Arbeitsgruppen unter Beteiligung der jeweils direkt oder indirekt betroffenen ICOs (bei „Gewalt gegen Frauen“ z.B. Frauenorganisationen, AMI, Caritas Internationalis, Heilberufe, Juristen usw.) bearbeitet, im Vorstand weiter behandelt und bei der Generalversammlung verabschiedet. Dabei wird in drei Arbeitsschritten vorgegangen:

- Ermitteln des Sachstandes, natürlich unter Nutzung allen bereits vorhandenen Informationsmaterials;
- Meinungsbildung, in Abstimmung mit den Gremien der Kirche;
- Fertigung von Materialien und deren Nutzung beim „Lobbying“ für unsere Positionen in den gesellschaftlichen und politischen Gremien und in der gesamten Öffentlichkeit.

Zum Präsidenten wurden General a.D. Ernest König aus Österreich und zum Sekretär Oberst a.D. Jürgen Bringmann aus Deutschland gewählt.

Jürgen Bringmann, Secretary CICO

„Gott hilft jedem Seemann, aber steuern muss er selbst“



**Kapitän zur See a.D.
Norbert Maria Schütz**
* 20. April 1922
† 16. Oktober 2002

Am 26. Oktober geleitete eine große Trauergemeinde Norbert M. Schütz in Wachtberg-Villip zur letzten Ruhe. Auch viele Freunde aus der Gemeinschaft Katholischer Soldaten nahmen bewegt Abschied von einem langjährigen Weggefährten.

Norbert Schütz, geprägt durch sein christliches Elternhaus und sein frühes Engagement in der katholischen Jugend, geriet als junger Mann in die Auseinandersetzung mit der Ideologie der Nationalsozialisten. Menschen, denen er nahestand und die ihn geistig und geistlich begleiteten, rieten dem noch nicht Zwanzigjährigen, bei der Marine „unterzutauchen“. Die Bischöfe Antonius Hilfrich in Limburg und Clemens August Graf von Galen in Münster, die ihn kannten und mit denen er Kontakt hielt, rieten ihm, ja forderten von ihm im Zweiten Weltkrieg, „größere Verantwortung für das Heil (sei-

Der als Überschrift zu diesem Nachruf gewählte Ausspruch von Vizeadmiral Reichsgraf von Spee war u.a. das Lebensmotto von Norbert M. Schütz. Das Foto zeigt Schütz im Jahr 1992 als ihm für seine Verdienste um die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und aus Anlass seines 70. Geburtstages das „Große Kreuz der GKS“ verliehen wurde.

(Foto F. Brockmeier)

ner) Kameraden zu übernehmen“, und so wurde er Reserveoffizier; er kämpfte zwar für sein Vaterland, geriet aber in heftige Auseinandersetzungen mit Anhängern des Regimes. Er blieb seinen Überzeugungen treu und stand – nicht ohne Gefahr – tapfer für die in seinem Gewissen ge-

prüften Entscheidungen ein. Es war für ihn selbstverständliche Pflicht, für die ihm anvertrauten Soldaten auch dann einzutreten, wenn es in konkreten Situationen Spannungen und Gefährdungen gab. „Untergetaucht“ ist er insoweit nicht.

Norbert Schütz stand in den fünfziger Jahren einem deutschen Wehrbeitrag zunächst skeptisch gegenüber; erst nach Gesprächen mit den Generalen Heusinger und Dr. Speidel fand er sich zu einer Mitarbeit bereit. In die neu entstehende Bundeswehr trat er mit der Überzeugung ein, dass es ethisch geboten sei, sich dafür einzusetzen, Krieg nicht mehr zu einem Mittel der Politik werden zu lassen.



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) nahm Abschied
von ihrem Gründungsmitglied

Kapitän zur See a.D. Norbert Maria Schütz

Ritter vom Orden des hl. Papstes Sylvester
Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

* 20. April 1922 in Mainz † 16. Oktober 2002 in Bonn-Villip

vom 17. bis zum 80. Lebensjahr war der Verstorbene tätig im von der katholischen Verbandsarbeit getragenen Laienapostolat:

- als Pfarrjugendführer,
- in der Wehrmachts- und Kriegsgefangenenenseelsorge,
- in der staatsbürgerlichen Bildung der Diözesanjugend Limburg,
- in der Militärseelsorge für die deutsche Bundeswehr,
- im Königsteiner Offizierkreis und dessen Nachfolgeverband der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

1941 bis 1945 Dienst in der deutschen Kriegsmarine und Kriegsgefangenschaft,

1956 bis 1981 Dienst in der deutschen Bundeswehr,

1971 bis 1981 Vorsitzender des GKS-Kreises der Bundeshauptstadt Bonn,

bis April 2002 Mitglied im Ausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

Nach den leidvollen Erfahrungen des II. Weltkrieges verkörperte Norbert Maria Schütz als Christ in der Bundeswehr und als Soldat in der Kirche beispielhaft die Idee des „neuen“, ethisch gebundenen, verantwortlich handelnden und dem Frieden verpflichteten Offiziers.

Die in der GKS organisierten katholischen Soldaten danken Norbert M. Schütz für seinen unermüdlichen und von Leidenschaft getragenen Einsatz für den Frieden. Sie verlieren mit ihm einen geschätzten Berater und verständnisvollen väterlichen Freund. Sie werden ihm im Gebet ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Requiem für den Verstorbenen fand statt am Samstag, dem 26. Oktober 2002, in der Kirche St. Simeon und Judas, in 53343 Wachtberg-Villip.

Berlin, im Oktober 2002 *Karl-Jürgen Klein, Oberst Dipl.-Ing.
Bundesvorsitzender der GKS*

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre hatte Norbert Schütz Kontakt zum Königsteiner Offizierkreis bekommen. In Bonn übernahm er für zehn Jahre die Leitung des Kreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Er war in dieser Zeit dessen Motor und Spiritus rector und gab ihm sein unverwechselbares Gesicht. Das Arbeitsprogramm des Kreises ließ sein kirchliches und politisches Engagement klar erkennen: Aktuelle politische Themen wurden im Hinblick auf die Verantwortung, die wir als Soldaten zu tragen haben, mit ethischer Fragestellung diskutiert. Besonders am Herzen lagen ihm die durch Papst Paul VI. begründeten Weltfriedenstag, für die er eine weit über den militärischen Bereich hinaus beachtete jährliche Veranstaltung mit prominenten Rednern initiierte und organisierte.

Wichtig waren ihm die menschlichen Begegnungen, besonders auch zwischen den Familien: Die jeweils

für die Zeit zwischen Weihnachten und über Neujahr von ihm vorbereiteten und geleiteten Werkwochen – vor allem im Haus St. Martin in Naumburg bei Kassel – bleiben allen Teilnehmern unvergessen.

Norbert Schütz engagierte sich auch im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS, später dann zusätzlich im Beirat zur Erforschung der katholischen Militärseelsorge. Seine Kenntnisse und Einsichten, sein breit gefächertes Wissen und sein Ringen um Antworten, die vor dem Gewissen Bestand haben, waren in beiden Gremien gefragt und geschätzt.

Seine Erfahrungen in der Jugendarbeit, seine Erlebnisse im Krieg und in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – sie hatten nachhaltige Wirkung auf sein Leben –, sein politisches Engagement und sein unbeirrtes Einstehen für seine Überzeugungen, für das notwendige Zeugnis des Christen in

unserer Gesellschaft sowie für die Stellung und die Aufgaben des Soldaten in unserem demokratischen Gemeinwesen bestimmten seine Arbeit. Sein Handeln war für alle, die mit ihm zu tun hatten, Bereicherung und Herausforderung zugleich.

Viele in unserer Gemeinschaft haben ihm vieles zu verdanken. Wir werden seinen Rat, sein offenes und kritisches Wort vermissen; doch wir werden ihn – einen liebenswerten Menschen, einen guten Kameraden und Freund – nicht vergessen.

Norbert M. Schütz wusste sich stets in Gott geborgen. In seinem Beitrag zu dem Buch „Christen im Krieg“ hat er das so zum Ausdruck gebracht: Wir sind zwar mitten im Leben vom Tod umfassen; doch – so setzte er in seiner Weihnachtsansprache in Oslo 1944 hinzu: „Mitten ... im Tod sind (wir) doch wieder vom Leben umfassen, vom größeren und stärkeren Leben Gottes und der Ewigkeit.“ (Friedhelm Koch)

EHRUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Oberst i. G. Werner Bös (58), Abteilungsleiter im Streitkräfteamt, Bonn, wurde vom Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.



Die Auszeichnung überreichte der Amtschef des SKA, Generalmajor Dieter Henninger, am 2. August 2002. Mit diesem Orden ist Bös für die Förderung des Ansehens Deutschlands im Ausland und der Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn in verschiedenen NATO-Verwendungen, für das Engagement zugunsten eines friedlichen Zusammenlebens und der Toleranz zwischen den Kulturen und Religionen bei seinen mehrfachen Ein-

sätzen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo sowie für sein langjähriges Engagement in der Katholischen Militärseelsorge gewürdigt worden. MGVPälat Walter Wakenhut gehörte zu den ersten Gratulanten.

Bös war von 1993 bis 2001 Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Von 1994 bis 1998 war Bös Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dem er seit seiner erneuten Wahl im Jahr 2001 wieder angehört. In der GKS arbeitete er im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ mit. 1998 wurde er mit dem Päpstlichen Silvesterorden ausgezeichnet.

(PS/KMBA)

Ministerialrat a.D. Dr. Friedrich-Wilhelm von und zu Gilsa (63), von 1992 bis 2001 Leiter des Referates für Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Militärseelsorge im Bundesministerium der Verteidigung, wurde die Auszeichnung „Ritter des Ordens des Hl. Papstes Syl-

vester“ zuteil. Bei einem Empfang im Bischofshaus in Eichstätt überreichte ihm Militärbischof Dr. Walter Mixa am 7. August 2002 den Orden und die Urkunde.



Dr. v. Gilsa hat sich Verdienste durch sein Engagement für die katholische Militärseelsorge und damit für die katholische Kirche erworben. Von Gilsa setzte sich als evangelischer Christ – zum Teil gegen erheblichen internen Widerstand – für die

Fortsetzung: EHRUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Freiheit der Seelsorge und für die Bewahrung der katholischen Identität ein. Beim Aufbau der katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern hat von Gilsa in Kenntnis der besonderen Situation der Ortskirchen, Entgegenkommen und Flexibilität für die seelsorglichen Belange gezeigt, dass weit über das dienstlich Notwendige hinausgehend, heißt es in der Ordensbegründung. Bei der Verlegung der Kurie des Katholischen Militärbischofs von Bonn nach Berlin, stand Dr. von Gilsa mit Sachkenntnis und mit klugem Rat dem damaligen Militärbischof zur Seite. (PS/KMBA)

Oberst Franz-Josef Pütz (52), Vorsitzender der Zentralen Versammlung (ZV) der katholischen Soldaten, wurde am 17. September 2002 ins



Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt. Damit tritt er die Nachfolge von **Stabsfeldwebel Frank**

Hübsche an, der dem Gremium vier Jahre angehörte. Für eine Wiederwahl stand dieser nicht mehr zur Verfügung, weil er demnächst aus dem



Dienst der Bundeswehr ausscheidet. Die Wahl fand im Rahmen der „Woche der Begegnung“ des organisierten Laienapostolates der katholischen Militärseelsorge in Rolduc/Niederlande statt. Oberst Pütz, der von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde, ist mit Generalmajor Karl-Heinz Lather und Oberst i.G. Werner Bös Vertreter der ZV im ZdK. Pütz ist derzeit dienstlich an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg eingesetzt und wohnt mit seiner Familie in Berlin.

(PS/KMBA)

Stabsfeldwebel Michael Reif, Heeresführungskommando Koblenz,

wurde im September 2002 vom Katholischen Militärbischof, Bischof Dr. Walter Mixa, Eichstätt, die Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge verliehen. Reif wurde die Auszeichnung zuteil, weil er seit mehr als 20 Jahren in der Militärkirchengemeinde des Kath. Standortpfarrers Koblenz I in vielfältiger Weise engagiert ist. So ist StFw Reif seit Jahren Vorsitzender des Seelsorgebezirksrates und Vorsitzender des GKS-Kreises Koblenz. Sonntäglich versieht er den Küsterdienst in der Ka-



pelle am Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz. Vielen Lourdes-Pilgern ist StFw Reif bekannt als „ihr Zug-Spieß“ des Sonderzuges II bei den Internationalen Soldatenwallfahrten nach Lourdes. Besonders hervorgetreten ist Reif in den letzten Monaten, als die Dienststelle des Katholischen Standortpfarrers Koblenz I unbesetzt war. So hat er sich um die Seelsorge vor Ort gekümmert und die Organisation für die 250 teilnehmenden Soldaten aus dem Standort Koblenz anlässlich des Weltfriedens-tages in Trier übernommen.

Das Lied „Von guten Mächten wunderbar geborgen“ (D. Bonhoeffer), auf der Gitarre instrumental vortragen von Pastoralreferentin Dr. Annegret Henkel, beim Katholischen Standortpfarrer Koblenz I, bildete die Eröffnung zu einer Feierstunde aus Anlass der Verleihung, zu der der Katholische Leitende Militärdekan Koblenz, Militärdekan Msgr. Carl Ursprung in das Gemeindezentrum St. Gabriel in die Koblenzer Falckensteinkaserne eingeladen hatte.

Militärdekan Ursprung hob in seiner Laudatio diese Tätigkeiten

hervor und machte deutlich, dass die Mitarbeit der Laien eine wichtige Hilfe und Stütze für Militärseelsorge und der Kirche seien. Gerade im Engagement der Laien werde die Umsetzung des Dekrets über das Apostolat der Laien des II. Vatikanischen Konzils, welches den Begriff „Laie“ neu definiert und ein neues Selbstverständnis des Laienapostolates gefordert hatte, deutlich.

Oberst i.G. Georg Striebel, Abteilungsleiter G 6 des Heeresführungskommandos Koblenz und Chef von StFw Reif würdigte ausdrücklich das ehrenamtliche Engagement von Soldaten und Gesellschaft. Am Ende seiner Dankworte an StFw Reif sagte Oberst Striebel: „Ich bin stolz, dass ich Sie in meiner Abteilung habe.“ Ein weiteres freudiges Ereignis und eine Überraschung für StFw Reif war, dass fast das gesamte Leitungspersonal des Lourdes-Sonderzuges II zu dieser Feierstunde gekommen war.

(Jürgen Strohe)

NEU EINEINGESTELLTE MILITÄRPFARRER

(Foto v.l.)



Alfons Schöpf (40) trat 1983 in die Bundeswehr ein und studierte an der Universität der Bundeswehr in München Elektrotechnik. In verschiedenen soldatischen Verwendungen war er u.a. in Fürstenfeldbruck, Bremerförde, El Paso Texas/USA und Sanitz bei Rostock stationiert. Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Theologie in Passau und wurde 1998 für die Diözese Passau zum Priester geweiht. Alfons Schöpf hat

Fortsetzung auf Seite 115, unten

MILITÄRGENERALVIKAR PRÄLAT WALTER WAKENHUT FEIERTE 60. GEBURTSTAG

Allseits wohltuende und anerkennende Worte zum Geburtstagsempfang in Berlin

Mitten in der 42. Woche der Begegnung in Rolduc/NL vollendete Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut sein 60. Lebensjahr. Um aber das Laientreffen nicht zu einer Geburtstagsfeier umzufunktionieren und weil der Leiter des KMBA, einer Bundesoberbehörde, auch Verpflichtungen in Berlin nachkommen muss, lud Militärbischof Walter Mixa am 17. September in das Haus des Militärbischofs Am Weidendamm ein.

Als geradlinigen und einsatzbereiten Priester würdigte der Militärbischof seinen engsten Mitarbeiter, Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, bei der Geburtstagsfeier. Im Beisein zahlreicher hochrangiger Gäste aus Kirche, Bundeswehr und Politik feierte Mixa in der Kapelle des Katholischen Militärbischofsamt einen festlichen Dankgottesdienst. Beim anschließenden Empfang des Militärbischofs für seinen Generalvikar überbrachten auch der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Klaus-Günther Biederbick, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, ihre Glückwünsche.

Klaus-Günther Biederbick unterstrich die Bedeutung der Militärseelsorge für die Bundeswehr, die sich besonders bei den internationalen Einsätzen der Bundeswehr hervorragend bewährt habe: „Die seelsorgliche Begleitung unserer Soldaten und ihrer Familien hat sich als unverzichtbar erwiesen. Die katholische Kirche und ihre Militärseelsor-

ge ist und bleibt bei den Soldaten, und gewährt ihnen den seelischen und religiösen Beistand, wo immer sie auch ihren Friedensdienst zu leisten haben.“ Wakenhut komme der besondere Verdienst zu, sich dieser Herausforderung im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr mit besonderem Engagement gestellt zu haben. Staatssekretär Klaus-Günther Biederbick überbrachte gleichzeitig die Grüße von Bundesverteidigungsminister Dr. Peter Struck.

Auch der oberste Soldat der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, rückte die enge Beziehung zwischen den Soldatinnen und Soldaten mit den Militärgeistlichen in den Mittelpunkt seines Grußwortes: „Wenn Soldaten heute in den Einsatz geschickt werden, sind nicht nur militärische Fähigkeiten und soldatische Tugenden gefragt.“ Auch die rechtlichen und vor allem die ethischen Bindungen seien besonders gefordert, unterstrich der Generalinspekteur. „Die Veränderung der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz hat die Militärseelsorge aktiv mitgestaltet, unterstützt und mitgetragen.“

Für die evangelische Militärseelsorge dankte der Leiter des Evangeli-

schen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Militärgeneraldekan Erhard Knauer, seinem Amtsbruder für die enge Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Militärseelsorge. Auch unter der räumlichen Trennung der beiden Ämter zwischen Berlin und Bonn habe das „brüderliche Miteinander nicht gelitten“.

Peter Wehr, der Generalvikar des Erzbistums Berlin, drückte seine Dankbarkeit für die gestiegene „katholische Präsenz“ in der Bundeshauptstadt aus. Der Umzug des Katholischen Militärbischofsamtes von Bonn nach Berlin sei ein Signal für die ganze Kirche. (KMBA)



Zu den Konzelebranten des Festgottesdienstes zu dem Militärbischof Walter Mixa (Mi.) anlässlich des 60. Geburtstages von MGW Walter Wakenhut (l.) eingeladen hatte, gehörte der frühere MGW Protonotar Dr. Ernst Niermann (r. im Foto oben).

Foto unten: Unter den Gratulanten zum 60. Geburtstag von MGW Prälat Walter Wakenhut der der Generalinspekteur, General Wolfgang Schneiderhan, und rechts von Militärbischof Walter Mixa der Staatssekretär im BMV, Klaus-Günther Biederbick.



Fortsetzung „Neueinstellungen“ von Seite 114

am 1. Oktober seinen Dienst als Katholischer Standortpfarrer Neuburg/Donau angetreten.

P. Andreas Meyer OSB (46) trat 1977 in die Benediktinerabtei Neresheim ein und studierte in Frankfurt/St. Georgen und Würzburg Theologie. In Neresheim wurde er 1983 zum Priester geweiht. Zum 1.

Oktober 2002 wurde Pater Andreas Meyer zum Katholischen Standortpfarrer Sigmaringen ernannt.

Knut Lehnert (34) ist Priester des Bistums Trier. Nach dem Studium der Theologie in Trier und München wurde er 1997 zum Priester geweiht. Seit 1. Oktober 2002 ist er Katholischer Standortpfarrer Idar-Oberstein. (PS/KMBA)

Religiöses Buch des Monats November

Als „Religiöses Buch des Monats“ benennen der Borromäusverein, Bonn, und der St. Michaelsbund, München, monatlich eine religiöse Literaturempfehlung, die inhaltlich-literarisch orientiert ist und auf den wachsenden Sinn hunger unserer Zeit antwortet.

Seewald, Peter: *Grüß Gott. Als ich begann, wieder an Gott zu denken.* München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2002. 160 S.

Angesichts der nach wie vor hohen Zahl von Kirchaustritten in Deutschland wirkt ein Buch über einen Wiedereintritt in die Katholische Kirche umso erstaunlicher. Der Journalist Peter Seewald berichtet in „Grüß Gott“ in offener Weise, wie er sich als junger Mann im Protest gegen die kleinbürgerliche Gesellschaft dem Kommunismus zugewandt hatte und aus der Kirche ausgetreten war, um schließlich nach 25 Jahren in einer mittlerweile weitgehend säkularisierten Gesellschaft wieder zur Religion und der Katholischen Kirche zurückzukehren. Sein Buch über den Verlust und die Wiederentdeckung seines Glaubens ist ein sehr persönliches Buch, die Schilderung eines individuellen Lebenswegs. Dieses persönliche Moment steht in Seewalds Darlegung jedoch nicht im Vordergrund, denn der Autor will vor allem die Gründe für seine Entscheidung, also den Inhalt seines Glaubens vermitteln – Jesus Christus.

Es geht bei Seewalds Spurensuche nach der (Wieder- oder Neu-)Entdeckung des christlichen Glaubens in unserer Zeit haupt-

sächlich um die allgemeine Frage: Wie spricht Jesus den Nicht-Gläubigen von heute an? Aus dieser Fragestellung ergibt sich eine Sichtweise, die all die sattsam diskutierten aktuellen Probleme der Katholischen Kirche zunächst einmal ganz zurückstellt und nur auf den innersten Kern des christlichen Glaubens abzielt. Gerade aus der Distanz der Außenansicht heraus entdeckte der Autor, dass das Christentum „nicht in erster Linie die Auseinandersetzung um Zölibat und den Primat des Papstes“ ist, sondern „einfach die modernste und beste Art, ein Leben zu führen.“ In einer Umgebung, die viele Werte und Maßstäbe verloren bzw. aufgegeben hat, bietet das Christentum Orientierung, weil es dem Menschen Sinn gibt und ihm ewiges Leben verheißt. Von hier aus fiel es Peter Seewald dann auch nicht mehr schwer, den letzten Schritt zu tun und wieder in die Kirche einzutreten, die er als jene Glaubensgemeinschaft zu sehen gelernt hat, die trotz aller Sünden und Unzulänglichkeiten in ihrer Geschichte doch 2000 Jahre lang treu die christliche Botschaft verkündet hat.

Der Autor will mit diesem Buch keine stringent argumentierende Verteidigung des christlichen Glaubens und der Katholischen Kirche bieten, seine Ausführungen legen vielmehr die eigenen Erfahrungen und Gedanken von einem persönlichen Standpunkt aus in mutiger Offenheit dar. Gerade auf diese Weise mag das Buch nicht nur für viele Katholiken ein Anstoß sein, sich rückzubesinnen auf die Gründe des eigenen Glaubens, vielleicht kann es auch für manche der Kirche noch fern stehende Leser eine Ermunterung zum (Wieder-)Eintritt sein. □

Islam

Bat Ye'Or: *Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam 7. bis 20. Jh. – zwischen Dschihad und Dhimmitude. Mit einem Vorwort von Heribert Busse, aus dem Französischen übertragen von Kurt Maier, 1. Auflage 2002, 572 Seiten, ISBN 3-935197-19-5*

Im Islam darf es keinen Zwang geben, die muslimische Religion anzunehmen (Sure 2:256). Und dennoch haben nach Muhammads Tod 632 die Araber mit atemberaubender Geschwindigkeit Gebiete erobert, die ehemals geschlossen christlich geprägt waren. Nicht erst nach dem 11. September 2001 prallen die kulturellen Gegensätze heftiger den je wieder aufeinander. Während das Christentum sich in Toleranz übt, wird dem Selbstbehauptungswillen der westlichen Zivilisation unter Führung der USA Aggressivität vorgeworfen. Vielleicht gibt es in den drei „Buchreligionen“ grundlegende Unterschiede im Verständnis, was Dialog, Toleranz, Nächstenliebe, Versöhnung und Gesellschaft überhaupt ausmacht. Um ein Urteil fällen zu können, ist es nicht nur wichtig, die eigene Geschichte zu kennen, sondern auch die des anderen bewerten zu können.

In dem umfangreichen Buch „Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam“ stellt die Autorin die historische Entwicklung seit der Entstehung des Islam bis in das 20. Jahrhundert dar. In der zweiten Hälfte bringt sie als Beleg Quellentexte und Dokumente. Der Leser hat so die Möglichkeit sich einen Überblick über die Entwicklung zu verschaffen und gezielt Fragen zu vertiefen. An einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Islam kommen wir immer weniger vorbei, und deshalb ist es wichtig, verlässliche Quellen zu Rate zu ziehen. Die Autorin Bat Ye'Or – in Ägypten geboren und seit 1959 britische Staatsbürgerin – machte durch eine Reihe fundierter Bücher und Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Islam auf sich aufmerksam. Sie gilt als eine der besten Kenner auf diesem Gebiet. Professor Heribert Busse hat die Übersetzung inhaltlich überprüft.

Inhalt: Der vorislamische Orient; Die Zeit der Eroberungen; Der Dhimmi-Status^{*)}: Die rechtliche Grundlage und die historischen Bedingungen; Die Islamisierung der eroberten Gebiete; Die Beziehungen zwischen den Dhimmi-Gemeinschaften; Von der Emanzipation zum Nationalismus (1820 -76); Die Nationalismen (1820-1919); Einige Aspekte des Wiederauflebens der Vergangenheit in der Neuzeit; Eigenschaften des Dhimmi-Status; Schlussbetrachtung, Quellentexte.

Für den historisch interessierten Leser ein fesselndes Buch, das durch die umfangreiche Dokumentenwiedergabe einen besonderen Wert erhält.

*) Dhimmi-Status bezeichnet die Lage von Anhängern einer Offenbarungsreligion (Juden, Christen und andere „Schriftbesitzer“) unter islamischer Herrschaft; im Dschihad von Muslimen unterworfen, stehen sie in einem Vertragsverhältnis (Dhimma) zum islamischen Staat.

Glaubensbuch

Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Hrsg.: „Ich glaube. Kleiner Katholischer Katechismus“. Text: Eleonore Beck. Bilder: Bradi Barth, 1998, 158 S.

Einen „Minikatechismus“ für Katholiken wünscht der Erzbischof von Wien, Kardinal Christoph Schönborn. Kardinal Schönborn hatte auf einer Tagung anlässlich des Zehnjahresjubiläums für den römischen Weltkatechismus festgestellt, dass dieser Katechismus mit seinen mehr als 2.800 Artikeln zwar für theologisch Gebildete nützlich, aber zu umfangreich sei, um ein „einfacher Führer für den Glauben“ zu sein. Die deutsche Sektion des internationalen katholischen Hilfswerks „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ unterstützt den Vorschlag des Erzbischofs. Geschäftsführer Klaus Wundlechner wies auf den „Kleinen Katholischen Katechismus“ mit dem Titel „Ich glaube“ hin, den Kirche in Not seit 1998 herausbringt. Eine überarbeitete Fassung des vom Vatikan approbierten Glaubensbuchs sei für das nächste Jahr geplant. Glaubenswissen sei für jeden Christen heute die Voraussetzung, um bei den wichtigen Fragen dieser Zeit von einem soliden Fundament aus mitreden zu können. „Nur wenn wir über unseren Glauben Bescheid wissen, können wir ihn auch überzeugend vertreten und leben“

sagte Wundlechner in München. Er bezeichnete den Weltkatechismus als ein „einzigendes Band“ der Weltkirche, an dem sich alle Christen orientieren könnten. Der Katechismus „Ich glaube“ von „Kirche in Not“ stehe auf der Basis des Weltkatechismus, enthalte auf knapp 160 Seiten eine Einführung in die christlichen Glaubensgrundsätze und orientiere sich inhaltlich am Apostolischen Glaubensbekenntnis der katholischen Kirche. Außerdem werden in „Ich glaube“ die Sakramente erklärt sowie Weisungen, Gebote und Gebete der Kirche dem Leser näher gebracht. Der Kleine Katholische Katechismus ist mittlerweile in achtzehn Sprachen mit einer Auflage von 2,2 Millionen Exemplaren erschienen. Mit der Herausgabe des Katechismus habe „Kirche in Not“ auf weltweite Anfragen nach einem handlichen Buch reagiert, mit dem Menschen aller Altersstufen ihren Glauben erneuern und anderen vermitteln können. Der Kleine Katechismus soll Laien, Priestern und Ordensleuten als Leitfaden für die Glaubensunterweisung dienen, vor allem in der Arbeit mit Jugendlichen und Familien.

Der Kleine Katholische Katechismus „Ich glaube“ kann bei Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Postfach 70 10 27, 81310 München, Telefon: 089-74371709, E-Mail: kinophde@t-online.de, unentgeltlich bestellt werden. □

Das Politische Buch

Klaus Naumann: Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag. Verlag E.S. Mittler, Hamburg, Berlin, Bonn, 269 S.

Der Friede ist nicht der „Friede Gottes, der höher ist als unsere Vernunft“, sondern es ist der von allen Menschen ersehnte Friede auf Erden fern von Krieg und Streit. Der Auftrag zu diesem Frieden ist noch nicht erfüllt. Er darf höchstens als die zeitweilige Abwesenheit von Krieg und Zwietracht gesehen werden. Mit dieser Problematik setzt sich der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. Klaus Naumann, ehemals Vorsitzender des NATO Militär-Ausschusses in seinem jüngst in Hamburg erschienen Buch „Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag“ auseinander.

Besonders Soldaten sind in ihrer Verantwortung als Vorgesetzte und Führer häufig hautnah den Problemen des Friedens gegenübergestellt. Naumann als überzeugter Europäer lässt dies erkennen, wenn er die „friedensstiftende Rolle von Tausenden von Soldaten“ würdigt. Es ist ihm sehr wichtig, eine in der Gesellschaft vielfach unbekannt Rolle des Soldaten – wie sie auch dem Anspruch der Gemeinschaft Katholischer Soldaten entspricht – zu verdeutlichen: „Zum Schützen durch Verteidigung und zum Retten durch Intervention trat die Aufgabe, Brücken der Versöhnung mit den Gegnern von gestern zu bauen.“ Es zeigt sich in dem „Beitrag derer zum Frieden, die Soldat wurden, weil sie bereit waren, zum Schutz ihres Landes zu kämpfen“, die gelebte, friedensstiftende Aufgabe der Uniformträger. Für Naumann sind – besonders weil er auch die dunklen Seiten des Soldatenseins sieht – „Streitkräfte keine Maschinen, weil sie außer ihrer fachlichen Qualifikation, Menschen sind, die aus dem Eintreten für eine Überzeugung, für einen Glauben oder eine Aufgabe (ihre) Kräfte entwickeln.“

Der Autor versteht es, seine durchdachten und fordernden Bewertungen durch sein Leben und Wirken als Soldat anschaulich darzustellen. Dabei versteht es der General, auch für Nicht-Eingeweihte, die Abhängigkeiten in den militärischen und sicherheitspolitischen Abläufen sowohl in der Bundesrepublik als auch auf internationaler Ebene verständlich und interessant zu schildern.

Der Golfkrieg 1990 war für Naumann ein Schlüsselerlebnis. Trotz eines rechtlich fragwürdigen Beschlusses des Bundessicherheitsrates von 1983 über die Zulässigkeit von „out-of-area“-Einsätzen von deutschen Soldaten konnte Deutschland vom Kriegsschauplatz fernbleiben. Dies hat vielen, in internationalen Verwendungen eingesetzten deutschen Soldaten, so auch dem Verfasser, entwürdigenden Spott der NATO-Verbündeten eingetragen. Diese damals wie eine Schmach empfundene Ohnmacht gegenüber den Alliierten, die mit ihren Wehrpflichtigen vierzig Jahre lang bereitstanden Deutschland zu verteidigen, trieb ihn dazu eindringlich und ohne Umschweife zu mahnen.

Im zweiten Teil seines Buches erläutert Naumann seine Vorstellungen über „Wege zum Frieden in einer Welt voller Unsicher-

heit“. Dabei geht er auch auf das ihn sehr berührende Ereignis ein, als er, in Kambodscha während eines Aufenthalts bei den deutschen Sanitätssoldaten des UN-Friedenskorps zu Weihnachten 1992, die mit Knochenresten übersäten so genannten „Killing Grounds“ der Roten Khmer überqueren musste. Dabei wurde ihm unvergesslich bewusst, wie grausam Menschen sein können.

Angesichts der Kriege auf dem Balkan Ende der neunziger Jahre stellt der europäisch denkende Soldat einen Umbruch in der Welt fest, „für die weder eine neue Weltordnung noch deren Entwurf in Sicht sind.“ Seiner Ansicht nach wird es sehr schwierig werden, in den kommenden Jahren Krisen und Konflikte mit den herkömmlichen Mitteln und Methoden zu bewältigen. Er hält sogar eine dauerhafte Aufrechterhaltung des Friedens in Europa für unmöglich. Dies unterstreicht er mit dem Hinweis auf die mehr als fünfzig bewaffneten Konflikte mit rund fünf Millionen Opfern in etwa siebzig Ländern von 1990 bis 1995. Selbst bei einem zukünftigen „Konfliktsockel von etwa 25 bis 30 bewaffneten (meist unberechenbaren) Konflikten pro Jahr“ müsse mehr als bisher, die Friedenserhaltung in den „Mittelpunkt allen Denkens und Handelns“ stehen. Gleichzeitig warnt er davor, mit dem Blick auf ferne Gebiete, die eigene Sicherheitsvorsorge zu vernachlässigen. Breiten Raum widmet der General den Risiken aus der weltweiten Vernetzung und Überbevölkerung, der Zählung einer zu rasanten technischen Entwicklung sowie weiteren Gefahren. In der „Architektur für den Frieden“ spricht er Perspektiven zeitgemäßer und vorausschauender Friedenserhaltung an.

Am Ende seines lesenswerten Buches appelliert er an die Politiker Deutschlands, nicht in ein internationales Nischendasein abzugleiten. Daraus kann es nach Naumanns Auffassung keinen Anspruch auf Mitwirkung oder Übernahme von Verantwortung geben. (bt)

Oriana Fallaci: Die Wut und der Stolz. List Verlag, München 2002, 196 S.

Oriana Fallaci hat sich mit einem leidenschaftlichen Plädoyer zurück gemeldet. Die streitbare und streitlustige italienische Journalistin, die als Kriegsberichterstatterin aus Vietnam und dem Nahen Osten weltbekannt wurde, hat mit „Die Wut und der Stolz“ einen flammenden Kommentar zu den Ereignissen des 11. September 2001 und den unterschiedlichen Reaktionen darauf abgegeben. Der Anschlag auf das World Trade Center hat die Wahl-New Yorkerin schockiert und wütend gemacht. Ihre Wut richtet sich dabei gegen zwei Seiten: die islamische Welt und verweichlichte europäisierte (Halb-)Intellektuelle, die sich mehr oder minder heimlich über den 11. September freuen. Die „Grande Dame“ des italienischen Journalismus sieht uns längst im Heiligen Krieg, nur hätten wir es noch nicht begriffen. Nicht begriffen, dass es höchste Zeit ist, uns zu wehren und den auch im Westen um sich greifenden Einfluss des Is-

lam zurück zu drängen. Fallaci sieht die kulturelle Identität der Europäer bedroht, glaubt nicht, dass weitere Einwanderung verkräftet werden kann. Und insbesondere um ihr Italien sorgt sie sich: „Ich meine, dass unsere kulturelle Identität, eben weil sie seit vielen Jahrhunderten sehr genau definiert ist, keine Immigrationswelle verkräften kann, mit der Menschen hereinströmen, die auf die eine oder andere Weise unsere Lebenswelt verändern wollen. Unsere Prinzipien, unsere Werte. Ich meine, dass bei uns kein Platz ist für Muezzins, Minarette, falsche Abstinenzler, den verfluchten Tschador und die noch verfluchtere Burka. Und auch wenn welcher da wäre, würde ich ihn diesen Menschen nicht geben. Denn das würde bedeuten, Dante Alighieri, Leonardo da Vinci, Michelangelo, Raffael, die Renaissance, die Aufklärung, das Risorgimento, die Freiheit, die wir recht und schlecht errungen haben, die Demokratie, die wir recht oder schlecht aufgebaut haben, den Wohlstand, den wir zweifellos erreicht haben, wegzuerwerfen. Es würde bedeuten, ihnen unser Vaterland zu schenken. In meinem Fall Italien. Und ich schenke ihnen Italien nicht.“

Der Heilige Krieg ist für Oriana Fallaci nach dem Sturz des Taliban-Regimes keineswegs vorbei: „Der Optimist, der glaubt, der Heilige Krieg sei mit der Zerschlagung des Taliban-Regimes in Afghanistan zu Ende gegangen, der irrt sich.“ Sie sieht uns längst in einer globalen Auseinandersetzung, sieht überall im Nahen Osten, in Asien und auf dem afrikanischen Kontinent alte und junge Leute, den dem Heiligen Krieg applaudieren. Ein militärischer Sieg in Afghanistan kann für Fallaci nicht darüber hinweg täuschen, dass der unheilvolle Terrorismus weitergeht. Sie sieht auch die anderen Dimensionen des Kampfes: „Es ist ein kultureller, ein intellektueller, ein religiöser, ein moralischer, ein politischer Konflikt.“ Aus Fallacis Sicht „ein Konflikt, der zwischen demokratischen und tyrannischen Ländern besteht und immer bestehen wird.“ Damit sind die Rollen klar besetzt: Oriana Fallaci sieht in Bin Laden den Hitler der Gegenwart. Ja, sie spricht auch von den „neuen Nazi-Faschisten“. Und wähnt Saddam Hussein in einem Boot mit den Terroristen: „Daran dass chemische und biologische Kriegsführung zur Strategie der neuen Nazi-Faschisten gehört, besteht kein Zweifel. Ein zorniger Bin Laden hat sie uns versprochen, während Kabul bombardiert wurde, und es ist bekannt, dass Saddam Hussein seit je eine Schwäche für diese Art von Massaker besitzt. Obwohl die Amerikaner 1991 tonnenweise Bomben auf seine Labors und seine Fabriken abwarfen, produziert der Irak weiterhin Keime und Bakterien und Bazillen, um Beulenpest, Pocken, Lepra, Typhus zu verbreiten. Und vergessen wir nicht die Enthüllung seines Schwiegersohns, der 1998 sagte, bevor Saddam ihn 1999 ermorden ließ: „Bei Bagdad haben wir riesige Anthraxlager.“

Der militärischen Konfrontation will Oriana Fallaci nicht ausweichen: „Kriegt habt ihr gewollt, Krieg wollt ihr? Einverstanden. Was mich betrifft, sollt ihr ihn haben.“

Wichtiger aber scheint ihr zu sein, die Bereitschaft zur Verteidigung der westlichen Kultur zu stärken. In Europa endlich damit zu beginnen, sich der Gefahren bewusst zu werden. Wie zum Beispiel beim Thema Einwanderung.

Natürlich ist Oriana Fallaci einseitig. Auf der Seite des Westens. Das ist auch gut so. Aber die Frage bleibt, ob ihre Analyse stimmt und vor allem auf den richtigen Voraussetzungen aufbaut: Ist die islamische Welt wirklich ein monolithischer Block und unausweichlich unser Feind? Muss es den großen „show down“ wirklich geben? Oder sind wir nicht längst Teile einer interdependenten Welt, in der wir aufeinander angewiesen sind? Richtig ist, dass die Wachsamkeit zu Hause beginnt und Europa hierzu Nachholbedarf hat. Wir werden nur überleben, wenn wir wissen, wofür wir leben. Die Verbindlichkeit unseres Wertekanons müssen wir deutlicher leben. Dazu gehört Wehrhaftigkeit, aber auch Bereitschaft zum Dialog. Der reflexartige Antiamerikanismus vieler europäischer Zeitgenossen, die sich außerdem noch für intellektuell halten, ist dabei der verzichtbarste Teil unserer Kultur. (Eckhard Stuff)

Vatikan kritisiert Oriana Fallaci

Die Vatikanzeitung "L'Osservatore Romano" hat die italienische Publizistin Oriana Fallaci wegen ihrer Angriffe gegen Papst Johannes Paul II. kritisiert. Im Leitartikel der Sonntagsausgabe vom 15. September 2002 hieß es, Fallaci schreibe mit „sarkastischem Skeptizismus“ und reduziere die Rolle des Papstes und des Heiligen Stuhls auf die einer weltlichen Macht. Der Papst sei aber kein Oberbefehlshaber mit politischer und militärischer Macht, sondern der Verkünder der Botschaft Christi. Die Religionen müssten sich an der Suche nach einem Fortschritt in den internationalen Beziehungen beteiligen. Es gehe darum, das Miteinander der Nationen, Völker, Ideologien und Interessen zu „humanisieren“.

Die Publizistin wirft dem Papst in ihrem Buch „Die Wut und der Stolz“ vor, er unterhalte Beziehungen zu Personen, die „1.000 Mal schlimmer seien als Stalin“, und „flirte mit jenen, die im Vatikan Moscheen bauen wollen“. Ferner schreibt sie, der Papst habe zwar für die Kreuzzüge um Verzeihung gebeten, doch die Muslime hätten sich nie für ihre militärischen Angriffe auf das Christentum im Mittelmeerraum entschuldigt. Die Haltung des Kirchenoberhaupts gegenüber dem Islam erinnere sie an jene jüdischen Bankiers in Deutschland, die Hitler Geld liehen, um sich zu retten, und dann doch umgebracht wurden. (KNA)

Geschichte

Carl Schüddekopf: Im Kessel. Erzählen von Stalingrad. Piper Verlag, München, 2002, 394 S.

Krieg von unten – Kriegsteilnehmer erzählen von Stalingrad

Stalingrad symbolisiert die militärische Wende im Zweiten Weltkrieg. Die schnellen Erfolge der Wehrmacht fanden allerdings schon vor Moskau im Winter 1941 ihr Ende.

Die Offensive des Jahres 1942 konnte auf Grund der Auszehrung der deutschen Truppen schon nicht mehr auf ganzer Front geführt werden, sondern verlangte eine Konzentration auf einen bestimmten Abschnitt. Hitlers Weisung vom 5. April 1942 sah vorwiegend aus kriegswirtschaftlichen Gründen den Südabschnitt der Ostfront für den Sommerfeldzug vor: die Krim, das Donbecken, die kaukasischen Ölfelder, Stalingrad mit seiner Rüstungsindustrie. Genau hier ereignete sich an der Jahreswende 1942/43 eine der dramatischsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges. 290.000 Soldaten der Wehrmacht und ihrer Verbündeten werden im Kessel von Stalingrad eingeschlossen. Im Laufe der Nachkriegsjahre kehren schließlich etwa 5.000 von ihnen nach Deutschland zurück. Carl Schüddekopf lässt in seinem Buch „Im Kessel. Erzählen von Stalingrad“ acht damals junge Soldaten zu Wort kommen.

Kriegs- und auch Stalingradliteratur gibt es zwar in großen Mengen, gute Bücher und andere, aber eine konsequente Betrachtung aus der Perspektive von Frontsoldaten, also „Krieg von unten“, ist Mangelware. Genau das macht Schüddekopfs Projekt interessant: „Acht Blicke, acht Geschichten von damals kaum oder eben erwachsenen jungen Männern zwischen achtzehn und achtundzwanzig Jahren. Die Geschichte eines Sportstudenten aus Oberschlesien, eines Postangestellten aus Ostpreußen, eines Schuhmachers aus den Rheinlanden, eines Fernfahrers aus dem Kohlerevier von Aachen, eines Arztes aus Stuttgart, eines Hilfsarbeiters aus dem Ruhrgebiet, eines Landmaschinenbauers aus Thüringen und eines Abiturienten aus der Nähe von Breslau.“

Die Fronterinnerungen der acht damals jungen Kriegsteilnehmer kontrastiert Schüddekopf mit den „Meldungen aus dem Reich“, den wöchentlichen Berichten des SD, des Sicherheitsdienstes der SS, der sich aus den Berichten tausender Spitzel nährte. So wird die Stimmung in der Heimat gegen die Lage an der Front gespiegelt.

Was die Kriegsteilnehmer zu erzählen haben, ist starker Tobak. Im immer enger sich zusammenziehenden Kessel von Stalingrad bedeutet Überleben die Aneinanderreihung von Extremsituationen. Eher skurril ist da noch ein Verwechseln der Feldküche: „Einer von uns ging dann, um die Verpflegung zu fassen. Und der kam und kam nicht wieder und als wir eben auf die Suche gehen wollten, da erschien er, ganz blass und schlotterte von oben bis unten. Er hatte sich an der falschen Feldküche angestellt, an der von den Russen. Die hatten eine Feldküche mit dem Einheitsdiesel von uns erbeutet und versorgten damit ihre Leute. Der war fix und fertig, aber er kam mit unseren Portionen, die er vom Russen hatte. In der Dunkelheit war es nicht aufgefallen.“

Doch es gibt weit Schlimmeres: nach einiger Zeit wurde die Nahrung knapp. Der großsprecherische Göring hatte zugesagt, die Soldaten im Kessel mit Nahrung und Munition zu versorgen. Das klappte zu keinem Zeitpunkt annähernd ausreichend, und als die Flugplätze verloren gingen, gar nicht mehr. Viele starben vor Entkräftung, verhun-

gerten in eisiger Kälte. Oder wählten vor Verzweiflung einen anderen Weg: „Wir haben die Toten ausgezogen und auf Stapel gelegt wie Eisenbahnschwellen. Vergraben konnten wir die nicht mehr. Festgefroren lagen sie da, und die Leute gingen hin und tranchierten die Leichen. Sie schnitten ihnen die Arschbacken raus und haben sie gekocht. Das ging schon vor dem Ende los, und auch nach der Gefangennahme, als ein Teil der Leute noch frei in Stalingrad herumlaufen konnte, wurde Menschenfleisch gekocht und gegessen.“

Die Erzählungen der acht Kriegsteilnehmer verdeutlichen eindringlich den Alltag des Krieges mit all seinen Schrecken. Carl Schüddekopf zeigt auch beispielhaft Schicksale einer um ihre Jugend betrogenen Generation. Ein wertvolles und gelungenes Buch. (Eckhard Stuff)

Theologie

Schneider, P. Herbert: Spirituelles Zentrum in dir selbst. Bernardus-Verlag 2002, 114 Seiten, Softcover.

In 30 Variationen oder theologischen Betrachtungen meditiert der Franziskanerpater Herbert Schneider über die Liebe. Er beruft sich dabei auf den großen mittelalterlichen Scholastiker und scharfsinnigen Kritiker von Thomas von Aquin Johannes Duns Scotus (1266–1327). Schneider geht es um die Ich-Du-Vereinigung mit Gott als des Höchste einer spirituellen Entwicklung. „Einbezogenheit in die Ich-Du-Einheit, die in Gott selbst als solche von Vater und Sohn im Heiligen Geist besteht, ist das Höchste, was der Mensch erreichen kann“, schreibt er in seiner Nachbesinnung am Ende seines Büchleins.

In seinen Variationen über die Liebe beschreibt Schneider die drei Schritte der „Vertiefung ins eigene spirituelle Zentrum“: Schauen, Erschauen und Beschauen. „Dieses spirituelle Zentrum ist in jedem Menschen selbst festzustellen und auszubauen: Es ist die Liebe in der Tiefe meiner selbst“. Dann fordert er auf, sich auf die eigene „Erfahrung zu besinnen“, denn das Hervortreten der Liebe werde zur Erfahrung, wenn man sich diesen Vorgang bewusst mache und ihm zustimme. Aber, so folgert Pater Schneider, „die Nähe Gottes wird nicht aus meiner Erfahrung von Gott abgeleitet, vielmehr ist Gott mit seiner Liebe mir immer schon nahe. In der innerlich in mir stattfindenden Begegnung mit Gott wird mir diese göttliche Liebe geschenkt; indem ich sie annehme, ist sie meine Erfahrung.“

Was mich an den theologisch-philosophischen Betrachtungen etwas stört, ist die durchgehende Verwendung des heute leider sehr abgegriffenen Begriffes „Liebe“. Selbst dort, wo Johannes Duns Scotus z.B. mit „Deus est diligendus“ zitiert wird, folgt die allgemeine Übersetzung „Gott ist zu lieben“. Dabei steckt in „diligere“ viel mehr drin, nämlich „hochachten, hochschätzen, verehren für wert halten“ – und auch lieben.

Wer Freude an disziplinierten, methodisch sauberen Gedankengängen hat – das Wort Gedankenspiele möchte ich hier bewusst vermeiden – wird an Herbert Schneiders Buch Gefallen finden. (PS)

Termine · Termine · Termine

07.02.	Neujahrsempfang MGv im KMBA Berlin	11.-13.07.	BK NRW in Mühlheim/Ruhr
08.02.	EA Berlin	12.-14.09.	Vorkonferenz zur 43. WdB
07.-09.03.	AK KLMD Kiel in Glücksburg, Bäk	14.-19.09.	43. WdB Schloss Hirschberg/Beilngries
14.-15.03.	BV GKS Fulda, Bonifatiushaus	22.-29.09.	AMI-Konferenz in Celje/Slowenien
14.-16.03.	ÖKT-Vorbereitungsseminar des CoV in Marienheide	28.09.	Priesterweihe von Walter Hütten in Aachen
19.-24.03.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg	05.10.	Primizfeier von Walter Hütten in Düren
21.-23.03.	AK KLMD Köln-Wahn Gönne/Möhnese	10.-12.10.	AK und BK Baden-Würtbg in Rottenburg
21.-23.03.	BK Baden-Würtbg in Roggen/Ulm	15.-19.10.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
28.-30.03.	BK Bayern auf Schloss Hirschberg/Beilngries	17.-19.10.	AK KLMD Köln-Wahn Gönne/Möhnese
11.-13.04.	AK KLMD Hannover und BK Niedersachsen/Bremen	18.-23.10.	GKS NRW: Familienwerkwoche in Bischofsreut
21.-26.04.	GKS NRW: Familienwerkwoche Weißensstadt/Bayern	21.-22.11.	Herbstvollversammlung des ZdK in BN-Bad Godesberg
28.04.-02.05.	9.GKS-Akademie Oberst Helmut Korn im Bonifatiushaus Fulda	26.-28.11.	Seminar für Funktionsträger der GKS
12.-14.05.	Haupttagung der GKMD in Fulda mit Präsidiumswahl	05.-07.12.	BK RhPf/Hessen/Saarlnd in Bendorf/Rhein
14.05.-20.05.	Internationale Soldatenwallfahrt Lourdes	2004	
28.05.-01.06.	Ökumenischer Kirchentag (ÖKT) Berlin „Ihr sollt ein Segen sein“	02.-06.06.	Seminar 3. Lebensphase in Cloppenburg
06.-09.06.	GKS RhPf/Hessen/Saarlnd: Familien-Werkwochenende in Hübinger/Ww	16.-20.06.	95. Dt. Katholikentag in Ulm
25.-28.06.	Seminar 3. Lebensphase in Cloppenburg	10.-12.09.	Vorkonferenz zur 44. WdB
		12.-17.09.	44. WdB Ludwig-Windhorst-Haus Lingen
		26-28.11.	Seminar für Funktionsträger der GKS in Köln

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Autoren (soweit keine Angaben beim Beitrag)

Böhler, Volker W.

Oberst a.D., bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung. Von 1992-95 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- u. osteuropäische Gesellschaften. Publiziert u.a. in „Die Tagespost“ und im AUFTRAG.

Jansen, Thomas

Dr. phil., in Brüssel bei der Europäischen Kommission zuständig für den Dialog mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., in den 80-er Jahren Verwendung als Militärattaché an der Deutschen Botschaft in Islamabad/Pakistan; Einsatz bei IFOR und SFOR

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher

Beirat der GKS auf Bundesebene.

Kloss, Reinhard

Oberstleutnant i.G. im BMVg, Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Dörverden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland.

Schnarrer, Johannes Michael

Prof. Dr. phil. Dr. theol., Jg. 1965; Leiter des Projekts „Naturrecht und angewandte Ethik“ am Institut für Ethik in den Wissenschaften an der Landesakademie St. Pölten.

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen im AUFTRAG.

Zulehner, Paul Michael

Prof. Dr. phil. Dr. theol., Lehrstuhl für Pastoraltheologie in Wien; Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Werteforschung, Wien.

Ihre kostenlose Leseprobe!



Die Tagespost richtet mit einem **klaren katholischen Profil** den Blick auf wesentliche Entwicklungen in Politik, Kirche und Gesellschaft. **dient Ihnen als zuverlässige und seriöse Informationsquelle**, die in einer Zeit der flüchtigen Meinungen und aufgeschauelten Sensationen stets klare Orientierung bietet. **bietet Ihnen exklusiv recherchierte Beiträge**, fundierte Hintergrundberichte und Kommentare mit hohem Informationsgehalt. **dokumentiert schneller als jedes andere katholische Printmedium** Texte des kirchlichen Lehramts, der Bischöfe und kirchlicher Gruppierungen zu wichtigen gesellschaftlichen und ethischen Fragen.



Jede Woche recherchieren und produzieren wir für Sie 8 Seiten **Kirche aktuell** mit umfassenden Informationen und Dokumentationen zum kirchlichen Geschehen im deutschsprachigen Raum weltweit und in Rom. 9 Seiten **Politik und Zeitgeschehen** mit Nachrichten, Hintergründen, Kommentaren. 14 Seiten **Faustleiten** mit Kultur, Medien, Literatur, Wissenschaft und Reise. 6 Seiten **Wirtschaft** und Berichte aus aller Welt und 3 Seiten **Aussprache im Leserforum**. **40 Seiten, die sich lohnen!**



Wir sind Ihr Informationsteam vor Ort. Lernen Sie uns kennen. Stellen Sie uns auf die Probe – 6 kostenlose Ausgaben lang!

Infoline Leserservice: 09 31/3 08 63-32

Die Tagespost

Profittieren auch Sie von Informationsvorsprung durch ein **zigun katholisches Tagesblatt** mit deutschsprachigen Raum. Verlag Johann Wilhelm Naumann Juliuspromenade 64 D 97070 Würzburg Telefon 09 31/3 08 63 32 Telefax 09 31/3 08 63 33 www.die-tagespost.de

Ja, ich möchte die Tagespost kennen lernen.

Bitte senden Sie mir **kostenlos und unverbindlich** eine zweiwöchige Leseprobe (= 6 Ausgaben) an nachfolgende Adresse:

Name:
 Straße:
 PLZ:
 Ort:
 Ihre Wünsche für den 3. und 4. der Leseprobe:
April 03 41



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Richard Schmitt (RS), Oberstleutnant, Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen,
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.